

Die Neue Gesell- schaft 8

1979
26. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Telefon (0 22 21) 37 80 21-25
Postscheckkonto Köln 560 70-500
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10 11 35 06
Druck: NW Druck & Service 5300 Bonn 2

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.

Einzelheft 4,- DM, Jahresabonnement 42,- DM zuzüglich Versandkosten.

Studentenabonnement gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 30,- DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6 % Mehrwertsteuer enthalten. Anzeigenpreisliste Nr. 8

Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Willy Brandt
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Peter Lengsfeld
Friedel Schimer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

Redaktion:
Herbert Wehner (Chefredakteur)
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich
Dr. Werner Thönnessen
Dr. Hans-Jochen Vogel

Zum Inhalt

In der SPD scheint ein Gefühl der Unzufriedenheit weit verbreitet zu sein, muß man nach Lektüre der Artikel zur Vertrauensarbeit der Partei in diesem Heft zusammenfassen. Auf den ersten Blick mag dies verwundern: Die sozialliberale Regierung sitzt fest im Sattel, die Opposition macht weiterhin den Eindruck, als möchte sie auch in zumindest nächster Zukunft daran nichts ändern und konzentriert sich auf Auseinandersetzungen innerhalb der Union, der SPD-Bundeskanzler hat laut Umfragen unter den Wählern eine Höhe der Zustimmung erreicht, von der die SPD bislang nur träumen konnte. Und die nicht gerade glücklich ausgegangene „Europawahl“ müßte sich eigentlich auch verschmerzen lassen.

Aber gerade der Ausgang der Wahlen zum Straßburger Parlament ist auch ein Indiz für den nicht gerade befriedigenden Zustand der SPD — wobei, um Irrtümern vorzubeugen, mit „SPD“ weder Regierung noch Bundestagsfraktion noch Bundesvorstand gemeint ist, sondern schlicht und einfach das, was die Abkürzung wörtlich bedeutet: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, oder die Summe von einer Million Mitgliedern in einer politischen Organisation mit einem sehr detaillierten politischen Programm.

Mitglied in einer derartigen politischen Organisation zu sein, bedeutet aber auch, an der Verwirklichung ihrer politischen Ziele aktiv teilzunehmen.

Wenn dies nicht geht (aus subjektiven oder objektiven Gründen), wird die Mitgliedschaft in einer Partei zwar nicht ganz sinnlos, man kann seinen Parteibeitrag immerhin noch als Spende betrachten, aber sie verliert einen großen Teil ihres Sinns. Die Autoren dieses Heftes jedenfalls bemühen sich, Ursachen für diese nach der Verabschiedung des Orientierungsrahmens '85 auf dem Mannheimer Parteitag eher überraschende Entwicklung nicht nur zu analysieren, sondern auch (es handelt sich schließlich um Sozialdemokraten) Änderungsvorschläge zu machen.

Die Dokumentation der Anträge Niederrhein und Franken zum Hamburger SPD-Parteitag und der ebenso abgedruckte Auszug aus dem fast vergessenen Orientierungsrahmen '85 mag nützlich sein, und sei es auch nur deswegen, weil die Anträge und die Ziffer 2.3 OR '85 zeigen, daß es sich beim Thema „Vertrauensarbeit“ nicht um eine aktuelle Eintagsfliege handelt, sondern um ein Problem, das der Partei schon einige Zeit Kopfschmerzen macht (und die Partei hat viele Köpfe — vielleicht sogar eine Million, die Schmerzen sind also entsprechend).

Die Diskussion auf der letzten Parteiratssitzung in Bonn gibt in diesem Zusammenhang Anlaß zur Hoffnung, denn „ausprechen, was ist“, ist schließlich nicht nur gute sozialistische Tradition, sondern auch Voraussetzung für demokratische, herrschaftsfreie Diskussion.



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
		Thema: Vertrauensarbeit
656	Heinz Rapp	Programm, Organisation und Stil — Zur Debatte im Parteirat über die notwendige Verbesserung der Vertrauensarbeit der SPD
659	Hanning Scherf	Notwendige Fragen
662	Wolfgang Roth	Projektklinien für die Politik der SPD
663	Hans-Otto Blümer	Raus aus dem Trott des Nachvollziehens
668	Johano Strasser	Vertrauensarbeit durch die Partei
671	Karlheinz Blesseing	Zur Programmdiskussion in der SPD
673	Ernst-M. Walsken	Wirken die Parteien noch an der politischen Willensbildung mit?
675	Franz Huppertz	Vertrauensarbeit und Parteiorganisation
678	Hans-Georg Kiera	Wohin treibt die SPD?
680	Bezirk Franken	Dokumentation Antrag 447 zum Hamburger SPD-Parteitag 1977
688	Bezirk Niederrhein	Antrag 448 zum Hamburger SPD-Parteitag 1977
695	Orientierungsrahmen '85	Die Vertrauensarbeit der Partei
		Thema: Deutsch-polnische Beziehungen
698	Herbert Wehner	Aus Erfahrungen lernen und nicht müde werden, anderen zu Erkenntnissen zu helfen
702	Walter Mertinek	Wissenschaft und Versöhnlichkeit — Anmerkungen zu den Deutsch-Polnischen Schulbuchkonferenzen
708	Gerhard Jahn	Ausdauer und Sorgfalt sind notwendig
712	Arthur Adrian Kowaleki	„Das Gespräch mit dem Vater“ Ein neues Buch von Ryszard Wojna
715		Dokumentation Arbeitsgemeinschaft der verfolgten Sozialdemokraten: Widerstand gegen das Vergessen
716	Hermann Bortfeldt	Französische Revolution — der Streit geht weiter
720	Paul Kellermann	Provokationen zur Hochschul- und Studentenpolitik
725	Olaf Schwencke	Europa als Friedenspolitik
730	Hubert Volgtänder	Raumordnungspolitik in der Sackgasse? — Anmerkungen zum Raumordnungsbericht 1978
734	Peter Krug	Arbeitnehmerorientierte Regionalpolitik
737	Carl Wilms-Wright	Die Regelung der MNK-Aktivitäten in der UNO und ihren Sonderorganisationen
744	Erwin Lange	Über die Kontrolle internationaler wirtschaftlicher Tätigkeit von Unternehmen und Regierungen
748		Kritik
748		Mitarbeiter dieses Heftes



Heinz Rapp: Programm, Organisation und Stil Zur Debatte im Parteirat über die notwendige Verbesserung der Vertrauensarbeit der SPD

I.

Wenn die „gute Form“ der SPD die ist, die im Orientierungsrahmen '85 unter dem Stichwort „Vertrauensarbeit“ (Tz 3.2) beschrieben und gefordert wird, dann ist die SPD derzeit nicht durchweg in guter Form: Gefordert wird, die Bedürfnisse der Menschen sensibel aufzunehmen und sie in die politische Diskussion und in die Entscheidungen mit einzuführen, um so „insbesondere großen Teilen der Arbeitnehmerschaft das Gefühl der Einflußlosigkeit zu nehmen“. Soweit die Bedürfnisstruktur in ihrem Kern breite Übereinstimmungen bei der Bevölkerung aufweist, partizipiert die Partei an der breiten Zustimmung, die die Politik des sozialdemokratischen Bundeskanzlers findet; wo aber die Bedürfnisse diffus werden (was insbesondere für die Politikfelder der Zukunftsprobleme zutrifft), kommen eben auch in der SPD diffuse und widersprüchliche Signale an. Man erinnert sich daran, daß man vor zehn Jahren einer vergleichbaren Situation gewachsen war; irritiert und besorgt stellt man fest, daß die Kraft zu einer solchen Integrationsleistung heute kaum noch ausreicht. Die Sorge darüber wird nicht nur auf die eigene Partei, sondern — zu Recht, wer denn sonst als die SPD könnte die Integration leisten — auf den demokratischen Staat bezogen.

Vertrauensarbeit erfordert, den Menschen eine längerfristige politische Orientierung zu bieten, die ihnen als Maßstab für die Bewertung der tagespolitischen Kompromisse, Zwischenschritte und auch Rückschläge dienen kann. Was aber, wenn die längerfristige Orientierung aus den Problemen selbst heraus so schwierig wird, daß die Partei noch Mühe hat, die richtigen Fragestellungen zur Zukunftsbeurteilung zu formulieren, während viele Menschen gerade ihr, der Programmpartei unseres Landes par excellence, bereits die Antworten abverlangen? Für die SPD ist gerade dies eine neue Erfahrung, viele beunruhigend, andere frustrierend. Die Antworten auf die Frage aber, wie wir morgen leben wollen und leben können, lassen sich weithin nicht mehr aus der bloßen Verlängerung früherer und zu ihrer Zeit richtiger Politiken in die Zukunft hinein gewinnen. Auch der OR '85, ohnehin allzusehr im Instrumentellen verhaftet geblieben, ist nicht, konnte nicht im vollen heutigen Bewußtsein z. B. der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und energiepolitischen Herausforderungen beschlossen werden. Die einfachen Betschwärungsformeln und Medizmann-Allüren der

Konservativen stehen der SPD als der Partei, die aus der Aufklärung kommt, ohnehin nicht zu Gebote. Zu jeder Zeit hat gegolten und gilt, daß Demokratie einerseits führen muß und andererseits sich nicht allzu weit vom allgemeinen Bewußtsein entfernen darf und kann; Vertrauensarbeit ist die einzige Brücke, die da hinüber und herüber führt. Und da heute beides zugleich und mit größerer Bindringlichkeit als je zuvor erwartet wird, ist Vertrauensarbeit eben schwieriger und dringlicher geworden.

In dieser Situation muß die SPD „Garant und auch selbst Forum für den freien Austausch der Fragen und Antworten sein“, wie die Grundwertekommission beim Parteivorstand in ihrer Schrift „Grundwerte in einer gefährdeten Welt“ formuliert hat — Fragen und Antworten zur Orientierungs-, ja Sinnkrise unserer Zeit waren gemeint. Aber genügt das denn? Und: wie organisiert man Offenheit des Gesprächs so, daß sich als deren Frucht Orientierung, Verbindlichkeit und Geschlossenheit des politischen Handelns einstellt? Aus dem Kernstück sozialdemokratisch-programmatischer Selbstverständigung heraus — pluraler Zugang zu den allen gemeinsamen Grundwerten, Demokratie als „allgemeine Lebensordnung“ — läßt sich entwickeln, daß und in welcher Weise Programmatik, Organisation und Stil, wie Inhalt, Form und Verhalten aufeinander bezogen sind und sich gegenseitig widerspiegeln müssen — andere mögen da beim Bedenken von Organisations- und Stilfragen mit den Kategorien des Verkaufs und der Werbetechnik auskommen. Verhaltensweisen aber schleifen sich ein, Institutionen — und sei es die eigene Partei — neigen dazu, sich aus der Relativität des Mittels zu lösen und als Selbstzweck zu existieren. Sind, so stellt sich die Frage, Organisation und Stil der SPD noch auf der Höhe der Probleme, die sich der Partei heute in programmatischer und politisch-praktischer Hinsicht stellen? Nicht wenige geben auf diese Frage überwiegend negative Antworten.

II.

Dies — im großen ganzen — waren die Probleme, die der Parteirat am 22. Juni in Bonn diskutierte; die am nächsten Tag anstehenden Themen wie die Verhaltensregeln für sozialdemokratische Mandats- und Funktionsträger, Überlegungen zur Beratung von Anträgen zu Parteitag oder die Gestaltung des Bundesparteitages '79 in Berlin betrafen Teilaspekte des Gesamtthemas „Vertrauensarbeit“.

Gerade im Blick auf diese Sitzung des Parteirats war versucht worden, der SPD eine Diskussion darüber anzusinnen, ob sie nun ein Kanzlerwahlverein oder eine Programmpartei sein wolle. Daß sich der Parteirat nicht in diese Sackgasse manövrieren würde, hätte man schon aus dem von Junker und Scherf vorgelegten Diskussionspapier schließen können. Worum es geht, ist die Erhaltung und der Ausbau der Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie oder

auch der sozial-liberalen Koalition und somit der politischen Führung unter der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt. Und diese Mehrheitsfähigkeit ist weiterhin nur zu haben, wenn man sich den Problemen und Aufgaben der Vertrauensarbeit im oben aufgezeigten umfassenden Sinne stellt und die offenkundig vorhandenen Defizite aufarbeitet.

Freilich: Das „oder auch“, das auf die Verantwortung für die sozial-liberale Koalition verweist, hat's in sich. Wenn sich die Dialektik von Konsens und Konflikt (und wieder Konsens . . .) als eines der Bewegungsgesetze von Demokratie beschreiben läßt (daß diese „Veranstaltung“ des gesicherten Bodens eines Fundamentalkonsens über die Grundwerte und die Grundrechte bedarf, wird vorausgesetzt), dann kann gerade auch zwischen Koalitionspartnern nicht jederzeit eitel Harmonie herrschen. Zur Erhellung und Aufarbeitung der Probleme, wie sie sich im Spannungsfeld zwischen einerseits dem eigenen Profilierungserfordernis und andererseits der Einbindung in die Koalitionssolidarität stellen, hat die Diskussion im Parteirat manchen weiterführenden Beitrag erbracht.

Was also ist zur Verbesserung der Vertrauensarbeit der Partei zu tun? Aus der facettenreichen Diskussion im Parteirat sollen hier Gedanken über den Zusammenhang von Programm, Organisation und Stil aufgenommen und dabei Schwachstellen und Lösungsansätze zu ihrer Behebung aufgezeigt werden.

1. Die Menschen erwarten zu ihrer Orientierung „Botschaft“ — wo aber gibt es die, wo — in der ganzen industrialisierten Welt — gibt es „die zündende Idee“? Was die Einstellung der Sozialdemokraten zu „zündenden“ Ideen anbelangt, so ist ihnen ja aus ihrer ganzen Art heraus, über Politik nachzudenken, ein unüberwindliches Mißtrauen eigen; das gilt für die Heilslehren von (angeblich) links her ebenso wie für die Erlöser-Attitüden der starken Männer von rechts (man sollte schon jetzt anfangen, die Blüten des Strauß-Kultes zu dokumentieren). Daß die Sozialdemokraten diese Skepsis auch gegen sich selbst richten, ist in manchem Debattenbeitrag deutlich geworden: Haben wir nicht zuviel versprochen, zu schnell zu vieles gewollt, haben wir stets die Interdependenzen und Abhängigkeiten aller Politiken ausreichend mit bedacht?

Dabei bleibt gewiß die Frage gestellt und zu beantworten, wie man in den Wahlkämpfen der nächsten Zeit gegenüber einer CSU/CDU wird bestehen können, die unser Land noch brutaler und verlogener mit geistigem Bürgerkrieg überziehen und Emotion statt Argumentation bieten wird. Es hilft nichts: Wir werden weiterhin das Geschäft der Aufklärung besorgen müssen, solide und brav wie die 76er Regierungserklärung. Aber wer sagt denn, daß Argumentation mit „kalt“ und Emotion mit „warm“ zu assoziieren sei? Sollte sich aus guter Argumentation nicht auch gute Emotion gewinnen lassen? Es kann gelin-

gen, es muß und wird uns gelingen, den Menschen den „Charme des Konkreten und Nüchternen“ zu vermitteln, indem wir sie — redend wie hörend, gebend wie nehmend — in die Gedankengänge mit einbeziehen, die zu unseren Lösungsvorschlägen führen. Mögen andere zu überwältigen versuchen, wir werden die Bürgerinnen und Bürger überzeugen müssen. Und das sollte nicht Vertrauen, „Wärme“, Solidarität schaffen können? Wir werden in heilsamer Weise gezwungen sein, die Orientierung unserer Politik an den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität wirksamer als bisher herauszuarbeiten; es wird nicht genügen, in sozusagen positivistischer Manier lediglich die Leistungsbilanzen hinzuhaufen. Gerade das Thema 1 unserer Zeit, die Energieproblematik und ihre Weiterführung in die Fragen nach der „Fortschrittlichkeit des Fortschritts“ (welchen Fortschritts?) hinein, drängt sich auf und bietet sich da an: Unser Hamburger Beschluß, im Lichte neuer Erkenntnisse weiterzuentwickeln, ist das beste Stück Vertrauensarbeit, das auf diesem Gebiet geleistet wurde.

Dies alles bedeutet nicht, daß wir auf verleumderische Attacken nicht auch zurückschlagen sollten; aber wir dürfen uns nicht auf sie fixieren, dürfen uns durch sie nicht abhalten lassen, unsere Arbeit zu tun, dürfen uns auch den Stil der anderen nicht aufdrängen lassen. „Freiheit statt Strauß“ wird bei uns nicht plakatiert werden, aber wir werden die Gefahren benennen, die sich aus Straußens persönlichen Schwächen und aus seinen außen-, innen-, sozial- und gewerkschaftspolitischen Ansätzen ergeben.

2. „Die Jugend als Bündnispartner für Reformpolitik zurückgewinnen“: so wird in der Junker/Scherf-Vorlage die dringendste Aufgabe beschrieben, vor die sich die SPD gestellt sieht. Es ist richtig, daß es in unserer Jugend Resignation, schlechte Anpassung und auch „Gegenkultur“ und „Gegengesellschaft“ gibt, die nach außen hin kaum noch kommunikationsfähig ist; fatal aber wäre es, die „Grünen“ und die „Alternativen“ kurzerhand über dieses Konto abzubuchen. Die letzten Kirchentage haben gezeigt, daß die Jugend in ihrer Breite weder resignativ noch rebellisch, wohl aber in gutem Sinne kritisch ist, daß sie zuhören und diskutieren kann, daß sie „eigentlich gerne vertrauen würde, wenn sie nur wüßte, wo sie ihr Vertrauen festmachen soll“ (Eppler). Also wieder: Vertrauensarbeit.

Eines charakterisiert die heutige Jugend in ihrer ganzen Breite: ihre tiefgreifende Abwendung von allem Institutionellen in allen Lebensbereichen: Die neue Frömmigkeit hat wenig mit Kirchlichkeit, politische Sensibilität und politisches Engagement haben wenig mit den Parteien zu tun. Die insoweit nicht mehr gefragten Institutionen neigen dazu, als Abkehr von den Inhalten zu mißdeuten, was in Wirklichkeit Abkehr von zum Selbstzweck mißrateten und somit entfremdeten Institutionen ist. Für die kritische Ju-

gend gilt in besonderem Maße, daß die Menschen heute — Ausdruck der Tatsache, daß das Zeitalter der großen Weltentwürfe vorbei ist — nur noch Teilidentifikationen gewähren; Institutionen, die Allzuständigkeit beanspruchen und Totalidentifikation fordern, sind keine Adresse mehr.

Was da das Parteiensystem im ganzen anbelangt, so bietet die von den C-Parteien betriebene totale Polarisierung den Jugendlichen täglichen Anschauungsunterricht, wie die Auseinandersetzung um inhaltliche Politik und der produktive Wettbewerb um bessere Lösungen durch ideologische Gespensterschlachten und ruhmlosen Wettbewerb zwischen Apparaten ersetzt wird, deren Identitätsinteresse es gebietet, sich in dieser Weise zum Selbstzweck zu setzen, weil sie ja ihren funktionalen Zweck nicht mehr erfüllen. Ist es da verwunderlich, wenn die Jugend ihr politisches Engagement weithin außerhalb der Parteien investiert?

Auch die SPD muß prüfen, ob sie sich als Organisation und Institution noch hinreichend in einer dienenden Funktion weiß, ob die Partei sich als Instrument anbietet oder zum Selbstzweck setzt. Der Versuchung, sich aus den Strapazen der offenen Diskussion in eine falsche Geschlossenheit zu flüchten, muß zu jeder Zeit widerstanden werden. Weniger deutlich wird die Gefahr einer dauernden Überforderung der Mitglieder gesehen: Es wird volle Identifikation gefordert, wo die Menschen sich selektiv engagieren; es wird Allzuständigkeit und umfassende Machbarkeit und Organisierbarkeit vorgetäuscht, wo Bescheidenheit angezeigt wäre; es gibt Leerlauf und Doppel- und Dreifacharbeit und das oft groteske Mißverhältnis zwischen der Hektik des allgemeinen Rotierens und der Masse, die dabei bewegt wird. Weniger wäre oft mehr: Die Beschränkung auf jeweils zwei bis drei Themen ist dringend geboten; zu viele Kapazitäten und Energien werden im überscharfen permanenten Überlebenskampf der Mandats- und Funktionsträger gebunden, so daß sie — 40 000 Mandatsträger auf allen Ebenen! — in ihrer eigentlichen Funktion zu stark beeinträchtigt sind, Ombudafrauen und Ombudsmänner der Vertrauensarbeit zu sein.

Zahlreiche im Parteirat zur Verbesserung der Organisation gemachte Vorschläge müssen noch vertieft diskutiert werden, zumal sie — wie z. B. zu den Arbeitsgemeinschaften — auch nicht widerspruchsfrei waren. Wichtig ist, daß die Zeit der nur technokratisch geführten Organisationsdebatten vorüber zu sein scheint: Es gilt, die „Offenheit der Diskussion“ zu organisieren, damit daraus Geschlossenheit des Handelns werden kann. Es gilt, Dialogfähigkeit durch die Gewährleistung der Entfaltungsmöglichkeit von Minderheiten glaubwürdig zu machen. Es gilt, die Partei als ein sensibles Instrument zur Aufnahme der

Bedürfnisse der Menschen und zur Wahrnehmung der Zukunftsprobleme auszurüsten. Es gilt aber auch, die „falsche Arbeitsteilung“ abzubauen, wonach in der Partei die einen „für das Höhere“ und die anderen eben für die „Organisationsarbeit“ zuständig sind. Es gilt, den Zusammenhang zwischen Programm, Organisation und Stil zu wahren.

3. Wer um Vertrauen für eine Überzeugung wirbt, muß selbst in vertrauenerweckender Weise werben. Die Qualität des politischen Stils, genauer und umfassender: der politischen Kultur, ist für immer mehr orientierungsuchende Menschen der Schlüssel des Zugangs zur politischen Kommunikation. Problemnah, verständlich, wahrhaftig, ehrlich und mutig — dies waren die Postulate, die dazu im Parteirat diskutiert wurden. Problemnah: Wer etwa abstrakt über Chancengleichheit redet, wird kaum jemanden bewegen; Beispiele aber wie die, daß die Schulwege der Kinder auf dem Lande eigentlich nicht weiter sein sollten als die in der Stadt, daß die Entfaltungsmöglichkeit der Begabungen unserer Kinder nicht völlig davon abhängen sollte, wie viel oder wie wenig Förderung sie zu Hause erfahren, regen zum Nach- und Weiterdenken an. Problemnähe ist Bürgernähe. Verständlich: Da hat wohl jeder seine eigenen Probleme, Versimpelung ist ja ebenso elitäre Überhebung wie das Nach-unten-Wegdistanzieren durch Komplizierung und Fachjargon. Was aber auf keinen Fall sein muß, sind Wortschöpfungen wie etwa „Unabhängige Orientierungsstufe“ oder „Koop-Schule“ für den Tagesgebrauch der Menschen — das kann ja nicht gutgehen. Wahrhaftig und ehrlich: „Sagen was ist“ ist der Vordersatz zu „Tun was sein muß“. Nicht so tun, als habe man Lösungen zu bieten, die nichts kosten (Geld ist da nicht alles). Nicht Allwissenheit und Allzuständigkeit vorgeben — sagen, daß man gehört auch, daß man (ohne masochistische Attitüde) eigene Fehler und Irrtümer eingesteht; an dieser Stelle wird die Lektüre der Textziffer 1.9 des OR '85 empfohlen. Zugegeben, daß CDU und CSU nicht nur schlechte Arbeit machen: wir sind an einer guten Opposition interessiert, unser darüber hinausgehendes Interesse, immer noch ein bißchen besser zu sein, soll ja von der Opposition mit angestachelt werden. Mutig: Einiges dazu ist gesagt; zu ergänzen wäre, daß man unzulängliche Denkkäsees, die uns selber vielleicht lieb und wert geworden sind, nicht schonen sollte.

Zusammengefaßt: Die Frage ist gestellt, ob und wie die SPD ihre Identität als die soziale Freiheitsbewegung unseres Landes auch unter neuen Bedingungen — die Innehabung von Regierungsgewalt in einer Koalition gehört dazu — wahren kann. Die dazu im Parteirat gegebenen Antworten: sie kann.

Henning Scherf: Notwendige Fragen

Auf dem Hamburger Parteitag fielen die umfangreichen Anträge der Bezirke Niederrhein und Franken zur Lage der Partei der übervollen Tagesordnung zum Opfer. Inzwischen sind sie durch Überweisung an Parteivorstand und Parteirat zum Anlaß einer neuen inhaltlichen Arbeit der Partei geworden.

Zusammen mit Heinrich Junker hatte ich den Versuch gemacht, die Anstöße dieser Anträge aufzunehmen. Unser Papier — das sogen. Junker-Scherf-Papier — mißfiel dem Parteipräsidium und verschwand aus der Diskussion. Ich möchte als Beitrag zu der nun doch ganz in unserem Sinne im Parteirat begonnenen Debatte unsere Position zusammenfassen:

Die zur Diskussion stehenden Anträge signalisieren Sorge um den gegenwärtigen Zustand und den künftigen Weg der Partei. Diese Sorge muß ernst genommen werden. (Koschnick: „An der Basis ist vielleicht schon mehr in Bewegung als in manchen Funktionsrätchen.“)

Die Anträge signalisieren in erheblichem Umfang allerdings auch Ratlosigkeit. Die Ursachen für diese Ratlosigkeit werden jedoch mitgeteilt:

- die Probleme sind neu;
- es gibt keine fertigen Theorien;
- es gibt keine überzeugenden Prognosen;
- es gibt keine überzeugende anwendbare politische Praxis.

Diese Ratlosigkeit ist begründet. Sie kann nicht mit fertigen Lösungen beantwortet werden. Dazu bedarf es einer großen Anstrengung im Rahmen einer umfassenden Diskussion. Diese sollte mit dem Aufarbeiten der Defizitbereiche unserer Politik beginnen.

Das Theoriedefizit

Eine Vielzahl der in den Anträgen aufgeworfenen Fragen deuten auf die Tatsache hin, daß die Partei in den letzten Jahrzehnten die theoretische Arbeit nicht im notwendigen Umfang betrieben hat, bzw. sie nicht zum geistigen Eigentum der Partei geworden ist.

Theoretische Arbeit erfolgt immer nur sporadisch, zumeist als die Arbeit einzelner und in der Regel an der Masse der Partei vorbei.

Soweit Ergebnisse vorliegen, hat die Partei keine systematische und organisierte Anstrengung unternommen, sie in der Mitgliedschaft zu verbreiten. Ihre Kenntnisaufnahme und Verarbeitungen war rein zufällig.

Auch die Diskussion über den OR '85 hat diesen Mangel nicht beheben können, er ist — wie andere theoretische Erörterungen auch — in Vergessenheit geraten.

Trotz der Feststellung im OR '85 „Die Idee des Sozialismus umfaßt das Ziel einer neuen besseren

Gesellschaft und den Weg dorthin“ herrscht über beides, Ziel und Weg, noch große Unklarheit. Diese Tatsache erklärt viele der Klagen, Vorwürfe und Feststellungen in den zur Diskussion stehenden Anträgen. Allerdings kann für die jüngere Vergangenheit und für die Gegenwart ein verstärktes Bemühen um theoretische Arbeit festgestellt werden. Als Beispiel sei die „Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus“ angeführt. Aus deren Buch „Zur Einführung in die Theorie des Demokratischen Sozialismus“ sei statt eigener Ausführungen zitiert:

„Die Ergebnisse dieses doppelten strategischen Theoriedefizits sind verheerend: Auf der einen Seite der verbissene Antireformismus akademischer Marxisten, der Tausende von Studenten und jungen ‚Lohnabhängigen‘ vom Engagement in den realen partei- und gewerkschaftspolitischen Arbeitsfeldern abschreckt und sie de facto in eine Sektiererersituation getrieben hat — auf der anderen Seite eine äußerst mangelhafte Reformprogrammatische, -strategische und -politische der Sozialliberalen (im weitesten Sinne), die zu Reformruinen und in die Gegenreform führten, nicht zuletzt wegen hochgradiger Nichtbeachtung grundlegender ‚Maximen‘ (Krockow) von Reformpolitik — insbesondere: der notwendigen Basisaufklärung und -mobilisierung, Prioritätensetzung und Selektion, sowie einer nüchternen Kalkulation der mobilisierbaren Reformressourcen und der offenen Anprangerung der Reformgegnung und ihrer Motive.“

Als Folgeerscheinungen dieses Theoriedefizits lassen sich feststellen:

— Unzureichende Vorstellungen über den gegenwärtigen Stand des Industrialisierungsprozesses, seinen Fortgang, seine Probleme (quantitative/qualifizierte Wachstum; technischer Fortschritt usw.).

— Welche Rolle weisen wir dem technischen Fortschritt zu, welche dem Menschen? Welche Steuerungsnotwendigkeiten, welche instrumentalen Voraussetzungen? In all diesen Fragen gibt es Unsicherheit, die auch durch den OR '85 nicht aufgehoben wurde.

— Die nicht gelösten Probleme (Beschäftigung, Lehrstellen u. a.) erschweren die Tätigkeit von Sozialdemokraten in den Betrieben, insbesondere von Betriebsräten und Vertrauensleuten, und führen zu einer langsamen, aber deutlichen Erosion des Vertrauens.

— Angesichts der Fehlstellen ist das geschmähte „Krisenmanagement“ einerseits die einzige realistische Möglichkeit — andererseits vermittelt es keine Zukunftsperspektive.

— Theoretischer, damit politischer Einfluß von außen in die Partei (Hochschulen, Jusos) anstatt Einfluß von der Partei in die Gesellschaft. Das wirkt entstabilisierend und desintegrierend und führt zur Programmierung der Arbeitsgemeinschaften.

— Der Zugriff auf Patentrezepte ist nicht zu vermeiden, Heilslehren entwickeln eine gewisse Faszination.

— Die Reformmöglichkeiten werden ebenso unterwie überschätzt.

— Sozialdemokraten erleiden eine Einschränkung ihres Selbstbewußtseins.

— Es entsteht Unsicherheit bei aktuellen Forderungen, z. B. Arbeitszeitverkürzung, 35-Stunden-Woche, und bei aktuellen Auseinandersetzungen, z. B. Staatsverschuldung, Bundesbankpolitik, Gutachten des Sachverständigenrates.

— Es entsteht die Neigung zu Defensivhaltung, z. B. in den Betrieben, an den Hochschulen (Furcht vor Reformismus-Vorwurf).

— Es ist ein Demotivierungsprozeß bei der Mitgliedschaft zu beobachten, der bis zur Resignation führt (und sich auch auf die Bereitschaft zur Beitragszahlung negativ auswirkt). Vielfach zieht man sich zurück und überläßt den die Versammlungsräume leerenden Pseudotheoretikern das Feld.

— Die Demotivierung ist eine der Ursachen dafür, daß die beachtlichen Leistungen der Regierungen seit 1966 nicht genügend „ankommen“ — die Antenne ist nicht ausgefahren.

Diese Liste der Beispiele könnte sicher noch erheblich verlängert werden.

Schlussfolgerung

Die Diskussion um eine intensivere theoretische Arbeit müßte umfassen:

— die Organisation dieser Arbeit

— das Heranbringen der Ergebnisse an die Mitglieder

— die Umsetzung der Ergebnisse in konkrete Politik.

Frage: Kann/muß die Partei ein Stück jener „geistigen“ Heimat wiedergewinnen, die 1949 (Carlo Schmid, Hamburger Parteitag) ad acta gelegt wurde?

Das Identifikationsdefizit z. B. zwischen der SPD und der jungen Generation

In den 60er Jahren und anfangs der 70er Jahre bot sich die SPD für große Teile einer mobilgewordenen Jugend auf vielen Arbeitsfeldern an. Diese Anziehungskraft ist verlorengegangen. Sie in der SPD zu aktivieren, gilt für viele heute geradezu als ein Akt der Anpassung oder auch der Resignation. Andererseits gibt es eine beachtlich große Bereitschaft, sich bei „alternativen“ Gruppen („Grünen“ und anderen) zu engagieren. Hermann Scheer hat als Gründe angeführt, daß die Umwelt

— anonym

— versachlicht

— bürokratisiert

— erlebnisarm

sei und kaum noch emotionale Identifikationsmöglichkeiten biete. Diese unbefriedigende Umwelt wird nach 10 Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung von vielen Jugendlichen der SPD angestraft. Für die SPD besteht somit die Gefahr, daß sie den größten Teil einer nachwachsenden Genera-

tion verpaßt. Dieser Gefahr muß entgegengewirkt werden. Diese Frage sollte ständiger Gegenstand auch des Gesprächs mit den Jungsozialisten werden.

Basistdefizite der Partei

Aufgabe der SPD in der Situation als Regierungspartei muß es sein, „durch realisierbare Perspektiven der Legislative um ein Stück voraus zu sein“ (Herbert Wehner). Hierzu gehört es auch, die nachgewiesenen Defizite der Basisarbeit der Partei im Zusammenwirken mit Bürgergruppen, -initiativen und Verbänden, wie sie die Kommunikationsstudie zur SPD-Organisation von Infratest-Sozialforschung ausweist, abzubauen. Auswertungen der Erfahrungen in der Partei mit Bürgerbüros, Bürgerbegegnungsstätten und der Arbeit in den Petitionsausschüssen des Bundestags und der Länderparlamente könnten neue Ansätze für die Verbesserung der Vertrauensarbeit liefern.

Eine Fortentwicklung von der einseitigen Strategie des reinen Propagierens hin zum ernst gemeinten Dialog mit den eigenen Mitgliedern und Bürgern tut not. Der Bürger darf sich keinesfalls als Statist empfinden, dessen Meinung zwar gehört wird, dann aber folgenlos bleibt. Die Enttäuschung über eine nur scheinbare Partizipation wiegt schwerer als die mindestens eine Orientierung vermittelnde Informationshilfe.

Defizit im Verhältnis zu den Gewerkschaften

Das Verhältnis Partei — Gewerkschaften muß nicht nur auf höchster Ebene geklärt und gepflegt werden, sondern auch am Ort. Dies ist notwendig, um der Biedenkopf-Kampagne zu begegnen. Aber es ist auch notwendig, um ein manchmal zu beobachtendes „Auseinanderleben“ zu verhindern, wenn die Mitgliedschaft der Partei bzw. deren aktiver Teil nicht ausreichend mit der Arbeitswelt und ihren Problemen vertraut ist.

Notwendig ist für Partei und Gewerkschaft ein bis in die Basis umgesetzter tragfähiger Grundkonsens über die ökonomische Lage sowie über die Veränderungs- und Bewältigungsmöglichkeiten.

Der auch von Sozialdemokraten unbestrittene klassenpolitische gegenwärtige Zustand der privaten Verfügung über den gemeinsam erwirtschafteten Mehrwert muß benannt und zur Mobilisierung der gemeinsamen Basis genutzt werden. Nur so kann den Kräften, die die Basis gegen die Vorstände mobilisieren wollen und die Entfremdung zur Partei einkalkulieren, entgegengewirkt werden.

Von erheblicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Diskussion über Möglichkeiten der Verteilungspolitik — etwa besondere Förderung der Geringverdienenden (insbesondere, wenn sie dazu noch kinderreich sind) als Konjunkturpolitik (Forcierung des Konsums). Es könnte klar werden, daß die

vorhandenen Privilegien nicht nur ungerecht, sondern auch ökonomisch schädlich sind.

Ein von den ohnehin Benachteiligten wenigstens wahrnehmbarer Abbau von Privilegien ist schon deshalb nötig, weil allein dann erträglich ist, was an Korrektur im Konsumverhalten unvermeidlich ist. Die Partei sollte deshalb eine breit angelegte Gerechtigkeitskampagne diskutieren.

Ebenso muß in enger Verbindung zu den Gewerkschaften und unter breiter Beteiligung der Basis diskutiert werden, was im Bereich der Sozialpolitik an Regelungen ansteht, z. B. Rentensicherung und Rentengerechtigkeit, Generationenvertrag usw. Die weitere Entwicklung muß von einer gesellschaftlichen Koalition, die Partei und Gewerkschaften organisieren, getragen sein.

Defizit: Humanes Wachstum

Wachstum wird abgelehnt, weil kurz-, mittel- und langfristig die natürlichen Lebensgrundlagen im weitesten Sinne (natürliche und gestaltete Umwelt, Arbeitssituation, psychische und physische Lage der Menschen) gefährdet werden.

Wachstum wird gefordert, weil dann von allen mehr konsumiert, weil Arbeitsplätze geschaffen werden und eben die wirtschaftliche Maschine am Laufen gehalten werden muß.

Die folgenden Fragen müssen nebeneinander und miteinander entschieden werden:

- Investitionen zur Produktion neuer Güter und Dienstleistungen; verbunden damit Rationalisierung und Verbrauch von Umwelt und physischer und psychischer Hilfsquellen.
 - Investitionen zur schonenderen Nutzung der Arbeitskräfte (Humanisierung).
 - Investitionen zur besseren Nutzung der Energie.
 - Investitionen zur besseren Nutzung der Rohstoffe.
- Die Antwort auf die Fragen des Wirtschaftswachstums muß folgende Bedingungen berücksichtigen:
- Sicherung des Rechts auf Arbeit
 - Verbesserung der Arbeitsbedingungen
 - Erhaltung von natürlichen Lebensräumen
 - langfristige Sicherung der Ressourcen
 - Rücksicht der Wirtschaft auf anthropologische Grundlagen
 - Sicherung von nichtökonomischen Freiräumen.

Die Instrumente dieser Politik liegen in folgenden Rechts- und Aktionsbereichen:

- Arbeitsschutzgesetzgebung
- Tarifverträge
- Wohnumweltverbesserung
- Umweltgesetze
- Forschungspolitik
- Rohstoff- und Energiepolitik
- Kontrolle der technischen Arbeits- und Hilfsmittel.

Defizit: Abrüstungspolitik

Wir brauchen eine konzeptionelle Fortführung der

sozialdemokratischen Friedenspolitik, die die Rüstungskontroll-, Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungspolitik im Ost-West-Bereich, anknüpfend an Helmut Schmidts Konzeption der Sicherheitspartnerschaft, fortführt und vertieft,

- die den Zusammenhang von Unterentwicklung und weltweitem Wachstum der Rüstungsausgaben, die Gefahren der Militarisierung des Nord-Süd-Konfliktes darstellt und Lösungen aufzeigt (anknüpfend an die Sonder-Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Thema Abrüstung und die Ergebnisse von Willy Brandts Nord-Süd-Kommission),
- die Fortschritte bei der Lösung des Ost-West- und Nord-Süd-Konfliktes konzeptionell und konstruktiv im Sinne der regionalen Ausdehnung der Entspannungspolitik und einer weltweiten Sicherheitspartnerschaft verbindet.

Wir brauchen eine konzeptionelle Verzahnung der kritischen Analyse friedlicher Technologien mit der bisher völlig unzureichenden Kritik der Risiken neuer militärischer Technologien. Die in der Ökologiebewegung formulierte Kritik an den Rahmenbedingungen der Forschung und Entwicklung neuer Technologien und deren Finanzierung muß noch nachdrücklicher im Sinne rüstungspolitischer Zielsetzungen unterstrichen werden.

Wir müssen das Bewußtsein für die negativen Folgen eines ungesteuerten Rüstungswachstums und Rüstungswettlaufs in den Zusammenhang der ordnungspolitischen Diskussion stellen, in dem wir daran erinnern, wie unsozial und krisenhaft die Folgen ungesteuerten Wirtschaftswachstums und unregulierter Marktkonkurrenz sind.

Wir brauchen eine breitere und intensivere Kritik der wachsenden Rüstungsexporte, die auch die Sorge um sichere Arbeitsplätze, insbesondere in strukturschwachen Regionen, berücksichtigt.

Wir brauchen eine qualifizierte Kritik einzelner Rüstungsprojekte, die über eine nur kurzatmige und über eine ausschließlich moralisch begründete Kritik hinaus auch militärische und ökonomische Argumente berücksichtigt.

Defizit: Bürokratie

Es besteht die Gefahr des Auseinanderfallens von Grundsatzpositionen zu Bürgerrechten und der Verwaltungspraxis, z. B. im Ausländer- und Asylrecht, aber auch im Polizeirecht, im Strafverfahrensrecht und in der Praxis der Nachrichtendienste. Die jahrelange innerparteiliche Debatte um die Einstellungspraxis in den öffentlichen Dienst muß durch regelmäßige Berichtspflichten der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder durchsetzungsfähig gemacht werden. Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Abbaus überflüssiger Bürokratie, z. B. sind in der Kommunalpolitik Bürgerbüros/ Bürgerberatung/Bürgermitwirkung als Gegenwirkung

gegen die entpersönlichende und anonymisierende Gebietsreform einsetzbar.

Kann man z. B. „Formularbereinigung“ organisieren? Fortführung der Diskussion über eine Reform des öffentlichen Dienstes (nicht mehr: viel Formulare = viele Bedienstete = Höherstufung des Abteilungsleiters).

Defizit: Öffnen der Partei für alternative Ansätze/Lebensformen

Große Bedeutung für einen erneuten Integrationschub gerade auch junger Menschen könnte die Offenheit der Partei für die Diskussion alternativer Ansätze und Lebensformen bekommen. Immerhin war es die SPD, die sich stets als die Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus verstanden hat und versteht. „Ökonomismus“, d. h. der Vorrang der Ökonomie vor der Politik, vor dem Menschen, war stets ein Gegenstand ihrer Kritik. Sie war es, die 1961 als erste Partei Umweltschutz aufgegriffen und in die praktische Politik eingeführt hat. „Rückbesinnung auf unsere eigene sozialdemokratische Position und deren ernsthaftige — wo notwendig: kritische — Weiterentwicklung“ hat Willy Brandt gefordert.

Zweifellos vermischen sich bei den „Alternativen“ Positives und Negatives, Nützliches und Gefährliches (bis zu Sekten, Alkohol, Drogen, Terrorismus). Gefährlich ist sicher auch eine gewisse Anfälligkeit für rechte Parolen, die hier oder da wahrzunehmen ist. Das aber macht die Diskussion noch dringlicher.

Es sollte Sache der SPD sein, zu zeigen und dabei mitzuhelfen, daß es sich dem Anliegen nach jedoch letztlich um positive Alternativen handelt: Eine volkswirtschaftliche Kostenrechnung über die privatwirtschaftliche hinaus ist so wenig irrational wie die Verwendung biologischer Schädlingsbekämpfungsmittel anstelle chemischer; auch das „einfache Leben“ ist nicht irrational, sondern kann höchst rational sein, wenn es z. B. Rohstoffe und Energie sparen hilft,

oder wenn es zu Erlebnis und Befriedigung führt, die die moderne Arbeitswelt nicht mehr vermitteln kann. „Offen“ kann natürlich nicht heißen, daß sich die SPD nun zu allem und jedem bekennt. Gemeint ist Toleranz, Bereitschaft zur Diskussion, sachliche Auseinandersetzung und hier und da auch konkrete Unterstützung!

Es erscheint notwendig:

- a) eine Bestandsaufnahme der vielfältigen alternativen Bemühungen einschließlich der Kontakt- und Diskussionsmöglichkeiten zu machen;
- b) regional mit Gruppen und Bürgerinitiativen wenigstens ständige Gesprächsbereitschaft zu eröffnen;
- c) auch alternative Bemühungen materiell zu unterstützen (beispielsweise wird der alternative Landbau im Subventionsbereich arg vernachlässigt; schon mit sehr geringen Mitteln könnten beachtliche Wirkungen erzielt werden);
- d) im Bereich Entwicklungspolitik, aber auch in der Forschungspolitik, alternative Möglichkeiten (Landbau, Technologie) zu fördern.

Angesichts des schnell steigenden Interesses auf diesen Gebieten könnte eine „offene“ bis „freundliche“ SPD denjenigen entgegenwirken, die sich hier sehr stark engagieren und ständig versuchen, die „etablierten“ Parteien in Mißkredit zu bringen und Parteiverdrossenheit zu fördern.

Ich möchte diese Anregungen nicht als Patentlösungen mißverstanden wissen. Mir ist vielmehr sehr daran gelegen, die nur zaghaft sich rührende innerparteiliche Debatte wieder zu beleben. Eine Nagelprobe wird dieser Neuanfang auf dem Berliner Parteitag erleben. Alle drei Schwerpunkte: Energie, Abrüstung und Liberalität bieten Ansatzpunkte, die innerparteiliche Debatte zu profilieren. Dann erst wird sich zeigen, ob die Hamburger Anträge und ihre weitere Behandlung im Anschluß und Parteirat Früchte getragen haben.

Wolfgang Roth: Projektlinien für die Politik der SPD

Nicht wenige, die den Evangelischen Kirchentag in Nürnberg im Juni besucht haben, schauten mit Bewunderung auf die Offenheit jener Veranstaltung, auf deren „Markt der Möglichkeiten“ unendlich viele Gruppen und Initiativen sich darstellten. Sie halten es für ein Modell für die SPD.

Ich halte diesen Wunsch nach mehr Offenheit der Partei zwar einerseits für berechtigt, aber andererseits ist die Sehnsucht nach einer herrschaftsfreien

Diskussion innerhalb einer politischen Partei und zwischen ihr und der Öffentlichkeit illusionär. Politik ist nicht nur Markt der Möglichkeiten, sondern Entscheidung zwischen Möglichkeiten, nach demokratischer und möglichst offener Diskussion.

Die Politik muß Prioritäten setzen, gerade in krisenhaften Zeiten, in der nicht blühendes Wirtschaftswachstum eine Politik der offenen Hand ermöglicht. Zudem, wenn man mit Fug und Recht behauptet, daß künftig ein naturwüchsiges Wirtschaftswachstum objektiv nicht mehr möglich ist (wegen der Energie- und Rohstoffprobleme) und von vielen auch nicht mehr gewünscht wird (wegen der Gefähr-

dungen der natürlichen Lebensgrundlagen), so gibt es um so mehr Entscheidungen zu treffen bzw. Entscheidungsstrukturen zu verbessern.

Insofern überrascht es doch sehr, daß häufig zwar die Widersprüche des ökonomischen Wachstums drastisch beklagt wurden, aber die machtpolitischen Voraussetzungen einer Beeinflussung, wenn nicht gar Steuerung des Wirtschaftswachstums gelehrt werden, so als ob ein Markt der Möglichkeiten die Verbindlichkeit schaffe, um die Wirtschaft zu steuern.

Ein besonders drastisches Beispiel dieser widersprüchlichen Haltung lieferte Gerhard Schröder in einem Artikel des „Vorwärts“ (Nr. 25/1979).

Einerseits will er tiefgreifende Veränderungen der Wirtschaft, auf der anderen Seite spricht er sich gegen eine starke politische Führung aus, er will alles durch Betroffene entscheiden lassen. Wie und in welchen Formen, bleibt offen. Wie kann ein Arbeitnehmer, ein Verbraucher, ein Rentner seine Interessen anders wahren, als durch starke politische Führung durch Sozialdemokraten in seinem Interesse?

Nun soll nicht gelehrt werden, daß gerade die Sozialdemokratie manchen Nachholbedarf im Hinblick auf ihre Öffnung zu sozialen Gruppen, Vereinen und Bürgerinitiativen hat. Die SPD hat eine Organisationsstruktur, die auf der „Geschlossenheit“ der alten Arbeiterpartei basiert und nicht selten „Abgeschlossenheit“ bedeutet. Die ökologischen und sozialen Bewegungen der Bürger in den letzten Jahren sind nicht selten übersehen, verdrängt oder sogar diffamiert worden.

Jetzt zeigt sich eine Gegenbewegung in manchen Teilen der Partei, die ich für nicht weniger fragwürdig halte. Alles, was sich im Initiativbereich bewegt, wird dem politischen Bereich für überlegen gehalten. Das ist falsch, weil damit opportunistisch Prioritäten und Bedürfnisse von einzelnen Aktivgruppen mit dem notwendigen politischen Entscheid über gesamtgesellschaftliche Prioritäten verwechselt werden.

So wichtig die Öffnung der Partei ist, so wichtig beispielsweise offene Foren sind, so wichtig ist auch die Bereitschaft der SPD, ihre Prioritäten als Partei der arbeitenden Menschen konsequent zu formulieren. Die Öffnung der Partei gibt die Antwort auf die Differenzierung der Bedürfnisse der sozialen Gruppen. Sie darf aber auf eine Willensbildung der Partei

nicht verzichten, die verbindlich ist.

Meines Erachtens ist ein Hauptmangel der Politik der SPD die fachspezifische Auffächerung und die mangelnde Konzentration. Drei Projektklinien, an denen Einzelmaßnahmen zu messen und in die sie einzufügen sind, sollten die Politik der nächsten Jahre bestimmen:

— Friedenspolitik als Fortsetzung der Ost-West-Entspannung und konsequenter Ausbau der Nord-Süd-Politik.

Die Öffnung unserer Arbeit muß hier an die Erfahrungen der Kirchen und kirchlichen Gruppen in der Entwicklungsarbeit ansetzen. Die SPD muß dabei allen Bürgern auch klarmachen, daß eine Lösung der internationalen Konflikte Opfer bedeutet. Ich halte ideologische Halteseile, die dem Bürger verbergen sollen, daß wir alle Opfer bringen müssen, wenn die Nord-Süd-Beziehungen friedlich bleiben sollen, für schädlich.

Im internationalen Wirtschaftsgeschehen tummeln sich schlimme Monster, nicht zuletzt profitgierige Multis. Aber ihre Kontrolle ändert nichts an der Notwendigkeit der Übertragung vom produzierten, realen Einkommen. Diese Lehre muß gelernt werden. Sie wird nur durch eine überzeugende politische Führung lernbar.

— Soziale Sicherung ist eine moderne Aufgabe, an der wir viele Einzelschritte orientieren müssen. Die Gleichstellung der Frau in der sozialen Sicherung, die Demokratisierung der Sozialpolitik im Sinne der stärkeren Beteiligung der Betroffenen sind nur Beispiele für die Aufgaben.

— Humane Wirtschaft. Die vielfältigen Bemühungen, die wir derzeit starten, um Ökonomie und Ökologie durch Umweltpolitik zu versöhnen, sind die dritte Projektklinie, die es zu verfolgen gilt. Unsere Bemühungen um Vollbeschäftigung bei Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen gehören ebenso dazu wie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Traditionelle Bündnisse und Bindungen, wie zwischen Gewerkschaften und SPD, müssen bei der Formulierung dieser Politik beachtet und gesichert werden. Das ändert nichts daran, daß wir beweglich und offen neue Gesprächspartner, beispielsweise in der ökologischen Bewegung, suchen und finden.

Hans-Otto Bäumer: Raus aus dem Trott des Nachvollziehens

Um es vorweg zu sagen: Die Diskussion im Parteirat hat mich, und darin weiß ich mich nicht nur mit den niederrheinischen Mitgliedern des Parteirates

einig, in der Binschätzung der Situation der SPD bestätigt.

Das Meinungsbild im Parteirat kennzeichnet Zustand und Stimmung unserer Partei: Ergebnisorientierung und Unzufriedenheit dominieren, viele empfinden es zudem als Belastung, sogar als Gefahr für die politische Orientierung und Glaubwürdigkeit, wenn die Rolle der Partei zunehmend als eine Art werbende

und anpreisende Hilfestellung verstanden wird. Dabei verkennt niemand, daß die SPD mit dem Bundeskanzler eine überzeugende, von den Wählern akzeptierte politische Führung vorweisen kann.

Daß die Tendenz zum wohlgenutten bis trotzigem Danebenstehen in den letzten zwei Jahren bedenklich zugenommen hat, haben wir Niederrheiner auf eindrucksvolle Weise erfahren. So gestand in einer vorbereitenden Beratung des Bezirksvorstandes mit unseren Parteiratmitgliedern einer der Verfasser des Niederrheinpapiers freimütig ein, im Gegensatz zum Sommer 1977 habe er heute kaum noch Skrupel, sich damit abzufinden, daß Partei und Fraktion mehr und mehr hinter (Vor-)Entscheidungen der Regierenden hinterherhinken.

Aber ich wiederhole hier, was ich im Parteirat vortragen habe: Im großen und ganzen würden wir das Positionspapier des Bezirks Niederrhein (siehe Dokumentation in diesem Heft; Red.) heute noch einmal schreiben. Denn das Problem ist geblieben. Es könnte sich, bei schwerwiegenden Veränderungen z. B. der wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik, sogar noch verschärfen. Dabei sind wir uns darüber im klaren, daß wir uns anscheinend auf die Wiedergabe eines breiten Unbehagens beschränken, auf konkrete Kritik, etwa in Verbindung mit Patentrezepten oder formalen Änderungsvorschlägen, verzichten. Wir wissen auch, daß unsere Zustandsbeschreibung der Partei lückenhaft ist, gelegentlich unangewogen, vielleicht sogar hier und da ungerecht wirkt. Wir wehren uns allerdings gegen den bereits beim Hamburger Parteitag 1977 erhobenen Vorwurf, daß unser Papier oberflächlich (Ehmke) sei oder daß man, um ein Detail des Parteirates herauszupicken, mit Formulierungen wie „Regierungspolitik verbreitet Kühle“ nichts anfangen könne (Junker).

Um es noch einmal klar zu machen, warum, wozu und für wen wir das Papier geschrieben haben:

1. Wir können uns nicht damit abfinden, zu einer nur noch verwalteten Partei zu degenerieren, in der politisches Bewußtsein verkümmert und politisches Leben farblos und anonym wird. Stallgeruch (Bahr) und Zuwendung (Rau) müssen Stichworte sein, bei deren Erwähnung ein Mitglied der SPD weiß, warum seine Partei unverwechselbar und als Gesinnungsgemeinschaft unverzichtbar ist.

2. Das Hinhören und das Nachdenken, das Argumentieren und das Diskutieren, das Miteinander und das Füreinander sind Voraussetzung für Orientierung, Zusammenhalt und Glaubwürdigkeit. Nur wenn diese Haltung das Parteileben bestimmt, erreichen wir ein Höchstmaß an Beteiligung der Mitglieder bei der Bestimmung politischer Zielrichtungen.

Die Ergebnisse eines solchen innerparteilichen Dialogs und das ständige Einbeziehen verschiedenartig eingestellter und interessierter Bürger können die SPD in den Rang einer offenen und zusammenführenden, Änderungen und Verbesserungen der

Lebensverhältnisse bewirkenden Partei heben. Wir müssen uns immer als einem Gradmesser zur Beurteilung unserer Politik fragen:

- Wie intensiv, offen, fair werden politische Fragen in der Partei, in den Fraktionen, in und mit der Bevölkerung diskutiert?
- Gelingt es dabei immer aufs neue, unsere Grundwerte und die Zielrichtung unserer Arbeit mit der „Tagespolitik“ in Einklang zu bringen?
- Legen wir uns selbst und unseren Wählern immer wieder Rechenschaft darüber ab, in wessen Interesse, zu wessen Gunsten und zu wessen Lasten unsere Entscheidungen getroffen werden?
- Wie behandeln wir Minderheiten in der Partei und in der Gesellschaft, die Nicht-Stromlinienförmigen und die Nicht-Angepaßten?
- Führen wir uns nicht so auf, als ob wir Vormund unserer Wähler wären, anstatt Sachwalter ihrer Interessen zu sein?
- Stellen wir nicht die sogenannten Sachzwänge zu sehr in den Mittelpunkt unserer Arbeit?

3. Das alles muß verstanden werden als Grundlage und als Vorgabe für Parteifunktionäre und Fraktionsmitglieder auf allen Ebenen, als Auftrag für die unserer Partei angehörenden Regierungsmitglieder. Um nicht mißverstanden zu werden: Wir Niederrheiner glauben nicht, daß wir dem Kanzler auf Dauer dadurch helfen können, daß wir ihn damit allein lassen, die Richtlinien der Regierungspolitik ohne das Fundament einer ständig sich orientierenden, glaubwürdigen Mitgliedschaft zu bestimmen und durchzusetzen. Wir meinen, daß ihm das Regieren zwar weiterhin überzeugend und sachgerecht gelingen wird, daß ihm aber die Durchsetzung bis hin zur bereitwilligen Unterstützung durch Fraktion und Partei zunehmend schwerfallen wird. Wer dem entgegenhält, die Regierung komme gut an, der Kanzler gelte unbestritten als kompetent, der urteilt sicher richtig. Er übersieht aber, daß mindestens auf den zweiten Blick eine Kluft sichtbar wird: Wenn sich Mandatsträger und Mitglieder der Partei nur noch als Zuschauer empfinden, denen selbst der Applaus nur auf Abruf erlaubt ist, werden Engagement in der Partei und Möglichkeiten der Identifizierung mit der Partei zunehmend geringer.

Im Parteirat habe ich darauf hingewiesen, daß es mit der Abfassung von Resolutionen, mit der Formulierung und Verabschiedung von Anträgen nicht getan ist, daß es für eine Regierungspartei erst losgeht, nachdem man innerparteilich politisches Handeln mehrheitsfähig gemacht hat. Die nächste Station ist dann die Fraktion. Wenn sie überhaupt Zeit hat, den Parteiauftrag an- und aufzunehmen, wird sie beim Umsetzen oftmals statt der Kooperation mit der Regierung eine Konfrontation erleben. Wenn dann schließlich mit der FDP als dem derzeitigen Koalitionspartner eine gemeinsame Linie zustande kommt, werden Bundesrat oder gar Bundesverfassungsgericht gelegentlich weitere Korrekturen herbeiführen.

Selbst nach diesem beschwerlichen Weg wird es der Regierung meistens gelingen, Öffentlichkeit und Wähler im großen und ganzen von der Güte ihrer Arbeit zu überzeugen.

Ganz anders kann das aber in der Fraktion und in der Partei aussehen. Auch ein mit Augenmaß und mit dem ausreichenden Gefühl für Machbarkeit ausgestattetes Mitglied wird das Resultat so mager oder verkrüppelt finden, daß sich bei der Rückkoppelung in den Untergliederungen der Partei Unmut und Enttäuschung nicht vermeiden lassen. Wenn sich das wiederholt, sind Resignation und Phlegma bald erreicht. So entsteht eine Kluft, die sich irgendwann als Fallgrube für die Regierung erweisen kann.

Wer mich verstanden hat, denkt an die Koalitionsverhandlungen unmittelbar nach der Bundestagswahl 1976, als das Schlüsselproblem der Renten zu lösen war und als Wahlkampfhaltung und Regierungshandeln in Einklang gebracht werden mußten.

Bekanntlich gelang es erst mit Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion, den Wahlkampfaussagen gerecht zu werden und glaubwürdig zu bleiben. Vielleicht denkt man auch an die sogenannten Abweichler im Zusammenhang mit der Senkung der Vermögenssteuer. Beim Thema Steuerpolitik fällt einem auch der „Aufstand“ ein, den insbesondere der NRW-Landesverband im Hinblick auf den beabsichtigten ersatzlosen Wegfall der Lohnsummensteuer probte. In dieses Kapitel gehört auch die einstimmige Ablehnung einer „sozial unausgewogenen“ Tarifreform bei der Neugestaltung der Lohn- und Einkommensteuer durch den Bezirk Niederrhein. Ich wage die Voraussage, daß sich die gegenwärtig andeutenden Bestrebungen, erneut bestimmte Steuerarten gänzlich zu beseitigen oder erheblich zu senken und womöglich als Ausgleich die Mehrwertsteuer drastisch zu erhöhen, die Opposition nicht nur eines Bezirks, sondern einer ganzen Anzahl provozieren wird. Sollte es aber dahin kommen, daß sich der Mittelbau der Partei, die Regionaleinheiten der SPD, verweigern, kann man davon ausgehen, daß wir nicht nur eine Neuauflage bekannter Abweichlerturbulenzen, sondern wie zu Beginn der Legislaturperiode des Bundestages die kompakte Gegenwehr der Bundestagsfraktion erleben werden.

Der Kreis hätte sich dann in fataler Weise geschlossen. Wer das für Unkenrufe hält, der sollte sich die Stationen dieser Entwicklung einmal genauer ansehen. Um die Sachverhalte Vermögenssteuerreform und Einkommensteueränderung beispielhaft herauszunehmen: Bei der Vermögenssteuer gelang es noch mit Mühe und Not, den niederrheinischen Bezirksausschuß auf eine Kompromißformel mehrheitlich einzuschwören, die der Regierung einen gewissen Spielraum zugestand und sogenannte Abweichler im Regen stehen ließ. Bei der Tarifreform ergaben sich im Bezirksvorstand und Bezirksausschuß einstimmige Voten, nicht einmal Stimmenthaltungen. Das Problem Abweichlertum war beseitigt, die Haltung

des Bezirks einheitlich, und zwar — kontra Regierung!

Der Bezirk Niederrhein hat bei seiner Intervention die Spielregeln innerparteilicher Willensbildung und Einflußnahme sorgfältig im Auge behalten. Er hat bei seinen Diskussionen nie außer acht gelassen, daß er sich nur als eine Station auf dem Weg zur endgültigen Beschlussfassung durch die Gesamtpartei versteht. Das heißt im Klartext, daß er selbstverständlich davon ausging, bei den Beratungen des Parteirates entweder Resonanz zu finden oder mit seinem Vorhaben in der Minderheit zu bleiben.

Wir blieben im Parteirat auf der Strecke. Damit war die Endstation innerparteilicher Willensbildung erreicht und einheitliches Auftreten der Partei ermöglicht. Nach der endgültigen, d. h. letztinstanzlichen Entscheidung durch den Parteirat hätten weitere oppositionelle Stellungnahmen nur noch als das unsolidarische und desorientierende Gehabe solcher verstanden werden müssen, die jetzt berechtigt als Abweichler bezeichnet worden wären.

Nicht durch die Ausgabe von Parolen, nicht durch Verordnung von Verhaltensweisen und schon gar nicht nach dem Motto alles „herhören“ und „strammstehen“, kann die Partei Geschlossenheit erreichen und Überzeugungskraft zustande bringen.

Wenn Probleme der Steuerpolitik bereits beachtliche Bemühungen um Orientierung und Integration nötig gemacht haben, muß man sich besorgt fragen, was auf uns noch zukommen kann.

Wenn sich an den Tanksäulen kilometerlange Autoschlängen bilden und in den Wohnungen Väterchen Frost Einzug hält, wenn sich der Generationenvertrag als unrealistisch erweisen könnte und der sorgenfreie Lebensabend bedroht wird, wenn Industrieproduktion und Wirtschaftsentwicklung durch Rohstoffknappheit und Energiemangel ins Stocken geraten, wenn Anhänger alternativer Lebensweisen das Bild der Gesellschaft mehr und mehr bestimmen.

Wenn es so weit kommt, dann ist es für die Frage zu spät, ob wir durch Ignoranz und Bequemlichkeit und durch die Verwechslung von solidarischem Verhalten mit Gehorsam zu einer solchen Entwicklung beigetragen haben.

Das sprichwörtliche „Gebot der Stunde“ ist für mich: Die SPD muß raus aus dem Trott des nur Nachvollziehens und Nachbereitens und rein in die Position bewußter Führungsarbeit. Orientierung und Glaubwürdigkeit müssen in einem fortwährenden Prozeß des geduldigen und beharrlichen Aufnehmens, des behutsamen Dialogs, des Hin- statt des Herhörens und der Zuwendung zu allen Gruppierungen der Gesellschaft erreicht werden. Die SPD muß ihre Führungsrolle dadurch überzeugend wahrnehmen, daß sie klare Zielvorstellungen formuliert, aber auf ihrem Weg sich als Partner bewährt und nicht als Vorbeter gebärdet. Sie muß das Selbstvertrauen aufbringen, Partnerschaft als Geben und Nehmen zu praktizieren. Unsere Haltung im weiten

Feld gesellschaftspolitischer Entwicklungen muß erkennen lassen, daß wir Politik nicht nur als rationales Geschäft verstehen, sondern daß auch Emotionen, Ängste und Hoffnungen erfaßt werden müssen.

Oder mit den Worten des OR '85: „Die erste Aufgabe sozialdemokratischer Vertrauensarbeit ist es, die Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere der Arbeitnehmer, zu ermitteln und sie in die politische Diskussion und Entscheidung einzuführen. Nur wenn es uns gelingt, einer ständig wachsenden

Zahl von Bürgern den Prozeß der praktischen Umsetzung ihrer Bedürfnisse in politisches Handeln deutlich zu machen und sie hieran zu beteiligen, werden wir das gerade in großen Teilen der Arbeitnehmerschaft verbreitete Gefühl der Einflußlosigkeit abbauen können. Erst wenn wir die tatsächlichen Ursachen für das Zustandekommen dieses Gefühls aufzeigen, wird unsere Antwort glaubwürdig, daß gesellschaftliche Ohnmacht durch gemeinsames politisches Handeln überwindbar ist.“

Johano Strasser: Vertrauensarbeit durch die Partei

Wir sind noch einmal davongekommen! Wer hätte vor vier, fünf Jahren absehen können, daß die SPD so leidlich ungeschoren über die Runden kommen würde — damals, als die Arbeitslosenzahl zum ersten Mal über die Millionengrenze kletterte, als Sozialpolitiker wegen der Rentenfinanzierung schlaflose Nächte hatten, als bei Landtags- und Kommunalwahlen zum Teil erhebliche Verluste zu verzeichnen waren und bei alledem nach allerhöchstem Verdikt die Krise nicht Krise genannt werden durfte?

Heute ist die Situation anders. Die letzte Bundestagswahl brachte einen knappen Sieg der sozialliberalen Koalition, und die Aussichten für die nächste sind (dank Strauß und dem Streit in den Unionsparteien) eher günstig. Wo immer inzwischen Teilwahlen stattfanden, konnten die Sozialdemokraten ihre Position behaupten oder verbessern. Die Bevölkerung scheint sich an die Arbeitslosigkeit zu gewöhnen. Die Automobilindustrie ist aus dem Tief längst heraus. Unsere weitblickenden Industrielken schauen mit neuem Optimismus nach Fernost, wo China sich zum Sprung in die Science-Fiction-Zukunft rüstet, und verdrängen geflüssentlich das Malheur, das ihnen im Iran unterlaufen ist.

Sind wir wirklich über den Berg? Nicht wenige an der Spitze der Partei, in der Bundestagsfraktion und im Kabinett verbreiten vorsichtigen Optimismus: wenn sich die Industriestaaten auf des Kanzlers Linie der Vernunft einschwören lassen, wenn die Sozialdemokratie diszipliniert und geschlossen hinter der Regierung steht, die Gewerkschaften noch eine Weile Ruhe halten und die Union sich weiterhin selbst ruiniert, dann müßte es 1980 klappen. Für die Zeit danach haben wir zwar keine überzeugenden Konzepte, aber da die CDU/CSU noch weniger zu bieten hat, sind die Chancen, auch weiterhin als kleineres Übel akzeptiert zu werden, gar nicht so schlecht. Auf dem Feldherrnhügel drehen sich alle

Erwägungen um Macht. Machterhalt ist der alles beherrschende Gedanke auch bei den Profipolitikern: Am Drücker bleiben! Danach sehen wir weiter.

In diesem machtpragmatischen Kalkül gibt es zwei entscheidende Unsicherheitsfaktoren: das, was man, von oben nach unten blickend, „die Bürger“ und „die Partei“ nennt. Werden die Bürger sich noch einmal in ausreichender Zahl für die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition mobilisieren lassen? Werden angesichts der Bedrohung, die von einem möglichen Kanzler Strauß ausgeht, auch diejenigen sich noch einmal zur Stimmabgabe für die SPD bewegen lassen, die eigentlich die Nase voll haben? Und: Werden die Parteimitglieder genügend Engagement und Überzeugungskraft aufbieten, um Zweifler umzustimmen, Abgewanderte zurückzugewinnen, die Stammwähler an die Wahlurnen zu bringen?

Bei „den Bürgern“ sind es vor allem die Frauen und die Jungwähler, die Sorge bereiten: die Frauen, weil sie die grundgesetzlich garantierte Gleichstellung der Geschlechter partout auch in der Politik durchsetzen wollen und damit das fein austarierte Machtgefüge der Männerwelt durcheinander bringen, und die Jungwähler, weil sie sich in letzter Zeit scharenweise von der SPD abwenden und bei Grünen, Bunten und Alternativen eine neue politische Heimat suchen. Langsam dämmert auch den alerten Wahlstrategen, daß man der „Staats-“ und „Partei-verdrossenheit“ der Jugend nicht mit ein paar taktischen PR-Mätzchen beikommt, daß ein bißchen ökologische Imagepflege nicht ausreicht, um das grüne Potential an die SPD heranzuführen. Und daß sich eine kompetenzlose Frauenbeauftragte als Beitrag zur Emanzipation der Frau verkaufen läßt, kann allenfalls dem in den Sinn kommen, der die Welt außerhalb seiner Behörde nur durch die getönten Schelben schwarzer Dienstblousinen zur Kenntnis nimmt.

Also muß die Partei ran. Die Jusos sollen sich intensiver um die Jugend kümmern, die ASF um die Frauen, die Partei insgesamt ein attraktiveres Bild bieten, Bürgernähe demonstrieren. Aber die Partei ist „außer Form“. So schlaff wie bei der Europa-Wahl

war sie schon lange nicht mehr, und dies lag nicht nur daran, daß auch Sozialdemokraten das nationale Hemd allemal näher ist als der europäische Rock. Die SPD steckt mitten in einer tiefen Identitätskrise. Mehr oder weniger wohlmeinende Ratschläge, doch nun endlich das Diskutieren sein zu lassen und wieder „Tritt zu fassen“, helfen da wenig. Dafür ist die Verunsicherung zu tief, die Ratlosigkeit zu allgemein. Überall an der Basis der Partei hat die Suche nach neuen tragfähigen Orientierungen begonnen. Was bedeutet es heute, unter sich dramatisch verändernden Bedingungen, Sozialdemokrat zu sein?

Ich glaube, daß die meisten Funktionäre und Amtsträger der SPD gar keine Ahnung davon haben, wie sehr diese Frage viele Mitglieder beunruhigt. Möglicherweise steht die Partei vor einer Zerreißprobe, die weit über das hinausgeht, was an Konflikten durch die Große Koalition und die Notstandsgesetze ausgelöst wurde. Die SPD wird in zweifacher Weise zentral erschüttert: einmal durch das weite Auseinanderklaffen programmatischer Ansprüche und der von ihr mitverantwortenden Regierungspraxis und zum anderen durch die wachsenden Zweifel an der programmatischen Grundlage selbst und am herkömmlichen sozialdemokratischen Politikkonzept. Den meisten Sozialdemokraten fällt es schwer, sich im Handeln „ihrer“ Regierung wiederzuerkennen. Viele von ihnen ahnen, vor allem unter dem Druck der neu ins Bewußtsein gedrungene ökologischen Probleme, daß unser Politikkonzept zum Teil auf falschen Voraussetzungen beruht.

Nun ist Unruhe und Ratlosigkeit von sich aus noch nichts Tragisches. Im Gegenteil kann dies durchaus das Ferment sein, aus dem neue und bessere Konzepte entstehen. Die Frage ist nur, ob die SPD die Kraft besitzt, für sich als Partei eine eigenständige Rolle zu definieren, gegenüber der von ihr getragenen Exekutive die Initiative zurückzugewinnen und selbständig denkend und handelnd neue Wege zu erkennen.

Henning Scherf hat vor kurzem davor gewarnt, die SPD mit Haut und Haaren zum „Kanzlerwahlverein“ zu machen. Damit hat er den Nerv des Problems getroffen. Willy Brandt hat in vorsichtigen Worten im Mitgliedermagazin der Partei etwas ähnliches gesagt: „die Partei darf die Regierung nicht im Stich lassen, aber sie muß über Wahlperioden hinaus denken.“ Welche Rolle soll die Sozialdemokratie in unserer Gesellschaft, in unserem politischen System spielen? Ist sie lediglich die Eingreifreserve der Regierungsmannschaft, die man in Wahlkämpfen mobilisiert, die sich ansonsten aber aus dem politischen Geschäft herauszuhalten hat? Oder hat die Partei eigene, nicht fremdbestimmte Aufgaben zu erfüllen, kann sie sich eigene Handlungsfelder erschließen und in selbständiger Praxis ihre Identität wiederfinden?

Von Parteidemokratie ist in diesem Lande zu-
meist nur die Rede, wenn es darum geht, den Bür-

gern die öffentliche Wahlkampffinanzierung schmackhaft zu machen. Auch die sozialdemokratischen Machtpragmatiker in Regierung und Fraktion räumen der Partei in der Regel keine eigenständige Rolle in unserer Demokratie ein. Sie betrachten die Partei zu-
meist als ihr Instrument, das man nach den Erfordernissen des Machterhalts einsetzt, das man anspornt und domestiziert je nachdem, wie es „höheren Orts“ erforderlich erscheint. Natürlich hat sich die SPD nie vollständig zum Anhängsel der Fraktion, zum Wahlverein machen lassen. Sie hat programmatische Vorgaben formuliert, hat versucht, die Fraktion und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder in die Pflicht zu nehmen, ist hier und da auch in der Praxis ihre eigenen Wege gegangen. Aber sie tat dies fast immer mit einem schlechten Gewissen. Und dieses schlechte Gewissen konnten die Machtpragmatiker nutzen. Noch nie in der Geschichte der SPD sind Beschlüsse von Parteitagungen von den eigenen Mandatsträgern so zynisch mißachtet worden wie in den letzten Jahren. Die „Parteienverdrossenheit“ in der Jugend hat Gründe. Hier liegt einer von ihnen.

Und nun soll diese Partei sich um die Jugend, um die Frauen und um all diejenigen kümmern, die mit ihrer Wahlentscheidung für die Grünen uns einen Strich durch die Rechnung machen könnten? Wie soll die SPD für diese Gruppen eine neue Attraktivität gewinnen, wenn man ihr gleichzeitig zumutet, sich dem kurzzeitigen Machtlavieren der Regierung bedingungslos anzupassen, wenn die Parteimitglieder, statt eigene Handlungsmöglichkeiten zu nutzen, in guter deutscher Tradition die Lösung aller Probleme von „ihrer“ Regierung erwarten, wenn man sich einredet, daß Geschlossenheit der Schlüßel zum Erfolg sei, wenn bitter nötige Diskussionen und Experimente behindert werden, wenn Beschlüsse und Entwürfe der Parteigremien von den eigenen Mandatsträgern öffentlich als Unsinn bezeichnet werden?

Ich möchte nicht der bequemeren Ausrede Vorschub leisten, an der ganzen Misere seien nur „die da oben“ schuld. Es ist auch für die Parteibasis immer ganz heilsam, die Möglichkeit nicht von vornherein auszuschließen, daß man selbst vieles falsch gemacht hat. Der gegenwärtige Zustand der SPD bringt es mit sich, daß häufig von „der Partei“ in zwei ganz unterschiedlichen Bedeutungen die Rede ist, je nachdem, ob man sich „oben“ oder „unten“ befindet. Von oben gesehen, ist „die Partei“ die nach strategisch-taktischen Überlegungen einzusetzende Truppe. Die Parteibürokratie hat dafür zu sorgen, daß die Truppe jederzeit einsatzfähig ist. Regelmäßige Appelle des Vorsitzenden ersetzen die „innere Führung“. Sich abzeichnende Meutereien bannst man mit Drohungen, Erpressungen, notfalls auch mit Zugeständnissen. Von unten gesehen, ist „die Partei“ nicht selten eine geheimnisvolle Macht, die Zentrale, die dafür zu sorgen hat, daß die sozialdemokratischen Wünsche in Erfüllung gehen. Das einfache Partei-

mitglied schimpft auf „die Partei“ wie der Bürger auf „den Staat“. Daß man selbst Verantwortung trägt, daß „die da oben“ nur dort sitzen, weil „wir da unten“ sie gewählt haben, wird häufig übersehen. Auch die Froschperspektive verzerrt.

Der Dreh- und Angelpunkt ist die Klärung und Neubestimmung der Rolle und der Aufgaben der Partei. Und wenn sich in dieser Hinsicht etwas ändern soll, dann ist es zunächst einmal notwendig, daß die Parteimitglieder wieder begreifen, daß sie selbst die Partei sind. Bertolt Brecht hat genau dieses Problem in einem Gedicht aufgegriffen. Er fragt:

„Wer aber ist die Partei?

Sitzt sie in einem Haus mit Telefonen?

Sind ihre Gedanken geheim, ihre Entschlüsse unbekannt?

Wer ist sie?“

Brechts Antwort ist nicht nur für unterwerfungswütige kommunistische Apparatschiks hilfreich, sondern auch für das einfache SPD-Mitglied:

„Wir sind sie.

Du und ich und wir — wir alle.

In deinem Anzug steckt sie, Genosse, und denkt in deinem Kopf.“

Die SPD ist nichts außer oder über den Mitgliedern. Daß es so erscheint, liegt zu allererst daran, daß die Mitglieder und die Gliederungen der Partei ihre kritische demokratische Funktion ungenügend wahrnehmen, daß sie Verantwortung nur immer delegieren, statt sie selbst zu übernehmen, daß sie die Erlösung von allem Übel „von oben“ erwarten, statt von unten mit der Erneuerungsarbeit zu beginnen.

Was die SPD braucht, ist eine gründliche Revision der Parteiarbeit, der Inhalte, der Methoden und der organisatorischen Voraussetzungen. Dies aber kann nicht auf Anweisung von oben erfolgen; eine solche Änderung kann sich nur durchsetzen, wenn die Mitglieder selbst, die Ortsvereine, Unterbezirke, Bezirke und Landesverbände sich dieser Aufgabe annehmen. Nur wenn es uns gelingt, die Partei gegenüber der Exekutive zu stärken, ihr demokratisch-sozialistisches Profil wieder klarer herauszuarbeiten und im Handeln von Sozialdemokraten deutlich werden zu lassen, wenn wir uns den Sorgen und Hoffnungen der Menschen wieder mehr öffnen und neue Fragestellungen mehr als bisher in unsere programmatische und praktische Arbeit einbeziehen, nur dann haben wir die Chance, die geistige Führung zurückzugewinnen und jenen wieder eine Orientierung zu bieten, die sich von uns abgewandt haben.

Fangen wir mit dem Einfachsten an, das bekanntlich nicht selten am schwierigsten ist: Die Frage, was es heute bedeutet, Sozialdemokrat zu sein, ist zunächst einmal die Frage nach der Übereinstimmung unserer Lebenspraxis mit unseren sozialdemokratischen Prinzipien. Umfragen belegen, daß immer mehr Menschen ein tiefes Mißtrauen gegenüber Politikern haben. Sie trauen den großen Worten und feierlichen

Versprechen nicht mehr. Glaubwürdig ist für sie ein Politiker nur noch dann, wenn er in seiner eigenen Lebenspraxis ein wenig von dem einlöst, was er als Prinzipienfahnens vor sich herträgt.

Im Zuge der Professionalisierung der Politik ist es immer mehr eingerissen, Politik und Privatleben beziehungslos nebeneinander zu stellen. Aber wie glaubwürdig ist ein Sozialdemokrat, der in feierlichen Sonntagsreden von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität spricht, aber nach ein paar Bier im Gasthaus Arbeitslose als Drückeberger beschimpft, am Arbeitsplatz die Untergebenen schikaniert und sich durch gute Beziehungen etwas abseits der Legalität einen billigen Bauplatz beschafft? Kann man es den Bürgern verdenken, wenn sie das Vertrauen in eine Partei verlieren, in der so etwas immer wieder möglich ist? Wozu verpflichtet es, Sozialdemokrat zu sein? Woran erkennt man, daß der Nachbar Sozialdemokrat ist? Nur am Parteibuch oder an der Plakette auf dem Auto? Oder prägt das auch seinen Lebensstil?

Dies ist kein billiges Moralisieren! Von der Glaubwürdigkeit des Auftretens hängt sehr wesentlich die politische Wirkungsmöglichkeit ab. Eine Million Sozialdemokraten, informiert, engagiert und glaubwürdig, könnten in der Bundesrepublik trotz Springer & Co einiges bewirken. Freilich geht dies nicht ohne eine kleine Kulturrevolution. Müssen Millionen aus den Beitragsgroschen der Mitglieder dafür ausgegeben werden, daß die Funktionäre in teuren und teuersten Hotels absteigen, statt in einer einfachen Pension oder (welch revolutionärer Gedanke!) bei Genossen am Ort zu übernachten? Muß sich die Partei aufwendige Wagenparks für die Beförderung der Obergenossen halten? Nichts wird dadurch besser, wenn es einem als sozialdemokratischer Oberbürgermeister oder Minister gelingt, ein Großteil des Aufwands auf die öffentlichen Haushalte abzuwälzen. Gerade für einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister könnte es sehr aufschlußreich sein, wenn er einmal zur Hauptverkehrszeit die städtische Straßenbahn, den Bus oder die U-Bahn benutzt. Bürgernähe muß gar nicht aufwendig sein.

Daß die anderen, sprich: die CDU/CSU und die FDP, es auch nicht besser machen, ist kein Argument. Sozialdemokraten erheben den Anspruch, Politik im Interesse der Mehrheit, der „kleinen Leute“ zu machen. Sie treten ein für mehr soziale Gerechtigkeit, für den Abbau von Privilegien. Wenn sie an strengeren Maßstäben gemessen werden als die anderen, so geschieht dies zu Recht. Da gibt es nichts zu beklagen. Wir sollten im Gegenteil stolz darauf sein, weil es im Grunde ein Kompliment für unsere Partei ist, daß man von uns mehr erwartet als von den anderen. Sorgen wir dafür, daß wir nicht schamrot zu werden brauchen über dieses Kompliment, weil wir insgeheim zugeben müssen, daß man uns zuviel Ehre antut!

Daß unsere Partei in vielen ihrer Repräsentanten so wenig glaubwürdig ist, hängt auch mit den Karrieremustern zusammen, die sich im Laufe der Jahre herausgebildet haben. Wer eine Funktion, ein Amt hat, greift sofort nach weiteren. Durchaus nicht immer aus Machtgier! Oft ist eine apathische Mitgliedschaft froh, wenn wenige alles machen. Wo die Mitgliedschaft reger und die Konkurrenz heftiger ist, gibt es andere Gründe. Nicht selten werden nur deshalb immer weitere Funktionen und Ämter übernommen, weil es einem als Schwäche ausgelegt werden könnte, auf einen Posten zu verzichten, den man haben kann. In jedem Falle leidet die innerparteiliche Demokratie, und viele junge Parteimitglieder und viele neu in die SPD kommenden Frauen haben keine Chance, in Funktionen einzurücken, es sei denn, es gelingt ihnen, einen Etablierten zu Fall zu bringen.

Genau dies aber, die Abwahl eines Funktionärs oder Amtsinhabers, gilt in vielen Parteigliederungen fast als Gewalttat. In diesen wie in anderen Punkten haben unsere Medien einen verhängnisvollen Einfluß. Die Maßstäbe, nach denen sie innerparteiliche Auseinandersetzungen bewerten, sind in der Regel vordemokratisch. Daß die Ersetzung eines gewählten Repräsentanten durch einen anderen ein ganz normaler demokratischer Akt ist, müssen auch viele Sozialdemokraten offenbar erst lernen. Ebenso, daß Kritik an Amtsinhabern und Funktionsträgern keine Majestätsbeleidigung ist. Wie soll der Dialog mit den Bürgern funktionieren, wenn der Dialog innerhalb der Partei nicht klappt? Neue Attraktivität kann die Partei nur gewinnen, wenn sie in offener, kritischer und demokratischer Diskussion sich um die Klärung ihres Selbstverständnisses bemüht. Selbstgespräche der Führung über die Partei sind keine demokratische Diskussion. Sie münden regelmäßig in den Ruf nach Geschlossenheit. Aber die Partei ist keine Truppe, der man Befehle erteilen kann. Geschlossenheit kann sich allenfalls einstellen nach einer breiten und offenen Diskussion. Nur dann auch hat sie ein solides Fundament.

Die SPD hat in den letzten Jahren wiederholt Ansätze zu solchen demokratischen Diskussionsprozessen gemacht. Das beste Beispiel ist wohl die Erarbeitung des Orientierungsrahmens '85. In unzähligen Ortsvereinen, in fast jedem Unterbezirk, in jedem Bezirk wurden Genossen in Kommissionen gewählt, die zusammen mit der Bundeskommission an diesem programmatischen Kraftakt mitwirkten. Auf dem Mannheimer Parteitag im Jahre 1975 lagen allein zum OR '85 über tausend Anträge vor, zum großen Teil mit wichtigen Ergänzungen und Korrekturen des vorgelegten Entwurfs. Nach mehrmaliger Überarbeitung, nach hitzigen Diskussionen und mühevollen Abstimmungen kam es schließlich zu einem nahezu einstimmigen Beschluß. Dies war Geschlossenheit nach der Diskussion.

Leider wurde das so mühevoll erreichte Ergebnis

alsbald wieder entwertet. Kaum ein sozialdemokratischer Abgeordneter oder Minister auf Landes- oder Bundesebene kam auf die Idee, den eben erst mit überwältigender Mehrheit beschlossenen Orientierungsrahmen als Leitlinie für sein politisches Handeln zu nehmen. Nicht wenige machten unmißverständlich klar, daß sie solche Hilfestellungen „der Partei“ im Grunde für überflüssig halten. Heute ist der Orientierungsrahmen fast vergessen. Da Sozialdemokraten in den Parlamenten und Kabinetten offenbar keine Verwendung dafür haben und die Partei fast ausschließlich auf staatliche Handlungsmöglichkeiten fixiert ist, bleibt er praktisch folgenlos.

Nun ist es sicherlich richtig, daß der Orientierungsrahmen in einer Reihe von Punkten schon wieder überholt ist. Schon im Prozeß der Beschlußfassung wurde bemängelt, daß er allzu naiv die Fortschreibung bisheriger Entwicklungstendenzen betreibe und die veränderten globalen und nationalen Bedingungen zu wenig berücksichtige. Aber gerade diese berechtigten Einwände machen eine kritische Weiterentwicklung erforderlich. Die Grundwerte-Kommission hat versucht, hierzu Beiträge zu erarbeiten. Aber die Partei als ganze und ihre Mandatsträger haben sich hieran im allgemeinen kaum beteiligt. „Beschlossen und vergessen“ — das scheint das Schicksal des Orientierungsrahmens '85 am besten zu beschreiben.

Dies ist um so ärgerlicher, als der Orientierungsrahmen zumindest ein Kapitel enthält, das gerade heute hochaktuell ist und für die tägliche Parteiarbeit wichtige Impulse geben könnte: „Die Vertrauensarbeit der Partei“. Ich habe vor ziemlich genau drei Jahren in dieser Zeitschrift zum Zusammenhang von Vertrauensarbeit und Parteiorganisation einige Vorschläge gemacht (vgl. NG 9/76). Inzwischen ist immer mal wieder über Parteireform diskutiert worden. Passiert ist wenig, und das wenige war zudem auch noch lang nicht immer sinnvoll. Ich möchte mich nicht wiederholen, sondern nur den zentralen Punkt noch einmal herausarbeiten.

Ich bin fest davon überzeugt, daß die SPD aus der gegenwärtigen Identitätskrise nur dann (vielleicht sogar gestärkt) herauskommt, wenn sie sich als Partei mehr als bisher eigene Handlungsfelder erschließt. Dazu bietet das Kapitel „Vertrauensarbeit“ eine hervorragende Anleitung. Es sollte in jeder Parteigliederung zur Leitlinie für die tägliche Praxis genommen werden. Wenn wir den Kontakt zur Jugend, zu den Frauen, zu den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern nicht verlieren wollen, müssen wir uns in der täglichen Parteiarbeit umstellen, müssen vor allem einen breiteren Fächer sinnvoller Mitwirkungsmöglichkeiten anbieten.

Wie ist die Situation heute? Manche meinen, die Lage sei halb so schlimm, denn schließlich sei ein erheblicher Rückgang der Mitgliederzahlen nirgenda festzustellen. Auch nennenswerte Austrittswellen hat

es bisher nicht gegeben. Aber das statistische Bild täuscht. Was wir in fast allen Parteiregionen beobachten können, ist, daß ein Großteil unserer aktivsten Mitglieder sich in letzter Zeit aus dem Gesprächs- und Handlungszusammenhang der Partei zurückgezogen haben, ohne die Mitgliedschaft aufzugeben. Sie haben ihre Aktivitäten verlagert: Der Genosse A macht nur noch Gewerkschaftsarbeit, die Genossin B engagiert sich nur noch im „Projekt Frauenhaus“, der Genosse C arbeitet nur noch in der Bürgerinitiative mit, das Ehepaar D kümmert sich im Rahmen der AWO um die Probleme von Gastarbeiterkindern, und ihre Kinder im Juso-Alter gehen zu den Falken. Alle sind sie weiterhin Mitglieder der SPD. Aber ihre wichtige Arbeit, ihre wichtigen Erfahrungen bleiben außerhalb des Arbeitszusammenhangs der Partei.

Hier zeichnet sich eine für die SPD gefährliche Entwicklung ab. Die Partei braucht die vielfältigen Impulse aus verschiedenen gesellschaftlichen Arbeits- und Erfahrungsfeldern, um eine bürgernahe, an den Sorgen und Wünschen der Menschen orientierte Politik formulieren und durchsetzen zu können. Und wir sollten auch dies sehen: Wenn auch jetzt noch die meisten „Basisaktivisten“ formal Parteimitglieder sind, so kann doch auf Dauer die Bindung an die Partei wohl kaum erhalten bleiben, wenn die eigene politische Arbeit in gesellschaftlichen Handlungsfeldern nicht mit der Parteiarbeit verknüpft wird.

Gelöst werden kann dieses Problem nur, wenn die Partei sich stärker für die geschilderten Aktivitäten öffnet und sie in das „normale“ Parteileben einbezieht. Zu diesem Zweck ist es zuallererst notwendig, eine Aufwertung von Basisaktivitäten in der Partei durchzusetzen. Man muß ein vollgültiges und angesehenes Mitglied unserer Partei sein können, wenn man nicht zu jeder Versammlung kommt, nicht die ganze (zum Teil sicherlich notwendige) Tagesordnungsroutine mitmacht, nicht alle Geschäftsordnungstricks beherrscht und auch keine Posten anstrebt, dafür aber im Sinne des demokratischen Sozialismus an einem Selbsthilfeprojekt für arbeitslose Jugendliche mitarbeitet. Die Partei muß auf allen Ebenen projektorientierte Aktivitäten fördern, und sie muß den in diesen Projekten tätigen Mitgliedern Möglichkeiten bieten, ihre Arbeit, ihre Erfahrungen in die Gesamtarbeit der Partei einfließen zu lassen.

Die Art und Weise, wie sich unsere Partei in Versammlungen und auf Parteitag darstellt, gibt ein völlig einseitiges Bild der Mitgliederaktivitäten. Leistungsbilanzen sind ganz selbstverständlich immer nur Leistungsbilanzen der von Sozialdemokraten getragenen Exekutiven und Fraktionen. Die so wichtige Basisarbeit, die vielfältigen Aktivitäten im gesellschaftlichen Vorfeld werden im offiziellen Parteileben so gut wie gar nicht zur Kenntnis genommen. Peter Glotz hat von den „zwei Kulturen“ in unserer Gesellschaft gesprochen. Auch in unserer Partei gibt es

zwei Kulturen. Die Basisaktivisten gehören in der Regel zur Subkultur der Partei. Wenn wir weiterhin ihrer wichtigen Arbeit die Anerkennung versagen, wenn es uns nicht gelingt, sie in das Parteileben, in die Willensbildung und Entscheidung einzubeziehen, werden wir einen Teil unserer aktivsten Mitglieder auf Dauer aus der Partei drängen.

Denn eines ist unbezweifelbar: Projektorientierte Basisarbeit leisten und gleichzeitig Sozialdemokrat sein, ist ohnehin schwierig genug. Konflikte mit Vertretern der eigenen Partei sind hierbei oft unvermeidlich. Sie können nur dann einigermaßen rational und ohne allzu große Reibungsverluste bewältigt werden, wenn der Gesprächszusammenhang zwischen den am Konflikt Beteiligten nicht zerreißt. Das hier vorliegende grundsätzliche Problem ist bisher fast vollständig übersehen worden. Wir haben in der Regel übersehen, daß die „Doppelstrategie“ oder, wie der Orientierungsrahmen sagt, die „Vertrauensarbeit der Partei“ auch eine subjektive Seite hat. Wir müssen als Sozialdemokraten, wenn wir unsere historische Aufgabe ernst nehmen, zugleich in einem gewissen Umfang Garant des Bestehenden sein und auf die grundlegende Veränderung wertwidriger Strukturen hinarbeiten, wir müssen unsere politische Demokratie mit Zähnen und Klauen verteidigen und gleichzeitig darüber hinausgehen zur sozialen Demokratie, kurz: wir müssen zugleich „konservativ“ und „revolutionär“ sein.

Mit diesem Widerspruch müssen bis zu einem gewissen Grade alle Sozialdemokraten leben. Besonders kraß empfinden ihn aber jene, die, als Gewerkschafter, als Mitglied einer Bürgerinitiative, in der Frauenbewegung, das tun, was der Orientierungsrahmen als Aufgabe formuliert, nämlich: „die Fähigkeit der Bürger zur selbstverantwortlichen Lösung gesellschaftlicher Probleme in ihrem eigenen Lebens- und Arbeitsbereich zu verbessern.“ Die Partei darf diese Sozialdemokraten nicht mit ihren Widersprüchen und Problemen allein lassen. Sie muß die Spannung zwischen den beiden Polen unserer politischen Arbeit im Leben der Partei deutlich machen, muß die Widersprüche austragen, statt sie zu verschleiern oder eine der beiden zusammengehörenden Seiten in den parteipolitischen Untergrund zu treiben.

Der Parteitag im Dezember in Berlin könnte in dieser Hinsicht ein Signal setzen, das vielleicht eine wirkliche Reform der Parteiarbeit in Gang setzen wird. Vermeiden wir es also, Potemkinsche Dörfer aus großen Worten und Siegerposen aufzubauen. Die Situation der Partei verlangt eher nachdenkliche und leise Töne. Verfallen wir auch nicht dem Irrtum, Strauß als Gegenkandidat löse alle internen Probleme unserer Partei! Wenn wir auch in den 80er Jahren als Partei festen Boden unter den Füßen behalten wollen, wird es höchste Zeit, daß wir mit der Reform der Parteiarbeit beginnen. Der Orientierungsrahmen '85 gibt uns hierfür wichtige Hinweise. In einigen

Bereichen der Partei hat sich in den letzten Jahren etwas getan, das zur Hoffnung Anlaß gibt. An Enga-

gementbereitschaft der Mitglieder wird es nicht fehlen, wenn wir diese Aufgabe entschlossen anpacken.

Karlheinz Blessing: Zur Programmdiskussion in der SPD

Selten in der Geschichte der Bundesrepublik befand sich eine Bundesregierung zur Halbzeit so im Aufwind der Wählergunst, wie die sozialliberale Bundesregierung. Auch die schon fast zur Normalität gewordene Erscheinung, daß die Partei, die die Bundesregierung trägt, bei Landtagswahlen Stimmeneinbußen hinnehmen muß, war schon bei den Wahlen in Bayern und Hessen und vor allem in Rheinland-Pfalz nicht mehr festzustellen. Die Opposition, von Personal- und Strategiequerelen gezeichnet und in den Zustand der Agonie versetzt, stellt momentan keine ernsthafte Gefahr für die SPD und die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung dar. Der klare Sympathievorsprung der SPD mit Bundeskanzler Schmidt vor den Unionsparteien mit Franz Josef Strauß als deren Kanzlerkandidat wurde erst kürzlich durch eine Umfrage des Hamburger Kehrmann-Instituts bestätigt. Die SPD, so scheint es, kann beruhigt in die Zukunft schauen. Kann sie wirklich?

Immer mehr Stimmen in der Partei teilen diese optimistische Zukunftsvision nicht. Dientlich wird auf programmatische Defizite hingewiesen, die zwar augenblicklich nicht virulent sind, die aber in den achtziger Jahren und darüber hinaus zu einer ernsthaften Gefahr für die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokraten werden könnten. Wobei die Bedrohung mit Sicherheit nicht von den anderen Parteien ausgeht, und schon gar nicht von der CDU/CSU. Deren einziger, ernst zu nehmender programmatischer Versuch, das in Mannheim verabschiedete Konzept der „Neuen Sozialen Frage“, wurde in Ludwigshafen durch ein rückwärtsgerichtetes Grundsatzprogramm abgelöst. Die CDU bringt hier das Kunststück fertig, auf Fragen der siebziger Jahre Antworten der fünfziger Jahre zu formulieren.

Neue gesellschaftliche Strömungen

Die Probleme der Zukunft sind aber ganz anderer Natur. Sie deuten sich in Ausgliederungstendenzen aus dem Parteiensystem an, wie dies Hermann Scheer in seinem kürzlich erschienenen Buch beschreibt (Hermann Scheer, Parteien kontra Bürger, Piper 1979). Es sind dies:

— autonome Frauengruppen, die zunehmend an der Problemsensitivität der großen Parteien für ihre Belange zweifeln,

- Umweltschützer und Kernkraftwerksgegner, die eine klare und eindeutige Position der Parteien zu diesem Komplex vermissen, und die sich immer stärker in eine eigene Subkultur zurückziehen,
- Teile der in der Wohlstandsgesellschaft groß gewordenen heutigen Jugend, die ohne berufliche und gesellschaftliche Zukunftsperspektiven ihr Heil in der vorwiegend unpolitischen, individuellen und immateriellen Bedürfnisbefriedigung suchen.

Am weitesten scheint die Partei mit der Integration der Frau ins politische Leben vorangekommen zu sein. Hier haben die Arbeit der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen), aber auch die Bemühungen von Willy Brandt und anderen, Erfolge gezeigt. Allerdings ist bis zur vollen politischen Akzeptanz der Frau noch ein gutes Stück Überzeugungsarbeit, auch unter den eigenen Genossen, zu leisten.

Problematischer verhält es sich mit den Umweltschützern. Hier ist zu trennen zwischen den Jugendlichen in den Antikernkraftwerksgruppen, die zum Teil eher der dritten Kategorie zuzurechnen sind, und den vorwiegend in der bürgerlichen Mittelschicht angesiedelten Umweltschutz-Bürgerinitiativen. Dieses Mittelstandspotential, das von den Blut- und Boden-Romantikern à la Gruhl bis hin zu enttäuschten Sozialdemokraten reicht, ist noch am ehesten in das Parteiensystem zu integrieren. Bei ihnen ist die Formulierung der Ziele am weitesten fortgeschritten. Durch die Berücksichtigung umweltschützender Maßnahmen in Parteiprogrammatik und -politik würde einem Teil dieser Gruppen die „Existenzgrundlage“ entzogen.

Völlig anders ist die Situation bei den letztgenannten Gruppen. Bei den Spontis und Alternativgruppen ist die allen drei Gruppen gemeinsame anti-etatistische, antiparlamentarische (aber nicht anti-demokratische) und antiparteiische Grundhaltung am ausgeprägtesten. Sie haben einen Horror vor Großorganisationen und -bürokratien. Diese Strömungen sind von der SPD mehr als ernst zu nehmen. Nicht weil sie langfristig zu einer Gefahr für die großen Parteien werden könnten — ihre eigene Ablehnung gegenüber organisiertem Treiben verhindert dies —, sondern weil die Abkoppelung von der „Mehrheitskultur“ in viele kleine Subkulturen zu befürchten ist. Die Abkapselung wäre dann so total, daß gesamt-

gesellschaftliche Veränderungen von ihnen gar nicht mehr wahrgenommen würden und die Bereitschaft für gesellschaftliches Engagement langsam abstürbe.

In seinem Buch „Die Innenausstattung der Macht“ bringt Peter Glotz ein Zitat, das dieses „Ghetto“ hervorragend beschreibt: „Alle Organisationsformen der antiautoritären studentischen Jugendbewegung von den Roten Zellen über die Basis- und Stadtteilgruppen bis hin zu Parteineugründungen sind inzwischen gescheitert und gehen in einer unstrukturierten linken ‚scene‘ auf. In allen größeren Städten der Bundesrepublik und in West-Berlin leben Tausende politisierter Jugendlicher in einem freiwilligen Ghetto: Der Durchschnitts-Stadtteilindianer wacht in einer Wohngemeinschaft auf, kauft sich die Brötchen in der Stadtteillbäckerei um die Ecke, dazu sein Müsli aus dem makrobiotischen Tante-Emma-Laden, liest zum Frühstück ‚Pflasterstrand‘, ‚Info-Bug‘, ‚zitty‘, geht — falls er nicht zero-work-Anhänger ist — zur Arbeit in einen selbstorganisierten Kleinbetrieb oder in ein ‚alternativ-Projekt‘, alle fünf Tage hat er Aufsicht in einem Kinderladen, seine Bente läßt er in einer linken Autoreparaturwerkstatt zusammenflikken, abends sieht er sich ‚Casablanca‘ im off-Kino an, danach ist er in der Tee-Stube, einer linken Kneipe oder im Musikschuppen zu finden, seine Bettlektüre stammt aus dem Buchladenkollektiv. Ärzte- und Rechtsanwaltskollektive, Beratungsstellen für Frauen, Frauen- und Männergruppen gibt es im Ghetto. Der gesamte Lebensbereich ist weitgehend abgedeckt bis hin zum Besuch der letzten Ausstellung der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst oder der neuesten Inszenierung des Theaters am Turm oder der Schaubühne. (Und in der Kunst wird das Ghetto sogar partiell durchbrochen, weil dort Experimente noch möglich sind.) Dabei ist die Kommunikation intensiv verglichen mit der, die durchschnittliche Bundesbürger untereinander pflegen. Mit diesem unterhalten sich Stadtteilindianer, antiautoritäre Studenten und Spontis nur, wenn sie müssen, bei einer Razzia z. B. mit Polizisten. In West-Berlin und Frankfurt gibt es Angehörige der ‚scene‘, die stolz darauf sind, seit zweieinhalb Jahren kein Wort mehr mit einem von denen, die draußen sind, gesprochen zu haben.“ Soweit dieses Zitat, das in erschreckender Weise verdeutlicht, was unter einer Subkultur zu verstehen ist.

Berlin ist sozusagen ein Testfall für die Zukunft. Seine besondere Lage führt dazu, daß Mißstände und Veränderungen von der Bevölkerung besonders schnell aufgenommen und verarbeitet werden. Die Spontibewegung hat ihre Anfänge im studentischen Milieu. Die Insellage Berlins begünstigte eine schnelle Verbreitung über die Hochschule hinaus. Es bleibt daher abzuwarten, bis ähnliche Bewegungen in anderen Großstädten zur gleichen quantitativen Bedeutung gelangen. Ein Beispiel gibt es schon: die „Bunte Liste“ in Hamburg. Sie ist von ihrer Zusam-

mensetzung und soziologischen Struktur her am ehesten mit den „Alternativen Listen“ von Berlin zu vergleichen. Sozialdemokraten müssen aufpassen, daß es in den Großstädten nicht zu einer anderen Art der „Götterdämmerung“ kommt.

Sicherlich ist es weit schwieriger, diese neuen Bewegungen in die SPD zu integrieren, als es damals bei der APO der Fall war. Aber gerade die Sozialdemokraten sind aufgerufen, diesen Versuch zu unternehmen. Schließlich handelt es sich hierbei zum überwiegenden Teil um potentielle sozialdemokratische Wähler. Einzelne Ansatzpunkte sind in der Partei durchaus vorhanden. So hat sich Peter Glotz überaus bemüht, mit den Alternativen, Spontis und TUNIX einen Dialog zu führen. Erhard Eppler hat den Faden zu den Umweltschützern nicht abreißen lassen. Daran läßt sich ablesen, daß die SPD durchaus nicht taub und blind gegenüber neuen Strömungen ist. Aber jetzt müssen diese Erkenntnisse innerhalb eines erweiterten Referenzrahmens in eine programmatische Diskussion einfließen.

Probleme der post-industriellen Gesellschaft

Das Auftreten dieser gesellschaftlichen Strömungen paßt durchaus in das von der Wissenschaft schon seit längerem diskutierte Phänomen der post-industriellen Gesellschaft. Ihre wichtigsten Charakteristika sind:

- eine verstärkte Entwicklung hin zur Dienstleistungsgesellschaft, wobei den sozialen und personenbezogenen Diensten eine größere Bedeutung zukommen wird,
- das Auftreten neuer Gruppen, die sich zunehmend lauter artikulieren, wie Frauen, Jugendliche, Minderheiten und Konsumenten,
- eine zunehmende Skepsis gegenüber Experten,
- eine Aversion gegenüber dem technischen „Fortschritt“.

Wer diese schon Anfang der siebziger Jahre in den Vereinigten Staaten geführte Diskussion näher verfolgt hat, der darf sich eigentlich über Bürgerinitiativen jeglicher Art, über Spontis, TUNIX, Alternativkulturen und ähnliches mehr, nicht wundern.

Krisenerscheinungen in den „alten“ Politikbereichen

Neben diesen Entwicklungen, die eine „neue“ Politik zum Ziel haben, gibt es auch in den überkommenen Bereichen der Politik Strukturprobleme, zu deren Bewältigung Eingriffe nötig sind, die ihrerseits wieder Strukturen für die Zukunft festschreiben. Ein Beispiel aus der Sozialpolitik: Nach dem Krieg war man bestrebt, das Sozialleistungssystem in seiner ursprünglichen Form wieder aufzubauen. Ende der fünfziger Jahre begann die Zeit der Leistungsreformen. Das bestehende System wurde qualitativ und quantitativ entscheidend verbessert, ohne es zu verändern. Weitere Leistungsverbesserungen sind ange-

sichts der Finanzkrise des Staates kann mehr möglich. Der Sozialpolitik stehen entscheidende Struktur-reformen bevor.

- Das Problem der Kostensteigerung im Gesundheitswesen ist noch lange nicht gelöst. Durch den veränderten Altersaufbau der Bevölkerung kommen zusätzliche Belastungen auf das Gesundheitswesen zu.
- In der Rentenpolitik gibt es momentan keine ernsthaften Probleme. Doch wenn sich das Verhältnis Beitragszahler/Rentenempfänger verschlechtert, wenn die Zahl der Arbeitslosen weiterhin dieses hohe Niveau beibehält und wenn spätestens 1984 die Neugestaltung der Hinterbliebenenversorgung und damit die eigenständige soziale Sicherung der Frau eingeführt wird, kann auch die Rentenversicherung in Finanzierungsschwierigkeiten geraten. Die SPD darf dann diesen strukturverändernden Eingriffen nicht so unvorbereitet gegenüberstehen, wie 1976.
- Die Familienpolitik wird von der CDU, so scheint es, zu einer zentralen innenpolitischen Frage gemacht. Durch vordergründige soziale Leistungen, wie dem Familiengeld und den Geburtsdarlehen, will die CDU ein konservatives Familienbild fest-schreiben. Die SPD muß hier verdeutlichen, daß Familie und Emanzipation der Frau keine Gegensätze darstellen.
- Die Auswirkungen des Geburtenrückgangs auf die gesamte Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik sind in ihren Ausmaßen noch nicht hinreichend durchdacht.
- Im Bereich der Wirtschaftspolitik wird deutlich, daß mit den bisher praktizierten Mitteln die Arbeitslosigkeit kaum entscheidend abgebaut werden kann. Andererseits klagen etliche Branchen und Regionen über Arbeitskräftemangel.

- Die regionale Strukturpolitik ist kaum mehr in der Lage, unterentwickelten Regionen Hilfe zuteil werden zu lassen. Auf der anderen Seite taumeln industrialisierte Regionen wie das Ruhrgebiet oder die Klüftenregionen ihrerseits in eine Strukturkrise. Die SPD muß vor allem im Ruhrgebiet Konzepte entwickeln, um ihre Stammwähler mittelfristig nicht zu verlieren.
- In der Wachstums-, Energie- und Umweltschutz-debatte müssen die bisher erkennbaren Konzepte in einen Gesamtzusammenhang gebracht und weiterentwickelt werden. Nur durch eine programmatische Diskussion kann verhindert werden, daß sich Ökologen und Ökonomen als Gegensatzpaare in unserer Partei gegenüberstehen.
- In der Bildungspolitik hat sich nach dem reaktionären Sturm-lauf der Union und der Kirchen gegen Gesamt- und Koopschule Resignation und Konzeptionslosigkeit bei uns breitgemacht.
- Die Rolle der Bundesrepublik in der Weltpolitik hat sich entscheidend gewandelt. Sozialdemokraten sollten darüber nachdenken, inwieweit und in welcher Form die Bundesrepublik weltpolitische Verantwortung übernehmen kann.

Neue gesellschaftliche Gruppen, die sich durch die bestehenden Parteien nicht repräsentiert fühlen, und Strukturprobleme in den konventionellen Bereichen der Politik verdeutlichen die Dringlichkeit einer intensiveren programmatischen Diskussion. Zwar gibt es innerhalb der SPD eine Vielzahl guter Ansätze, vor allem die Grundwertekommission beim Parteivorstand hat zukunftsweisende Arbeit geleistet. Jedoch hat sie es nicht geschafft, tiefer in die Partei hineinzuwirken, wozu ihr auch die organisatorischen Voraussetzungen fehlten. Zu wünschen bleibt eine breitere Grundsatzdebatte, in ähnlicher Form wie beim Orientierungsrahmen.

Ernst-M. Walsken: Wirken die Parteien noch an der politischen Willensbildung mit?

Über den Zustand der Parteien diskutieren gegenwärtig mehr Außenstehende als die Parteien selbst. Dabei gäbe es zumindest für die SPD genügend Anlässe, zur gegenwärtigen Diskussion beizutragen. Aber weder das Positionspapier des Bezirks Niederrhein zur innerparteilichen Diskussion noch die Ent-

schließung des Bezirks Franken zu den Grundsätzen der SPD, zur Zukunftsfrage und zur Erneuerung der Parteiorganisation, die beide dem Bundesparteitag in Hamburg 1977 vorlagen (siehe Dokumentation in diesem Heft; Red.), haben bislang einen Diskussionsprozeß in Gang gebracht, geschweige denn konkrete Konsequenzen gezeigt. Aber auch die Öffentlichkeit wurde auf die politische Situation der Parteien nicht durch die genannten Anträge aufmerksam, sondern erst, als die Schatzmeister den Blick in ihre verzweifelte Finanzsituation ermöglichten. Und kritisch reagierte die Öffentlichkeit auch erst durch den Antrag

des Landes Niedersachsen an das Bundesverfassungsgericht mit dem Begehrt, die Steuerabzugsfähigkeit von Spenden an die Parteien kräftig heraufzusetzen. Die Finanzlage der Parteien diene also als Ausgangspunkt für eine kritische Betrachtung ihrer Funktionsfähigkeit. Fehlt also Geld, damit die Parteien ihren Grundgesetzauftrag wahrnehmen können? Oder haben sich die Parteien und die an sie gestellten Anforderungen grundlegend verändert? Mit den spezifischen Kenntnissen und Erkenntnisse aus einem Parteibeirk heraus will ich versuchen, die Diskussion um diese Fragen anzuregen. Was für Bonn gilt, ist in den „Unter“gliederungen schon lange Wirklichkeit. Vor dem Hintergrund einer Finanzanalyse, beispielsweise des Bezirks Niederrhein, ergibt sich jedenfalls in der Einnahmentwicklung eine erhebliche Akzentverschiebung gegenüber den vergangenen Jahren:

Die Partei kann nicht mehr mit automatisch zuwachsenden Beitragsmehreinnahmen rechnen, noch ist sie in der Lage, durch Manipulationen auf der Einnahmeseite sämtlichen Ausgabewünschen nachzugeben. Es geht um zwei Probleme:

1. Einnahmesteigerungen größeren Ausmaßes sind in den nächsten Jahren unwahrscheinlich und
2. an die Parteiorganisationen, insbesondere an den hauptamtlichen Apparat, werden nichtsdetrozt zunehmend kostenwirksame Anforderungen gestellt.

Die These, daß Einnahmesteigerungen größeren Ausmaßes unwahrscheinlich sind, stützt sich auf die Tatsache einer stagnierenden, in einigen Bereichen sogar leicht rückläufigen Mitgliederentwicklung, einer über die jährliche Steigerung der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen hinausgehenden jährlichen Steigerungsraten der Personalkosten sowie eine Finanzplanung, die nur dann in den nächsten Jahren nicht in die roten Zahlen führt, wenn bestimmte Ausgabenpositionen konsequent eingefroren werden. Soweit zum Anlaß der Debatte.

Nun zu den Ursachen. Die zweite These sprengt nämlich bereits den Rahmen finanzpolitischer Betrachtung. Sie stützt sich auf eine Einschätzung innerparteilicher Organisationsstrukturen. Es ist festzustellen, daß die Zahl der Gremien, Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften mit eigener Organisationsstruktur in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. Und diese Entwicklung ist noch nicht beendet. Die Partei verfügt mittlerweile über acht Arbeitsgemeinschaften. In der Entstehung begriffen sind ein Arbeitskreis für Sicherheitspolitik und ein Seniorenbeirat.

Arbeitsgemeinschaft bedeutet: Organisationsstruktur, feste Regeln, Gremien. Arbeitsgemeinschaft bedeutet auch Arbeitsgemeinschaftsrichtlinien, Geschäftsordnungen und Dienststanweisungen auf sämtlichen Ebenen. Meine Behauptung lautet: Wir haben

es noch nicht geschafft, demokratischen Mitwirkungswillen einzelner Mitglieder oder interessierter Mitgliedergruppen zu fördern, ohne gleichzeitig unverhältnismäßig mehr an administrativ-organisatorischem Aufwand zu produzieren. Aktivität schlägt sofort in Regularien um. Mitwirkung einzelner ohne starre Richtlinien ist offenbar nicht möglich. Dabei wird mit den verordneten Organisationsstrukturen gleichzeitig Spontaneität unmöglich gemacht. Gleichzeitig fördert der Richtlinienfetischismus eine politische Sozialisation, die Demokratie nicht als Diskussionsprozeß, sondern als Paragrafenreiterei begreift. Bezeichnend ist, daß die Umsetzung der Vertrauensarbeitsbeschlüsse im Orientierungsrahmen '85 bislang nicht gelungen ist. Überspitzt gefragt: Brauchen wir eine Arbeitsgemeinschaft „Vertrauensarbeit“?

Im gleichen Umfang, wie wir durch Verwaltungsgebaren immer mehr Spielraum für politische Diskussionen verlieren, werden wir durch gesetzgeberische Maßnahmen an unserer eigentlichen Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, gehindert. Ich muß an erster Stelle die Finanzbürokratie beziehungsweise den Gesetzgeber nennen, der die Maßstäbe für das Verhalten der Finanzbürokratie setzt.

Neben der Verpflichtung zur Abführung der Mehrwertsteuer droht jetzt die Verpflichtung zur Errechnung der Ertragssteuer. Trotz hartnäckigen Widerstandes der Bezirkskassierer sind die Formulare dazu bereits im Anmarsch. Diese Entwicklung erreicht nicht nur die Bezirke, sondern auch die Unterbezirke und Ortsvereine. Dies bedeutet: Selbst in den Ortsvereinen wird erheblich mehr an bürokratischem Aufwand erforderlich sein, wird erheblich mehr Zeitaufwand für Verwaltungsarbeit notwendig sein, um den Anforderungen der Finanzverwaltung gerecht werden zu können. Dies wird auch ganz erhebliche Konsequenzen für die Personalauswahl der Ortsvereinsvorstände haben. Es kann nicht mehr lange dauern, bis vom Ortsvereinskassierer mindestens die zweite Verwaltungsprüfung oder gar ein Steuerberatungsexamen als notwendige Voraussetzung zur Erfüllung dieses Amtes verlangt werden muß.

Meine These lautet: Finanzbürokratische Erfordernisse verändern die Parteistruktur weg von der politischen Organisation zur Verwaltungsbürokratie und zwingen zu veränderten Maßstäben bei der Personalauswahl. Damit wird die Funktionsfähigkeit der Partei gezielt getroffen.

Ein geradezu mustergültiges Beispiel deutschen Perfektionismus geben die Wahlgesetze ab, die mittlerweile mehrfach erläuternder Darstellungen der zuständigen Wahlleiter bedürfen, um die Parteiorganisationen vor Fehlern zu bewahren. Es ist schier unverständlich, daß Delegierte nicht länger als zwei Jahre im Amt sein dürfen, wenn sie einen Kandidaten

aufstellen. Es ist schier unverständlich, warum Ausländer, die sich zur Mitgliedschaft in einer deutschen Partei bekennen, nicht auch den Kandidaten für den Bundestag oder den Landtag mit aufstellen dürfen. Warum sind solche detaillierten Eingriffe in die Parteiorganisationen erforderlich? Der Gesetzgeber sollte doch wissen, daß jede noch so schlechte innerparteiliche Regelung immer noch besser ist als eine von oben verordnete. Eine schlechte innerparteiliche Regelung beruht nämlich auf der Mitwirkung einzelner, bedeutet reale Demokratie, während die gesetzliche Regelung Anpassung bedeutet und Unterwerfung verlangt. Nicht dem Wähler wird letztlich ein Urteil über die Partei abverlangt, sondern vorab erlaubt sich der Gesetzgeber ein Urteil.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß durch die Schaffung neuer parlamentarischer Gremien erheblicher zusätzlicher Koordinationsaufwand von der Parteiorganisation verlangt wird. Ich nehme da im Land Nordrhein-Westfalen nur die Bezirksvertretungen in den kreisfreien Städten und die Bezirksplanungsräte als Beispiel heraus. Wir haben es also mit einer Zangenbewegung zu tun: Auf der einen Seite wird erheblich mehr Zeitaufwand für administrative Aufgaben verlangt, auf der anderen Seite wird durch neue parlamentarische Gremien ein Mehr an politischer Koordinationstätigkeit gefordert. Diese beiden Aufgaben sind jedoch zusätzlich zu den bereits vorhandenen Aufgaben nicht mehr zu leisten — der hauptamtliche und ehrenamtliche Parteiapparat ist damit weit überfordert. Die Finanzsituation erlaubt keine „Zuwachslösung“ mehr, für noch mehr Personal für die neuen Aufgaben ist kein Geld mehr da.

Kann der hauptamtliche Parteiapparat, aber auch der einzelne ehrenamtliche Genosse, diese Koordinationstätigkeit nicht mehr leisten, geht eine wichtige Bindegliedfunktion verloren, die der Parteiorganisation einen wesentlichen Zusammenhalt gegeben hat. Der Verlust der Bindegliedfunktion — insbesondere des hauptamtlichen Apparates — führt dazu, daß Politik auf teilweise obskure Nebengleise abgedrängt wird und Diskussionsstrukturen in verschiedenen Gremien nicht mehr erkennbar sind. Ist es aber nicht mehr möglich, die für den Bürger wichtigen Fragen aus den zahlreichen Gremien herauszufiltern und in den verantwortlichen Gremien beschlußreif zu diskutieren, dann sind die Parteien zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung in der Tat nicht mehr in der Lage. Sie verlieren ihre politische Funktion.

Die übrigen Probleme insbesondere für den hauptamtlichen Apparat verlieren dem Dargestellten gegenüber an Gewicht, können hier aber nicht verschwiegen werden. Aufgaben, die eigentlich von den Politikern und Vorständen zu erledigen wären, werden zunehmend auf die hauptamtliche Parteiorganisation abgewälzt. Dazu gehören das Schreiben von Reden und die Verfassung von politischen Stellungnahmen („Vorlagen“), die Gestaltung von Vorstands-

sitzungen und Parteitage. Schließlich entwickelt die Parteiorganisation zunehmend einen Dienstleistungsperfektionismus, der von Kinderbetreuungen auf Seminaren bis zu Informationsdiensten selbst für die kleinsten Arbeitsgemeinschaften reicht. Die Reihenfolge der Ereignisse ist dabei immer die gleiche:

1. Man beschließt, daß eine Sache gut ist (z. B. Kinderbetreuung oder Informationen von Arbeitsgemeinschaftsmitgliedern);
2. einige ehrenamtliche Vorstandsmitglieder bemühen sich redlich, die Beschlüsse auszuführen;
3. nach einiger Zeit wechseln die Vorstandsmitglieder, die Vorstände beschließen aber die Weiterführung der Angelegenheit und übertragen die Weiterführung in der Praxis auf die Geschäftsführer;
4. die Geschäftsführer stellen fest, daß sie dazu keine Zeit mehr haben;
5. es wird beschlossen, jemand einzustellen, der sich dieser Sache zu widmen hat.

Hier siegt Parkinson. Hier setzt sich die schlechende Funktionsänderung von Parteibüros und hauptamtlichem Personal durch. Für das Redenschreiben braucht man einen Politologen, für den Umgang mit dem Finanzamt einen Steuerrat, für die Einhaltung der Wahlgesetze einen Juristen. Und als Geschäftsführer wird dann jemand eingesetzt, der nicht nur alle diese Qualitäten unter einem Hut zu bringen vermag, sondern der gleichzeitig noch ohne den Ehrgeiz ist, selbst Landesvorsitzender sein zu wollen, aber dessen politisches Gewicht innerverbandlich durchaus so sein sollte.

Die erste Reaktion einzelner Gliederungen zur Lösung der Probleme lief prompt in die übliche Richtung der Anzapfung neuer Finanzquellen. Der deutlichste Vorstoß in dieser Richtung ist der Vorschlag, auch künftig für die kommunalen Wahlkämpfe eine Wahlkampfkostenerstattung aus öffentlichen Mitteln zu gewährleisten. Mit einer solchen Maßnahme wäre dann in der Tat der letzte Schritt getan, um die Parteiorganisationen unabhängig von den Mitgliedern zu machen. Wenn es selbst den untersten Parteigliederungen für ihre ureigenen Wahlkämpfe nicht mehr auf die freiwillige Leistung des einzelnen Mitgliedes ankäme, sondern der Griff in die Kassen der öffentlichen Hand alle Probleme beseitigen hilft, dann wäre der Wesensgehalt des Grundgesetzes in der Tat angegriffen:

Den Parteien käme es dann nämlich nicht mehr auf einen Mitgliederzuwachs und auf eine Mitbeteiligung des einzelnen Mitgliedes an der Willensbildung an, sondern lediglich auf die Wählerstimme. Vor diesem Hintergrund könnten wir dann gut und gerne auf die Hälfte unserer Mitglieder verzichten, vor allen Dingen auf diejenigen, die sowieso nur unter dem kostendeckenden DM 4,— Beitrag liegen. Zum Glück bewirkt dieser Vorschlag auch gleichzeitig die Angst,

mit Hilfe der öffentlichen Finanzierung könnten Bürgerinitiativen auf örtlicher Ebene politische Relevanz bekommen. Hoffentlich führt diese Angst dazu, daß wir erst mal bei uns selbst anfangen, die Probleme zu lösen, bevor der Griff in öffentliche Kassen propagiert wird. Ich kann deshalb auch Herbert Wehner

nur zustimmen, wenn er an die Gesprächsbereitschaft und Gesprächsfähigkeit aller politischen Parteien appelliert. Finden die Parteien nämlich nicht die Kraft, ihre Probleme selbst zu lösen, werden dies andere für sie tun, vielleicht die Bürgerinitiativen. Und da sitzen keine Dummen drin.

Franz Huppertz: Vertrauensarbeit und Partelorganisation

Die SPD lebt von ihrem politischen Programm. Anders als die CDU/CSU ist sie darauf angewiesen, ihre Mitglieder für etwas zu mobilisieren und kann sich nicht darauf beschränken, als „Union“ nur gegen etwas zu sein. Im Vergleich mit der Union hat es die SPD wesentlich schwerer, denn sie muß einerseits langfristige Programme mehr oder weniger grundsätzlicher Art erarbeiten (Beispiele: Godesberger Programm, Orientierungsrahmen '85) und diese in der kurzfristigen Tagespolitik Schritt für Schritt in politisch-gesellschaftliche Realität umzusetzen versuchen. Und sie muß andererseits in einem ständigen Dialog bei den Bürgern um Vertrauen und Unterstützung werben. Da die SPD (ihrem Grundsatzzprogramm verpflichtet) Neues will, gesellschaftliche und soziale Strukturen verändern, menschlicher machen will, ist sie auf die Unterstützung durch die Betroffenen angewiesen. Die Einführung des „Paradieses“ mit Hilfe von Gesetzen und auf dem Veränderungswege wäre nicht nur nicht möglich, sondern entspräche auch nicht sozialdemokratischen Vorstellungen. Eine demokratische Gesellschaft ist ohne Demokraten nicht denkbar — ist ein Widerspruch in sich. Dies heißt aber, daß die Menschen bei der Gestaltung und Veränderung ihrer Gesellschaft beteiligt sein müssen, daß sie die Chance haben müssen, ihre Bedürfnisse und Wünsche nicht nur zu artikulieren (was aber auch schon viel wäre), sondern daß sie Aussicht darauf haben, ihre Vorstellungen als Teil des politischen Entscheidungsprozesses einzubringen.

Bindeglied oder Transmissionsriemen zwischen Regierenden und Regierten sind nach dem Verständnis unseres Grundgesetzes die politischen Parteien, die an der politischen Willensbildung mitwirken sollen, also den vielen einzelnen Stimmen politische Durchsetzungskraft verschaffen sollen. Ob die politischen Parteien in der Bundesrepublik diese Aufgabe erfüllen können, muß zur Zeit sehr bezweifelt werden. Und dieser Zweifel gilt auch der SPD, obwohl sie von Programm und historischer Praxis her sicher

am besten geeignet wäre, sie zu erfüllen.

Es ist hier nicht der Ort, um ausführlicher nach den Ursachen zu forschen. Eine Rolle spielt sicher die Tatsache, daß die zur Lösung anstehenden aktuellen politischen Probleme von Jahr zu Jahr komplizierter werden, daß sogenannte „Sachzwänge“ immer weniger grundsätzliche Entscheidungen zuzulassen scheinen. Und sicher spielt auch das Bewußtsein vieler SPD-Mitglieder eine Rolle, daß ihr persönliches Engagement eher wirkungslos verpufft.

Aus dem weiter oben Gesagten geht aber hervor, daß eine solche Grundhaltung einer Partei mit immerhin einer Million Mitgliedern diejenigen keineswegs gleichgültig lassen kann, die sich die Verwirklichung ihrer politischen Ziele erhoffen. Die SPD ist als Summe ihrer Mitglieder das tauglichste Instrument zur Durchsetzung von sozialdemokratischer Politik — wenn sie es sein will und wenn sie es sein kann.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Hier sollen keine sozialdemokratischen oder sozial-liberalen Regierungen für ihre konkrete Politik gescholten werden, die im großen und ganzen in verhältnismäßig schwieriger Zeit recht erfolgreich ist. Es soll nur darauf hingewiesen werden, daß in unserer Gesellschaft auf Dauer keine Regierung ohne die Unterstützung und aktive Teilnahme der sie tragenden politischen Kräfte auskommt — und besonders dann nicht, wenn sie weitgesteckte Ziele verfolgen will und sich nicht auf die Verwaltung des Bestehenden beschränken kann. Die Entwicklung der SPD zum ausschließlich möglichst gut funktionierenden Serviceunternehmen jedenfalls kann auf die Dauer nicht gutgehen.

Es hat sich eingebürgert, Wahlkämpfe in einer möglichst politikfreien Atmosphäre durchzuführen — mit Ausnahme des 72er Wahlkampfes um die Durchsetzung der Ostpolitik. Es wird personalisiert und freundlich gelächelt, zumindest auf Plakaten. Die SPD enthebt sich damit selbst der Verpflichtung, dem Wähler in verständlicher Sprache klarzumachen, wohin die Reise nach der Überzeugung von Sozialdemokraten gehen soll. Allerdings machen wir es uns ja selbst kaum noch klar, was wir wollen. Die gegenwärtige Debatte über Energiesparmaßnahmen, Kfz-Steuer, Tempolimit usw. zeigt beispielhaft, daß die Partei im Grunde darauf vertraut, daß die Exekutive

Lösungen erarbeiten wird, die praktikabel sind.

Was vorgeht, ist eine allmähliche Entpolitisierung der Partei; sie geht einher mit einem ansteigenden Desinteresse an Politik in der Bevölkerung. Beides ist verständlich: Man engagiert und interessiert sich in der Regel nur für das, worauf man Einfluß nehmen kann, was man mitgestalten kann.

Bezeichnendes Beispiel für die Entmutigung der Partei ist der Fatalismus, mit dem den Wahlkämpfen entgegengesehen wird. Die noch aktiven Genossen beklagen die auf sie zukommende Arbeit und fragen sich auch manchmal untereinander beklommen, was sie wohl den Wählern am Werbestand „verkaufen“ können (fast jeder denkt noch an seine Vertrauensarbeit bei Rentnern vor der Bundestagswahl 1976). Nicht zuletzt im Rückblick auf den Europa-Wahlkampf ahnt man: eine Kommission wird sicher schon dabei sein, einen Entwurf zu erarbeiten, jemand wird letztlich sagen, was machbar ist, und eine Werbeagentur wird's schon richten.

Wir müssen uns selbst Rechenschaft ablegen darüber, von welchen Grundannahmen wir eigentlich ausgehen, wenn wir Politik definieren:

— Ist es möglich und wünschbar oder — für Sozialdemokraten, die die Gesellschaft verändern wollen — sogar unabdingbar, daß Partei und Öffentlichkeit sachkundig und die eigenen Interessen und Bedürfnisse einbringend an der Formulierung und Durchsetzung von politischen Zielen teilhaben?

— Gehen wir davon aus, daß unsere Wähler sensibel sind für Ungerechtigkeit, offen für solidarische Lösungen von gesellschaftlichen Aufgaben, interessiert daran, mehr Freiheit und Gerechtigkeit für sich und andere Menschen zu realisieren?

— Bemühen wir uns darum, diese Fähigkeiten zu erhalten und zu entwickeln — durch unsere Politik, durch unser Verhalten, gerade im Hinblick auf die jungen Menschen, die unsere Demokratie nicht mehr vor dem Hintergrund der Nazi-Diktatur wahrnehmen, sondern nur das bewerten, was sie heute sehen und erleben?

Oder gehen wir nicht (ungeingestanden) von einem ganz anderen Politik-Verständnis aus:

— davon, daß Politik ein harter Job ist für gestandene Fachleute, die unter Einsatz von erheblichem Expertenwissen richtige Lösungen für die anstehenden Probleme entwickeln;

— davon, daß Wahlen in westlichen Demokratien im Grunde genommen Auswahl und Legitimation kompetenter Führungseliten sind (Die bessere Mannschaft, der kompetentere Kanzlerkandidat gewinnt.);

— davon, daß sich seit jeher nur wenige Menschen für Politik interessiert haben und daß das auch in alten Demokratien ohne Schaden so hingenommen wird.

Weder die eine noch die andere Version entspricht für sich genommen der Realität oder der wünschbaren Realität. Aber viel Unklarheit, viele Mißverständnisse, viele Reibungsverluste und viel Resignation erwachsen aus dem ungeklärten Gegensatz zwischen beiden Betrachtungsweisen. Das wird oft genug deutlich in den Auseinandersetzungen zwischen Exekutive und Fraktionen auf allen Politikebenen, im Streit zwischen Fraktionen und Parteitag, zwischen Mandatsträgern und Unterbezirken oder Ortsvereinen.

Eine nützliche Hilfe zum Kompromiß zwischen diesen beiden Extremen der Politikbetrachtung wäre es sicherlich, wenn wir im Kopf und im Handeln die Trennung zwischen Nachdenken über Politik einerseits und Machen von Politik andererseits überwinden würden. Und zwar dadurch, daß wir uns bei jedem Schritt überlegen, ob wir uns unseren Wählern verständlich machen und ob wir ihnen gegenüber für unser Tun einstehen können. Daß das oft mit harten Auseinandersetzungen verbunden sein kann und nicht zu opportunistischer Anpassung an den aktuellen Bewußtseinsstand der Genossen führen muß, haben der Kampf und der Wahlkampf um die Durchsetzung einer neuen Ostpolitik gezeigt. Dies setzt allerdings voraus, daß sich eine kritische Solidarität bei allen Sozialdemokraten im Sinne des Aufeinanderangewiesens entwickelt — in den Organisationsgliederungen und Vorständen der Partei wie auch in den Fraktionen, Parlamenten und nicht zuletzt in den Regierungen.

Der Beitrag von Hans-Georg Kiera entspringt dem Zorn — ist aber aus diesem Grunde nicht ganz untypisch für SPD-Mitglieder, deren aktives Engagement in der und für die Partei aus subjektiven oder objektiven Gründen in den letzten Jahren nachgelassen hat. Aus diesem Grund kam es der Redaktion auch nicht darauf an, mit dem Autor zu argumentieren, ob er in diesem oder jenem Punkt nun Recht hätte, ob es z. B. jene aus Parteibeiträgen bezahlten „Bildungsreisen nach Fernost“, von denen Kiera schreibt, überhaupt gibt (es gibt sie nicht!), sondern entscheidend für den Abdruck innerhalb des Schwerpunkts „Vertrauensarbeit“ war, daß hier ein offensichtlich prinzipiell gern engagiertes Parteimitglied begründet, warum es mit seinem Engagement anscheinend nicht mehr so weit her ist.

Red.

Hans-Georg Kiera: Wohin treibt die SPD?

Die Diskussionen um die Erhöhung der Parteibeiträge sind vorbei. Ohne größeren Widerstand wurden die höheren Beitragssätze beschlossen. Die sicherlich guten Argumente, die zur Begründung herangezogen worden waren, ähneln zu einem großen Teil den Begründungen, die auch von anderen gesellschaftlichen Organisationen, z. B. Gewerkschaften oder Verbänden, gebraucht werden, um die Verbandsbeiträge und deren Erhöhungen gegenüber den Mitgliedern zu vertreten. Wie überall, so wird auch von seiten der Parteiorganisation auf im wesentlichen zwei Argumentationsbündel verwiesen:

1. auf die unvermeidbaren Kostensteigerungen und
2. auf das gestiegene Leistungsangebot.

Zu den gestiegenen Kosten gehören sowohl die Materialpreiserhöhungen als auch die „für qualifizierte Mitarbeiter nun einmal notwendigen“ Gehaltskosten. In einem engen Zusammenhang mit den Personalkosten steht auch das gestiegene Leistungsangebot. Um nämlich bestimmte, für die Mitglieder interessante und für die Partei notwendige Aufgaben zu erfüllen, ist entsprechend ausgebildetes Personal — hier: vorwiegend Akademiker — mit den dazugehörigen Gehaltsvorstellungen erforderlich. So ökonomisch-rational dies auch klingen mag, nach den vorläufig beendeten Diskussionen um die Beitragserhöhung und angesichts der bekannten Beitragsunehrlichkeit sollte dennoch oder gerade die Frage erörtert werden, ob der Weg der SPD in Richtung auf ein politisches Dienstleistungsunternehmen richtig ist. Gerade jetzt sollte man sich die Zeit für einige grundsätzlichere Überlegungen nehmen.

Die SPD als Dienstleistungsunternehmen

Der Vorwurf, der mit dem Begriff „Dienstleistungsunternehmen“ verbunden ist und gegenüber der SPD erhoben wird, läßt sich wie folgt beschreiben: Wie andere Anbieter auch versucht die SPD beim Kampf um das persönlich verfügbare Einkommen der Mitglieder für ihre Ware, die politischen Dienstleistungen, eine hohe Wertproduktivität zu erreichen. Sie versucht also Leistungen anzubieten, die relativ preisunempfindlich sind oder zumindest den An-

schein erwecken, preisunempfindlich zu sein. Ein wichtiges Indiz für diese Absicht liegt in der ständigen Betonung der enorm gestiegenen Leistungen, auf die die Partei verweist.

Angesichts der Beitragsunehrlichkeit fragt man sich jedoch, ob für bestimmte Leistungen die Parteiorganisation nicht „zu teuer“ ist. Nicht zuletzt fördern ja gerade der Hinweis auf die Leistungssteigerungen das ökonomische Anspruchsdenken der Mitglieder nach dem Motto: was bekomme ich für mein Geld? Als Hauptkritikpunkte schälen sich dabei heraus:

- Explodierende Wahlkampfkosten, ohne daß sichtbar wird, inwieweit politische Inhalte vermittelt werden (sollen).
- Kostspielige Pressepolitik ohne erkennbare politische Durchschlagskraft.
- Ärgerlich, wenn sich vom Volumen her wahrscheinlich nicht bedeutend, sind die sogenannten „Bildungsreisen“ in den Fernen Osten und anderswohin, die das „erweiterte Leistungsangebot“ der Partei durch Organisationen wie die „sozialistischen Bildungsgemeinschaften“ so schön illustrieren.
- Der politisch gravierendste Vorwurf betrifft die Funktion der Partei als Interessenvertretung der Bundesregierung. Das Bemühen der SPD, die Regierungspolitik ohne Vorbehalte zu verteidigen, läßt den Anschein zu, daß dadurch die Partei keine Zeit und Mittel mehr hat, um ihrerseits sozialdemokratische Positionen, Wünsche und Forderungen der Mitglieder und der Nichtmitglieder gegenüber der Regierung zu verdeutlichen. Die Organisation verliert den Kontakt zu ihren Mitgliedern, zur Gesellschaft.

Warum gerade SPD?

Spätestens bei der Frage nach dem Nutzen der Parteibeiträge fragt man sich wieder — bzw. bei der nächsten Beitragserhöhung sollte sich die Partei mal wieder fragen — warum jemand eigentlich Mitglied geworden ist und was die Menschen auch in Zukunft noch veranlassen sollte, SPD-Mitglied zu werden.

Das Hauptargument für einen Parteibeitritt ist sicherlich eine so große Übereinstimmung mit der politischen Grundrichtung, daß man bereit ist, diese Idee durch Beiträge und durch Mitarbeit zu unterstützen. Die aktive Mitarbeit wird zudem als eine

Möglichkeit der Selbstverwirklichung empfunden. Obwohl hierbei zwischen „Aktionismus“ und politisch bewußtem Handeln nicht immer scharf zu trennen ist, dürfte für diese Art der Beweggründe die Höhe der Parteibeiträge weitgehend irrelevant sein.

Daneben gibt es noch — und dies sollte ehrlicherweise nicht unerwähnt bleiben — den Wunsch, mit dem richtigen Parteibuch Karriere zu machen. Dies trifft zwar auch bei anderen Parteien zu, aber bei der SPD paßt eine solche Begründung für einen Parteeintritt deshalb so wenig, weil sie zu Recht einen höheren moralischen Anspruch erhebt. Auch bei dieser Art von Beitrittsgründen dürfte eine Erhöhung wohl in Kauf genommen werden, zumal gerade in diesem Fall sowieso nicht der satzungsgemäße Beitrag gezahlt wird.

Die wohl zahlenmäßig größte Gruppe ist nicht zuletzt deshalb in die SPD eingetreten, um die als stützenswert angesehene politische Richtung mitzutragen. Das ist aber auch die Gruppe, die am ehesten fragt, inwieweit die SPD — noch — ihre Aufgaben erfüllt. Das ist die Gruppe, die von der Partei immer wieder verlangt, ihr Handeln an den politischen Zielen auszurichten. Der Wille, finanzielle Beiträge zu zahlen, wird bei dieser Gruppe von Mitgliedern dann stark nachlassen, wenn die Übereinstimmung zwischen politischer Tagesarbeit und den postulierten Grundwerten und Zielen nicht mehr erkennbar ist.

Aufgaben der SPD

Die Ziele und Aufgaben der SPD sind vorzüglich im Grundsatzprogramm von Godesberg sowie im „Allgemeinen Teil“ des Orientierungsrahmens beschrieben und definiert. In beiden Dokumenten werden die gemeinsamen Interessen artikuliert und deren Durchsetzung zum Ziel gesetzt.

In der Praxis ist jedoch oft nicht sichtbar, wie diese Ziele durch die verschiedenen Beschlüsse und Maßnahmen sozialdemokratischer Entscheidungsträger zu erreichen sind und ob man ihnen ein Stück näher gekommen ist. Daß dieses Problem nicht neu ist, zeigt auch der Orientierungsrahmen, der genau auf dieses Dilemma eingeht: „Sozialdemokratische Politik für die Menschen unseres Landes kann nur mit diesen Menschen gemacht werden. Sie darf ihnen weder besserwisserisch noch herablassend gegenüberreten. Sie setzt die Offenheit der Partei in der inneren Diskussion ebenso voraus, wie die Geschlossenheit der Partei im Auftreten nach außen.“

Gerade weil die politischen Probleme ständig komplexer werden, kann die Sozialdemokratie gesellschaftliche Breitenwirkung nur entfalten, wenn sie immer wieder deutlich macht, aus welcher menschlichen Grundhaltung und welchen Wertentscheidungen heraus sozialdemokratische Politik konkret gestaltet wird. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, daß Sozialdemokraten überall, insbesondere aber dort, wo sie die politische Verantwortung tra-

gen, in ihrer täglichen Praxis, in ihrem Umgang miteinander und in ihrem Verhalten gegenüber denen, in deren Interesse sie tätig sein wollen, die Übereinstimmung ihres Handelns mit ihren eigenen Ansprüchen deutlich werden lassen.“

Das beste Mittel, um zu verhindern, daß nur für und nicht auch mit den Bürgern Politik gemacht wird, daß also die Artikulation und die Durchsetzung der gemeinsamen Interessen auch gelingen, ist die Anregung zur aktiven Mitarbeit. Und dies ist auch wieder der Anknüpfungspunkt zu unserer Ausgangsfrage, der Beitragserhöhung aufgrund eines gesteigerten Leistungsangebotes:

- Müssen nämlich diese Leistungen von einem Heer hauptamtlicher Spezialisten erbracht werden?
- Kann man nicht den Sachverstand der Mitglieder besser nutzen, indem Möglichkeiten zur ehrenamtlichen Mitarbeit geboten werden?
- Ist die derzeitige Diskussion über Bürgerinitiativen nicht ein Indiz dafür, daß die Interessenartikulation zu lange von hauptamtlichen Funktions-Fachleuten in der SPD vorgenommen wurde?

Sicherlich ist es auch Aufgabe der Partei, zur politischen Unterrichtung ihrer Mitglieder das entsprechende Material bereitzuhalten. Sicherlich hat die Partei auch eine „Führungs- und Bildungsaufgabe“. Aber: ist die Gefahr nicht sehr akut geworden, daß diese Aufgaben zur „Bevermündung“ entarten? Gilt dies nicht zuletzt dem Bemühen der SPD, die Regierungspolitik zu stützen und fast alle Regierungsmaßnahmen gegenüber den Mitgliedern auch als „sozialdemokratisch“ zu verkaufen?

Selbstverständlich hat nicht jeder die nötige Sachkompetenz, um alle Fragen und Probleme allein zu beantworten und zu lösen. Aber gerade deshalb besteht für die Partei ein besonderer Argumentationszwang. Sie muß ihre Stellungnahmen an ihren eigenen politischen Zielvorstellungen messen und begründen können. Dieser Konflikt, in dem die SPD steht, wird noch offensichtlicher, wenn nach den Gründen für die Auswahl der zu behandelnden konkreten Aufgaben und Probleme gefragt wird. Wer entscheidet eigentlich letztlich, was zum „Problem“ wird, das es zu lösen gilt? Auch dieses Dilemma kann sicherlich am besten durch eine intensivere Mitarbeit der Mitglieder umgangen bzw. gelöst werden.

Umdenken ist notwendig

Die aktive Mitarbeit kann zwar nur von jedem einzelnen Mitglied selbst kommen, die Partei muß aber die Voraussetzungen dafür schaffen und einen derartigen Wunsch zur Mitarbeit begünstigen. Das aber heißt, daß jedem Mitglied wenigstens zugebilligt wird, seine Interessenschwerpunkte zu haben und damit seine Mitarbeit zu spezialisieren und zu rationalisieren. Zugleich bedeutet dies aber auch, daß es in den Parteigliederungen

— nicht „Nur-Kommunalpolitik“,

- nicht „Nur-Landespolitik“,
 - nicht „Nur-Bundespolitik“
- und dergleichen mehr geben darf.

Wenn aber schon im Ortsverein eine derartige Betätigung durch Schwerpunktbildungen fehlt und die Ortsvereinsversammlungen für viele Mitglieder uninteressant ablaufen (da es für sie kaum Gestaltungsmöglichkeiten gibt), dann bleiben viele potentielle Kräfte für die Partei ungenutzt. Oder sollte dies gar beabsichtigt sein? Soll vielleicht verhindert werden, daß „Nicht-Etablierte“ die „schon längst Etablierten“ stören könnten?

Wer kennt nicht das Stöhnen unserer „Multi-Funktionäre“ über die enorme Arbeit, die sie allein leisten müssen. Dieser fast masochistisch anmutende „Einsatzwille“ führt dann dazu, daß bei der nächsten Wahl für das nächste Amt eben diese Funktionsträger wiederum sich zur Wahl gedrängt fühlen. Mit einer Ausnahme: bei Wahlkämpfen „dürfen“ auch die anderen einmal mitarbeiten, Plakate kleben, Werbematerial verteilen usw. Nur — dürfen wir uns noch wundern, wenn für dieses ausschließliche Betätigungsfeld das Interesse nicht allzu groß ist?

Die Mitarbeit im Wahlkampf beginnt nicht erst in der „heißen“ Phase, sondern schließt auch die Willensbildung über Ziele, politische Aussagen und Aktionsarten ein. Nur wer voll hinter den Wahlkampfaussage steht und die geplanten Aktionen als rich-

tig und sinnvoll anerkennt, wird sich in der heißen Phase des Wahlkampfes entsprechend engagieren.

Folgerungen

Aus allen diesen Überlegungen ergeben sich notwendigerweise einige Schlussfolgerungen:

1. Überprüfung des hauptamtlichen Apparates mit dem Ziel, dessen effektive Notwendigkeit im einzelnen ständig zu erläutern und zu begründen; dies kann auch zu personellen Einsparungen führen.
2. Abbau der Kosten für die ehrenamtliche Mitarbeit (z. B. Aufwandsentschädigungen) und damit Begünstigung der personellen Veränderung in den entsprechenden Gremien.
3. Verstärkter Rückgriff auf die Sachkompetenz von Beiräten, Fachausschüssen etc., damit die überlasteten Funktionsträger Luft und wieder die Möglichkeit erhalten, in Ruhe und Sorgfalt politische Entscheidungen vorzubereiten.
4. Durchforsten des Leistungsangebotes der Partei.
5. Weiterentwicklung der SPD von einer „Kanzlerpartei“ zu einer Interessenvertretung, die selbst politische Ziele setzt und nicht nur politische Maßnahmen der Regierung verteidigt.
6. Rückentwicklung der SPD von einem Dienstleistungsunternehmen für die Mitglieder zu einer Mitgliederpartei, die von den Leistungen ihrer Mitglieder lebt und nicht allein von deren finanziellen Beiträgen.

Die im folgenden dokumentierten Anträge 447 (Bezirk Franken) und 448 (Bezirk Niederrhein) stammen vom Hamburger Ordentlichen SPD-Parteitag 1977 und wurden von diesem an den Parteivorstand überwiesen — nicht um auf diese Weise beerdigt zu werden, wie einige Delegierte argwöhnten, sondern weil wegen des akuten Zeitmangels in Hamburg eine angemessene Beschäftigung mit ihnen nicht möglich schien. Seitdem dienen sie für eine zeitweilig sehr intensive Diskussion innerhalb der SPD als Grundlage, auch wenn einiges von dem, was sie forderten, inzwischen überholt sein mag oder heute anders formuliert würde.

Sicherlich aber wird einiges von dem, was in den Anträgen Franken und Niederrhein zum letzten Ordentlichen Parteitag stand, auch die Diskussion auf dem Berliner Parteitag der SPD im Dezember (vielleicht auch wiederum in Form eines Antrags) beeinflussen.

Die Passagen mit der Kapitelüberschrift „Vertrauensarbeit“ aus dem Orientierungsrahmen '85 abzudrucken, lohnt sich sicherlich, denn der OR '85 wird zwar gerade in diesem Zusammenhang sehr häufig zitiert, aber selten gelesen und noch seltener beherzigt. Red.

Antrag 447 Bezirk Franken Entschließung zu den Grundsätzen der SPD, zur Zukunftsfrage und zur Erneuerung der Parteiorganisation

Der Bundesparteitag möge beschließen:
Der Parteitag dankt den Wählern der SPD der

Bundestagswahl 1976. Ihr Vertrauen hat der SPD die Regierungsfähigkeit bewahrt. Bundeskanzler Helmut Schmidt kann fortsetzen, was 1969 Willy Brandt als erster sozialdemokratischer Bundeskanzler begonnen hat.

Die Politik der SPD hat seit 1969 in Europa den Frieden gefestigt; auch der soziale Friede in der Bundesrepublik wurde trotz einer schweren Weltwirtschaftskrise bewahrt; es ist gelungen, den breiten

Schichten unseres Volkes einen bisher nicht gekannten Wohlstand zu schaffen; soziale Reformen und Reformen des Rechts haben mehr Gerechtigkeit gebracht. Die Leistungen der SPD seit dem Beginn ihrer Regierungsverantwortung im Jahre 1966 werden in der Welt als beispielhaft anerkannt. Wir schöpfen daraus den Mut und die Zuversicht, daß es uns auch künftig gelingt, der Verantwortung, die uns die Bürger übertragen haben, gerecht zu werden.

Wir sagen den Bürgern unseres Landes offen, daß die kommenden Jahre auch für uns größere Probleme bringen werden als die hinter uns liegenden 60er und 70er Jahre. Diese Probleme beunruhigen und verunsichern die Menschen, weil sie neuartig und weil sie mit den bisherigen Instrumenten der Politik nicht zu bewältigen sind. Ihre Ursachen sind nur zum geringeren Teil Veränderungen im eigenen Land.

Unsere eigenen Probleme werden wir nur erkennen, wenn wir begreifen, daß unser eigenes Schicksal, daß unsere wirtschaftliche Existenz und der soziale Frieden wie niemals zuvor verknüpft sind mit dem Schicksal aller Völker. Diese Einsicht ist erste Voraussetzung für das Finden von Lösungen.

Erstmal erlebt die Menschheit den Schritt zur Weltgesellschaft. Bisher nebeneinander lebende Kontinente, Völker, Staaten, Religionen und Kulturen durchdringen einander zu einer künftigen Weltgemeinschaft, die kommen muß, will die Menschheit überleben. Der einzelne Mensch und die Völker sind auf diesen durch Wissenschaft und Technik möglich gewordenen Schritt nicht vorbereitet. Es gibt keine von allen Staaten der Welt akzeptierte Friedensordnung, die Welt ist uneinig über die Verteilung der Ressourcen und produzierten Güter, brutale Macht geht in vielen Staaten vor Menschenrecht.

Sinnlose Machtpolitik ist nicht neu. Aber neu ist, daß eine bisher nicht erlebte Bevölkerungsexplosion und ungehemmtes industrielles Wachstum die Ökologie, also die Lebensumwelt des Menschen und damit die Zukunft der kommenden Generation gefährden. Da es weder ein weltweites Bewußtsein noch einen weitumfassenden gemeinsamen Willen gibt, kurzfristig oder mittelfristig diese Probleme zu lösen, steht die Menschheit vor der Gefahr schwerer innerer Krisen. Viele Wissenschaftler, die dies erkennen, warnen die Völker und fordern die Veränderung des Bewußtseins und der Verhaltensweisen des Menschen.

Eine verantwortungsbewußte Politik darf diese Warnungen nicht in den Wind schlagen. Unsere gegenwärtigen inneren Probleme sind Symptome dieser weltweiten Entwicklung. Deshalb werden wir mit alten Schablonen, mit alten Rezepten, mit alten Bahnen des Denkens die neue Zeit nicht bewältigen. Deshalb stellt die SPD mit Entschiedenheit die Zukunftsfrage.

Die Diskussion über den künftigen Weg wird alle geistigen Richtungen und politischen Strömungen unserer Gesellschaft erfassen. Die SPD will diese

Diskussion mit allen Bürgern, mit allen Gruppen unseres Volkes führen. Nur so können wir ein Spiegel des Denkens der Menschen und der Motor der notwendig gewordenen politischen Neuorientierung sein.

Ungeduld, Angst und Hoffnung vor der Zukunft dürfen vernünftiges politisches Handeln in der Gegenwart nicht verdrängen und auch nicht diskreditieren. Jeder konkrete Schritt bedarf der Zustimmung der Mehrheit. Die Diskussion der Zukunftsfrage ist für die SPD problematisch und schwierig, weil wir nicht abwarten wollen, bis wir von den heraufkommenden Krisen überrollt werden. Wir müssen über das hinausdenken, was unter den augenblicklichen Bedingungen der Macht faktisch erreichbar ist.

Die SPD muß sich aber auch davor hüten, die Zukunftsfrage als innerparteilichen Macht- und Richtungskonflikt zwischen denen auszutragen, die über die Zukunft nachdenken und denen, die in der täglichen politischen Regierungsarbeit den vertretbaren Kompromiß zwischen der Idee und ihrer Verwirklichung suchen müssen. Der politische Kompromiß für ein begrenztes Ziel ist keine Preisgabe des Zieles, sondern der Vollzug des tatsächlich möglichen Schrittes. Die SPD hat zur Verwirklichung ihrer Ziele nicht die Mehrheit im Parlament. Sie kann deshalb in einer Koalition nur Teilziele ihres Programms verwirklichen.

Regieren in einer Koalition heißt nicht Macht um jeden Preis, aber es muß unser Ziel sein, die Ausgangspositionen für die Lösung der Zukunftsfrage selbst zu bestimmen oder sie mitzubestimmen; dies darf nicht den konservativen Kräften überlassen werden. Nicht die freiwillige Flucht in die Opposition, sondern das solidarische Zusammenwirken von täglicher Politik und Zukunftplanung geben uns die Chance, die Gesellschaft nach unseren Zielen zu gestalten.

I. Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der Grundsätze

Die SPD weiß, daß durch die komplizierter und undurchschaubarer gewordenen politischen Entscheidungen die Regierungen, die politischen Parteien und einzelne Politiker von den Bürgern einen hohen Vertrauensvorschuß verlangen. Deshalb sind zu Recht für viele Bürger nicht nur die Leistungen in der Tagespolitik der Maßstab von Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Die in Zeiten gesellschaftlichen Wandels neuen Strömungen und Gruppierungen werden in einer offenen Diskussion und Willensbildung nur dann zu einer handlungsfähigen politischen Struktur zusammenwachsen, wenn es dem Bürger möglich ist, sich mit den Zielen, den Grundsätzen und der demokratischen Lebensform einer Partei zu identifizieren. Neben der politischen Handlungsfähigkeit in der Tagespolitik stehen deshalb gleichrangig die Glaubwürdigkeit der Grundsätze und der moralische Rang des einzelnen Politikers.

Die Handlungsfähigkeit der SPD ist gebunden an die Glaubwürdigkeit ihrer Ziele und ihres Programms, ist gleichermaßen gebunden an die Gültigkeit und Verbindlichkeit demokratischer Mehrheitsentscheidungen für alle Mitglieder. Eine von Dogmen freie, in ihrem Wesen zutiefst tolerante SPD kann ihren politischen Auftrag nicht erfüllen, wenn sie es zuläßt, daß ihr öffentliches Bild von Gruppen mißdeutet wird, die programmatisch nur am Rande oder jenseits der Partei stehen, die Mehrheitsentscheidungen mißachten, die die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung bekämpfen und es ablehnen, sich in die historisch gewachsenen Positionen der SPD zu integrieren.

Die demokratische Willensbildung der SPD vollzieht sich ausschließlich in den Gliederungen. Nur wer von den Gliederungen beauftragt ist, oder wer durch die SPD vom Bürger ein demokratisches Mandat erhalten hat, kann öffentlich für die SPD sprechen. Keine Gruppierung der SPD kann eine eigene Programmatik und eine eigene autonome Organisation beanspruchen.

Die Vorstände auf allen Ebenen der Partei, besonders der Parteivorstand, werden aufgefordert, den Zustand zu beenden, demzufolge Kreise und sich als Fraktionen verstehende Parteiflügel, auch einzelne mit Profilierungssucht, aber ohne Parteiauftrag, das öffentliche Bild der SPD negativ bestimmen und ihr dadurch schaden.

Wer sich durch die SPD in Parteifunktionen oder in öffentliche Ämter wählen läßt, muß davon ausgehen, daß an seine Person und an sein Handeln strenge politisch-moralische Maßstäbe gelegt werden. Wer sich daran nicht hält, hat Funktionen und Ämter abzugeben, und bestehen an seinem Verhalten begründete Zweifel, dann haben Ämter bis zur Klärung zu ruhen. Zu große Nachsicht in diesen Fragen begründet den Vorwurf der Kumpanei. Die SPD kann sich in diesen Fragen nicht an anderen Parteien messen; sie muß für sich selbst strengere Maßstäbe anlegen.

II. Partei, Parlament und Regierung

Unsere einzige Möglichkeit, die Ziele des demokratischen Sozialismus zu verwirklichen, ist der Gewinn des Vertrauens der Mehrheit. Es gibt keinen anderen Wege, Vertrauensarbeit der Partei und Regierungsfähigkeit stehen deshalb in einem engen Zusammenhang. Sicher, eine machtvolle Opposition kann die Herrschenden zur Änderung von Positionen zwingen, doch sehen wir die Gesetzgebung und die stetige Regierungsverantwortung als wichtigste und höchste Aufgabe einer politischen Partei. Nach unserem täglichen Wirken beurteilen die Menschen, ob Sozialdemokraten glaubwürdig sind und Vertrauen verdienen. Sozialdemokraten haben in der Regierung weniger die Unterstützung der Massenmedien, der Wirtschaftsverbände, auch weniger von wichtigen

Teilen der katholischen Kirche als die CDU/CSU. Wir leben zudem in einer Zeit des rigorosen Egoismus von einzelnen und vieler Gruppen. Wenn die SPD diese vorgegebenen Bedingungen ihrer politischen Arbeit aus dem Blick verliert, wenn sie meint, die Regierungsarbeit vollziehe sich ausschließlich im Verhältnis von Partei und eigener Regierung, oder von Partei und Koalitionspartner, dann ist eine SPD-Regierung über längere Zeit hinweg undenkbar. Sozialdemokraten in öffentlicher Verantwortung können ihren Auftrag nur erfüllen, wenn sie von der Solidarität der Partei getragen werden.

Umgekehrt kann es kein einseitiges Treueverhältnis geben. Gerade der in Koalitionen häufig gegebene Zwang zum Kompromiß verlangt von der Regierung große Anstrengungen, ihre Politik der Öffentlichkeit und der eigenen Partei sorgfältiger als bisher darzulegen und zu begründen.

III. Das Godesberger Programm als Konsequenz der geistigen Entwicklung der SPD und der deutschen Geschichte

Der Parteitag sieht das Godesberger Programm als Konsequenz der geistigen Entwicklung der SPD und als Summe an Erfahrung aus der deutschen Geschichte der letzten 100 Jahre. Die geschichtlichen Leistungen der deutschen Sozialdemokratie für unser Volk kann, wer von der Wirklichkeit ausgeht, niemand bestreiten. Soweit einzelne Namen für eine große politische Bewegung stehen, können wir sagen: Lassalle und Bebel haben die Mehrheit des Volkes in die politische Mündigkeit geführt, das Streben nach mehr Gerechtigkeit wurde Verfassungsziel; die Sozialdemokraten Scheidemann und Ebert stehen 1918 für den Beginn der ersten deutschen Demokratie, im März 1933 hat die SPD durch ihren Sprecher Otto Wels im Reichstag die Republik bis zuletzt verteidigt; nach 1945 hat Kurt Schumacher dem deutschen Volk die Stimme der moralischen Glaubwürdigkeit gegeben. Die geistige Erneuerung der SPD zum Godesberger Programm entstand aus den Leiden der Verfolgung und den Erfahrungen der Emigration. Die Entscheidung für das Godesberger Grundsatzprogramm, der Wille, sich als Volkspartei zu verstehen, führte die SPD in die Regierungsfähigkeit, in die Koalitionsfähigkeit bis hin zur Kanzlerwahl Willy Brandts. Willy Brandt hat als Bundeskanzler dem Prinzip der Friedenspolitik Glaubwürdigkeit gegeben, die sozialliberale Koalition hat die soziale Ordnung und die Rechtsordnung der Bundesrepublik reformiert, und Helmut Schmidt hat als Bundeskanzler in einer weltweiten Wirtschaftskrise Wohlstand und soziale Sicherheit bewahrt. So hat sich die Sozialdemokratie für unser Volk in höchstem Maße als verantwortungsfähig erwiesen.

In den deutschen Geschichtskatastrophen des hinter uns liegenden Jahrhunderts war die deutsche Sozialdemokratie der politische und moralische Reprä-

sentant des besseren Deutschland. Indem wir dies feststellen, weisen wir jene in die Schranken, die aus konservativer, oft reaktionärer Gesinnung heraus alle politisch und geistig Linksstehenden als freiheitsfeindlich verleumden.

Die deutsche Sozialdemokratie war in ihrer Geschichte immer zuerst Freiheitsbewegung. Der erste Grundwert des Godesberger Programms ist der Grundwert der Freiheit. Mehr als andere Parteien in Deutschland hat sich die SPD den fortschrittlichen geistigen Strömungen ihrer Zeit geöffnet. Ferdinand Lassalle war der Verfechter einer Staatsauffassung, in der durch die Verbindung des Rechtsstaates und Sozialstaates mit dem Kulturstaat die Erziehung des Menschen zur Freiheit als die eigentliche sittliche Natur des Staates bezeichnet wurde.

Karl Marx hat in der Phase des Frühkapitalismus, in einer Zeit der durch den Staat geschützten Ausbeutung des arbeitenden Menschen, durch die Aufhebung der Selbstentfremdung des Menschen die Wiederherstellung der menschlichen Würde in Freiheit gefordert. Gültig ist noch immer, was Kurt Schumacher 1947 über Karl Marx geschrieben hat:

„Aus dem ganz undogmatischen Marx wurde versucht, ein Lehrgebäude von Dogmen zu schaffen. Um einen Katechismus ist gekämpft worden im Namen eines Mannes, der gegen jene Katechisierung war. Karl Marx ist kritisch bis zur letzten Konsequenz. Das bedeutet, daß er antidogmatisch und nicht einmal im gewöhnlichen Sinne des Wortes skeptisch ist, daß er sich niemals ins Grenzenlose und Jenseitige verliert. . . Es nannten und nennen auch diejenigen sich Marxisten, die nicht begriffen haben, daß mit wechselnden Verhältnissen auch die Lösungsmöglichkeiten sich ändern, daß es keine gleichzeitigen und gleichartigen Patentlösungen für verschiedene Entwicklungsstufen und verschiedene Erscheinungsformen gibt. . . Die Monopolisierung des Marxismus zu einer Staatsreligion ist der Tod des Geistes, aus dem Marx gelebt hat.“

Aus einer veränderten Welt hat zu Beginn des 20. Jahrhunderts Eduard Bernstein Konsequenzen für die Theorie des demokratischen Sozialismus gezogen, indem er die Übereinstimmung von Theorie und Praxis forderte und die Kantische Ethik in die Begründung des Sozialismus einfügte.

Der ethisch fundierte Sozialismus in Geist und Tat hat seit Bernstein im 20. Jahrhundert die Theorie der deutschen Sozialdemokratie geprägt. Rudolf Hilferding hat diese Theorie im Ökonomischen durch seine Forderung nach Wirtschaftsdemokratie weiterentwickelt. Der ethische Ansatz der deutschen Sozialdemokratie hat Theologen und Philosophen wie Karl Barth, Martin Buber, Paul Tillich den Weg zum Sozialismus geöffnet und die Gefahr dogmatischer Erstarrung gebannt.

Das Godesberger Grundsatzprogramm ist programmatisch die grundsätzliche Entscheidung der SPD

für einen ethisch fundierten Sozialismus in einem ethisch fundierten Staat. Adolf Arndt und Carlo Schmid, Willi Eichler und Heinrich Deist, Waldemar von Knoeringe und Gustav Heinemann sind sichtbare Repräsentanten dieses Geistes.

Der Parteitag bekräftigt die Entscheidung von Godesberg für einen durch Grundwerte ethisch fundierten Sozialismus. Die SPD ist offen für alle, die den Willen haben, die Bundesrepublik nach den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu gestalten.

Untrennbar verknüpft damit ist die Entscheidung der SPD, als Volkspartei zu wirken, vor allem aus Gründen ihrer Staatsauffassung, im gleichberechtigten Wettstreit mit anderen Parteien das Vertrauen der Mehrheit zu gewinnen.

IV. Die Zukunftsfrage

Die Welt und unser Leben werden tiefgreifend verändert. Es gibt sichere Anzeichen dafür, daß in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die Beziehungen zwischen den Staaten der Welt und die Lebensbedingungen des einzelnen sich tiefgreifender verändern werden als dies durch die beiden Weltkriege geschehen ist. Die Prozesse der Veränderung werden neuartig sein und sind mit den bisherigen Maßstäben der Politik nur schwer oder überhaupt nicht zu erfassen.

Die hochentwickelten Industriegesellschaften des nördlichen Erdgürtels stehen inmitten tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Strukturveränderungen. Sie stehen vor allem vor der Frage nach dem Sinn des Wachstums, die verbunden sein wird mit Verteilungs- und Herrschaftskrisen. Die Vermehrung der Menschheit von vier auf acht, möglicherweise zehn Milliarden Menschen in einem Lebensalter vollzieht sich vor allem auf der südlichen Halbkugel in den armen Ländern der Welt. Damit steht die Welt vor bisher unvorstellbaren Spannungen. Die Verhinderung von Kriegen und die Entfaltung einer humanen Menschheitsordnung sind deshalb unser höchster Auftrag.

In den Wohlstandsländern Europas erkennen wir die Gefahr, daß Arroganz der Macht, politische Blindheit, private Begierden und alte Privilegien zu einem hart verkrusteten Egoismus zusammenwachsen, der den notwendigen Bewußtseinswandel verhindert. Mit den Bewußtseinsstrukturen und den Denkschablonen der gegenwärtigen Industrie- und Konsumgesellschaft werden wir die Zukunft nicht meistern. Wir müssen das Prinzip des rigorosen Egoismus überwinden. In der Solidarität einer Gesellschaft, in der der einzelne auch für das Gemeinwohl denkt und auf den Mitmenschen achtet, könnte es uns gelingen, Freiheit und Gerechtigkeit zu behaupten und fortzuentwickeln. Hier müssen Sozialdemokraten wirken; nur ihr tätiges Beispiel wird überzeugen.

Die Probleme, vor denen wir stehen, sind neu. Es

gibt für ihre Lösung keine fertigen Theorien, keine überzeugenden Prognosen, keine überzeugende anwendbare politische Praxis. Die neue Wirklichkeit paßt nicht in die überlieferten Ideologien. Es ist das Ziel der SPD, mit den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, als politische und moralische Werte an die Fakten der neuen Wirklichkeit heranzugehen.

So wie die SPD in den 50er Jahren durch ihre Orientierung an der Wirklichkeit fähig wurde, konkrete und damit überzeugende Programme für die Reformpolitik der 60er und 70er Jahre vorzulegen, so wie der „Orientierungsrahmen '85“ Klarheit in vielen Fragen brachte, so muß sich die SPD mit einer großen geistigen Anstrengung der Wirklichkeit der kommenden Jahrzehnte stellen.

Der Parteivorstand wird beauftragt, rechtzeitig vor dem nächsten Parteitag der Partei und der Öffentlichkeit einen „Bericht zur Zukunftsfrage“ vorzulegen. Während sich der „Orientierungsrahmen '85“ vorrangig auf die innenpolitischen Probleme der Bundesrepublik konzentrierte, soll sich der „Bericht zur Zukunftsfrage“ vorrangig mit den Problemen einer künftigen Weltgesellschaft befassen, Kriterien einer Bewertung der Probleme erarbeiten und Beiträge zu ihrer Lösung vorschlagen.

Folgende Probleme sollen im „Bericht zur Zukunftsfrage“ vorrangig behandelt werden:

1. Friedenspolitik — Möglichkeiten der Konfliktverhütung und Konfliktüberwindung in den internationalen Beziehungen, Abrüstung und internationale Kontrolle des Waffenexports.
2. Im Wettkampf der Ideologien die Überwindung der Sieg-Vorstellung in politischen Systemen über andere politische Systeme durch den weltweiten Willen zur Evolution.
3. Eine internationale Anti-Folter-Konvention mit völkerrechtlicher Bindung und internationalen Sanktionen gegen Verstöße zum Schutze der Gefangenen. Internationale Ächtung des Terrors und der Geiseltat.
4. Bericht über die ökologische Krise im nationalen und internationalen Bereich. Die SPD fordert ein eigenes Ministerium für Umweltforschung und Ökologie. Zur öffentlichen Bewußtseinsbildung haben Bundesregierung und Länderregierungen regelmäßig dem Parlament einen Ökologie-Bericht vorzulegen. Die Unabhängigkeit der Forschung von ökonomischen Unternehmen und überlieferten Ordnungsbildern muß dabei garantiert werden. Die Grundlagenforschung und nicht nur die Auftragsforschung muß mehr Möglichkeiten erhalten, die Öffentlichkeit zu informieren.
5. Die Wachstumsfrage muß als die zentrale Frage unserer Industriegesellschaft und des Nord-Süd-Problems begriffen und behandelt werden.

Allgemeines Wachstum ist energieintensiv; in seinem Gefolge sind Rationalisierung, Vollbeschäfti-

gung, Verkehrsausbau, wachsender privater Konsum, höhere Rüstungsquoten, aber auch Umweltschutz energieintensive Faktoren. Die Wachstumsfrage berührt nicht nur die Wirtschaft, sondern unsere ganze Lebensordnung. Die totale Abhängigkeit der modernen Industriegesellschaft vom Energiefaktor gibt deshalb rigorosen Patentrezepten keine Chance. Auch wenn die bisherige Wirtschaftsordnung großen Wohlstand gebracht hat, dürfen ihre Prinzipien bei einer Bestandsaufnahme und bei der Entwicklung neuer Politiken nicht in den Rang unantastbarer Glaubenssätze erhoben werden.

6. Wir müssen in wenigen Jahrzehnten, die für vernünftige Lösungen bleiben, das zügellose Wachstum ersetzen durch vernünftiges und humanes Wachstum; in diesem Wandel kann die bloße Wettbewerbs- und Gewinngesellschaft nicht der vorrangige Maßstab der wirtschaftlichen Ordnungspolitik sein. Aber auch die Strukturen einer staatlich gelenkten Wirtschaft sind nach den bisherigen Erfahrungen kein taugliches Konzept.

Der „Bericht über die Zukunftsfrage“ soll deshalb Konzepte, Chancen und Risiken eines „Gemischten Wirtschaftsystems“ im nationalen und internationalen Rahmen aufzeigen. Die Erfahrung mit der Weltwirtschaftskrise verlangt auch den Mut, unbequeme, ja, unpopuläre Wahrheiten auszusprechen, denn verlangt werden zuerst realisierbare, wirksame und nicht nur neue Lösungen.

7. Die Zukunft der Demokratie in Europa ist gebunden an die Zustimmung der jungen Generationen. Sie haben ein Recht zu erfahren, was ihre Zukunft ist. Viele junge Menschen in Europa haben Zweifel an der Zukunft. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Ministerrat der EG vorzuschlagen, durch alle Staaten der EG ein europäisches Jugendprogramm zu erarbeiten. Bildungs- und Berufschancen müssen in seinem Mittelpunkt stehen und über die nationalen Grenzen hinweg koordiniert und gemeinsam organisiert werden. Die Bundesregierung soll, ähnlich dem „Wirtschaftskabinet“, ein Gremium bilden, in dem alle für Jugendbereiche zuständigen Ressortminister ihre Arbeit koordinieren.

V. Von der Leistungsgesellschaft zum Kulturstaat

In der vor uns stehenden Periode des notwendigen politischen Umdenkens kann es nicht unser Ziel sein, Wachstum zu verteuern. Der Wohlstand der breiten Massen ist das Ergebnis eines raschen Wachstumsprozesses der Industriegesellschaft. Grenzen des Wachstums bedeuten jedoch Grenzen des Wohlstands. Deshalb wird sich der Verteilungskampf im Sozialstaat um die Anteile am Wohlstand verschärfen. Aber auch bei gerechterer Verteilung stoßen wir auf eine quantitative Grenze des Sozialstaates, die für alle Systeme gültig ist. Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zieht dem Sozialstaat die quantitative Grenze.

Es ist der hohe Stand unserer Sozialordnung, der es uns ermöglicht, das politische Gesichtsfeld nicht ausschließlich durch materielle Bedürfnisse und Zielorientierungen zu begrenzen. Die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse sollte als die Voraussetzung zur geistigen Selbstverwirklichung des Menschen im Kulturstaat erkannt werden. Deshalb verlangt das Godesberger Programm die Vollendung des Rechtsstaates und des Sozialstaates im Kulturstaat. Doch hat bisher die zu einseitige Erziehung und Orientierung in Richtung Leistungsgesellschaft und materiellen Wohlstand dem Gedanken des Kulturstaates bei uns bisher nicht die Chance gegeben, die er braucht, um das Denken der Parteien, der Gesellschaft und des einzelnen zu bewegen.

Die SPD will den Kulturstaat, weil er bei begrenztem Wachstum, bei verkürzter Arbeitszeit dem Menschen eine höhere Stufe der Selbstverwirklichung garantiert als die am vorrangig Materiellen, am bloßen Konsum orientierte Freizeitgesellschaft.

Wir konstruieren keinen Gegensatz zwischen Arbeitswelt und Freizeitwelt, zwischen Wirtschaft und Kultur; denn erst die hochentwickelte Industriegesellschaft gibt dem Menschen die Chance der Freizeit, die er zu seiner Selbstverwirklichung, also zur Aufhebung der Selbstentfremdung in der Arbeitswelt und in der anonymen Herrschaftswelt braucht. Menschlichen Sinn hat die Leistungsgesellschaft nur, wenn sie nicht als die höchste Ausdrucksform, sondern als Voraussetzung einer kulturellen menschlichen Existenz begriffen wird.

Die sich abzeichnenden Grenzen des ökonomischen Wachstums in den hochindustrialisierten Staaten dürften zu einer gefährlichen geistigen und politischen Krise führen, wenn es nicht gelingt, durch einen Bewußtseinswandel des öffentlichen Lebens der rein ökonomisch geprägten Leistungsgesellschaft den ihr zukommenden Rang, aber nicht über der Kulturgesellschaft zuzuweisen.

Als erster Schritt muß im Erziehungssaal die Erziehung des jungen Menschen für den Kulturstaat den gleichen Rang erhalten wie die Erziehung zur Leistungsgesellschaft. Die Schule darf nicht nur für den Beruf ausbilden, sie muß stärker als bisher für ein geistig ausgefülltes Leben wirken. Eine ausschließlich oder weitgehend am Materiellen orientierte Freizeitgesellschaft deformiert die Ergebnisse unserer Wohlstandsgesellschaft und verengt den Gesichtskreis der Menschen. Politische Bildung, Literatur, Musik und Bildende Kunst müssen stärker als bisher gefördert werden.

Es kann dabei nicht die Aufgabe des Staates sein, die Inhalte der Kultur zu bestimmen, zu reglementieren oder selektiv zu fördern, um die Kultur in eine bestimmte Richtung zu drängen. Der Kulturstaat ist nur denkbar als entfalteter geistiger Pluralismus und als Hüter kultureller Toleranz.

Der Staat darf nicht danach streben, den einzelnen kulturell in eine bestimmte Richtung zu drängen, noch darf er zulassen, daß er selbst oder einzelne gesellschaftliche Gruppen einen monopolartigen Einfluß in der Kultur für sich usurpieren.

Der Parteitag fordert die Parlamentsfraktionen im Bund, in den Ländern und in den Kommunen auf, die Weiterentwicklung der Leistungsgesellschaft zur Kulturgesellschaft als wichtige Aufgabe sozialdemokratischer Politik zu erkennen.

Der Parteivorstand hat dem nächsten Parteitag einen Bericht über das Erreichte und über Zielvorstellungen der SPD im Kulturstaat vorzulegen.

VI. Zukunftsfrage und Konservatismus

Im demokratischen Streit um den künftigen Weg der Bundesrepublik ist die CDU/CSU der politische Repräsentant des deutschen Konservatismus und damit der Hauptgegner der SPD.

Die CDU/CSU versteht sich als Volkspartei anders als die SPD. Sie orientiert sich mehr an der Auffassung der in Verbänden organisierten konservativen Strukturen, wirkt mehr durch Einfluß auf Medien als über die Mitgliederpartei; sie ist gewerkschaftsfeindlich und kritisiert den fortentwickelten Sozialstaat; sie entwickelt als Opposition im Bund nicht politische Alternativen in Sachfragen, sondern ersetzt diesen Mangel durch ideologische Diffamierung des politischen Gegners.

Demonstrierte Obrigkeit und produzierte Angst sind ihre Antwort auf Gesellschaftskritik.

Die Antwort auf die sich ankündigenden Veränderungen ist die in den großen Maßstäben geplante Restauration. Obrigkeitstaat im Sinne von Dregger und Strauß soll zukunftsbezogene Politik ersetzen.

Deshalb ist konservative Politik, die sich der Zukunft verweigert, die das Nachdenken diskreditiert und diffamiert, mehr als eine politische Deformation der Gegenwart: Die konservative Politik der CDU/CSU ist die Verweigerung der Politik vor den Aufgaben der Zukunft. Der Appell der Konservativen an die Angst, die nostalgische Verklärung der Vergangenheit wirkt so dem Bewußtseinswandel, den wir zum Überleben in einer humanen Gesellschaft brauchen, entgegen.

Deshalb ist nicht nur die politische, sondern auch die verstärkte geistige Auseinandersetzung mit dem Konservatismus der CDU/CSU eine notwendige Aufgabe der SPD.

VII. Machtpolitik, geistige Krise und Evolution des Kommunismus

Der Kommunismus ist in Europa heute mehr ein Faktor der politischen Macht als eine Hoffnung der Massen für die Zukunft. Es wäre falsch, den Kommunismus als Machtfaktor in Europa und in der Welt zu unterschätzen. In den politischen Systemen der Welt

wird die größte Zahl von Menschen von kommunistischen Regierungen beherrscht.

Auch wenn die kommunistischen Staaten gegenwärtig kein einheitlicher Machtblock sind, so wird doch der Machtkampf der Staaten durch den Machtkampf der Systeme verschärft. Deshalb ist das Ziel der Verhütung des Krieges, besonders zwischen den atomar hochgerüsteten Großmächten, die wichtigste Aufgabe der Weltpolitik. Der Wandel auch in den kommunistischen Staaten vom kalten Krieg zur Entspannungspolitik ist deshalb ein hoffnungsvolles Zeichen. Frieden auf Dauer wird es nur geben, wenn politische Systeme und Staaten den Willen haben, die Probleme der Weltgesellschaft nicht durch Machtentscheidungen, sondern durch die Evolution der Systeme zu lösen.

Als politische Idee befindet sich der Kommunismus in Europa in der geistigen Krise. Diese Krise verläuft im Einparteiensystem der kommunistisch regierten Staaten des Ostens anders als in den im Mehrparteiensystem des Westens operierenden kommunistischen Parteien.

Die Unterschiede des demokratischen Sozialismus zum Kommunismus erschöpfen sich nicht in den Kriterien der inneren Machtstruktur, wie Diktatur des Proletariats, Demokratischer Zentralismus in der Partei, Internationaler Proletarismus, Leninsche Elitestruktur, stalinistische Bürokratie.

Die Kommunisten haben Agrar-Staaten in die Industriegesellschaft geführt. Sie haben dabei ihr System rigoros den Bedingungen der ökonomischen Produktion unterworfen und dabei eine nicht weniger rigorose Leistungsgesellschaft als der Kapitalismus etabliert.

So wurde in der Verfolgung dieses Zieles die Idee der Arbeiterbewegung als geistige Freiheitsbewegung eliminiert. Anstelle kultureller Entfaltung die Unterordnung der Kultur unter die Machtziele der Partei. Zugleich sind die Kommunisten dort, wo sie regieren, unfähig geworden, durch offene Kritik im eigenen System die erforderlichen Veränderungen herbeizuführen.

Die geistige Krise des gesamten Kommunismus hat in der demokratischen Freiheit der westlichen Staaten zu einer kritischen Überprüfung der Positionen westlicher kommunistischer Parteien geführt, die „Eurokommunismus“ genannt wird. Diese Entwicklung kann für den Frieden eine Chance sein und ist für den demokratischen Sozialismus eine Herausforderung.

Der Schritt der Kommunisten von der Revolution zur Evolution kann ein Schritt von der Diktatur zur Reform werden. Ideologisch ist dieser Schritt ohne grundsätzliche Revision des Marxismus/Leninismus auch bei den westeuropäischen kommunistischen Parteien nicht glaubwürdig.

Für den demokratischen Sozialismus ist der Eurokommunismus eine Herausforderung, denn er kämpft

in Spanien, Frankreich und Italien gegen Sozialisten und Sozialdemokraten um den geistigen und politischen Führungsanspruch in den Gesellschaftsstrukturen, die der demokratische Sozialismus repräsentiert.

In der Bundesrepublik ist der Kommunismus weder eine politische Macht noch eine anziehende politische Idee. Aus politischen Hochschulgruppen heraus ist versucht worden, zentrale Begriffe kommunistischer Gesellschaftsdefinition, wie staatsmonopolistischer Kapitalismus (Stamokap), in die Theoriediskussion der SPD hineinzutragen. Dies ist ein untauglicher Versuch, die theoretischen Grundlagen der SPD fortzuentwickeln, er dient eher dem politischen Gegner zur Verwirrung der Bürger als der Fortentwicklung der eigenen Theorie.

Diese Theorie widerspricht dem Staatsverständnis der SPD. Die Massen in Europa sehen in der Alternative Kommunismus oder Kapitalismus nicht das zentrale politische und geistige Problem der Gegenwart. Der Kommunismus ist ihnen keine Verheißung mehr; die Lektion der Bürokratie wurde verstanden. Für den demokratischen Sozialismus hat die falsche Alternative Kapitalismus oder Kommunismus nie bestanden.

Sein Weg der Verbindung von Freiheit und Gerechtigkeit ist der Weg der Zukunft.

VIII. Erneuerung der Parteiorganisation

Die Parteiorganisation der SPD gibt jedem einzelnen Mitglied die Möglichkeit, seinen Einfluß geltend zu machen. Es ist ihre Aufgabe, den offenen Dialog zu fördern. Kritische Fragestellungen müssen ausdiskutiert und in der Willensbildung behandelt werden. Die durch Mehrheitsentscheidung festgelegten politischen Ziele sind die Grundlage der Öffentlichkeitsarbeit. Ihre Ziele kann die SPD nur erreichen, wenn die Organisation in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner den politischen Kampf geschlossen führt.

Durch ihre Vertrauensarbeit strebt die SPD nach der Identität ihrer politischen Ziele mit dem politischen Denken der Mehrheit im Land. Deshalb ist Vertrauensarbeit mehr als innerparteiliche Willensbildung; sie ist mehr als technische Organisation, um im Wahlkampf den Wähler zu erreichen; sie ist mehr als die Vermittlung der Regierungs- und Parlamentsarbeit an den Bürger. Die SPD mit ihrer hohen Zahl von einer Million Mitgliedern muß beweisen, daß es möglich ist, die Trennung von Arbeitswelt, Freizeitwelt und politisch organisierter Macht zu überwinden.

Der Parteitag fordert die Gliederungen der SPD auf, diesen Fragen der Parteiorganisation einen hohen Rang zu geben; denn die Parteien und Parlamente in der Bundesrepublik geraten in Gefahr, sich von den Bürgern zu isolieren. Dafür gibt es viele Anzeichen. Das unmittelbare politische Engagement

geht zurück. Politisches Bewußtsein wird weniger durch den Bürger selbst, mehr durch Medien, Verbände und Demoskopie weitervermittelt. Die inneren Lebensformen der Parteien sind nicht selten erstarrt und oft mehr organisatorisches Ritual als lebendiger Dialog.

Die SPD weiß, daß eine solche Entwicklung auch ihr eigenes demokratisches Selbstverständnis herausfordert. Dafür sprechen viele Symptome: Der in der Regel niedrige prozentuale Anteil der Mitglieder an der Parteiarbeit; die soziologischen Unterschiede zwischen der Wählerstruktur und der Struktur der aktiven Mitglieder in der SPD; eine sichtbare Entfremdung besonders zwischen der jungen Generation und den politisch Handelnden; das Austragen gesellschaftlicher Konflikte nicht in den Parteien, sondern durch Bürgerinitiativen; die Distanz zwischen Erwartungshorizonten und den realen Möglichkeiten bei der Lösung aktueller Gegenwartsprobleme.

Zwischen der politischen Kraft der SPD und ihrer Parteiorganisation besteht ein enger Zusammenhang. In den Zeiten der großen organisatorischen Entfaltung, vor dem Ersten Weltkrieg und nach der Annahme des Godesberger Programms, war die Partei sowohl ein Spiegel der Lebensformen der Gesellschaft als auch ihrer politischen Zukunftserwartungen. Die SPD will nicht nur die Übereinstimmung von politischer Theorie und Praxis, ihre Aktion, ihre Botschaft muß zugleich die mehrheitsfähigen Strukturen der Gesellschaft erreichen und bewegen. Der Zustand unserer Parteiorganisation ist deshalb der Beweis unserer Kraft oder Schwäche in der Gesellschaft.

Daraus ergeben sich zwei Grundprinzipien für die Parteiarbeit:

1. Ständige Öffnung der Partei gegenüber sich wandelnden Lebensformen der Gesellschaft.
2. Politisierung zentraler gesellschaftlicher Fragen, damit der Bürger sachkundig mitentscheiden kann.

Zum ersten Mal hat in unserer modernen Industriegesellschaft der einzelne die Möglichkeit, durch mehr Freizeit über die persönliche Erfahrung in seiner Arbeitswelt hinaus sich Kenntnisse anzueignen, die ihm mehr als bisher die Chance geben, aktiv am politischen Prozeß mitzuwirken. Wir stehen erst am Anfang dieser Entwicklung. Die politischen Führungsstrukturen müssen diese Entwicklung fördern. Erst wenn die Mehrheit unserer Bevölkerung sich bewußt an diesem demokratischen Prozeß beteiligt, wird es gelingen, aktive extreme Minderheiten im Bild der öffentlichen Meinung zurückzudrängen.

Demokratie ist nur möglich, wenn das vernünftige Leben der Menschheit und die Kenntnis von den großen Entwicklungen der Welt nicht nur als in den Medien vorübergehende Bilder und Worte, sondern

als eine vom einzelnen mit seinen Mitmenschen herzustellende Aufgabe begriffen wird.

Das Abdrängen des Menschen in eine Teilfunktion, ohne ihm dabei die Erziehung zum Verständnis des Ganzen zu vermitteln, ist die Verweisung des Menschen in die Unmündigkeit.

Der Parteitag sieht deshalb in einer umfassenden politischen Bildung, insbesondere in der politischen Erwachsenenbildung, eine Existenzfrage der Demokratie.

Der Parteitag fordert den Bund, die Länder und die Kommunen auf, der politischen Erwachsenenbildung einen höheren Rang in den öffentlichen Aufgaben zu geben. Die bisherigen Formen der Erwachsenenbildung müssen erweitert und ergänzt werden.

Der Parteitag fordert alle Gliederungen auf, die Arbeitsformen der Parteiorganisation neu zu überdenken, Parteiarbeit darf sich nicht in Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen erschöpfen.

Zu einem neuen Organisationskonzept gehören Bürgerbüros, Bürgerzentren für kulturelle Neigungsgruppen, gemeinsame Medienarbeit, die Arbeit mit Familien und mit Kindern, das organisierte Arbeitsplatz- und Nachbarschaftsgespräch, Kontaktgruppen und Kontaktstellen, um isolierte Mitbürger zu erreichen und ihnen zu helfen, Begegnungen zwischen den Generationen. Hierbei ist mit befreundeten Organisationen partnerschaftlich zusammenzuarbeiten.

Der Parteitag fordert die Gliederungen auf, mit neuen Organisationsformen zu experimentieren und die Erfahrungen systematisch auszuwerten. Der Parteitag fordert den Parteivorstand auf, diese Erfahrungen der gesamten Partei zugänglich zu machen. Ein neues Organisationskonzept kann nicht als Plan, sondern nur in einem ständigen Prozeß von Experiment, Auswertung und Vermittlung an alle Ortsvereine entstehen. Die Medien der Partei müssen sich in den Dienst einer so verstandenen Organisationsreform stellen.

Indem wir Arbeitswelt und Freizeit bewußt in die Strukturen des politischen demokratischen Lebens einbeziehen, verhindern wir das Entstehen von Staatsbürokratie und Parteibürokratie, die, indem sie sich vorwiegend aus sich selbst heraus erneuern, die Bürger dem demokratischen Staat entfremden. Wir erstreben eine lebendige demokratische Organisationsform der SPD, orientiert an der Staatsauffassung des Godesberger Grundsatzprogramms:

„Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken soll der Staat zum Kulturstaat werden, der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt und dem schöpferischen Geist der Menschen dient.“

Antrag 448 Bezirk Niederrhein Innerparteiliche Diskussion

Der Bundesparteitag möge beschließen:

A. Zur gegenwärtigen Situation der SPD

Die „Krise der SPD“ ist keine Erfindung des politischen Gegners oder überblühender Medien. Aber sie wird von ihnen begierig aufgegriffen. Viele Sozialdemokraten reagieren hierauf mit dem Bemühen, die innerparteiliche Situation der SPD zu beschönigen und offenkundige Schwächen mit personalem Fehlverhalten zu erklären. Andere verfallen in theoretische oder sprachliche Unbeherrschtheit. Es fehlt nicht an sachlichen Analysen der gegenwärtigen Situation der SPD. Aber in der allgemeinen Aufgeregtheit finden sie weder öffentliche noch parteiinterne Aufmerksamkeit.

Wer die SPD als die einzige politische Organisation in der Bundesrepublik ansieht, in der und mit der eine Politik des demokratischen Sozialismus betrieben werden kann, muß dazu beizutragen suchen, daß die SPD aus ihrer gegenwärtigen Orientierungslosigkeit herausfindet. Dazu reicht ein Kurieren an Oberflächenerscheinungen ebensowenig wie der Versuch, die theoretische Bandbreite der Partei durch administrative Maßnahmen zu verengen. Dies bedeutet einen Schritt hinter Godesberg zurück: jeder, der sich zu den „Grundwerten und Grundforderungen“ des Godesberger Programms bekennt, muß das Recht haben, „seinen Willen und seine Motivierung des Sozialismus und der Demokratie innerhalb und außerhalb seiner Partei zu verkünden“ (Schumacher). Dies beeinträchtigt nicht die praktische Handlungsfähigkeit der Partei. Für sie ist die Einheit der Partei zwingende Voraussetzung. Wer sie allerdings vorsätzlich oder fahrlässig in Frage stellt, ist in der SPD am falschen Platz.

Notwendig ist das „offene Aussprechen dessen, was ist“, um bei aller Vielfalt im Denken zur Einheit im Handeln zurückzufinden. Dabei muß nicht nur Klarheit über Mängel der Partei- und Regierungsarbeit gewonnen werden, sondern es müssen die Erwartungen der SPD-Wähler sowie die unterschiedlichen Reformkonzeptionen innerhalb der SPD richtig eingeschätzt werden.

I. Reformenerwartungen und Reformkonzeptionen

Die Reformenerwartungen, die sich bei Mitgliedern und Wählern der SPD in den Wahlkämpfen 1969 und 1972 ausformten, waren in mancher Hinsicht vage und diffus. Jedoch prägte die Verbindung von Orientierung der Politik an Grundwerten (gerechtere, humanere, demokratischere Gesellschaftsordnung — Steuerreform, Qualität des Lebens, „mehr Demokratie wagen“), von Modernisierungskonzepten („Wir schaffen das moderne Deutschland“, „Wer morgen

sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen“) und von aus persönlicher Integrität erwachsenem großen Ansehen führender SPD-Politiker ein attraktives und überzeugendes Bild der SPD-Politik.

Es überdeckte, daß schon zu dieser Zeit die Reformkonzeptionen innerhalb der Partei erheblich differierten:

— Mitglieder aus dem Stammwählerbereich sahen in der SPD den Garanten für weitere Erfolge der Arbeiterbewegung im Kampf um die schrittweise Verbesserung der sozialen und gesellschaftlichen Lage der Arbeitnehmer, die bei steigendem wirtschaftlichen Wachstum durch Gesetzgebung und Umverteilungsmaßnahmen gerechtere und sozialere Lebensbedingungen sichert.

— Den Mitgliedern, die erst durch die Öffnung der SPD zur Volkspartei gewonnen wurden, erschien die SPD als die moderne und attraktive Alternative zur CDU, die über eine zur rationalen Bewältigung der gegebenen gesellschaftlichen Probleme kompetentere Führungselite verfügt.

— Die in die SPD integrierten Teile der Neuen Linken erwarteten von der SPD eine Reformstrategie mit antikapitalistischer Stoßrichtung, durch die Macht- und Entscheidungsbefugnisse der Kapitalbesitzer dort eingeschränkt oder aufgehoben werden, wo die Prinzipien des Marktes und der Kapitalverwertung offensichtlich den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung entgegenstehen.

II. Probleme der Reformpolitik

Das Fehlen einer einheitlichen Reformkonzeption innerhalb der SPD führte die SPD-geführte Regierung dazu, möglichst allen Reformenerwartungen innerhalb der Partei in irgendeiner Weise entsprechen zu wollen: die Fülle von Reform- und Gesetzesvorhaben überforderte die Aufnahmefähigkeit von Parteimitgliedern und Wählern erheblich. Zugleich sah die Regierung sich, insbesondere seit 1972, Problemen gegenüber, die es ihr immer schwerer machten, den an sie aus der Partei gerichteten Erwartungen zu entsprechen:

— Die sich im Gefolge der Ölpreiskrise verschärfende weltwirtschaftliche Situation verringerte das wirtschaftliche Wachstum so sehr, daß aus ihm Umverteilungsmaßnahmen zugunsten einer weiteren Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitnehmer nicht mehr finanziert werden konnten.

— Die Koalition mit der FDP und die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat hinderten sie daran, Macht und Entscheidungsbefugnisse der Kapitalbesitzer im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung einzuschränken.

— Die Weltwirtschaftskrise zog eine Reihe wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme völlig neuer Art nach sich (Arbeitslosigkeit, Finanzierung der Sozial- und Rentenversicherung, Energiesicherung, Forderungen der Dritten Welt etc.), für die die Regierung

keine überzeugende Lösung anbieten konnte. Manche sahen dadurch ihre Kompetenz in Frage gestellt.

Keiner der drei in der Partei vorherrschenden Reformkonzeptionen vermochte die Regierung so zu genügen. Dadurch breitete sich in der Partei Enttäuschung und Resignation aus; es wurden Zweifel laut, ob die Regierung die Kraft oder das Durchsetzungsvermögen habe, die von allen — aus unterschiedlichen Gründen — für notwendig erachtete Reformarbeit zu leisten.

Dieser Eindruck wurde zusätzlich dadurch verstärkt, daß Öffentlichkeit und Partei im jahrelangen Hin und Her der Planung und Beschlußfassung die Zielrichtung fast aller von der Regierung angegangenen Reformvorhaben aus den Augen verloren. Durch Intervention der betroffenen Interessengruppen, durch Kompromisse mit der FDP und der Bundesrats-Mehrheit sowie durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes veränderte sich zudem die ursprüngliche Intention von Reformvorhaben häufig bis zur Unkenntlichkeit. Nahezu alle Reformvorhaben entwickelten sich zu einer für den Bürger unverständlichen Debatte von Experten der verschiedenen Fach- und Dachverbände, deren Fachvokabular und Expertenwissen sich selbst die Fachleute der Fraktion und die zuständigen Minister nur mit Mühe gewachsen zeigten. Eine breitere Öffentlichkeit und auch die Parteimitglieder konnten Vorschläge und Argumente weder verstehen noch beurteilen. Die unterschiedlichen Reformkonzeptionen innerhalb der Partei machten es auch schwer, Einigkeit darüber herbeizuführen, welche Reformvorhaben als „wichtig“ anzusehen seien. Fast jedes Gesetzesvorhaben wurde so zu einer „wichtigen“ Reform hochstilisiert. Die Partei war dadurch nicht in der Lage, sich auf die politische Unterstützung einiger Reformvorhaben von zentraler Bedeutung zu konzentrieren; mit dem Erfolg, daß die CDU sich die Themen aussuchen konnte, mit denen sie zu dem von ihr gewünschten Zeitpunkt eine uninformierte Partei und Öffentlichkeit demagogisch überrumpeln konnte.

III. Von der Reformpolitik zur „Realpolitik“

Mit der Zunahme des Problemdrucks in der Wirtschaftspolitik seit 1973 veränderte sich in Teilen der Partei und Öffentlichkeit das Politikverständnis, die wertorientierte, der Durchsetzung der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung verpflichtete Reformpolitik wurde abgelöst von einer scheinbar alternativen „Realpolitik“, für die Politik sich als interessen-neutrales Handeln nach „Sachzwängen“ darstellt.

Diese Einengung der Regierungstätigkeit auf Krisenmanagement entsprach einem traditionellen Reformverständnis der Partei, wonach Reformen — verstanden als ein Mehr an sozialer Sicherheit und staatlichen Dienstleistungen — nur über steigendes Wirtschaftswachstum finanzierbar sind; bei wirtschaftlicher Stagnation muß folglich auch die Re-

formpolitik stagnieren. In einer Zeit, in der so die „Sicherung des Erreichten als das Maximum des Erreichbaren“ (Kühn) erscheint, müßten demnach alle Kräfte darauf konzentriert werden, das Wirtschaftssystem funktionsfähig zu halten und die gegebenen Strukturen in Staat und Gesellschaft zu verwalten.

IV. Konsequenzen

Die Wandlung der sozialdemokratischen Regierungspolitik von einer engagierten Reformpolitik zu einer auf Krisenbewältigung ausgerichteten „Realpolitik“ zog eine schwere Identitätskrise der Partei nach sich.

Eine ihrem Selbstverständnis nach auf gesellschaftliche Veränderungen verpflichtete Partei sieht sich einer sozialdemokratisch geführten Regierung gegenüber, die die Sicherung des Erreichten allein zur obersten Maxime ihres Handelns erklärt. Die Identifizierung mit dieser Regierung fällt vielen Mitgliedern und auch Wählern der Partei schwer, weil in ihrem Handeln ein deutlicher Zusammenhang zwischen Grundwerten und einzelnen Sachentscheidungen immer weniger erkennbar ist. In welcher Weise Sozialdemokraten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verstehen und in politischem Handeln verwirklichen, bleibt häufig unklar. Die zunehmende Ausrichtung der Wahlaussagen an kommerziellen Werbestrategien signalisiert, daß auch in der Partei hierüber weder Klarheit noch Übereinstimmung bestehen.

„Millionen Menschen in unserem Land“ — so Willy Brandt — „ist durch diese Politik ein Stück Angst genommen worden, ein Stück Zukunftsangst; und das bedeutet doch mehr Gerechtigkeit und mehr Freiheit. Gegeben wurde ihnen mehr Zuversicht, ein Stück Zukunftsvertrauen in die Solidarität der Gemeinschaft, ihr Leben hat an Wert gewonnen“, — das Bewußtsein hiervon fehlt in weiten Teilen der Partei und der Bevölkerung. Tatsächlich beruht das Vertrauen vieler Wähler in die SPD gegenwärtig wohl überwiegend nur noch auf der Überzeugung, daß die SPD ein Garant gegen soziale Demontage ist. Welche Probleme entstünden, wenn Abstriche im Bereich der Sozialpolitik anvisiert werden (müßten?), ist nicht auszudenken.

Es entspricht dem auf Krisenmanagement reduzierten Selbstverständnis der Regierung, daß sie sich in ihrer Hinwendung zum Bürger mit dem Aufblättern von Leistungsbilanzen begnügt und auf das Aufzeigen weiterzielender, identifikationsfähiger Perspektiven verzichtet. Beschränkung auf Krisenmanagement heißt aber, daß die Bewältigung der Krise zum einzigen Maßstab der öffentlichen Beurteilung der Regierung wird. Je länger die Krise andauert, desto stärker werden die Zweifel in ihre Kompetenz.

Die Partei müßte daher die Regierung durch das Aufdecken der reaktionären wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeptionen der CDU/CSU nach-

drücklich unterstützen. Dies wird allerdings in dem Maße schwieriger, in dem die SPD-Regierungspolitik ihr politisches Handeln als von „Sachzwängen“ bestimmt darstellt. Für eine solche Politik ist eine öffentliche Mobilisierung nicht möglich; sie setzt den für jedermann erkennbaren Konflikt unterschiedlicher Interessen voraus. Die Partei ist denn auch zur Mobilisierungsarbeit gegenwärtig kaum fähig.

Der Stil dieser Regierung verbreitet Kühle. Partei und Öffentlichkeit werden in die Rolle von Zuschauern gedrängt. Dies entspricht dem der Regierung eigenen technokratischen Verständnis von Politik. Es verhindert z. B. auch, die Ursachen und Konsequenzen der gegenwärtigen strukturellen Wirtschaftskrise offen darzulegen, so daß sie für Parteimitglieder und Wähler verstehbar würde. In diesem Politikverständnis wird die Partei zu einem bürokratischen Apparat, der durch Delegiertenwahlen, Nominierung von Mandatsträgern und Durchführung von Wahlkämpfen die Voraussetzungen für Regierungs- und Gesetzgebungstätigkeit zu liefern hat. Kritik und Widerspruch von seiten der Partei werden als Störfaktoren im reibungslosen Vollzug von Regierungstätigkeit gesehen, die lediglich Zeitverluste und öffentliche Zurschaustellung von „Zerrissenheit“ mit sich bringen. Der Eindruck, die Perspektive der Regierung reduziere sich aufs „Machen“, ihr Handeln sei nicht problem- und wertorientiert, führt bei vielen Parteimitgliedern und Wählern zu Desinteresse und politischer Apathie. Auch daraus resultiert die gegenwärtig zu beobachtende „Parteiverdrossenheit“. Bei anderen wächst die Neigung, selbst „alternative“ Politik zu entwerfen und zu machen. In der Partei ist diese Neigung insbesondere bei Arbeitsgemeinschaften anzutreffen, in der Bevölkerung ist hierfür die wachsende Zahl der Bürgerinitiativen symptomatisch.

Die Konsequenzen für die Partei sind verheerend: — Wo die Verankerung der praktischen Politik in den Grundwerten zweifelhaft wird, zerfällt auch die Ausrichtung des politischen und persönlichen Handelns mancher Parteimitglieder an diesen Grundwerten. Personales Fehlverhalten mündet in „Skandale“, die die Integrität und Glaubwürdigkeit der SPD insgesamt ins Zweiflicht rücken.

— Wo bei Mitgliedern und Sympathisanten der Partei der Eindruck entsteht, eine Einflußnahme auf die Gestaltung der Regierungspolitik sei nicht mehr möglich, läßt die Bereitschaft zur Mitarbeit nach. Tatsächlich ist die Partei in ihrer Aktivstruktur vielerorts bereits so ausgedünnt, daß nur durch den unermüdeten Einsatz der Berufspolitiker, Mandatsträger und Vorstandsmitglieder der Parteigliederungen und Arbeitsgemeinschaften die notwendigen Organisationsaufgaben noch geleistet werden können. Das sog. „einfache“ Mitglied nimmt immer seltener an Parteiveranstaltungen oder Parteiarbeit teil. Damit ist der

lebendige Gedankenaustausch und Diskussionsprozeß innerhalb der Partei und zwischen Partei und Wählern erheblich eingeschränkt. Dies birgt die Gefahr einer zunehmenden Isolierung der Partei von der Bevölkerung in sich, wie die sich häufenden Beispiele für eine falsche Einschätzung der sog. öffentlichen Meinung, für die Unfähigkeit, die in der Bevölkerung vorherrschende Stimmung und Kritik zu erfassen und sich offen mit ihr auseinanderzusetzen, beängstigend deutlich machen.

— Wo technokratisches Politikverständnis vorherrscht, verändert sich auch der parteiinterne Willensbildungsprozeß. Er orientiert sich nicht mehr an politischen Interessen, sondern wird zum Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen Personen und Gruppen. Kritische wie auch zustimmende Äußerungen zur Politik von Sozialdemokraten werden häufig nicht vom sachlichen Gehalt der Aussage her diskutiert und gewürdigt, sondern — je nach Standort — als Indiz für Karrierismus, Opportunismus, personalpolitische Intrige oder als Machtkampf zwischen „Linken und Rechten“ gewertet. Antragsdebatten auf Parteitag dienen von vornherein mehr oder minder bewußt zum Anlaß für ein innerparteiliches Kräftemessen verschiedener Gruppen. Anträge werden so ohne sachbezogene und ehrliche politische Auseinandersetzung verabschiedet, wobei Ablehnung oder Annahme eines Antrages gleichermaßen überraschend sein können (s. Beschluß des Landesparteitages zur Verstaatlichung der Banken). Die Einsicht in die praktische Folgelosigkeit dessen, was geredet und beschlossen wird, setzt politisches Verantwortungsbewußtsein außer Kraft.

— Wo die Partei sich aus ihrer eigentlichen politischen-programmatischen Arbeit zurückzieht und sich darauf beschränkt, das Resultat der regierungsinternen Meinungsbildung den Wählern als erfolgreiche SPD-Politik zu „verkaufen“, entsteht ein geistiges Vakuum, in das die Arbeitsgemeinschaften der Partei mit „alternativen“ Politikentwürfen einzudringen suchen. Die Konturen der Partei wurden undeutlich.

V. Orientierungspunkte

1. Die größte Schwierigkeit, die Partei aus ihrer gegenwärtigen Orientierungslosigkeit herauszuführen, liegt in dem ungeklärten Spannungsverhältnis zwischen sozialdemokratisch geführter Koalitionsregierung und Partei. Wer daraus die Forderung nach einer „Regeneration“ in der Opposition ableitet, begibt sich auf den Weg ins unpolitische Abseits. Er zeigt auch seine Unfähigkeit, dieses Spannungsverhältnis auszuhalten und rational zu bewältigen. Tatsächlich ist ein solches Spannungsverhältnis zwischen Partei und Regierung, insbesondere wenn es sich dabei um eine Koalitionsregierung handelt, in einer parlamentarischen Demokratie unvermeidlich. Dies müßte auch der Bevölkerung verdeutlicht wer-

den. Von der Parteimitgliedschaft wie von den Wählern könnte verstanden werden, daß die Partei weitergehende Ziele steckt, die Regierung jedoch nur kleine Teilschritte verwirklichen kann und durch Koalitionswänge Abstriche von sozialdemokratischen Forderungen machen muß.

Nicht verstanden und akzeptiert wird, daß SPD und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder in ihren Zielsetzungen in zentralen Politikbereichen in verschiedenen Richtungen zu marschieren scheinen, daß kein gemeinsamer Grundwertebezug mehr deutlich wird oder zumindest erhebliche Differenzen darüber bestehen, auf welchem Wege bestimmte Ziele zu erreichen sind. Es muß verhindert werden, daß die Parteimeinung als bloße „Theorie“ abgetan wird. Die Regierung muß vielmehr die Partei und die Unterstützung der Öffentlichkeit als Vertrauensbasis für eine mutige Politik nutzen.

Es ist selbstverständlich, daß der Führungsanspruch der Partei ein geistiger, kein administrativer ist. Vokabeln wie „imperatives Mandat“ sind deshalb nicht hilfreich.

Der Führungsanspruch der Partei muß sich vielmehr gründen auf von ihr erarbeiteten überzeugenden und durchsetzungsfähigen Vorschlägen zur Lösung der gegenwärtigen und absehbaren gesellschaftlichen Probleme, die einen klaren Bezug zu den Grundwerten der Partei erkennen lassen.

2. Dazu bedarf es der Ausbildung einer einheitlichen Reformkonzeption innerhalb der Partei, die von einer Koppelung von Reformschritten an quantitativen Wachstumsraten absieht. Erst dies schafft die Voraussetzung dafür, daß die Partei Klarheit über die Gewichtung der einzelnen Reformvorhaben gewinnt und sich in ihrer Mobilisierungsarbeit auf einige wenige zentrale Themen konzentrieren kann, die sie in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung rückt. Dazu gehören für uns als Konkretisierung unserer Grundwerte notwendig:

- Vollbeschäftigung, qualitatives Wachstum, soziale Sicherheit und Wirtschaftsdemokratie
- aktive Friedens- und Abrüstungspolitik
- eine auf Befreiung, Demokratisierung und Chancengleichheit zielende Bildungs- und Ausbildungspolitik
- Aufbau einer gerechteren internationalen Wirtschafts- und Sozialordnung
- Sicherung und Ausbau der politischen und sozialen Freiheitsrechte.

Der hierüber zu findende Konsensus muß von allen Mitgliedern und Gliederungen der Partei getragen werden, damit jederzeit für jedermann nachvollziehbar bleibt, aus welcher gemeinsamen Grundüberzeugung heraus und mit welcher Zielsetzung Sozialdemokraten politisch handeln.

3. Mobilisierungsarbeit kann nur gelingen, wenn sozialdemokratische Politik nicht als von „Sachzwängen“ diktiert erscheint, sondern wenn die Interessen-

gegensätze, die in den einzelnen Entscheidungsbereichen vorzufinden sind, deutlich akzentuiert werden.

Die Grundlinien der gesellschaftlichen Auseinandersetzung müssen für die Bevölkerung jederzeit erkennbar und verständlich sein, damit eigenes politisches Engagement möglich wird. Die Partei muß sich deshalb offensiv mit den Konzeptionen der CDU/CSU und der FDP auseinandersetzen. Das schließt ein, daß die Grenzen der eigenen Handlungsmöglichkeiten durch die Bindung an die FDP in der gemeinsamen Koalitionsregierung offengelegt werden.

Der Unmut vieler Mitglieder und Wähler der SPD über das starke Gewicht der FDP innerhalb der Koalition ist begründet. Er darf aber nicht blind dafür machen, daß es zu dieser Koalition gegenwärtig und auf absehbare Zeit keine Alternativen gibt. Wer die SPD regierungsfähig halten will, muß deshalb die Notwendigkeit der sozialliberalen Koalition offensiv vertreten.

4. Will die Partei ihren politischen Führungsanspruch wiedergewinnen und sich zu einer erfolgreichen Mobilisierungsarbeit befähigen, muß sie sich der Kritik, den Fragen und Befürchtungen ihrer Wähler öffnen, als deren Sachwalter sie sich zu verstehen hat.

Dazu gehört, daß sie Lösungsmöglichkeiten für neue Probleme gemeinsam mit den Bürgern zu finden sucht und nicht den Eindruck erweckt, sie habe den „Stein des Weisen“ schon gefunden, bevor die Diskussion überhaupt angefangen hat. Dabei muß sie den Sachverstand, die beruflichen Erfahrungen und das Engagement aller ihrer Mitglieder und Sympathisanten zu mobilisieren und fruchtbar zu machen suchen, so wie dies in ermutigender Weise auf den Foren zur Energie- und Entwicklungspolitik geschehen ist.

5. Einer solchen „offenen“ Partei stehen heute manche verkrustete Strukturen in der eigenen Organisation entgegen, die es aufzubrechen gilt.

Dazu scheint ein entschlossenes Aufräumen mit allen Formen von Amterhäufung, Mandatsmißbrauch und Instrumentalisierung der Partei unabdingbar. Dazu bedarf es auch neuer Überlegungen zur Rolle der Arbeitsgemeinschaften in der Partei. Dazu ist schließlich — mehr als alles andere — notwendig die Bereitschaft und Fähigkeit aller Mitglieder der Partei, offen und solidarisch miteinander zu reden, zu diskutieren und zu arbeiten.

B. Verhältnis SPD — Arbeitsgemeinschaften

1. Wir konstatieren eine widersprüchliche Haltung des Parteivorstandes: einerseits wird in der Verselbständigung der bestehenden Arbeitsgemeinschaften eine der Ursachen für die gegenwärtige, schwierige Situation der Partei (öffentliches Erscheinungsbild) gesehen, andererseits werden vom Parteivorstand neue Arbeitsgemeinschaften gegründet (APB, ASC),

die aufgrund ihres nicht klar abzugrenzenden Mitgliederkreises neue Probleme aufwerfen. Zugleich wird damit die problematische Tendenz fortgeführt, wesentliche Arbeitsfelder bzw. thematische Schwerpunkte der Partei an Arbeitsgemeinschaften zu delegieren.

Z. B.:

Jungsozialisten: Jugendpolitik, Schülerarbeit, Hochschularbeit, Bildungspolitik, Jugendarbeitslosigkeit
AsF: Familienpolitik, § 218, Ehe- und Familienrecht, Recht auf Arbeit, Frauenemanzipation
AfA: Betriebsarbeit, Mitbestimmung, Wirtschaftspolitik, konkrete betriebliche Probleme
AGS: Mittelstandspolitik
ASG: Gesundheitswesen
ASJ: Rechtspolitik
AfB: Bildungspolitik
ASW: Raum- und Städteplanung, Wohnungsbau

Die Komplexität der den Arbeitsgemeinschaften zugewiesenen Arbeitsfelder erzwingt ihre thematische Verbreiterung (z. B.: Jugendpolitik → Jugendarbeitslosigkeit → Wirtschaftspolitik → EG → Entwicklungspolitik etc.). Die Forderung, die Arbeitsgemeinschaften sollten sich auf ihre „ursprünglichen“ Arbeitsfelder beschränken, ist daher politisch unrealistisch.

II. Ein Rückkoppelungsprozeß der Arbeit der Arbeitsgemeinschaften in die Partei findet nur in unzureichender Weise statt. Das zieht politisch und innerparteilich gefährliche Konsequenzen nach sich:

— Die Partei beschäftigt sich überwiegend mit sich selbst (Organisationsfragen) bzw. mit Themen, die nicht in Arbeitsgemeinschaften verwiesen sind: Kommunalpolitik, Außen-, Sicherheitspolitik etc.

— Die Arbeitsgemeinschaften diskutieren „ihre“ Themen aus ihrem altersmäßig/geschlechtsspezifisch/berufsorientiert ausgerichteten Blickwinkel. Wo die Partei diese Diskussionsergebnisse in Frage stellt oder zurückweist, wird ihr — zu Recht — vorgeworfen, sich nicht genügend mit dem Problem beschäftigt zu haben und deshalb zu falschen Schlußfolgerungen zu kommen. Inhaltliche Bedenken oder die Ablehnung politischer Positionen werden zudem vornehmlich personalisiert bzw. als Kampf gegen die jeweilige Arbeitsgemeinschaft insgesamt (= politische Richtung) interpretiert.

— Da die Rückkoppelung der inhaltlichen Arbeit der Arbeitsgemeinschaften in die Partei unterbleibt, kommt es zur zunehmenden Verselbständigung der Arbeitsgemeinschaften. Die Arbeitsgemeinschaften verbreitern ihre politische Position nicht in die Partei hinein, sondern durch „Bündnisse“ mit anderen Arbeitsgemeinschaften (z. B. Jusos — AsF).

III. Die Arbeitsgemeinschaften werden innerparteilich und öffentlich nicht als „Hilfsorgane“ der Partei in bestimmten Problembereichen gesehen, sondern als Richtungen innerhalb des Partei-Spektrums. Die Auseinandersetzungen über die inhaltliche Arbeit

der Arbeitsgemeinschaften wird dadurch zusätzlich belastet.

IV. Die Integration der Arbeitsgemeinschaften in die Partei ist bislang überwiegend in der Form der personellen Integration versucht worden (Vertreter der Jusos/AsF/AfA in Parteivorständen), unter Ausklammerung der Diskussion der politischen Position dieser AG-Vertreter.

V. Die Partei kann auf die Kenntnisse, Erfahrungen und konkrete Arbeit der Arbeitsgemeinschaften nicht ohne Schaden verzichten. Allen Versuchen, die Arbeitsgemeinschaften an den Rand der Partei oder gar aus der Partei heranzudrücken, muß deshalb im Interesse der Partei begegnet werden.

Die Arbeitsgemeinschaften sind vielmehr stärker in die Partei zu integrieren; dies liegt im Interesse der Partei wie der Arbeitsgemeinschaften.

VI. Hierzu ist es notwendig, daß die Arbeitsfelder und thematischen Schwerpunkte der Arbeitsgemeinschaften in der Partei diskutiert werden. Die Diskussion muß durchweg als Sachauseinandersetzung geführt werden, nicht als innerparteilicher Richtungskampf.

Konkret heißt dies:

— Die Parteivorstände diskutieren mit den Arbeitsgemeinschaften die konkreten Arbeitsprojekte der Partei und der Arbeitsgemeinschaften, um zu einer stärkeren Koordinierung der gemeinsamen Arbeit zu kommen.

— Die Parteivorstände schaffen Möglichkeiten, die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften in Parteigremien (OV/Parteitage) vorzustellen und zu diskutieren.

— Die Parteivorstände beteiligen sich an den Grundsatzdiskussionen innerhalb der Arbeitsgemeinschaften.

VII. Die notwendige Integration der Arbeitsgemeinschaften in die Partei kann nur gelingen, wenn sie nicht als Reglementierung der Arbeitsgemeinschaften angelegt ist, sondern als Unterstützung ihrer Arbeit. Dazu gehört, daß die Partei den Arbeitsgemeinschaften breiten Spielraum für ihre Arbeit läßt.

C. Zur gegenwärtigen Situation der Jungsozialisten

Die aktuelle Situation der Jungsozialisten ist das Ergebnis verschiedener Entwicklungen, die sorgfältig analysiert werden müssen, wenn es gelingen soll, zu einer Konsolidierung der Arbeitsgemeinschaft von Seiten der Partei Hilfestellung zu geben.

I. Die Probleme der Reformpolitik, aber auch die zunehmende Entliberalisierung (Extremistenerlaß, § 88 a STGB, Polizeigesetz etc.) führten bei den Jungsozialisten zu einer erheblichen Orientierungslosigkeit bei der Beurteilung der SPD-Politik.

Die „Bundesvorstands-Linie“ (heute als „Reformsozialisten“ bezeichnet) kritisierte Regierung und Partei vor allem dahingehend, daß ein neues Reformverständnis und Reformkonzept vonnöten sei (struk-

turverändernde Reformen, Einschränkung der Entscheidungsfreiheit der Unternehmer, entschlossene und tiefgreifende Reformen im Bildungs- und Gesundheitswesen etc.) mit der allgemeinen Zielsetzung, die Durchsetzung von Kapitalinteressen zu verhindern, zumindest aber die Durchsetzungsfähigkeit von Kapitalinteressen einzuschränken.

Neben dieser Haltung setzten sich jedoch bei den Jungsozialisten immer stärker Interpretationen durch, die

— die Möglichkeit von Reformpolitik im kapitalistischen Staat überhaupt leugneten, da der Staat sich gegen die Kapitalinteressen nicht durchsetzen könne. Erst die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien verschaffe den dazu erforderlichen Handlungsspielraum.

— Paradoxerweise wird die Misere der gegenwärtigen Politik von der gleichen Richtung der Jungsozialisten den in der SPD führenden Mandats- und Funktionsträgern angelastet, die eine prokapitalistische Politik betreiben würden. Dabei wird die Partei nach einer Zwei-Klassen-Linie interpretiert: „rechte Führung — linke Basis“.

Beide Interpretationsansätze greifen zurück auf theoretische Vorstellungen, die sich bis in die Weimarer Republik zurückverfolgen lassen und insbesondere in der politischen und theoretischen Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg Bedeutung hatten. In den 50er Jahren wurde die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zur Argumentationsgrundlage der SED gegen die von der SPD betriebene staatliche Reformpolitik. Von den Jungsozialisten wurde diese Theorie — allerdings unter starkem Bezug auf in westeuropäischen kommunistischen Parteien verbreitete Theorieausformungen — erstmals auf dem Strategiekongreß 1971 diskutiert. Seither hat die Stamokap-Theorie bei den Jungsozialisten kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Auf dem Bundeskongreß 1977 gelang es der Stamokap-Fraktion, im Bündnis mit den sog. Antirevisionisten die Mehrheit der Delegierten zu gewinnen. Die Vertreter der „Bundesvorstandslinie“ wurden von ihnen unter vollkommener Verdrehung der Tatsachen als „Handlanger der Parteibarracks“ dargestellt.

II. Eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung von Stamokap-Positionen innerhalb der Jungsozialisten spielt die seit Jahren verstärkte Aktivität des SHB in der Arbeitsgemeinschaft. Seine Mitglieder trugen aufgrund theoretischer Positionen und gestützt durch die gegenwärtige Praxis an den Hochschulen (Bündnis mit MSB-Spartakus) den Volksfrontgedanken stärker in die Diskussion bei den Jungsozialisten. Er findet im Hinblick auf Bündnisse mit der DKP bei den Jungsozialisten keine Mehrheit. Dieser Tatbestand wird aber verbrämt und umgangen durch den Hinweis auf die Entwicklungen im Eurokommunis-

mus. Dabei wird geleugnet, daß die DKP den Eurokommunismus im Grunde bekämpft. Erfolgreicher gelingt die Orientierung von Jungsozialisten auf Komitees hin, die von der DKP initiiert und gesteuert sind. III. Parallel zu diesen Entwicklungen ist eine immer stärkere Herauslösung der Juso-Arbeit aus der Partei vonstatten gegangen. Auch hierfür gibt es mehrere Gründe.

— Nach anfänglich hart geführten Auseinandersetzungen mit Juso-Positionen hat die Partei diese Diskussion in vielen Gliederungen mehr und mehr umgangen, die Arbeitsgemeinschaft sich selbst überlassen und sich darauf beschränkt, die Öffentlichkeitsarbeit zu kontrollieren und zu zensieren. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen beschränkten sich auf eine starre Einordnung in ein Rechts-Links-Schema, was für Jungsozialisten häufig entmutigend sein mußte, wenn sie den Eindruck gewannen, daß ihre sachlich begründeten Initiativen einfach ignoriert oder niedergestimmt wurden.

— Daraus entwickelte sich mancherorts bei den Jungsozialisten die Einschätzung, daß eine sinnvolle, perspektivenreiche Arbeit in der SPD nicht mehr möglich sei. Das wiederum gab Tendenzen Aufschwung und Zulauf, die darauf abzielen, die Jungsozialisten zu einem Teil einer außerparteilichen und -parlamentarischen linken Bewegung zu machen. Dabei wird von einigen darauf spekuliert, die bei Jungsozialisten verbreitete Kritik an der gegenwärtigen Politik der SPD als Ansatz zu einer Abspaltung der Jungsozialisten insgesamt von der Partei zu nutzen. IV. Aus den dargelegten Ursachen der Krise der Jungsozialisten und den eingetretenen Entwicklungen ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

In allen Gliederungen der Partei sollte eine intensive und inhaltliche Diskussion mit den Jungsozialisten geführt werden.

Diese Diskussion muß vor allem zum Ziel haben, Perspektiven für die Arbeit in der SPD von seiten der Partei zu verdeutlichen, Arbeitsmöglichkeiten vor Ort zu diskutieren und über einen konstruktiven Beitrag der Arbeitsgemeinschaft zur Überwindung der gegenwärtigen, schwierigen Lage der Partei zu sprechen.

Die bei den Jungsozialisten vorhandene Empörung über die administrativen Maßnahmen gegenüber Klaus-Uwe Benneter sollte nicht im Vordergrund dieser Diskussion zwischen Partei und Arbeitsgemeinschaft stehen. Es ist verständlich, daß sich die Arbeitsgemeinschaft gegen einen so schwerwiegenden Eingriff wehrt und das Parteiordnungsverfahren gegen ihren Vorsitzenden als einen Angriff gegen die Jungsozialisten insgesamt versteht. Benneter selbst verbreitet in seinen öffentlichen Erklärungen diese Interpretation. Auf diese Weise soll bei Jungsozialisten die Befürchtung geweckt werden, Kritik an der Bundesregierung und der SPD-Politik solle mundtot gemacht werden und werde auch in Zukunft mit Par-

tei-Ordnungsmaßnahmen bedroht. Einer Legendenbildung dieser Art, wie sie gegenwärtig von der Stamokap-Fraktion eifrig betrieben wird, muß deutlich entgegengetreten werden. So selbstverständlich es ist, daß es jedem SPD-Mitglied freisteht, die Partei zu verlassen, wenn es keine Übereinstimmung mit der Programmatik und der Politik der Partei mehr sieht, so selbstverständlich muß es auch sein, daß das Verhältnis einer Arbeitsgemeinschaft zur Gesamtpartei nicht von taktischen Gesichtspunkten bestimmt sein kann.

Im Hinblick auf die Arbeitsmöglichkeiten der Jungsozialisten vor Ort wird zwischen Partei und Arbeitsgemeinschaft auch das Verhältnis zur DKP diskutiert werden müssen.

Dabei reicht der Hinweis auf die Parteirats-Beschlüsse und administrative Konsequenzen im Falle einer Zusammenarbeit nicht aus, vielmehr müssen die grundsätzlichen Differenzen zwischen SPD und DKP deutlich gemacht werden. Die Diskussion um den Extremistenerlaß und das primitive Niveau der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit machen eine rationale, differenzierte Auseinandersetzung mit der DKP schwer. Jungsozialisten erleben Kommunisten zumeist nur als von Berufsverboten Betroffene, als engagierte Gewerkschaftsfunktionäre und als fleißige und disziplinierte Mitarbeiter in Bürgerinitiativen. Die Programmatik der DKP, ihre dogmatische und moskauorientierte Politik wird dabei selbstverständlich nicht klar.

Durch inhaltliche Diskussion — unter Vermeidung administrativer Maßnahmen — kann die Partei zu dem notwendigen Klärungsprozeß innerhalb der Jungsozialisten beitragen, ein sachliches und klares Verhältnis zur DKP zu erreichen. Sie kann so helfen, bei Jungsozialisten das Bewußtsein dafür zu schärfen, daß kommunistische Programmatik unvereinbar ist mit den Grundsätzen der SPD und daß die DKP als politischer Gegner und Konkurrent um Wählerstimmen anzusehen ist. Dies erscheint um so notwendiger, als die DKP gegenwärtig starke Initiativen entfaltet, Sozialdemokraten zum Parteieintritt zu bewegen, um damit auch öffentlich zu dokumentieren, daß „fortschrittliche“ Politik nur in der DKP möglich ist.

V. Die Stamokapdiskussion ist nur vordergründig ein Problem der Jungsozialisten; diese Diskussion geht die ganze Partei an, denn ihr Gegenstand ist die gegenwärtige und künftige Politik der Gesamtpartei. Das Argument „Bei uns gibt es solche Auffassungen gar nicht“, verfehlt deshalb das Diskussionsproblem.

D. Verhältnis SPD — Bürgerinitiativen

I. Bürgerinitiativen sind Zusammenschlüsse von Bürgern, die ihre Interessen durch die Parteien nicht hinreichend wahrgenommen sehen bzw. in den Par-

teien keine Möglichkeiten sinnvoller politischer Arbeit entdecken können.

II. Bürgerinitiativen vertreten Interessen von Bürgern, die von den Parteien/Verwaltungen nicht erkannt, nicht hinreichend gewürdigt, verletzt oder — bei politischen Zielkonflikten — zugunsten anderer Prioritäten zurückgesetzt wurden. Dabei finden sich auch Initiativen, hinter denen sich handfeste ökonomische Interessen einzelner Privilegierter verbergen.

III. Der Ort der Bürgerinitiative ist die Kommune, weil hier die Probleme auftreten, die den einzelnen Bürger direkt betreffen. Daneben bilden sich zunehmend überkommunale/überregionale Initiativen, die eine Art auf ein Thema verengte „Ersatzpartei“ darstellen (Berufsverbote etc.).

IV. Bürgerinitiativen werden immer stärker zum Aktionsfeld kommunistischer und anderer mit der SPD konkurrierender Gruppen, die sich durch die Mitarbeit in diesen Initiativen „bürgerfähig“ machen.

V. Bürgerinitiativen werden von sozialdemokratischen Fraktionen und Verwaltungen häufig als politischer „Störfaktor“ betrachtet und entsprechend behandelt. Die Auseinandersetzung mit ihnen ist dabei von taktischen Gesichtspunkten bestimmt. Einzelne Auswüchse (Bergkamen u. a.) und insbesondere die Tatsache, daß in Bürgerinitiativen auch Kommunisten mitarbeiten, werden dazu benutzt, Bürgerinitiativen insgesamt zu desavouieren.

Diese Haltung der SPD mancherorts steht in deutlichem Widerspruch zu den offiziellen Erklärungen der Partei zum Verhältnis SPD—Bürgerinitiativen. Sie macht die SPD gegenüber den in Bürgerinitiativen engagierten Bürgern unglaubwürdig.

VI. Durch diese negative Haltung der Partei vor Ort begibt sich die SPD der Chancen, die in einer sachlichen Auseinandersetzung mit Bürgerinitiativen liegen:

— Bürgerinitiativen können die Parteien veranlassen/zwingen, bürgernäher zu denken/zu arbeiten/zu entscheiden.

— Sie können helfen, bei politischen Zielkonflikten über angebliche „Sachzwänge“ hinaus grundsätzlicher über die Bedürfnisse und konkreten Interessen der Bevölkerung, insbesondere der Arbeitnehmer, nachzudenken (z. B. Industrieansiedlung → Arbeitsplätze → Umweltbelastung → Wachstumsproblematik).

VII. Werden Bürgerinitiativen in solcher Weise als politischer Faktor ernstgenommen, ergeben sich eine Reihe praktischer Notwendigkeiten:

— Jeder Parteivorstand verschafft sich einen genauen Überblick über die in seinem Bereich bestehenden Bürgerinitiativen, ihr Problem, den in ihr mitarbeitenden bzw. sie unterstützenden Personenkreis, die Art ihrer öffentlichen Wirksamkeit. Über Bürgerinitiativen mit überkommunalem Anliegen wird der

Bezirk umfassend unterrichtet.

— Die Parteivorstände bieten den Bürgerinitiativen Gespräche über ihr Problem an. Gesprächspartner der Initiativen sollte immer die Partei sein, in die SPD-Fraktion, die vorrangiger betroffen ist. Die Partei vermag eher eine Vermittlerrolle zu übernehmen.

— Diese Gespräche sind öffentlich zu führen, um den Eindruck der Kungelei o. ä. zu vermeiden.

— Die Parteivorstände übergeben den Bürgerinitiativen sämtliche ihnen zugängliche Informationen, auch solche, die den eigenen Interessen möglicherweise zuwiderlaufen. Nur so ist eine Vertrauensbasis für ein Gespräch möglich.

— Die Parteivorstände führen mit allen Initiativen am Ort ein gemeinsames Gespräch über das grundsätzliche Verhältnis von Parteien und Bürgerinitiativen.

— Die Parteivorstände fordern Sozialdemokraten auf,

in Bürgerinitiativen mitzuarbeiten, soweit sie selbst betroffen sind. Ziel dieser Mitarbeit von Sozialdemokraten in Bürgerinitiativen muß es sein, gesellschaftliche Zusammenhänge und politische Konsequenzen des Konfliktes in die Diskussion einzubringen. Die Parteivorstände unterstützen diese Mitglieder bei den notwendig auftretenden Loyalitätskonflikten in der einen wie der anderen Richtung.

— Wo eine Bürgerinitiative deutlich die Interessen einzelner Privilegierter vertritt, müssen die Parteivorstände dies öffentlich deutlich machen; damit kann auch zu einer differenzierten Betrachtung von Bürgerinitiativen in der Öffentlichkeit beigetragen werden.

— Dem Vorwurf der kommunistischen „Unterwanderung“ einer Bürgerinitiative ist von Sozialdemokraten mit äußerster Skepsis zu begegnen.

Orientierungsrahmen '85

3.2 Die Vertrauensarbeit der Partei

3.2.1

Sozialdemokratische Politik für die Menschen unseres Landes kann nur mit diesen Menschen gemacht werden. Sie darf ihnen weder besserwisserisch noch herablassend gegenüberreten. Sie setzt die Offenheit der Partei in der inneren Diskussion ebenso voraus, wie die Geschlossenheit der Partei im Auftreten nach außen.

Gerade weil die politischen Probleme ständig komplexer werden, kann die Sozialdemokratie gesellschaftliche Breitenwirkung nur entfalten, wenn sie die Grundwerte und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus nachhaltig und offensiv vertritt. Sozialdemokraten müssen ihren Mitbürgern immer wieder deutlich machen, aus welcher menschlichen Grundhaltung und welchen Wertentscheidungen heraus sozialdemokratische Politik konkret gestaltet wird. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, daß Sozialdemokraten überall, insbesondere aber dort, wo sie die politische Verantwortung tragen, in ihrer täglichen Praxis, in ihrem Umgang miteinander und in ihrem Verhalten gegenüber denen, in deren Interesse sie tätig sein wollen, die Übereinstimmung ihres Handelns mit ihren eigenen Ansprüchen deutlich werden lassen.

Von der Vertrauensarbeit der Partei sind im wesentlichen fünf Aufgaben zu erfüllen, in denen jeweils eine komplizierte Verschränkung der Kommunikation „von oben“ und „von unten“ zu leisten ist. Diese Vorstellung ist von einem blinden Glauben an

spontane Basisbewegungen genauso weit entfernt wie von einem manipulierten Konzept des „demokratischen Zentralismus“ im kommunistischen Sinne.

— Die erste Aufgabe sozialdemokratischer Vertrauensarbeit ist es, die Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere der Arbeitnehmer, zu ermitteln und sie in die politische Diskussion und Entscheidung einzuführen. Nur wenn es uns gelingt, einer ständig wachsenden Zahl von Bürgern den Prozeß der praktischen Umsetzung ihrer Bedürfnisse in politisches Handeln deutlich zu machen und sie hieran zu beteiligen, werden wir das gerade in großen Teilen der Arbeitnehmerschaft verbreitete Gefühl der Einflußlosigkeit abbauen können. Erst wenn wir die tatsächlichen Ursachen für das Zustandekommen dieses Gefühls aufzeigen, wird unsere Antwort glaubwürdig, daß gesellschaftliche Ohnmacht durch gemeinsames politisches Handeln überwindbar ist.

— Zweitens hat die Vertrauensarbeit die Aufgabe, eine längerfristige politische Orientierung anzubieten, die es allen Mitgliedern und Wählern unserer Partei erlaubt, einen Maßstab für die Beurteilung tagespolitischer Kompromisse zu gewinnen. Nur wenn hinreichende Klarheit über die Ziele einer Politik des demokratischen Sozialismus besteht, können Erfolge, Zwischenschritte und Rückschläge auf dem Weg zu diesen Zielen zutreffend beurteilt werden. Erst eine solche Orientierung, in deren weiter reichender Perspektive auch Enttäuschungen und Rückschläge sozialdemokratischer Regierungs- und Parteipolitik verarbeitet werden können, kann die verlässliche Vertrauensgrundlage schaffen, die sozialdemokratische Politik in die Lage versetzt, tagespolitische Notwendigkeiten mit langfristiger Strategie zu verbinden. Eine Beschränkung auf von politischen Grundüberzeugungen losgelöste Sympathiewerbung würde die

SPD dagegen letztlich zu einem austauschbaren Objekt auf dem Markt der politischen Parteien werden lassen.

— Drittens hat eine sozialdemokratische Vertrauensarbeit die Aufgabe, die vielfältige Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit anderen demokratischen Kräften zu stützen. Je mehr Bürger unseres Landes im Sinne sozialdemokratischer Politik motiviert sind, um so geringer werden die Abstriche von den eigenen politischen Zielvorstellungen sein müssen, die eine Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften nun einmal erfordert. Die Vertrauensarbeit der Partei kann also die Bedingungen der unumgänglichen politischen und institutionellen Kooperation verschieben und damit die Erfolgchancen sozialdemokratischer Politik verbessern. Dabei müssen Hindernisse und grundsätzliche Gegner sozialdemokratischer Reformpolitik aufgezeigt und beim Namen genannt werden. Zugleich muß offengelegt werden, aus welchen wirtschaftlichen und politischen Interessen heraus sozialdemokratische Politik bekämpft wird und wie die Alternativen des politischen Gegners sich auf die Interessen der Bürger auswirken.

— Viertens hat die Vertrauensarbeit in der Bevölkerung die Aufgabe, die Fähigkeit der Bürger zur selbstverantwortlichen Lösung gesellschaftlicher Probleme in ihrem eigenen Lebens- und Arbeitsbereich zu verbessern. Der Bürger muß die Möglichkeit haben, sich über eine Beteiligung an Wahlen hinaus und über eine Parteimitgliedschaft hinaus an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Kann der Bürger an der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse selbst aktiv teilnehmen, wächst sein Verständnis dafür und steigt seine Bereitschaft zu weiterer politischer Tätigkeit. Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in Unternehmen und Verwaltung, Gemeinschaftsprojekte, Gruppenbildung und Bürgerinitiativen können — jedenfalls im engeren Lebens- und Arbeitsbereich — den Einfluß des Bürgers erhöhen.

— Fünftens hat die Vertrauensarbeit die Aufgabe, politische Entscheidungen sozialdemokratisch geführter Regierungen vor dem Bürger zu begründen. Politische Entscheidungen, auch notwendige Kompromisse, müssen im Zusammenhang mit den Zielen des demokratischen Sozialismus erläutert werden. Vertrauensarbeit muß im übrigen nicht nur dazu beitragen, daß sozialdemokratische Politik von den Betroffenen verstanden wird, sondern auch dazu, daß die durch diese Politik geschaffenen Möglichkeiten auch wirklich von denen genutzt werden, in deren Interesse die Politik betrieben wird.

3.2.2

Die Entwicklung einer politischen Strategie ist von

der Vertrauensarbeit der Partei abhängig. Wer politische Ziele festlegen will, muß wissen, wie die Dinge sind und was die Menschen wollen.

Diese Ziele können weder idealistisch-abstrakt noch in einer von den Menschen losgelösten normativ-autoritären Weise festgelegt werden. Ebensovienig kann die Zielsetzung der Partei jedoch aus einer unverarbeiteten Addition spontaner „Basisforderungen“ gewonnen werden. In den erforderlichen vielfältigen Vermittlungs- und Diskussionsprozessen auf allen Ebenen der Parteiorganisation liegt die wichtigste und zugleich die schwierigste Funktion, die von der Partei zu erfüllen ist.

3.2.3

In diesem Vermittlungsprozeß liegt zugleich ein wichtiger Beitrag zur längerfristigen Orientierung der Bevölkerung über die derzeitigen Grenzen staatlicher Handlungsmöglichkeiten und damit zum Abbau unrealistischer Erwartungen und irrational gesteigerter Reaktionen bei der Enttäuschung solcher Erwartungen. Auf der Grundlage eines derartigen Meinungsaustauschs zwischen der Partei und der Bevölkerung ist auch eine gefestigte Zustimmung der Bürger zu der in ihrem Interesse notwendigen Erweiterung der staatlichen Handlungsmöglichkeiten erreichbar.

3.2.4

Die Entwicklung einer langfristigen Zielorientierung ist aber nicht nur für die Vertrauensarbeit, sondern auch für die praktische Durchsetzung sozialdemokratischer Politik von großer Bedeutung. In einer politischen Strategie dürfen und können staatliche und kommunale Amtsträger nicht im Sinne eines imperativen Mandats in Einzelentscheidungen festgelegt werden. Aber sie muß die Richtung der Entscheidungen sozialdemokratischer Amts- und Mandatsträger bestimmen, wenn sie wirksam sein soll. Nur aus einer solchen Disziplin und Geschlossenheit im Auftreten nach außen erwachsen praktische Erfolge.

Diese Richtungsbestimmung hat auch für den Staat Bedeutung: Sie vergrößert die Chance, die Eigenständigkeit der Politik gegenüber dem Gewicht des Staatsapparates durchzusetzen und trägt wesentlich dazu bei, die notwendige Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Entscheidungsinstitutionen sicherzustellen. Die Orientierung sozialdemokratisch geführter Ressorts in Bund, Ländern und Gemeinden an gemeinsamen politischen Zielen kann die Handlungsfähigkeit und damit die Leistungsfähigkeit des Staates bedeutend steigern.

In ähnlicher Weise kann die Sozialistische Inter-

nationale — vor allem eine besser organisierte und lebendigere Sozialistische Internationale — die Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratisch geführ-

ten Regierungen und zwischen den Parteien des demokratischen Sozialismus in Europa und in der Welt erleichtern.

Literatur zum Thema

Artikel, die zum Thema Vertrauensarbeit in den letzten fünf Jahren in der „Neuen Gesellschaft“ erschienen sind:

- NG 6/75
Jürgen Egert
SPD-Arbeit im
„vorpolitischen“ Raum
- NG 8/75
Herbert Wehner
Vertrauensarbeit der SPD —
aktive und organisierte
Orientierungshilfe
Peter Glotz
Arbeit im
„vorpolitischen“ Raum
- NG 12/75
Klaus Wettig
Vertrauensarbeit —
Eine neue Arbeitsweise der
Sozialdemokratie
- NG 9/76
Johann Strasser
„Vertrauensarbeit“ und
Parteiorganisation
- NG 12/76
Thomas H. Eschbach
Schwierigkeiten sozialdemokratischer Vertrauensarbeit
im ländlichen Bereich
Klaus Lang
Probleme der Ortsvereinsarbeit in Großstädten
- NG 2/77
Heiner Lindner
Praxisbericht: Wochenendseminar über Vertrauens-
arbeit
- NG 11/77
Hans Wallow
Politische Vertrauens- und Informationsarbeit als
Dialog mit dem Bürger
- NG 6/78
Thomas H. Eschbach
Welchen Beitrag kann Bildungsarbeit zur
Vertrauensarbeit leisten?
- NG 8/78
Hermann Reuke
Stadtteilzeitung — ein Stück Bürgernähe



Herbert Wehner:

Aus Erfahrungen lernen und nicht müde werden, anderen zu Erkenntnissen zu helfen

Rede vor den ostdeutschen Landesvertretungen in Bad Godesberg am 31. August 1969

Aus Anlaß des 40. Jahrestages des 1. September 1939 meint der Verfasser des Textes „Aus Erfahrungen lernen und nicht müde werden, anderen zu Erkenntnissen zu helfen“, daß die Rede, die er — damals Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen — am Vorabend des 30. Jahrestages des „Einmarsches“ in Polen gehalten hat, heute noch — oder wieder — zu lesen nützlich sein kann.

Inzwischen gibt es Vertragspartnerschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen. Doch es ist noch viel zu tun, die „Normalisierung der Beziehungen“ zufriedenstellend weiterzuentwickeln und die Aussöhnung der Völker zu verwirklichen. H. W.

Meine Damen und Herren!

Am 1. September vor 30 Jahren wurde der Schritt getan, dessen Folgen Sie und wir alle beklagen. Diesem Schritt vorausgegangen waren andere Schritte, die keinen Zweifel daran ließen, daß jeder von ihnen dorthin führen mußte, wo dann dieser letzte Schritt getan wurde. In der Welt war man damals aber der Meinung, oder man war mindestens jeweils geneigt, bei jedem Schritt anzunehmen, weitere Schritte ließen sich vermeiden. Heute leben wir in einer Welt, in der die Sprecher derjenigen, die seinerzeit Opfer dieser Schritte geworden sind, vor uns warnen, indem sie uns die Absicht unterstellen, solche Schritte wiederholen zu wollen. Das ist unsere Situation. Man sagt — und man sagt es nicht nur, sondern verhält sich entsprechend —, wir seien Störer des Friedens.

Aber der Friede besteht bisher nur darin, daß seit dem blutigen Ende der Bahn, die morgen vor 30 Jahren beschritten worden ist, niemand wieder gewagt hat, in jene Fußstapfen zu treten, von denen damals die Zeitgenossen meinten, sie seien ein Blitzkrieg, der zu einem Blitzsieg geführt hat. Aber das ist noch kein Frieden, wenn niemand für möglich hält — aus welchen Gründen immer, entweder weil er älter geworden ist oder weil er mehr Einsicht hat in das, was die Welt ist, und wo es hinführt, wenn man blitzsieg — das ist noch kein Friede, wenn niemand wieder in diese blutigen Fußstapfen getreten ist. Worauf es ankommt, ist eine Verständigung darüber, wie wir in Europa die Zeit der blutigen Schritte ablösen wollen und ablösen können durch eine Zeit der guten Nachbarschaft. Dies steht noch aus, und sich damit zu befassen, solange man noch die Gnade hat zu leben, das ist eine Aufgabe — nicht das Geschrei und nicht das Philosophieren über die Lage, wie sie nun einmal entstanden ist. Unser Volk ist grausam gestraft worden, daß in seinem Namen anderen schreckliches Unrecht zugefügt werden konnte.

(Zwischenrufe)

Ich bitte Sie: Ich wiederhole meinen Satz, und dann kommen Sie bitte hierher, und sagen Sie, was Sie

dagegen zu sagen haben. Unser Volk, sagte ich, ist grausam dafür bestraft worden, daß in seinem Namen anderen schreckliches Unrecht hat zugefügt werden können! Kommen Sie hierher. Das ist unglaublich, daß man unter Deutschen heute nicht sagen darf, ohne auf Geschrei zu stoßen, daß unser Volk grausam dafür bestraft worden ist, weil in seinem Namen anderen schreckliches Unrecht zugefügt worden ist.

(Zwischenrufe)

Ich verzichte darauf, die verschiedenen Mitschuldigen, sofern sie einen Namen hatten oder sofern sie sich nur in Uniform bewegten, hier zu nennen. Natürlich, man soll sogar Schlußfolgerungen daraus ziehen; weil man einmal blind hineingelaufen ist, soll man nicht glauben, man sähe besser, wenn man jetzt rückwärts geht — mit dem Rücken sieht man nicht besser! Ich war ein Gegner Hitlers, und darüber, was ich abzurechnen habe mit mir selbst, habe ich zum Unterschied von sehr vielen anderen sehr offen und schonungslos gegen mich selbst gesprochen und geschrieben. Tun Sie das auch!

Wir müssen um der Zukunft unseres Volkes willen versuchen, andere zu überzeugen, daß wir aufrichtig dazu beitragen wollen, den Frieden zu einem sichereren Frieden zu machen, als es der ist, der heute als Friede bezeichnet wird, sie zu überzeugen, daß wir von den anderen nichts verlangen, das uns nicht gehört, oder etwas, das wir ihnen vorenthalten wollen. Das wird schwieriger sein, als es gesagt werden kann. Wenn alle, meine Damen und Herren, die sich erinnern können, jetzt sich vorstellen, was sie selbst gedacht und getan haben vor 30 Jahren, und wenn sie eine Bilanz ziehen dessen, was sich inzwischen ereignet hat und wie das in welchem Verhältnis zu dem steht, was sie damals gedacht, gefühlt, erhofft, gefürchtet oder getan haben, dann würde — bei aller Unterschiedlichkeit — das Ergebnis sein: Das darf sich nicht wiederholen!

Die Frage ist, ob aber der gute Vorsatz genügt. Müssen wir nicht auch daran denken, daß jener ver-

hängnisvolle Schritt vor 30 Jahren nur 20 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges getan worden ist! Müssen wir vielleicht deshalb fatalistisch sein? Ist der Kreislauf der Gewalt unentrinnbar? Vermitteln wir den jungen Menschen, die nicht beteiligt waren, Erfahrungen, die ihnen helfen könnten, es besser zu machen? Ich darf vielleicht in Klammern hinzufügen, weil vorher hier von Generationen in Ruf und Gegenruf die Rede war: Es wird gut sein, und es wird in zehn Jahren, in 20 Jahren noch besser sein, daß weniger als jetzt von denen existieren und agieren, die damals schon bewußt gelebt haben.

Aber es wird auch denen, die inzwischen geboren, und denen, die inzwischen zu denken und zu handeln gelernt haben, die Erfahrung nicht erspart bleiben, daß sie auch durch Vorweisen ihres Geburtsjahrgangs anderen gegenüber nicht austreten können aus dem Obligo, das mit der Geschichte ihres eigenen Volkes verbunden ist. Das ist ein Eigentümliches im menschlichen Leben und im Verhältnis der Völker zueinander. Und es kommt immer wieder die Frage: Gibt es oder gibt es keinen Weg, der aus den Zwangsläufigkeiten der Gewalthandlungen herausführt?

Der Völkerbund nach dem Ersten Weltkrieg war eine Hoffnung. Aber er hat den Zweiten Weltkrieg nicht verhindern können. Die Vereinten Nationen, werden sie den dritten verhindern können? Die Frage ist noch nicht beantwortet. Jeder, was er auch von dieser Vereinigung hält, wird hoffen und — wenn er kann — beten, daß dieser dritte verhindert wird und daß die Vereinten Nationen dabei eine Rolle spielen können. Die Bündnisse in West und Ost, werden sie wenigstens ein Gleichgewicht gewährleisten, das der Menschheit die Selbstvernichtung ersparen wird? Das sind Fragen, auf die es dem Temperament nach und der Erfahrung nach unterschiedliche Antworten gibt.

Die letzten Antworten hat keiner von uns. Und die Summe unserer Antworten ist noch nicht die letzte Antwort. Eine europäische Friedensordnung wird notwendig, damit dieser Teil der Welt seinen Beitrag leisten kann, den Frieden zu organisieren. Das ist meine These auf Grund vieler skeptischer Fragen und vieler schwerer Erfahrung. Nicht meine eigene etwa, sondern die, die ich auch mit anderen denken und nacherleben kann. Denn der Friede darf nicht dem Zufall ausgesetzt bleiben. Heute ist er es; denn es kann uns passieren, daß, wenn wir morgen erwachen, zwar nicht schon hier wieder, gesagt wird, daß zwischen 4 und 5 Uhr die und die Truppen jene Grenze überschritten haben, sondern daß die Konfrontation der Großmächte auf Grund eines der Brandherde, die dann zu einem Steppenbrand führen, zu etwas führt, das am Ende niemand gewollt hat.

Es ist nicht rubig schlafen im Schatten der Sicher-

heit jener Balance des Schreckens. Kein Volk kann, so wie die Dinge sind, heute tatsächlich selbst bestimmen, wie es seine Zukunft gestalten will, wenn nicht und solange nicht eine Ordnung gefunden wird, in der alle miteinander als Partner leben können. Und es wird gut sein, wenn, so wenig wie möglich durch Dissonanzen eingeschränkt oder gemindert, vor diesem Teil des deutschen Volkes — woher es ihn nach hier auch immer verschlagen haben mag — in größtmöglicher Übereinstimmung deutlich gemacht wird: Auch wir möchten Partner sein! Unsere Welt ist auf Partnerschaft angewiesen, wenn sie bestehen und wenn sie den Menschen, den wirklichen Menschen und nicht einem konstruierten Menschen, Heimstatt sein oder werden soll.

Partnerschaft setzt voraus, daß jeder die Rechte des anderen und der anderen respektiert. Wir möchten mitwirken, eine solche Ordnung des Miteinanders auskommens an Stelle des gegenseitigen Blockierens bauen zu können. Nachdem das Faustrecht das Unrecht konstruiert hat, muß der verhängnisvolle Kreislauf beendet werden. Niemand kann das im Sologang, aber viele zusammen. Und da muß man in einem Volk und in dem, was zunächst davon handlungsfähig geblieben ist, dafür sorgen, daß es hier möglichst viele möglichst übereinstimmend ebenfalls wollen und, soweit es geht, tun. Es handelt sich nicht darum, anderen etwas zu nehmen oder uns an deren Stelle zu setzen, sondern darum, Rechtsverhältnisse zu suchen und zu finden, in denen wir alle miteinander leben können. Das ist es, worauf es in Wirklichkeit ankommt.

Der Bundesminister des Auswärtigen, Willy Brandt, hat vor einem Jahr, nämlich am 3. September in Genf auf der Konferenz der nichtnuklearen Staaten gesagt: Jeder in diesem Saale weiß, daß Drohungen und Gewalt und Furcht vor der Anwendung der Gewalt keine abstrakten Fragen sind. Jeder weiß, daß Völker um ihre Unabhängigkeit bangen und daß es eine tiefe Sorge um die Zukunft der Menschheit gibt. Was in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg an Normen des internationalen Zusammenlebens, an Wiederherstellung des Vertrauens — wenn auch unter Rückschlägen — gewachsen ist, steht erneut auf dem Spiel. Was immer man unter den Interessensphären einer nuklearen Großmacht verstehen mag — es ändert nichts daran, sagte der Außenminister, daß die universalen Prinzipien des allgemeinen Völkerrechts, wie sie auch in den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen ihren verbindlichen Ausdruck finden und uneingeschränkt gültig bleiben, nicht verletzt werden dürfen; nämlich folgende: Souveränität, territoriale Integrität, Gewaltlosigkeit, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Menschenrechte!

Das sagte der Bundesminister des Auswärtigen vor einem Jahr. Und er hat auch einen Bogen geschlagen zu jener Zeit, als im Völkerbund ein deutscher

Außenminister konstruktive Vorschläge eingebracht hat zur Verständigung — damals zur Beendigung jener ungeordneten Verhältnisse in den Jahrzehnten nach dem ersten Krieg. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland hat dort das gesagt, was ich eben hier in Erinnerung rief, und die Beiträge, die wir — die Bundesrepublik Deutschland, das heißt der hier zusammenwirkende und lebende Teil des deutschen Volkes — leisten könnten, die bewegen sich in dem Rahmen, den der Außenminister in derselben Rede so dargestellt hat: Die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, daß aus Europa eine Zone der Entspannung wird als Vorstufe einer dauerhaften Friedensordnung. Sie hat vorgeschlagen: Abbau der Konfrontation, wechselseitigen Verzicht auf Gewalt, Normalisierung der Beziehungen mit den Staaten Osteuropas, geregelter Nebeneinander auf deutschem Boden, erleichterten Austausch in Kultur und Wirtschaft und Wissenschaft. Er hat eingeflochten, diesen Bemühungen ist ein schwerer Schlag versetzt worden. Und er hat fortgesetzt: Dennoch bleiben wir bereit, für eine europäische Zone friedlicher Nachbarschaft zu wirken, die allmählich zu konstruktivem Miteinander führt und in der die gefährliche Konfrontation abgebaut werden kann. Wir befürworten daher weiterhin einen ausgewogenen gegenseitigen Abbau der Truppenkontingente, mit dem auch eine angemessene Regelung des Problems der in dieser Region stationierten Kernwaffen verbunden werden könnte.

Dabei gibt es übrigens einige Berührungspunkte, hat er in Erinnerung gebracht, mit bekannten polnischen Vorschlägen. Im Dezember 1967, so sagte er, habe er selbst vor dem Deutschen Bundestag darauf hingewiesen, daß wir bereit sind, an einem Abkommen mitzuwirken, das im Zuge einer ausgewogenen Verminderung aller Streitkräfte auch zur stufenweisen Verringerung von Kernwaffen in ganz Europa führt. Diese Bereitschaft gilt weiter. Das war eine klare und eine moderierte und doch bestimmte Darstellung des Rahmens für die deutsche Politik und Politik, die dem ganzen deutschen Volke dienen will in diesen vor uns liegenden Jahren. Und damit ist angeknüpft worden an das, was in der Regierungserklärung als Leitgedanke für alles, was sich auf dem Felde der auswärtigen Politik, der Verteidigung, der Sicherheit und der Deutschland-Politik tut, bezeichnet worden ist; nämlich, daß der Friede bewahrt werde, ist die Hoffnung aller Völker.

Das deutsche Volk wünscht dies nicht weniger als die anderen. Darum ist der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker das erste Wort und das Grundanliegen der Außenpolitik dieser Regierung. Zwar dient jede Außenpolitik unmittelbar den Interessen des eigenen Volkes; aber in einer Welt, in welcher die Schicksale der Völker so eng miteinander verknüpft sind, darf sich niemand der Mitverantwortung

für diese Welt und für den Frieden dieser Welt entziehen. Das eben wollen wir auch nicht!

Wir wünschen als gleichberechtigtes Glied in einem vereinigten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Aber auch im Zustand der uns aufgenötigten Spaltung tun wir das, was wir können, um eine friedliche Regelung der strittigen Fragen dieser Welt von uns aus möglich zu machen.

Wir haben in der Erklärung auch jene sehr schwere Erbschaft angesprochen, die mit den Ereignissen vor dreißig Jahren eingeleitet worden war und die unsere Gegner und uns noch lange beschäftigen wird. Diese Passage der Regierungserklärung lautet: In weiten Schichten des deutschen Volkes besteht der lebhafteste Wunsch nach einer Aussöhnung mit Polen, dessen leidvolle Geschichte wir nicht vergessen haben und dessen Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, wir im Blick auf das gegenwärtige Schicksal unseres eigenen geteilten Volkes besser als in früheren Zeiten begreifen. Es wird sicher vielen aus dem Sinne gesprochen sein. Ich behaupte nicht, allen.

Dann ist gesagt worden, die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands können nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden; einer Regelung, die die Voraussetzung für ein von beiden Völkern gebilligtes, dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft schaffen soll. Das heißt aber, miteinander sprechen und, soweit die Verhältnisse erlauben, miteinander umgehen und verkehren. Wir dürfen bei alledem nicht vergessen jene sieben Worte aus der Krolloper, die den Blitzsieg besiegelten und dann doch nicht stimmten. Sie lauteten: „Polen hat als Staat aufgehört zu existieren!“ Warum ich heute daran erinnere, einen Tag vor dem, was vor dreißig Jahren jene blutige Bahnen zeichnete? Weil wir uns auch in die Denkweise und, soweit wir vermögen, in die Seelen der anderen hineinzuversuchen müssen. Jene sieben Worte — „Polen hat als Staat aufgehört zu existieren“ —, die brennen doch dort in vielen Herzen und die sind ja auch nachgebrannt worden und werden es immer wieder.

Es ist vorhin gesagt worden, daß den Polen eine Bedeutung zukomme, die den Bemühungen entspreche, die in Richtung Westen zur Aussöhnung mit Frankreich geführt haben. Ich deutete daran nicht: das ist zweifellos historisch und vom Gewicht her vergleichbar — nur viel, viel schwieriger. Und dabei haben wir uns der Tatsache zu stellen, das ist noch viel schlimmer; und wir müssen uns dieser Tatsache in der praktischen Politik und mit den Mitteln der praktischen Politik gewachsen zeigen. Was noch schwerer ist, daß Polen wie andere Staaten jener Richtung mit dem, was in ihnen und mit ihnen nach dem Krieg vorgegangen ist, in einem Verband lebt — ich nenne einen wertfreien Begriff —, den wir nicht

auflösen können, sondern mit dem wir zu rechnen haben! Wie das ist, das hat man vor einem Jahr bei einem anderen südsüdlichen Nachbarn von uns erlebt. Und wir müssen uns vornehmen, uns auch dabei strikt der Nichteinmischung zu befleißigen.

Es ist sehr schwierig, aber nicht unlösbar. Vielleicht ist es die schreckliche Schwere und Tiefe der Gegensätze zwischen diesen beiden Völkern, um die es da vor allen Dingen zu gehen scheint, wenn es auch in Wirklichkeit dabei um noch etwas anderes geht. Aber das andere würde weniger drücken, wenn nicht das, was in den Seelen zwischen den Völkern und ihren Angehörigen zurückgeblieben ist, dem anderen zeitweilig zugute käme, wenn auch in der Gestalt von Furcht, von Angst, von Unbehagen jemandem gegenüber, der etwas will. So muß man sich die Landschaft ausleuchten und dabei nicht ungeduldig werden. Hier gibt es noch Akten, die Jahrhunderte wiegen, keine beliebigen, weder durch Tricks noch die heute so beliebten Gags denkbaren Lösungen.

Und noch ein paar Worte zu unserer eigenen Situation und Verfassung, ich meine, seelischen und Geistesverfassung. Was wir nicht aufgeben dürfen, wenn wir in alledem und in vielem, was direkt und indirekt dazu gehört, Partner sein oder für viele erst werden wollen, statt Knetmasse (wozu wir auch gebraucht würden), was wir auch geben dürfen, ist unser Anspruch, daß auch das deutsche Volk über seine gemeinsame Zukunft selbst bestimmen will. Wenn wir von Deutschland für die Deutschen so viel, wie es die weltmachtpolitischen Verhältnisse zulassen werden, erreichen wollen, dürfen wir nicht der Selbstzerfleischung verfallen. Jeder Versuch, deutsche Fragen nationalistisch behandeln oder lösen zu wollen (ob man sie so bezeichnet oder ob man nur so reagiert, spielt dabei keine entscheidende Rolle) — jeder solche Versuch ist lebensgefährlich für das ganze deutsche Volk, weil er automatisch und mit tödlicher Sicherheit zur Isolierung der Bundesrepublik führt. Und es ist nicht irgend etwas, diese Bundesrepublik, wenn man an die Zukunft dieses Volkes denkt. Es gibt viele, die nicht wieder und nicht noch einmal einen wahnwitzigen Weg gehen wollen, und wenn man ihn mit noch so vielen guten Värsätzen pflastert.

Nationalistische Lösungssuche wäre die Selbstzerfleischung dieses Volkes. Sie wäre für manche der Vorwand und für andere die Bestätigung. Ganz unterschiedlich gibt es viele Lager um uns herum, um die Fortsetzung der Quarantäne der Teilung des deutschen Volkes zu rechtfertigen. Das sollten wir nicht unterschätzen. Ich möchte sagen, was in Deutschland, nein, was in Europa an deutscher Einheit möglich ist, hängt ab erstens von unserem Zusammenhalten im Rahmen unserer demokratischen Ordnung und zweitens von der Intensität, mit der wir uns um den Interessenausgleich zwischen den Bündnissen von West und Ost bemühen. Womit nicht gesagt ist, daß wir ihn schaffen oder allein schaffen.

Aber das Bemühen ist das Entscheidende, das ehrliche, das redliche Bemühen ist das Entscheidende, ob andere uns mit auf den Weg nehmen oder mindestens uns freundlich nicht stören werden bei unseren Bemühungen, mit dabeizusein, wenn eine europäische Friedensordnung zustande gebracht wird.

Die Bundesrepublik Deutschland, als durch ihre Verfassung demokratischer und sozialer Bundesstaat, muß die Grundrechte der menschlichen Individuen gewährleisten und schützen und muß das in einer Weise tun, die keinen Zweifel daran läßt, daß das kein Mittel zum Zweck ist, sondern daß sie sich dazu beauftragt fühlt! Sie muß von den Bürgern und Bürgerinnen so gesehen werden, daß von ihrer Leistungs- und von ihrer Handlungsfähigkeit vieles abhängt, was auch den Deutschen hilft und dient, die von uns getrennt leben, leben müssen oder auch — manche — leben wollen. Die Bundesrepublik hat für manches, was sie zu tun hat, keinen Rechtstitel und beansprucht ihn auch nicht. Aber sie hat für manches, worauf andere angewiesen sind, die moralische Verpflichtung, andere nicht umkommen, nicht verkommen zu lassen. So auch für jene, die heute keine Möglichkeit haben, selbst wenn sie es wollen, hier zu uns zu kommen, so daß wir uns (wenn schon nicht auf ihrem heimatlichen Boden, so doch wenigstens als Menschen, die auch frei sind, ihre Werte, ihre Sitten weiter zu pflegen) enger aneinandergeliebt weiterhelfen können. Vielen ist ja auch das versagt. Diese Seite der Verpflichtungen der Bundesrepublik darf nicht vergessen werden.

Diese Bundesrepublik, ihre Handlungs-, ihre Leistungsfähigkeit dienen dem deutschen Volk, das heißt seiner Selbstbehauptung als Nation. Ich verstehe darunter immer ein Volk, das Wert darauf legt, mündig zu sein, um Partner anderer sein zu können und zu dürfen. Von Blut und Boden in dem Zusammenhang halte ich dabei so gut wie nichts. Nein, ich habe ja auch hier nicht gefrotzelt. Ich bitte Sie, meine Ansichten — Sie können sie ablehnen, Sie können sie scharf ablehnen — mindestens (wenn Ihnen das Ernst war, sonst hätte man es ja sein lassen können) ernst zu nehmen, was immer sie sonst dagegensetzen hatten. Sie werden sich noch freuen eines Tages, daß es — ohne Unterschied von naturgegebenen oder menschlich verständlichen Parteigegensätzen — in einigen Parteien Personen gibt, die es ungeachtet der Gegensätze für richtig und für möglich halten, etwas, das eigentlich allen auch in der Demokratie und unter schärfster Auseinandersetzung gemeinsame Verpflichtung sein muß, nicht nur bei Gelegenheiten von Festtag oder Treffen zu benutzen, sondern sich dem auch verpflichtet zu fühlen. Ein Volk kann man nicht zur Nation kommandieren, aber ein Volk kann sogar im Zustand der Spaltung sich als Nation bewähren! Ob es nun die Nichtheimatvertriebenen, sondern die Einheimischen oder ob es die Heimatvertriebenen aus welchen Gebieten immer

oder die Flüchtlinge sind — hier geht es darum, daß uns bei allem, was uns getroffen hat, eines — wenn wir wollen — eine Gnade sein kann: daß zum erstenmal in unserer Geschichte das Ringen um Demokratie mit dem nationalen Bedürfnis nach Einheit der

Nation zusammentrifft. Und das wäre eine große Sache, wenn auch die Nächstkommenden, Nachwachsenden dies nicht nur begriffen, sondern unter ihnen welche wären, die dieses Zusammentreffen nützten und weiter lebendig hielten.

Walter Mertlreit: Wissenschaft und Versöhnlichkeit — Anmerkungen zu den Deutsch- Polnischen Schulbuchkonferenzen

Im Rahmen der Vereinbarung der UNESCO-Kommissionen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Verbesserung der Schulbücher in beiden Staaten fand vom 5.—10. Juni 1979 in Allenstein (Olsztyn)/Volksrepublik Polen, die XII. Konferenz der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission zum Thema „Die Rolle Schlesiens und Pommerns in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im Mittelalter“ statt.

Nach den Konferenzen über den Deutschen Orden und seine Bedeutung für das deutsch-polnische Verhältnis in Geschichte und Geschichtsschreibung, über den „Vormärz“, d. h. die Zeit der deutschen Polenbegeisterung am Vorabend der 1848er Revolution, und über die Widerstandsbewegungen im nationalsozialistischen Deutschland und in Polen während des 2. Weltkrieges war dies die vierte geschichtswissenschaftliche Tagung der Gemeinsamen Kommission. Ihre Referate und Diskussionen werden in einer besonderen Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung bzw. der Polnischen Akademie der Wissenschaften einer breiteren Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen zugänglich gemacht.

Diese und die in den nächsten Jahren folgenden geschichtswissenschaftlichen Konferenzen, die abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen stattfinden, sollen die publizierten 26 Empfehlungen ergänzen, differenzieren und vertiefen. Schon im Herbst 1972 hatte die Gemeinsame Kommission auf einer Arbeitstagung in Warschau einhellig beschlossen, die besonders wichtigen, vor allem aber die kontroversen Perioden und Probleme der deutsch-polnischen Beziehungen auf Fachkonferenzen zu behandeln, ohne dabei die so wichtige Frage der Verbesserung der Schulbücher aus den Augen zu verlieren. Der Wert der geschichtswissenschaftlichen Arbeit für die letztere Aufgabe kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie hilft, Einzelheiten zu präzisieren, die historischen Deutungsmuster zu problematisieren und zu neuen Synthesen-

versuchen in der Darstellung der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen zu gelangen.

Eines der wichtigsten Ergebnisse der Allensteiner Konferenz war dann auch — nicht zuletzt aufgrund vieler einzelner detaillierter Forschungsberichte — die von beiden Seiten vorgenommene Relativierung und Einschränkung nationalgeschichtlicher Prämissen bei der jeweiligen historiographischen Forschung über Pommern und Schlesien in der Frühzeit der Entstehung nationaler Individualitäten in Europa, wobei insbesondere der Charakter Schlesiens als eines „Zwischenlandes“, einer Nahtstelle zweier kulturgeschichtlicher Bereiche, in seinem europageschichtlichen Stellenwert deutlich wurde.

Die Grenzlinien der Referate und Diskussionen verliefen auch bei dieser Konferenz nicht zwischen Deutschen und Polen, sondern zwischen verschiedenen geschichtswissenschaftlichen Methoden und Forschungskonzeptionen. Bei aller Unterschiedlichkeit in einzelnen methodischen Ansätzen und Fragestellungen bewiesen sie bemerkenswerte Verwandtschaften polnischen und deutschen geschichtswissenschaftlichen Denkens in der Gegenwart. Diese Konferenz hatte sich — und das ist nicht das schlechteste Ergebnis eines nun schon über sieben Jahre hinweg geführten deutsch-polnischen Historikerdialogs in der Gemeinsamen Schulbuchkommission — vom Nebel einer nur national gesinnten Rhetorik gänzlich frei gemacht. Das hieß nicht, daß man die Unterschiede der historischen Auffassungen „unter den Teppich“ gekehrt hätte. Aber wie schon die Schulbuchempfehlungen hervorgehoben hatten, bedürfte gerade das deutsche Geschichtsbild von Schlesien und Pommern im Mittelalter einer Korrektur. Der sich ausweitende europäische Kulturkreis des Mittelalters war eben nicht nur das Ergebnis eines Wirkungszusammenhanges der germanisch-romanischen Völker, wie Leopold von Ranke es gesehen und mit seiner Sicht der Dinge das historische Bewußtsein vieler Generationen von deutschen Historikern und Geschichtslehrern geprägt hatte, sondern die slawische Kultur war von vornherein ein konstitutives und wirksames Element darin.

Hier tut sich ein großes Arbeitsfeld auf für die geschichtswissenschaftliche Erforschung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschen in einer europageschichtlichen Dimension. Die Allensteiner Kon-

ferenz bestätigte erneut und glänzend die Fähigkeit zur gemeinsamen historischen Arbeit, die Thema für Thema der Schulbuchempfehlungen aufgreifen wird. Dabei schreiben die in ihr tätigen deutschen bzw. polnischen Fachhistoriker nicht etwa neue Schulbücher, sondern sie erörtern die Bedeutung existierender Schulbuchtexte für die zwischennationalen Beziehungen und messen sie an dem Fortgang der Fachforschung. Das methodologische Konzept der Gemeinsamen Schulbuchkommission hat sich in dieser Weise fachwissenschaftlich bewährt. Die Kommission hat überdies einen Prozeß in Gang gebracht, der in bisher nicht gekannter Breite und Qualität das herkömmliche geschichtliche Denken auf beiden Seiten zu verändern begonnen hat. Gemeinsame geschichtswissenschaftliche Arbeit und ein konstruktiver politischer Zukunftswille verbinden sich hier ohne Widerspruch miteinander. Muß man noch betonen, daß in dieser Gemeinsamkeit der Arbeit — Gemeinsamkeit gerade wegen der Verschiedenheit der Auffassungen und Empfindungen — ein starkes Element des Versöhnlichen enthalten ist?

Seit der Bildung der Gemeinsamen Kommission 1972 stand fest, daß die 26 Empfehlungen zur Darstellung einer deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte in den Schulbüchern nur ein Anfang sein können. Als Anfang sind die Empfehlungen aber sozusagen auch perfekt; wir müssen das nicht noch einmal wiederholen und besser machen wollen. Denn es war gerade dieser Anfang, der es beiden Seiten ermöglichte, die Reihe der wissenschaftlichen Konferenzen zu eröffnen (1974) und nun These für These, Thema für Thema zu vertiefen und dabei nicht nur den Anschluß an die fachwissenschaftliche Forschung für die Schulbücher zu finden, sondern für die Forschung selber Anregungen zu geben.

Die Empfehlungen konnten nur ganz elementare Fakten und Zusammenhänge berücksichtigen, die auf Ergänzungen, Relativierungen und Differenzierungen durch die späteren Fachkonferenzen angewiesen blieben. Das hatten wir sowohl in der deutschen Einführung zu den Empfehlungen als auch im gemeinsamen deutsch-polnischen Vorwort unmißverständlich zum Ausdruck gebracht: „Diese Konferenzen sollen sich mit den wissenschaftlichen Problemen beschäftigen, deren Klärung für die fachwissenschaftliche und didaktische Vertiefung der Empfehlungen unerlässlich ist.“

Denn es war von vornherein klar, daß man bei der Tiefe des historischen Gegensatzes zwischen Deutschen und Polen nur in kleinen Schritten versuchen konnte, Annäherungen zwischen historiographisch mehr oder weniger weit auseinanderliegenden Standpunkten zu finden. Wir haben in Allenstein ein weiteres Konferenzprogramm für die Zeit von 1981 bis 1985 beschlossen, um uns nach und nach mit den noch nicht gründlicher behandelten Empfehlungen

auseinanderzusetzen.

Im Versuch, zu Annäherungen zu gelangen, hat sich die Kommission bei den Empfehlungen zunächst einmal sehr viel mehr mit den empirisch-historischen Ergebnissen der Geschichte als mit den einzelnen Prozessen, die zu den bekannten Ergebnissen führten, beschäftigt. Das konnte keine Seite schon voll befriedigen, weil das historische Interesse ja nicht mit der Feststellung der Ergebnisse sich erschöpft, sondern aus den Fragen nach ihrem Zustandekommen lebt. Hier erst setzt der auch wissenschaftlich fruchtbare Dialog ein, wie die Diskussion über den Deutschen Orden z. B. zeigte. Wenn in den Empfehlungen gesagt wurde, daß „in den polnischen Schulbüchern . . . vor allem die säkular-staatliche und militärisch-expansive Rolle des Ordens hervorgehoben, in den westdeutschen seine zivilisatorische und missionarische Aufgabe betont“ werde, dann ist damit auch bereits ein kontroverses Forschungsproblem definiert, das man nun gemeinsam zu bearbeiten hat. Das geschieht nicht nur allein in den Konferenzen der Gemeinsamen Kommission, sondern auch in anderen Kreisen, wie z. B. dem Deutschen und dem Polnischen Historikerverband, dem Deutschen Geschichtslehrerverband und der Polnischen Lehrer-gewerkschaft, der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, dem Konstanzer Arbeitskreis der Mediävisten usw., Kreise, in denen heute deutsche und polnische Historiker ihre Forschungsarbeiten diskutieren. Auch dies ist ein Ergebnis des von uns gewählten Anfangs mit den „Empfehlungen“; sie haben diese Vielfalt des wissenschaftlichen Verkehrs überhaupt erst ermöglicht.

Die Bedeutung des Anfangs kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das ließ den Wunsch der Kommission, die Empfehlungen möchten schon jetzt bei den Schulbuchautoren, Verlegern und den amtlichen Stellen, die über die Zulassung von Schulbüchern entscheiden, Beachtung finden, verständlich und gerechtfertigt erscheinen.

Der bekannte Kieler Historiker Professor Karl Dietrich Erdmann charakterisierte die Empfehlungen wie folgt: „Natürlich haben solche Texte, von welchen wissenschaftlichen Autoritäten sie auch immer mitverantwortet sind, keine autoritative Geltung; die können sie nicht haben. Ihre Verbindlichkeit besteht nicht darin, daß sie gleichsam politisch in Kraft gesetzt werden können. Es sind Empfehlungen eines Historikergremiums, auf die man als beachtliche Texte zur Interpretation der Geschichte auch behördlich hinweisen kann und hinweisen sollte. Es ist zu bedauern, daß dies im Fall der deutsch-polnischen Empfehlungen nicht in allen deutschen Bundesländern geschehen ist, noch nicht geschehen ist, wie ich hoffen möchte. Eine Verbindlichkeit im autoritativen Sinne können sie natürlich nie haben. Das gilt für die deutsch-polnischen nicht anders als für

alle anderen, etwa auch für die deutsch-französi-
schen Vereinbarungen, obwohl diese eine sehr heil-
same Wirkung für die Klärung des Geschichtsbe-
wußtseins auf beiden Seiten gehabt haben. Wir müs-
sen es unseren Gesprächspartnern in Polen wie in
der Sowjetunion immer wieder klarmachen, daß es
nach dem Verhältnis von Wissenschaft, Politik und
Staat, wie wir es hierzulande verstehen, gar nicht
möglich ist, von staatswegen eine bestimmte Inter-
pretation bestimmter historischer Zusammenhänge
zu dekretieren. Dieses steht in der Verantwortung
des Wissenschaftlers und des Lehrers und davon
darf und kann man nicht abgehen. Die Empfehlun-
gen sind nach der Formulierung ihres Vorwortes eine
Skizzierung des wissenschaftlichen Diskussionsstan-
des, und als solche scheinen sie mir nun wirklich
sehr beachtlich zu sein.“ (Geschichte in Wissen-
schaft und Unterricht, Heft 3, 1978, S. 157)

Die Vereinbarung der beiden UNESCO-Kommissio-
nen der Bundesrepublik Deutschland und der Volks-
republik Polen über die Zusammenarbeit auf dem
Gebiet der Schulbuchverbesserung, die Georg Eckert
und Wladyslaw Markiewicz am 17. 10. 1972 in Braun-
schweig unterzeichneten, sah die Bildung eines ge-
meinsamen Ausschusses vor, den wir dann später
„Gemeinsame Kommission“ nannten. Konsequenter-
weise fand dann diese Bezeichnung auch Eingang in
Artikel 4 des Abkommens zwischen der Regierung
der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung
der Volksrepublik Polen über kulturelle Zusammen-
arbeit (11. 6. 1976). Beide Regierungen verpflichteten
sich, „ihre Bemühungen fortzusetzen, in den Schul-
büchern eine Darstellung der Geschichte, Geo-
graphie und Kultur der anderen Seite zu erreichen,
die eine umfassende Kenntnis und ein besseres ge-
genseitiges Verständnis fordert. Sie werden darauf
hin wirken, daß dabei die Empfehlungen der
gemeinsamen Schulbuchkommission
berücksichtigt werden“ (Bulletin vom 12. 6.
1976, Nr. 70, S. 673).

Eine wichtige Grundlage unserer Tätigkeit ist also
die Gemeinsamkeit. D. h. nicht etwa Einheitlich-
keit, Uniformität der Ansichten, sondern Gemein-
samkeit der geschichtswissenschaftlichen und didak-
tischen Arbeit, die gerade wegen der tiefen Ver-
schiedenheit der Auffassungen und der sehr unter-
schiedlichen historischen Vorstellungsmuster, aber
auch Empfindungen der Beteiligten notwendig ist. Ein
großer Teil der polnischen Historiker und Geogra-
phen ist unmittelbar selbst Opfer des Nazi-Terrors
gewesen.

Man braucht die Geschichte nicht noch einmal
extra zu bemühen, um die Notwendigkeit und die
Richtigkeit dieser Gemeinsamkeit in der Arbeit plau-
sibel zu machen. Das ist allen gegenwärtig und be-
stimmt unser geschichtliches Denken tief: daß Dente-
sche und Polen nie wieder Feinde werden dürfen,

und daß wir jede Möglichkeit eines Verständigungs-
dialogs nutzen müssen. Auch polnischerseits will
man das.

Im Sinne dieses Verständnisses von Gemein-
samkeit als einem Verhalten, das gerade wegen der Ver-
schiedenartigkeit der hier Handelnden auf gegensei-
tige Berücksichtigung, Respektierung und Achtung
angewiesen ist, hat die deutsch-polnische Schul-
buchkommission ihre Probe schon bestanden. Diese
Art von Gemeinsamkeit widerspricht dem wissen-
schaftlichen Verhalten an keinem einzigen Punkt,
aber sie ist doch sehr viel mehr, als Wissenschaft
allein zur Verfügung stellen könnte für die histori-
sche Aufarbeitung der Probleme, die sich den ehe-
mals so verfeindeten beiden Völkern stellen. Gemein-
samkeit ist hier nicht Rhetorik, sondern eine Art Re-
gent unserer Arbeit.

Nationale Identität und nationale Loyalität werden
ja nicht in Frage gestellt, wenn wir in der Gemein-
samen Kommission von Anfang an darauf verzichtet
haben, sozusagen als kämpfende Nationalmann-
schaften aufzutreten, deren Prestige zu Hause davon
abhängt, wie viele Tore mehr sie beim Gegner ge-
schossen haben. Dieses Prinzip der Gemeinsamkeit
ist es auch, das uns in der Bundesrepublik Deutsch-
land bei den einen Anerkennung und bei anderen
Kritik und Diffamierung eingebracht hat.

Wenn ich sagte, unser Prinzip der Gemeinsamkeit
hätte seine Probe schon bestanden, dann meine ich
damit nicht, daß es nicht auch immer wieder neu ge-
fährdet werden könnte durch Unklugheit, bürokrati-
sche Engstirnigkeit, durch Überbeanspruchung des
Partners, durch Prinzipienstreit über Verfahren, der
den Weg zum Kompromiß verbaut. Gefährdungen
dieser Art werden von innen und außen immer wie-
der an unsere gemeinsame Arbeit herangetragen.
Mal im offenen Angriff, mal versteckt als admini-
strative oder fiskalische Maßnahme, mal im Mantel einer
besserwisserischen Scheinobjektivität, wie ihn in der
Bundesrepublik Deutschland die sogenannten Altern-
ativ-Empfehlungen sich umgehängt haben. Sie sind
kein Beitrag zur gemeinsamen geschichtlichen Auf-
arbeitung, sondern ein Rückfall in den selbstgerech-
ten nationalistischen Monolog, auf den sich keine ge-
meinsame deutsch-polnische Schulbucharbeit auf-
bauen läßt.

Durch die vom Bund der Vertriebenen Deutschen
jetzt weit verbreiteten sogenannten Alternativ-Emp-
fehlungen — in Schleswig-Holstein werden sie z. B.
allen Schulen zugeschickt — droht der Gemein-
samen deutsch-polnischen Schulbuchkommission eine
sehr ernst zu nehmende Gefahr. Die Förderung der
sogenannten Alternativ-Empfehlungen durch die Lan-
deszentrale für Politische Bildung in Rheinland-Pfalz
(Hase und Koehler-Verlag, Mainz 1979), ihre Verbrei-
tung als Heft 15 der vom hessischen CDU-Landes-
vorsitzenden Dr. Alfred Dregger herausgegebenen

„Gelben Reihe“ mit der Überschrift „Verständigung durch Wahrheit“, die bevorstehende Veröffentlichung durch die niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, die Absicht einiger Kreise in Bayern, den Text ins Polnische zu übersetzen und den Polen als Diskussionsgrundlage anzubieten, sind demonstrative politische Akte gegen unsere gemeinsamen Schulbucheempfehlungen, die heute leider bereits das Bild der Pressemeldungen und auch schon die Haltung einiger Kultusministerien bestimmen. Wir laufen Gefahr, daß die Chance eines vielversprechenden Anfangs, die die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission für beide Seiten eröffnet hat, vertan wird, und zwar unsererseits vertan wird durch eine bedenkenlose politische Propaganda, durch eine falsche Einschätzung oder auch nur durch Gleichgültigkeit. Deshalb scheint es mir wichtig, zu versuchen, diese Chance zu charakterisieren.

Die Arbeit der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission setzte dreierlei voraus:

— Erstens eine dem Verständigungsdialog günstige politische Atmosphäre, wie sie durch den Warschauer Vertrag und die ihm folgenden Verträge ermöglicht wurde.

— Zweitens um die deutsch-polnische Verständigung so engagiert bemühte Persönlichkeiten wie Georg Eckert und Wladyslaw Markiewicz; was sie taten, taten sie freiwillig und aus tiefer Überzeugung und nicht auf Anweisung.

— Drittens deutsche und polnische Fachwissenschaftler und Didaktiker, von denen inzwischen mehr als einhundert als Experten an den Konferenzen oder als Gutachter beteiligt worden sind; darunter viele namhafte Gelehrte mit internationaler Reputation wie Professor Karl-Dietrich Erdmann, der zugleich Präsident des Internationalen Historiker-Komitees ist, oder Professor Alexander Gieysztor, der führende polnische Mediävist von der Universität Warschau, zugleich erster Vizepräsident des Internationalen Historiker-Komitees, Historiker, die eine verwandte wissenschaftsgeschichtliche Genealogie vorzeigen könnten, wie Gieysztor es in Allenstein ausdrückte.

Alle waren sich einig, daß die bewußtseinsgeschichtliche Aufarbeitung der historischen Beziehungen zwischen den beiden Völkern, die sich seit dem Mittelalter näherstanden wie keine zwei anderen Völker Europas und sich dennoch Furchtbares antaten, nicht von Verträgen und Politikern allein getragen werden kann. Jahrzehntelang war das deutsch-polnische Verhältnis eine Trümmerstätte von gegenseitigen Aufrechnungen und Ressentiments, von Mißverstehen und Ignoranz; jeder hatte das Unrecht der anderen Seite mit großem rhetorischem Aufwand zu Protokoll gegeben und stets unter dem anspruchsvollen Siegel der „historischen Wahrheit“.

Auch darüber waren wir uns einig, daß es die

Schwerarbeit des Hinzulernens kosten würde, den zwischen Polen und Deutschen besonders tiefen Graben zwischen der Objektivität und der Subjektivität der historischen Erkenntnis und des geschichtlichen Verstehens zu überwinden und zu einer intersubjektiv-gültigeren Sicht der Dinge zu kommen. Erst diese Intersubjektivität gab den Weg zu objektiverer — nicht der absolut objektiven — Einsicht frei; er wird für jeden Teilnehmer an den wissenschaftlichen Diskussionen nachvollziehbar, überprüfbar, kritisierbar und korrigierbar.

Auch für deutsch-polnische geschichtswissenschaftliche Arbeit gilt, was seinerzeit der Göttinger Historiker Hermann Heimpel im Vorspruch zu der „deutsch-französischen Vereinbarung über strittige Fragen europäischer Geschichte“ schrieb: „... nicht Kompromisse zwischen verständigungsabereiten, streitmüden Leuten zu Lasten der Wahrheit. Die Wahrheit schließt keine Vergleiche, und sie liegt auch keineswegs in der Mitte. Doch Verständigung: nicht auf Kosten, sondern aus der Wahrheit. Alle historischen Urteile sind letzten Endes Aufklärung historischer Vor-Urteile, nämlich solche vorwissenschaftlicher Vorstellungen, in denen das Erlebnis der eigenen Geschichte Wahres und Falsches gemischt hat. So ist, da alles Menschenwissen geschichtlich gewonnenes Teilwissen ist, die andere Seite zu hören.“ (Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht, Bd. XIII [1970/71], S. 29) Die Arbeiten der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission haben inzwischen gezeigt, daß es auch angesichts von zunächst antagonistischen Perspektiven einen Fortschritt der Erkenntnis und des Verstehens gibt. In dem Maße, wie sie ihre geschichtswissenschaftliche Tätigkeit wird fortsetzen können, in dem Maße wird sich auch die Wissenschaft hier als eine der tragfähigsten Grundlagen einer Politik der Annäherung, Normalisierung und Versöhnung erweisen. Das ist kein geringer Gewinn für die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen, wenn sich heute auch die beiderseitigen Historiographien sozusagen „normalisieren“ und allmählich ihren Niederschlag in den Schulbüchern finden.

Es ist nicht leicht, diese für die Deutschen wie für die Polnischen Historiker wünschenswerte Normallage ihrer Wissenschaft zu behaupten; man muß sie immer wieder erneut gegenüber Anfeindungen oder auch nur Unverständnis verteidigen. Deutscherseits zum Beispiel ist noch das — wie sich bei unseren Gesprächen gezeigt hat — ganz und gar unberechtigte Mißtrauen weitverbreitet, daß polnische Historiker nur parteilich gebundene, ideologisch-dogmatisch fixierte Historiker sein könnten. Demgegenüber konnte man schon vor vielen Jahren konstatieren, daß die traditionell auf hohem Niveau befindliche polnische Geschichtswissenschaft „nichts von ihrem modernen Anspruch auf kritische Weltoffenheit ein-

gebüßt hat“. Ihre nationalgeschichtliche Orientierung und Zielsetzung bestimmt sie noch heute, aber keinesfalls uneingeschränkt. Sie bleibt bei dem „reflektierten Ansatz der Nachoktoberzeit; d. h. weit entfernt vom Zweckpathos etwa der staatlichen Tannenbergs- und Zehden-Feiern und überkommenen Sienkiewicz- und Matejko-Klischees, in die Parteiredner und -schreiber immer wieder verfallen sind. Die kritische Distinktion der Historiker, gerade der mittleren, heute tonangebenden Generation, ist unüberhörbar.“ (Klaus Zernack, Historische Zeitschrift, Sonderheft 5, 1973, S. 214)

Und auch eine explizit-marxistische argumentierende polnische Geschichtswissenschaft tut dies undogmatisch, mit starker Neigung „zu einem Forschungsempirismus, der frei ist von allem „Theoretisieren . . . Ziemlich viele Forscher sind geneigt, den Marxismus in die Grenzen und Funktionen als Methode zurückzuführen. Eine von vielen möglichen Methoden nach dieser Auffassung . . . Jedoch ändert dies nichts an der Tatsache, daß ein bedeutender Teil polnischer Historiker, die mit einem großen Quellenertrag operieren, und sich immer freier in der vielsprachigen Wissenschaft der Welt bewegen, heute einen der ersten Plätze in der marxistischen Historiographie einnimmt. Diese Historiker sind dank dieser Tatsachen interessant für verschiedene wissenschaftliche Kreise und Richtungen. Sie haben die Chance, einen originellen Beitrag zur Wissenschaft der Welt zu leisten.“ (Kwartalnik Historyczny LXVI, 1, 1959, S. 244 — Bilanz des Krakauer Historiker Kongresses 1959)

Der ideologisierte Gegensatz von marxistischer und nicht-marxistischer Geschichtswissenschaft hat in unseren Konferenzen keine Rolle gespielt. Es zeugt nur von Borniertheit, wenn einige unserer Kritiker uns zu „kopfnickenden Mitschreibern polnischer, kommunistischer Diktate“ (Herbert Hupka) machen wollen.

Wir sahen uns dagegen sehr viel mehr durch einen anderen Gegensatz herausgefordert. Die oft zitierte Bemerkung des Chefredakteurs der Warschauer Wochenzeitschrift Polityka, Mieczyslaw Rakowski: „Die Behauptung, daß sich fast jeder Pole zum Experten für deutsche Angelegenheiten berufen fühlt, kann als unbestreitbare Wahrheit gelten“ (1971), hat für uns ihre Pointe darin, daß sich in diesem Satz das polnisch-deutsche Verhältnis nicht umkehren läßt. Es gibt erhebliche Unterschiede in der gegenseitigen Wahrnehmung, die auch historiographisch zu Buche geschlagen sind. „Von Polen aus gesehen (gibt es) heute nichts wichtigeres als die Interpretation der eigenen Geschichte aus den Beziehungen mit der deutschen Geschichte. Wir haben unsererseits in Deutschland lange Zeit in solcher Fixierung auf unsere französischen Beziehungen geblickt.“ (Klaus Zernack)

Deshalb versuchten wir auch in unserer Einführung

zu der zweisprachigen Ausgabe der 26 Empfehlungen diesen bewußtseinsgeschichtlich bedeutenden Umstand zu erklären: „Als Historiker mußten wir uns vor allem mit dem eigentümlichen Grundphänomen der sehr unterschiedlichen Gewichtung des deutsch-polnischen Problems im politischen Bewußtsein der beiden Nachbarnationen auseinandersetzen. Der stets außerordentlich starken und gezielt politisierten und aktualisierten Beachtung des deutsch-polnischen Jahrtausends auf der polnischen Seite stand auf der deutschen die fast vollständige Schrumpfung des deutschen Interesses an den zwischenationalen Beziehungsproblemen gegenüber — es sei denn, sie wurden unter dem Aspekt deutscher Kulturleistung gesehen.“ (S. 6) Deutschland war für lange Zeit Teilungsnation. Polen die geteilte Nation. „So ist also der tiefe Gegensatz, der die deutsche und die polnische Sicht der beiderseitigen Beziehungen bis in unsere Tage hineinbestimmt hat und als Erbe des Weltkriegszeitalters teilweise bis heute noch bestimmt, im geschichtlichen Ablauf selbst begründet. Erst seit 1970 wurden Möglichkeiten und Wege sichtbar, die zur Überwindung dieser belastenden Nachwirkungen im deutsch-polnischen Verhältnis führen können. Auch die geschichtswissenschaftliche Reflexion ist ein solcher Weg. Die deutsch-polnische Schulbuchkommission meinte, ihn nutzen zu müssen.“ (S. 6)

Es gibt niemanden in der Gemeinsamen Kommission, der nicht irgend etwas an den Empfehlungen aussetzen hätte. So schrieb zum Beispiel Gotthold Rhode schon 1974 über die ersten 20 Empfehlungen, also lange bevor unsere politischen Gegner uns mit ihren Besserwisseereien bedachten: „Diese Ungleichmäßigkeit, aus der Genese und der Sachlage zu erklären, wird jedem kritischen Betrachter sofort auffallen. Sie ist nicht zu bedauern, wenn die Empfehlungen entsprechend gesehen und behandelt werden, nämlich als Diskussionsgrundlage, die der Kommentierung, Ergänzung und Verbesserung bedarf, sowohl in den beiden betreffenden Ländern als auch in Fortsetzung der beiderseitigen Gespräche. Die Empfehlungen dürfen nur als Anfang, keinesfalls als Ende einer Entwicklung gesehen werden.“

Über die Bedeutung des Anfangs habe ich schon gesprochen. Er ist nicht wiederholbar, wohl aber hat er sich in einem Maße durch die wissenschaftlichen Konferenzen als fortsetzungsfähig erwiesen, wie es niemand vorauszusagen gewagt hätte.

Für einen Mangel der Empfehlungen haben wir den vielleicht am häufigsten erhobenen Vorwurf hören müssen. „Eine historische Wahrheit, wie den Deutsch-Sowjetischen Geheimvertrag von 1939 zu unterschlagen, weil sie eine schädliche Wirkung haben würde, das wird wohl jedermann verdammen.“ (Thomas Nipperdey: Kann Geschichte objektiv sein? Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 6/1979,

S. 338) In diesem Verdammungsurteil der Gemeinsamen Kommission gegenüber drückt sich ein moralisches Pathos aus, das mehr der historischen Selbstgerechtigkeit zuzuschlagen ist als einem historisch-politischen Verständnis der realen Bedingungen eines deutsch-polnischen Dialogs, der im Blick auf die politischen Machtverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg nicht jedes Thema uneingeschränkt erörtern konnte. Man muß doch wissen, daß es die deutsche Politik gewesen ist, die Polen in die außen- und sicherheitspolitische Alternativlosigkeit gestürzt hatte. Jedes Kind in Polen oder in der Bundesrepublik Deutschland kennt doch sozusagen den Hitler-Stalin- bzw. Ribbentrop-Molotow-Pakt, der praktisch eine vierte Teilung Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion vorsah. Auf diese Kenntnis konnten wir uns gewiß verlassen, aber es war eine andere Sache, darüber zwischen Deutschen und Polen zu einer Schulbuchempfehlung zu kommen. Prof. Markiewicz schrieb dazu: „Wir haben wiederholt erklärt, daß eines der Grundprinzipien unserer gemeinsamen Arbeit das der Beachtung der Bilateralität ist. Der Ribbentrop-Molotow-Pakt war eine deutsch-sowjetische Angelegenheit und ihre Einschätzung für den Schulgebrauch sollte von Experten aus der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen werden. Es ist charakteristisch, daß die Kritiker, die bemerkt haben, daß die Frage des Ribbentrop-Molotow-Paktes in den ‚Empfehlungen‘ nicht berücksichtigt worden ist, niemals Zweifel hegten, daß in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Bilateralität in den ‚Empfehlungen‘ auch das Münchener Abkommen nicht berücksichtigt ist. Die Verfasser der ‚Empfehlungen‘ waren sich von Anfang an darüber im klaren, daß sich sowohl die Schulbuchautoren als auch die Lehrer nicht sklavenhaft an die ‚Empfehlungen‘ halten würden und nicht darüber hinausgehen würden, was in den Empfehlungen *expressis verbis* enthalten ist. Wir verheimlichen nicht, daß wir nicht daran interessiert sind, dem polnischen Schüler eine solche Interpretation der Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und der UdSSR zu vermitteln, die dem polnisch-sowjetischen Bündnis Schaden zufügen würde.“ (Beilage zum Parlament, B 22/78, vom 3. 6. 1978, S. 20)

Die Arbeit der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission wird u. a. auch daran gemessen, wie sich die Empfehlungen und die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Konferenzen umsetzen. Seit einigen Jahren erleben wir in der Bundesrepublik Deutschland einen immer lebhafter werdenden Streit darüber, ob sie überhaupt „umgesetzt“ werden sollten, Kulturabkommen hin, Kulturabkommen her. Heute können Kultusminister und Ministerpräsidenten einiger Länder unsere Arbeit als schon im Ansatz verfehlt erklären. Das war nicht immer so.

Die 20 Empfehlungen von insgesamt 26, die 1972

schon veröffentlicht wurden und den Zeitraum bis zum Ende des 2. Weltkrieges umfaßten, wurden, mit Ausnahme der Länder Bayern und Baden-Württemberg, von den Kultusministerien der Länder sehr positiv aufgenommen. Die Bundesländer Bremen, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen veröffentlichten sie — der Sache völlig angemessen — im nichtamtlichen Teil ihrer Amtsblätter. Die Schulsenatoren und Kultusminister von Berlin, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein sagten behördliche Unterstützung bei der Verteilung der Texte zu. Der damalige Kultusminister von Rheinland-Pfalz, Dr. Bernhard Vogel, schrieb am 7. August 1972 an Georg Eckert: „Gerade von der Situation eines Grenzlandes wie Rheinland-Pfalz her, in dem der Gedanke der Aussöhnung mit dem westlichen Nachbarn eine so hervorragende Rolle spielt, halte ich die von Ihnen ergriffene Initiative der Verständigung mit unserem polnischen Nachbarn für außerordentlich wertvoll. Ich begrüße diese Initiative um so mehr, als die von Ihnen zusammen mit polnischen Wissenschaftlern erarbeiteten Empfehlungen sich in der allgemeinen Tendenz und auch in vielen Einzelheiten mit den Ergebnissen der fachdidaktischen Arbeiten im Fach Geschichte in Rheinland-Pfalz decken. . . . Den zweckmäßigsten und wirkungsvollsten Weg, Ihrem Wunsch entsprechend die o. a. Empfehlungen den Lehrern näher zu bringen, sehe ich daher in der Einbeziehung dieser Empfehlungen in die entsprechenden Lehrpläne. . .“ (Zitiert nach B. 47/77 vom 26. 11. 1977, S. 34 f)

Auch die Lehrer- und Fachverbände der Geographen und Historiker stimmten dem Inhalt der Empfehlungen zu. Man muß also daran erinnern, daß die hier nachgewiesene freundliche, gelegentlich sogar emphatisch begrüßte Aufnahme des größten Teils der Empfehlungen, d. h. vier Fünftel ihres Textes, kurz vor und nach der Ratifizierungsdebatte über den Warschauer Vertrag im Deutschen Bundestag (17. 5. 1972) erfolgte. (Nachweis in B 47/77, vom 26. 11. 1977, S. 34 f)

In Polen wurde dieses kaum erwartete Ausmaß an amtlicher deutscher Zustimmung mit großer Befriedigung und Erleichterung und auch mit der Bereitschaft, die eigenen polnischen Schulbuchtexte zu verbessern, aufgenommen. Ein lebhafter Austausch zwischen Personen und Institutionen kam in Gang in einer bisher nicht gekannten Breite und auch Qualität der Begegnungen, die das herkömmliche geschichtliche Denken auf beiden Seiten zu verändern begannen im Sinne einer historischen Bewußtseinsbildung, die, durch die Erfahrungen einer schlimmen Vergangenheit hindurchgegangen, Vorstellungen einer besseren gemeinsamen Zukunft mitreflektierten. Zu diesem Prozeß der „Umsetzung“ gehört natürlich auch das Element der Kritik. Zum einen liegt es ohnehin im Wesen jeder wissenschaftlichen

Arbeit, daß sie kritisierbar bleibt; zum anderen bietet der Umstand, daß zum ersten Male Historiker und Geographen aus der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen sich an einen Tisch setzen, um gemeinsam „Empfehlungen“ für Schulbücher zu erarbeiten, auch genügend Anlaß zu Mißverständnissen und auch Mißtrauen bei denjenigen, die sich bisher noch nie um eine Verständigung bemüht haben.

Anders als beim rein akademischen Gespräch bewegt man sich hier auch in einem Grenzgebiet, in welchem die Ansprüche der Wissenschaft auf die Geltung ihrer empirisch überprüfbaren Aussagen, die Ansprüche der Erziehung auf die Bildung eines auf Wahrheit gegründeten historischen Bewußtseins und auf Verständigung und Versöhnung und schließlich die Ansprüche der Politik auf die Wahrnehmung von Interessen konkurrieren oder sogar sich zu widersprechen scheinen. Hinzu kommt auch noch, daß für viele Menschen die historische Sicht der Dinge, Konflikte auch mit den Augen des ehemaligen Gegners zu beurteilen, noch recht fremd ist. Man sollte ihnen daher die Worte des damaligen Bundespräsidenten, Dr. Gustav Heinemann, die er anlässlich des 30. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen fand, in Erinnerung rufen; sie haben ihre Bedeutung auch für die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission: „Als neue Gewohnheit gilt es einzulernen, einen Konflikt auch mit den Augen des Gegners zu beurteilen. Zu den neuen Spielregeln muß die Bereitschaft zum Kompromiß gehören, die eine Selbstbehauptung um jeden Preis mit der Entschlossenheit vertauscht, eine von Generation zu Generation ererbte Feindseligkeit durch einen neuen Anfang auf beiden Seiten zu ersetzen. Zu den neuen Verhaltensweisen wäre zu rechnen, an der Angst und der Trauer, an dem Stolz und an der Empfindlichkeit des Gegners Anteil zu nehmen.“

Doch während sich die Kritik in Polen in Grenzen hielt und durchweg die guten Absichten hervorhob, nahm die Kritik in der Bundesrepublik Deutschland schnell polemische Formen an, deren Schärfe und auch Argumente maßgeblich vom Bund der Vertriebenen bestimmt wurde. Sie tauchte dann bei den amtlichen Stellungnahmen einiger Landesregierungen und in den Parlamentsdebatten in den Landtagen immer wieder auf. Ohne auf die Absichten der Gemeinsamen Kommission, auf ihre Erklärungen über den Anfangscharakter solcher Empfehlungen,

auf die ihnen folgenden und sie teilweise auch begleitenden wissenschaftlichen Konferenzen sachlich einzugehen, verurteilten sie die gesamte Tätigkeit, wie z. B. durch Beschluß der Bayerischen Staatsregierung vom 14. 9. 1976: Die Empfehlungen stellen „im Widerspruch zu den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts bezüglich der Rechtslage Deutschlands“. Sie seien außerdem gekennzeichnet von einer „sprachlichen Verharmlosung der Massenverreibungen und verschweigen historische Fakten, so zum Beispiel die Rolle der Sowjetunion von 1939 an“. Sie seien „zu wenig ausgewogen und gehen zu sehr auf die Wünsche und Vorstellungen der polnischen Seite ein“.

Unter diesen massiven polemischen Vorwürfen scheint z. Z. die Möglichkeit eines breiten Konsenses, etwa im Rahmen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, wie er sich noch 1972/73 abzeichnen schien, vorerst zusammengebrochen. Polnischerseits ist man tief enttäuscht. Unsere Hinweise auf die Autonomie der Länder und auch darauf, daß es eigentlich nicht üblich sei für die Kultusminister-Konferenz, Unterrichtsvorgaben zu machen, wirken wie Ausreden, hatte doch die Kultusminister-Konferenz keine Schwierigkeit, am 23. 11. 1978 einstimmig Richtlinien über „Die deutsche Frage im Unterricht“ zu beschließen. Damit ist die Arbeit der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission und ihre Umsetzung zu einer innenpolitischen „heißen Kartoffel“ geworden. Aber man darf sie unter keinen Umständen fallen lassen!

In Polen gilt unsere geschichtswissenschaftliche Arbeit, nicht nur die Empfehlungen, als ein wichtiges Element im Prozeß der Normalisierung und auch **V e r s ö h n u n g**, und zwar aus historisch sehr verständlichen Gründen und nicht etwa aus erpresserischen Motiven, wie manche es unterstellen wollen.

Wenn man in Polen auf die Respektierung unserer gemeinsamen Arbeit insistiert, dann nicht zuletzt aufgrund von Hoffnungen, die ein so vielversprechender Anfang wecken mußte, Hoffnungen auf eine nach den großen physischen und moralischen Zerstörungen des 2. Weltkrieges, die die deutsche Politik hervorgerufen hatte, wiederauflebende gemeinsame politische Kultur im geteilten Europa, Hoffnungen, die berechtigt sind, wenn man an den reichen Fundus denkt, den die gemeinsame Kommissionsarbeit schon jetzt — wenigstens für die Wissenschaft — geschaffen hat.

Gerhard Jahn: Ausdauer und Sorgfalt sind notwendig Überlegungen zur Arbeit mit den Deutsch-Polnischen Schulbuch- empfehlungen

Die „Empfehlungen der gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen“ sind eine bedeutsame Arbeit. Es gibt keine vergleichbare Anstrengung und keine vergleichbaren Ergebnisse, die erkennen lassen, wie Verträge zwischen zwei Staaten ernstgenommen und ausgefüllt werden können.

Artikel 3 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. 12. 1970 sagt:

„Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen werden weitere Schritte zur vollen Normalisierung und umfassenden Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen unternehmen, deren feste Grundlage dieser Vertrag bildet.

Sie stimmen darin überein, daß eine Erweiterung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und sonstigen Beziehungen in ihrem beiderseitigen Interesse liegt.“

Im gemeinsamen Kommuniqué über den Besuch des Bundeskanzlers Willy Brandt vom 6.—8. 12. 1970 in Warschau heißt es: „Beide Seiten haben ihre Entschlossenheit bekräftigt, geleitet von den Bestimmungen des von ihnen unterzeichneten Vertrages, weitere Schritte zur vollen Normalisierung und umfassenden Entwicklung ihrer Beziehungen zu unternehmen. Dies gilt insbesondere auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet.“

„Normalisierung und umfassende Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen“ — das ist ein Auftrag, der ernst genommen sein will. Die Vertragspartner von 1970 sind eine Verpflichtung eingegangen. Beide Seiten stehen seither vor der Frage, was sie tun können und was sie tun wollen, um ihren Teil dazu beizutragen, „ihre Beziehungen umfassend zu entwickeln“.

Nicht immer enthalten internationale Verträge so klare Anweisungen zum Tun. Oft werden Verträge so behandelt, daß man sie unmittelbar, nachdem sie abgeschlossen sind, gebührend würdigt, um sie anschließend erleichtert und befriedigt über das erzielte Ergebnis abzulegen. Sie werden verwahrt und vertrocknen.

Willy Brandt, Walter Scheel und ihre polnischen Verhandlungspartner waren sich dessen wohl be-

wußt, als sie von der Entwicklung der Beziehungen sprachen und diese Verpflichtung in den Vertrag aufnahmen. Sie haben uns in die Pflicht genommen. Wir müssen darauf achten, daß diese Pflicht nicht vernachlässigt wird; wir müssen uns fragen, ob wir genug dazu tun.

Eine der vielen Möglichkeiten, die beiderseitigen Beziehungen zu normalisieren und weiter zu entwickeln, liegt in den Deutsch-Polnischen Schulbuchempfehlungen. Sie sind ein einmaliges Angebot. Es war der Wille zur Versöhnung, der den Gedanken zur gemeinsamen Arbeit polnischer und deutscher Historiker entstehen ließ, miteinander den Versuch zu unternehmen, die schwierige Geschichte der beiden Völker wissenschaftlich so zu prüfen, daß sie einer übereinstimmenden Darstellung zugänglich werden konnte. Es ist eine Leistung, die mehr als nur Anerkennung verdient, daß dies in den 26 Empfehlungen gelungen ist. Allein die Achtung vor dem verstorbenen Georg Eckert, der den Anstoß dazu gegeben hat, müßte es gebieten, das Ergebnis dieser Anstrengung sorgfältig zu hüten und nutzbar zu machen.

Walter Mertineit, der die Arbeit Georg Eckerts heute fortführt, hat in seinem in diesem Heft wiedergegebenen Beitrag „Wissenschaft und Versöhnlichkeit“ eindrucksvoll den gegenwärtigen Stand der Arbeit und der Mühen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen dargelegt. Er gibt eine Frage jedoch weiter, die zu beantworten nicht in die Macht derjenigen gegeben ist, die mit Geduld und Sorgfalt die wissenschaftliche Arbeit leisten: Was geschieht, um die Deutsch-Polnischen Schulbuchempfehlungen nicht nur ernst zu nehmen, sondern als ein Angebot zu verstehen, das uns in der Bundesrepublik Deutschland in die Lage versetzt, unseren Teil dazu zu leisten, daß Aufgaben, die wir im Vertrag von Warschau übernommen haben, auch erfüllt werden können?

Es ist richtig, daß es — der äußeren Form nach — Zuständigkeitschwierigkeiten gibt. Partner des Warschauer Vertrages war die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung. Für Schulen ist die Bundesregierung nicht zuständig. Fragen des Unterrichtes an den Schulen gehören ausschließlich zur Zuständigkeit der Länder. Aber niemand, der sich hinter solchen förmlichen Verantwortlichkeiten verschanzte, kann und darf dabei ein gutes Gefühl haben. Man könnte versucht sein, auf förmliche Ausreden mit der Frage zu antworten, ob die vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich festgestellte Verpflichtung der Länder zur Bundestreue den Ländern nicht sogar rechtlich zwingend auferlegt, daran mitzuwirken, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Vertragspflichten umfassend erfüllen kann. Doch geht es hier nicht darum, rechtliche Standpunkte zu verfechten. Es geht allein darum, wie ernst, wie ausgeprägt, wie geduldig und sorgsam

alle, die in der Bundesrepublik Deutschland Verantwortung tragen, die in unser aller Namen eingegangene Verpflichtung nehmen, an der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen überall da mitzuwirken, wo eine Möglichkeit dazu besteht.

Solche Möglichkeiten herauszufinden, war der Sinn eines Treffens, zu dem der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, die Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktionen und die sozialdemokratischen Kultusminister eingeladen hatte. Grundlage für das Gespräch war eine Einführung von Walter Mertineit, die er in seinem bereits erwähnten Aufsatz „Wissenschaft und Veröhnlichkeit“ zusammengefaßt hat. Daran schlossen sich eine Reihe von Überlegungen an, die hier wiedergegeben werden sollen.

Es ist nicht nur eine fachpolitische Aufgabe der Bildungspolitiker für ihren Verantwortungsbereich, die Deutsch-Polnischen Schulbuchempfehlungen als einen wichtigen Beitrag und eine bedeutsame Möglichkeit zur Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses zu verstehen. Der Titel der „Empfehlungen für Schulbücher . . .“ mag zu einer so einschränkenden Bewertung verleiten. Aber es lohnt sich nicht nur für Schulpolitiker, sich mit der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zu beschäftigen. Es gibt als gemeinsame Arbeit bislang nur die der Deutsch-Polnischen Schulbuchkonferenzen. Was hier erarbeitet worden ist und weiter erarbeitet wird, geht in seiner Bedeutung über die Aufgabe von Schulbüchern hinaus. Das verständlich zu machen, darüber öffentlich zu sprechen, die Leistung, die in dieser Arbeit steckt, dadurch zu würdigen, daß man sich mit ihr auseinandersetzt, ist eine Aufgabe von allgemeiner politischer Bedeutung. Die Möglichkeiten dazu herauszufinden, lohnt einige Anstrengung.

Die Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktionen haben sich unmittelbar zwei Dinge vorgenommen: Sie wollen prüfen, wie sie in den Landtagen die Deutsch-Polnischen Schulbuchempfehlungen zur Sprache bringen können, um ihre Kultusminister dazu zu bringen, sich mit dieser Aufgabe auseinanderzusetzen. Sie haben darüber hinaus den bildungspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen den Auftrag gegeben, zu prüfen, welche weiteren Schritte unternommen werden können, um den Schulbuchempfehlungen im Unterricht die gebotene Berücksichtigung zu sichern. Ansatzpunkte gibt es viele. Von einem festen Platz der Deutsch-Polnischen Schulbuchempfehlungen in der Lehrerausbildung und der Lehrerfortbildung über die Konferenzen der Fachlehrer an den Schulen bis hin zur verbindlichen Übernahme in die Lehrpläne oder Rahmenrichtlinien lassen sich Wege finden, die Empfehlungen in die Arbeit an den Schulen einzuführen.

In der Kultusministerkonferenz hat es bisher eine

Verständigung auf eine einheitliche Übernahme der Deutsch-Polnischen Schulbuchempfehlungen nicht gegeben. Die Schwierigkeiten sind sicher nicht gering. Doch darf das Thema deshalb nicht einfach beiseite gelegt werden. Als Bundespräsident Walter Scheel vor einiger Zeit einen Anstoß gab, sich über „Die deutsche Frage im Unterricht“ zu verständigen, war es auch möglich, dazu einstimmig Richtlinien zu verabschieden. Das Thema mag „einfacher“ gewesen sein. Doch wenn es darum geht, einen so bedeutsamen Vertrag wie den von Warschau mit Leben zu erfüllen, ist es geboten, keine Anstrengung zu scheuen, auch über die Deutsch-Polnischen Schulbuchempfehlungen eine Verständigung zu erzielen. Es genügt nicht, daß Politiker der CDU/CSU gelegentlich betonen, sie würden und wollten „selbstverständlich“ geschlossene Verträge befolgen und dies besonders im Hinblick auch auf den deutsch-polnischen Vertrag sagen. Glaubwürdig wird das erst, wenn solche Worte durch Handeln bekräftigt werden.

Schulbücher werden in unserem Lande von Verlegern herausgebracht. Verleger sind in ihrer Entscheidung frei, die Autoren auszuwählen und zu bestimmen, die sie für geeignet halten. Sie bieten dann den Schulverwaltungen ihre Bücher an. Es wird sich lohnen, die Diskussion mit den Verlegern von Schulbüchern zu suchen und ihnen die Bedeutung der Deutsch-Polnischen Schulbuchempfehlungen nahe zu bringen.

Der Kreis derjenigen, die sich mit der Geschichte beider Staaten in der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission regelmäßig befassen, muß Unterstützung auch in der wissenschaftlichen Diskussion finden. Eine ernste, vertiefte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Deutsch-Polnischen Schulbuchempfehlungen an den Universitäten über die Frage, was in deutschen Geschichtsbüchern über das Verhältnis unseres Landes zu Polen stehen muß, könnte helfen. Damit würde nicht nur der Arbeit der Schulbuchkommission verdiente Aufmerksamkeit und möglicherweise auch Anerkennung zuteil. In der Arbeit der Geschichtswissenschaftler könnte ein Schwerpunkt gesetzt werden, der über die Universitäten hinaus anzuregen und zu helfen vermöchte.

Ernsthafte wissenschaftliche Auseinandersetzung wird es verhindern, daß solche Erörterungen in jene anmaßende und einseitige Form abgleiten, mit denen die sogenannten „Alternativempfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Geschichte in den Schulbüchern“ in polemischer Form versuchen, eine sorgfältige und behutsame Gemeinschaftsarbeit einseitig zu verändern. Das Mühlen um Aussöhnung trägt keine Polemik. Der Ernst, mit dem deutsche und polnische Historiker an die Arbeit gegangen sind, verdient nicht nur, sondern erfordert, daß auch diejenigen, die sich kritisch damit auseinandersetzen, das mit dem Ernst und mit dem wissenschaftlichen

Anspruch tun, der allein den Empfehlungen gerecht wird. Eine Gemeinschaftsarbeit, wie die Empfehlungen sie darstellen, erfordert nicht nur die Achtung vor der wissenschaftlichen Leistung, sondern auch die Achtung vor dem Willen zur Versöhnung, der sich in der Fähigkeit ausdrückt, zu einer gemeinsamen Leistung zu kommen.

Schließlich sollten in dem Bemühen, den Deutsch-Polnischen Schulbuchempfehlungen den ihnen gebührenden Platz einzuräumen, nicht diejenigen übersehen werden, für die sie erarbeitet worden sind: Die Schüler, die junge Generation, denen wir mit dem deutsch-polnischen Vertrag einen Weg aufzeigen wollen, wie ihn Willy Brandt in seiner Rundfunk- und Fernsehansprache als Bundeskanzler am 7. 12. 1970 mit den Worten beschrieben hat:

„Nichts ist weiter wichtiger als die Herstellung eines gesicherten Friedens. Dazu gibt es keine Alternative. Frieden ist nicht möglich ohne europäische Solidarität. Alles, was uns diesem Ziele näherbringt, ist ein guter Dienst an unserem Volk und vor allem ein Dienst für die, die nach uns kommen.“

Es lohnte sich, wenn diejenigen, die in der Arbeit mit der Jugend auch außerhalb der Schule stehen, überlegten, wie sie den jungen Menschen die Begegnung mit Polen mit Hilfe der Deutsch-Polnischen Schulbuchempfehlungen erleichtern und sie auf diesem Wege zu einem Verständnis für das deutsch-polnische Verhältnis führen könnten. Hamburg macht einen deutsch-polnischen Schülerwettbewerb. Warum soll ein Gedanke wie dieser nicht auch andernorts aufgenommen, das Beispiel nachgeahmt werden?

Die hier wiedergegebenen Anregungen sollen Möglichkeiten aufzeigen und zu weiteren Überlegungen und Vorschlägen ermutigen. Die Deutsch-Polnischen Schulbuchempfehlungen geben für die Beziehungen der beiden Völker zueinander einen wichtigen Anstoß. Er muß genutzt werden. Seit dem Vertrag von Warschau 1970 gibt es zahlreiche Anstrengungen zu wissenschaftlichem und kulturellem Austausch, zur Begegnung im Sport, zu Städtepartnerschaften, In-

stituts, wie das in Gründung befindliche Polen-Institut in Darmstadt, werden neue Überlegungen und Anstöße geben können. Dies alles wird der Aufgabe, die sich Polen und die Bundesrepublik Deutschland gestellt haben, eine Hilfe sein.

Es muß uns nachdenklich stimmen, wenn uns polnische Gesprächspartner fragen, ob nicht die deutsch-polnische Aussöhnung aus dem Vorbild der deutsch-französischen Aussöhnung Nutzen gewinnen könne. Es wäre oberflächlich, einfache Vergleiche ziehen zu wollen. Unterschiedliche Entwicklungen und politische Standorte kann man nicht verwischen. Jede Beziehung der Bundesrepublik Deutschland zu ihren Nachbarn erfordert eigene Anstrengungen. Die Bedeutung der Aussöhnung zwischen unseren Völkern sollte aber doch ein Anstoß sein, immer wieder zu überlegen, ob schon alle Möglichkeiten und Fähigkeiten angesprochen sind, die wir finden können, um den Auftrag der Normalisierung und umfassenden Entwicklung unserer Beziehungen mit Polen voranzubringen. Es ist zur Diskussion gestellt worden, ob die Bundesrepublik Deutschland einen Beauftragten für die Verständigung mit Polen ernennen sollte. Diese Anregung verdient es, in Erinnerung gebracht zu werden. Es wäre gut, wenn es einen Verantwortlichen gäbe, der in seiner Person sichtbar machen könnte, daß die Aussöhnung und Verständigung mit Polen ständiger Aufmerksamkeit und Anstrengung bedarf. Es ginge nicht darum, Institutionen zu ersetzen, Zuständigkeiten infrage zu stellen, Verantwortlichkeiten anderer zu entkräften. Es ginge darum, für uns selbst, aber auch in Polen erkennbar zu machen: Hier liegt eine besondere Aufgabe, der eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Um beim Beispiel zu bleiben: Wo findet sich denn der beharrliche, behutsame und von allen Seiten anerkannte Fürsprecher der Deutsch-Polnischen Schulbuchempfehlungen, der den Schwung der ersten Zustimmung zu dieser Arbeit bewahrt und weiterträgt? Geduld und Sorgfalt sind menschliche Fähigkeiten. Staatsorgane können dafür kaum eintreten.

Arthur Adrian Kowalski: „Das Gespräch mit dem Vater“ Ein neues Buch von Ryszard Wojna

In der offiziellen Diskussion über die Lösung der polnischen Frage auf der Jalta-Konferenz der „drei Großen“ im Jahre 1945 hat Stalin die folgende Erklärung abgegeben: „Die polnische Frage ist für die Sowjetunion eine Frage der Ehre, weil die Russen in der Vergangenheit viele Sünden an Polen begangen haben. Sie stellt für die Sowjetunion auch eine Frage der Sicherheit dar, weil die wichtigsten strategischen Probleme ihrer Sicherheit mit Polen verbunden sind.“

Diese Worte Stalins zitiert der bekannte polnische Publizist und Politiker Ryszard Wojna in seinem neuen Buch „Das Gespräch mit dem Vater“. Ohne die spezifische Konzeption Stalins in bezug auf „die Ehre“ in Frage zu stellen, betrachtet Ryszard Wojna Stalins strategische Gedanken als höchst aktuell auch für die Gegenwart. Sie waren und sind ausschlaggebend für die Bestimmung der Richtlinien nicht nur der polnischen Außenpolitik und der polnisch-sowjetischen Beziehungen, sondern auch für die gesamte Politik des Landes. Alle anderen Probleme des nationalen Lebens Polens müssen diesem kategorischen Imperativ untergeordnet sein. Sogar im Oktober 1956 sind diese Prinzipien, nach Wojnas Meinung, unangetastet geblieben.

Ryszard Wojna ist im Ausland wohl bekannt, hauptsächlich in der BRD, wo er die Politik seines Landes in Massenmedien darstellt und verteidigt. Sein Buch ist der Versuch einer Zusammenfassung der wichtigsten Probleme der polnischen Staatsraison. Er bemüht sich nicht nur, Schlußfolgerungen aus den aktuellen Ereignissen zu ziehen, er analysiert auch die angeschnittenen Themen vom geschichtlichen und historiosophischen Standpunkt.

„Das Gespräch mit dem Vater“, der infolge einer Tuberkulose nach 5 Jahren Aufenthalt im Lager gefangener polnischer Offiziere bei Heidelberg auf dem Sterbebett liegt, fängt 1945 im Krankenhaus von Hephenheim an. Der Sohn führt es weiter als imaginäres Gespräch auch nach dem Tode des Vaters. Es ist das Ziel Wojnas, die vollständige Übereinstimmung zwischen dem Vater, einem Offizier der polnischen Vorkriegsarmee, und dem Sohn, der nach kurzer Sympathie zur Polnischen Sozialistischen Partei sich für den Kommunismus entscheidet, zu zeigen. Das fällt dem Autor nicht schwer, weil sich der Vater in den letzten Stunden seines Lebens als großer Anhänger der Annäherung an die Kommunisten und ihre prosowjetische Politik erweist. Aber der von Wojna dargestellte Offizier war in der Tat weder ein autoritativer Repräsentant des alten polnischen Offizierskorps noch der Mehrheit der polnischen Bevölkerung. Wojna gibt selbst zu, daß die Kommunisten eine Minderheit der Bevölkerung darstellten. Im Offi-

zierskorps jedenfalls gab es fast keine.

Wie viel Wojna daran gelegen ist, die Sowjetunion ins beste Licht zu setzen, zeigt seine Darstellung gewisser geschichtlicher Tatsachen. Der den Polen so verhaßte Zarismus wurde, laut Wojna, durch die Oktober- und nicht durch die Februar-Revolution gestürzt. Gleichfalls hat die Oktoberrevolution als erste das Recht der Polen auf volle Unabhängigkeit proklamiert. In Wirklichkeit wurde dieses Recht einstimmig schon durch den Petersburger Sowjet im April 1917 proklamiert. Die Mehrheit dieses Sowjets bildeten die sozialdemokratischen Menschewiki und die Partei der Sozialrevolutionäre. Den Vorschlag zur Frage der Unabhängigkeit Polens hat der Vorsteher der jüdischen sozialdemokratischen Partei „Bund“, Henryk Ehrlich, gemacht.

Das Buch ist eine große Anstrengung, dem polnischen (und in gewissem Sinne auch dem nicht-polnischen) Leser den Gedanken einzupflanzen, daß die einzige Chance, Polen als Staat und das „polnische Wesen“ überhaupt zu erhalten, in der Akzeptierung der Politik der Kommunisten liegt.

Drang nach Osten und Westen...

Interessant ist die Argumentation in der Grenzfrage Polens. Der Verfasser des „Gesprächs mit dem Vater“ spricht offenherzig vom polnischen Drang nach Osten, der seit dem 14. Jahrhundert andauerte und seinen Gipfel mit der kurz dauernden Besetzung des Moskauer Throns durch einen Strohmann der polnischen Prinzen zu Anfang des 17. Jahrhunderts erreichte. Seit Peter dem Großen dreht sich das Rad der Geschichte in umgekehrter Richtung. Der russische Drang nach Westen dauerte an, der schließlich mit der Teilung Polens endete und später, nach der grausamen Herrschaft der Zaren, seine Fortsetzung im bolschewistischen Krieg von 1920 und der Annektierung Ostpolens im Jahr 1939 gefunden hat.

Diese dramatischen Elemente der Geschichte der polnisch-russischen Beziehungen sind in Wojnas Buch auf verschiedene Weise klar dargestellt. Wojna macht kein Hehl daraus, daß im Laufe der Zeit zwischen beiden Staaten und Völkern eine Mauer aus gegenseitigem Mißtrauen und Haß entstanden ist, die nicht leicht niederzureißen ist. Die Grenzen der beiden Länder waren nie festgelegt. Sogar die Grenze von 1921 wurde durch Lenin nur als ein notwendiges Übel akzeptiert. Das Problem wurde im Laufe der Zeit noch komplizierter durch das Entstehen der ukrainischen und weißrussischen nationalen bzw. nationalistischen Bewegungen.

Wojna betrachtet sich als Realpolitiker. Er will nicht zum „Opportunisten“ werden und sicher auch nicht zum Verteidiger des Kapitalismus. Er schätzt nüchtern die Kräfteverhältnisse zwischen beiden Ländern ein. Er will sich nicht durch die Legende der heldenhaften antirussischen Aufstände der Polen im 19. Jahrhundert hinreißen lassen. Er vergißt nicht,

daß sie alle mit einer schweren Niederlage endeten. Jetzt sucht er einen Modus vivendi mit dem neuen Rußland. Er weiß genau, wie schwierig es für einen großen Teil der Polen war, die in Jalta festgelegte Ostgrenze ihres Landes zu akzeptieren. Er „verzichtet“ aber auf die Territorien jenseits des Bug. Nicht weil er diese Lösung für hundertprozentig gerecht hält. Ihm geht es um etwas anderes: Eine polnische Forderung nach Revision der östlichen Grenze und nach Wiedergewinnung der ehemaligen polnischen Territorien, die jetzt Bestandteil der Sowjetunion sind, wäre „Wasser auf die Mühle der deutschen Revisionisten, die ihre antipolnische Haltung damit begründen, daß sich die Territorien jenseits der Oder-Neiße-Grenze Hunderte von Jahren unter deutscher Herrschaft befand“.

Roma Poenta...

Die Stabilisierung der Grenzen im Osten und Westen genügt Wojna aber nicht als Beweis für eine enge und freundschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und für eine Neugestaltung der nachbarlichen Beziehungen der Völker beider Länder im Geiste von gegenseitiger Achtung und Vertrauen. Dazu muß seiner Meinung nach noch ein neues Element hinzugefügt werden. Ein starkes ideologisches und politisches Bündnis hält Wojna für das Binde-

mittel solch neuer Gefühle. Da die politischen Strukturen Vorkriegspolens nicht die erhofften Ergebnisse gebracht haben, sieht Wojna die einzige Alternative für die Nachkriegszeit im kommunistischen „realen Sozialismus“. Die Schlussfolgerungen seiner Betrachtungen findet man in einem klaren und unzweideutigen Satz seines Buches. Dieser Satz lautet: „Polen muß sozialistisch sein, oder es wird Polen nicht geben.“ Ein „anderes Polen“ kommt für Wojna überhaupt nicht in Betracht. Dann es würde seiner Meinung nach unbedingt eine Gefahr für die Sowjetunion bilden.

Die normalen und oft sogar guten Beziehungen, die die Sowjetunion mit verschiedenen Ländern ohne kommunistische Regierung (Frankreich, BRD, Iran des Schahs usw.) unterhielt und unterhält, sind in Wojnas Buch kein Gegenstand besonderer Betrachtungen. Sogar in Finnland, das die Sowjetunion für sich vom strategischen Standpunkt aus als so wichtig betrachtet, ist eine „bürgerliche“ parlamentarische Demokratie. Polen aber *m u ß*, laut Wojna, trotz allem sozialistisch sein. In Polen *m ü s s e n* der Staat und die Partei das ganze politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben umfassen. In Polen *m u ß* die kommunistische Partei die „führende Rolle“ in der Nation spielen. Und wenn „gewisse Mängel von Unvollkommenheit“ wirklich bestehen, ist

KARL ECKART

Landwirtschaftliche Kooperationen in der DDR

Eine geographische Untersuchung der Struktur und Entwicklung sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe

1977. XVIII, 236 S. m. 89 Abb., 13 Abb. auf 8 Taf. i. Anhang, DM 24,80. ISBN 3-515-02669-X

Seit 1965 vollzieht sich in der Landwirtschaft der DDR eine Umwandlung zur Großraumwirtschaft. Die hierzu notwendigen industriemäßigen Produktionsmethoden werden auch auf die Viehwirtschaft übertragen, die zunehmend in konzentrierten Beständen mit hohen Loszahlen betrieben wird. Es handelt sich bei der Darstellung um eine geographische Analyse, wie sie bisher noch nicht vorliegt. Der Verfasser zieht zahlreiche Beispiele heran, mit denen er instruktiv räumliche Verteilungen und Verflechtungen von Betrieben aufzeigt. Mehrere DDR-Reisen und vor allem weit verstreutes Quellenmaterial ließen ein Werk von fundamentaler Bedeutung für weitere DDR-Forschungen entstehen. Es eignet sich in vorzüglicher Weise als Einführung in den gesamten Strukturwandlungsprozeß der sozialistischen Planwirtschaft der DDR und zeigt vor allem die konsequente Durchführung planwirtschaftlicher Maßnahmen.

FRANZ STEINER VERLAG GMBH · WIESBADEN

nicht das System dafür verantwortlich, sondern der gewöhnliche Bürger, der keine genügende „eigene Initiative“ in der tagtäglichen Arbeit ergreift oder schlechthin „nicht gut arbeitet“.

Um seine Konzeption dem Leser des Buches besser zu veranschaulichen, beruft sich Wojna auf einige Worte Helmut Schmidts: „Im Frühling 1977, schreibt Wojna, sagte Helmut Schmidt zu einer Gruppe deutscher Umfiedler aus Polen: ‚Jetzt müßt Ihr Euch selber helfen. Dort in Polen kümmerte sich die Regierung um Euch.‘“ Wie man sich „dort“ um sie kümmerte, hat Helmut Schmidt sicher nicht gesagt, und Wojna verliert auch darüber kein Wort. In verschiedenen Teilen seines Buches gibt er klar zu verstehen, daß jede beliebige nichtsozialistische Form des polnischen Staates durch die Sowjetunion nicht toleriert würde.

„Ethnisch rein“

Die besondere Aufmerksamkeit des Autors findet die Frage der „ethnischen Einheitlichkeit“ Polens, der Wojna viel Platz widmet. Wojna betrachtet sich als einen echten Internationalisten. Er möchte mit Menschen aller Nationen freundlich und brüderlich zusammenleben. Zu gleicher Zeit empfindet er die Tatsache, daß Polen heute, vom nationalen und ethnischen Standpunkt aus, ein einheitliches Land geworden ist, als ein Symptom des Fortschrittes und einen Akt der historischen Gerechtigkeit. „Das erste Mal seit Jahrhunderten“, schreibt er mit großer Zufriedenheit, „werden wir kein Vielvölkerstaat sein. Die Deutschen werden ausgesiedelt. Die Ukrainer werden jenseits des Flusses San bleiben. Juden sind wenige geblieben.“

Es ist bemerkenswert, daß sich Wojna einen idealen, vollkommenen polnischen Staat nur als einen national-ethnischen einheitlichen Staat vorstellen kann. Ist es eine historische Notwendigkeit in allen Ländern? Keinesfalls. Die Sowjetunion rühmt sich damit, daß in ihrem Rahmen hundert verschiedene Nationalitäten friedlich nebeneinander zusammenleben. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind ein Schmelztiegel, in welchem Menschen aller Rassen, Nationalitäten und ethnischen Gruppen wohnen und zusammenarbeiten. Frankreich ist im Prinzip einheitlich, aber in der Diversität (Bretonen, Basken, Korsen usw.). Die Tschechoslowakei ist, wie ihr Name selbst zeigt, ein bi-nationaler Staat. Und die Schweiz, Belgien, Jugoslawien und noch andere? Warum muß gerade Polen „ethnisch rein“ sein?

Klasse oder Nation?

Die geschichtliche Mission des Sozialismus sollte doch u. a. darin bestehen, daß er als Ideologie die Menschen — „Proletarier aller Länder“ — näher zueinander bringt, ohne Rücksicht auf Nationalität, Rasse, Abstammung usw. So etwas wie eine Antwort auf die oben gestellte Frage findet man im Kapitel

„Das neue Establishment“, in dem von der „sozialistischen Version des Kosmopolitismus“ die Rede ist. Wojna schreibt dort: „Keine Ideologie kann das nationale Wesen vertreten, sie kann ihm nur einen anderen Sinn aufprägen“. Demnach ist das Primäre also nicht die Klassenideologie, sondern das ethnisch-nationale Wesen. Das ist in der marxistischen Publizistik eine neue Formulierung. Es ist kaum anzunehmen, daß sie bei Wojna ein Zufall ist.

Nicht immer gehen die Anstrengungen des Verfassers des Buches in Richtung neuer Formulierungen. So bleibt er z. B. in der Frage der europäischen Integration auf den alten, dogmatischen Positionen. Wojna erklärt sich einige Male exaltiert zum „Europäer“ und sieht Europa, wie einst de Gaulle, „vom Atlantik bis zum Ural“. In der Praxis aber, so betont er, müsse Europa in zwei rivalisierende Teile gespalten bleiben.

Wie vor 30 Jahren

Trotz Helsinki, trotz der immer engeren Zusammenarbeit seines Landes mit dem Westen, sieht Wojna die Zukunft Polens ausschließlich in der Integration der osteuropäischen Länder. Merkwürdigerweise dient dem Autor des Buches als Hauptargument „der Wille Polens, sich ein für alle Male gegen die Erneuerung der deutschen Gefahr zu versichern“. Wörtlich schreibt Wojna: „Die BRD hat in der westeuropäischen Integration das stärkste wirtschaftliche und militärische Potential. Öffentlich stellt sie die Forderung nach der Annektion der DDR (im Namen der Wiedervereinigung Deutschlands). Sie erhebt gegenüber der Geschichte ihr angebliches Recht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete. Diese Tatsache macht aufs neue die Motive der polnischen Linken von vor dreißig Jahren aktuell.“

Bisher hat Wojna, wie alle anderen polnischen Publizisten, gewisse „nüchterne“, „realistische“ und sogar „friedensliebende“ Kreise in der BRD gesehen, die die revisionistischen Forderungen als anachronistisch und schädlich betrachten. Jetzt ist bei Wojna die BRD, wie vor vielen Jahren wiederum ein einheitlicher „revisionistisch-revanchistischer“ Block geworden.

Man möchte hoffen, daß es sich um eine Unachtsamkeit handelt.



Arbeitsgemeinschaft der verfolgten Sozialdemokraten: Widerstand gegen das Vergessen

1. Am 15. und 16. Juni 1979 fand in München die Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft der verfolgten Sozialdemokraten (AVS) statt.

Die AVS als Zusammenschluß sozialdemokratischer Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime und der von diesem Regime Verfolgten sieht ihre Hauptaufgabe darin, die antifaschistischen Traditionen des Widerstandes wachzuhalten und an die Jugend weiterzugeben, damit die Erfahrungen und Erkenntnisse des Widerstandes für die Politik der Gegenwart und Zukunft fruchtbar werden.

Wichtige aktuelle politische Aufgaben ergeben sich auch 34 Jahre nach der Niederringung des Nationalsozialismus unter anderem aus dem verstärkten und offenen Auftreten neuer und alter nationalsozialistischer und deutschnationaler Gruppierungen und der erschreckenden Unwissenheit der Jugend über den tatsächlichen Charakter und die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes.

Die AVS macht es sich deshalb zur Aufgabe, — die antifaschistischen Traditionen des Widerstandes in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wachzuhalten und zu pflegen und damit auch die Erfahrungen und Erkenntnisse des Widerstandes für die Politik der Gegenwart und Zukunft fruchtbar werden zu lassen;

— die moralische Anerkennung des Widerstandes in allen Bevölkerungskreisen zu festigen und das Ansehen der Widerstandskämpfer in der Öffentlichkeit zu stärken;

— durch Vermittlung der historischen Erfahrungen des Widerstandes der Sozialdemokraten gegen die Naziherrschaft an die jüngeren Parteimitglieder und bei der Jugend insgesamt das antifaschistische Bewußtsein zu wecken, zu verstärken und ihr die politische Aufgabe der Bekämpfung des Neonazismus bewußt zu machen;

— neonazistische und rechtsextreme Organisationen und Bestrebungen konsequent zu bekämpfen;

— durch politische Initiativen Erinnerungs- und Gedenkstätten für die Opfer der Naziherrschaft zu errichten und zu bewahren;

— mit Gedenkfeiern für die Opfer des Nationalsozialismus an die Verpflichtung aller Deutschen zu mahnen, für alle Zukunft ein demokratisches und damit antifaschistisches Deutschland sicherzustellen;

— die Interessen der Verfolgten in Fragen der Wiedergutmachung und der Rehabilitation wahrzunehmen;

— Dokumente aus der Zeit des Widerstandes zu sichern und zu sammeln und sie in Zusammenarbeit mit dem Archiv der sozialen Demokratie einer wissenschaftlichen Aufarbeitung zugänglich zu machen;

— mit den demokratisch-antifaschistischen Organisationen auf internationaler Ebene zusammenzuarbeiten.

2. Zum Wiederaufleben neonazistischer Strömungen in der Bundesrepublik nahm die Bundestagung der AVS Stellung in der folgenden Resolution:

„Die AVS stellt fest, daß sich dem verstärkten und offenen Auftreten alter und neuer nazistischer Gruppen in der Bundesrepublik eine immer breiter werdende Front von Bürgern entgegenstellt und damit deutlich macht, daß Neonazismus und Rechtsextremismus in Deutschland keine Chance mehr haben darf.

Die Arbeitsgemeinschaft der verfolgten Sozialdemokraten fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, mit allen dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln den neonazistischen Bestrebungen entgegenzuwirken sowie Sorge dafür zu tragen, daß im Unterricht an den Schulen die Aufarbeitung des Nationalsozialismus breiteren Raum einnimmt und die Lehrer in ihrer Ausbildung auf diese Aufgabe vorbereitet werden.

Der Widerstand der Arbeiterbewegung muß im Unterricht und in den Schulbüchern stärker berücksichtigt werden. Die Darstellung des Widerstandes darf nicht auf den Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 beschränkt bleiben.

Die AVS fordert die Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Medien, Volkshochschulen und alle anderen im Bereich der politischen Bildung tätigen Organisationen auf, stärker als bisher über den Nationalsozialismus und den Neonazismus aufzuklären.

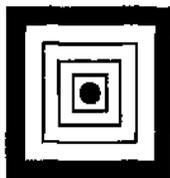
Die AVS fordert alle Regierungen und Gemeindeverwaltungen auf, die sogenannten Traditionstreffen der SS-Verbände zu unterbinden, alle juristischen Möglichkeiten gegen ihre Aktivitäten auszuschöpfen und diese Organisationen als Nachfolgeorganisationen der verfassungswidrigen SS zu behandeln.

Die AVS fordert alle Bundestagsabgeordneten auf, bei ihrer Entscheidung über die Verjährung sicherzustellen, daß Nazimörder auch noch nach dem Ablauf des Jahres 1979 verfolgt und verurteilt werden können.

Die AVS fordert die Parteien und die Bundesregierung auf, die längst fällige Beseitigung von Härtefällen in der Wiedergutmachung vorzunehmen.

Die AVS schlägt vor, den Antikriegstag am 1. September oder den 9. November zu einem besonderen Tag des Gedenkens an die Opfer des Widerstandes und zu einem Aktionstag gegen den Neonazismus zu machen.

Die AVS appelliert an die Mitglieder der SPD, an alle Bürger, Organisationen und Institutionen der Bundesrepublik, gleichermaßen die Diskussion über die Ursachen und Gefahren des Faschismus breit zu



führen und sich aktiv für die Grundwerte der Demokratie einzusetzen.“

3. Zu den noch immer ungelösten Fragen der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts beschloß die Bundestagung der AVF die folgende Resolution:

„Die in München versammelten Sozialdemokratischen Verfolgten des Naziregimes stellen über 34 Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitlerreichs folgendes fest:

1. Das Unrecht an den Verfolgten, begangen in der Zeit von 1933 bis 1945, ist nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland keine Kriegsfolgelast; es ist begangenes Staatsunrecht, das zum Schadensersatz verpflichtet.

2. Trotz erheblicher Leistungen der Bundesrepublik Deutschland zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts im In- und Ausland bestehen gegenüber anderen Geschädigten Gruppen erhebliche Nachteile.

3. Alle Verfolgten begrüßen aus diesen Gründen die Entschließung der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vom 14. November 1978.

Entsprechend dieser Entschließung fordern die Sozialdemokratischen Verfolgten von der Bundesregierung:

A) Die oft schleppende und negative Durchführung der Gesetze zur Wiedergutmachung und Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts aus politischer Verantwortung — soweit erforderlich gemeinsam mit den Bundesländern — sofort abzustellen, weil sie dem ursprünglichen Gesetzauftrag nicht gerecht wird.

B) Unverzüglich der Errichtung einer „Stiftung Wiedergutmachung“ zuzustimmen, die Verfolgten daran zu beteiligen sowie die notwendigen Mittel bereitzustellen.“

Hermann Bortfeldt: Französische Revolution — der Streit geht weiter

So grob und handgreiflich aktuell wie die Große Französische Revolution ist sonst kein einziges historisches Ereignis. Der politisch motivierte Terror, die Menschenrechtsfrage, soziale Reformen und manch anderes der brennenden Gegenwartsprobleme werden von Politikern und Zeitkritikern oft mit Hinweis auf das Jahr 1789 und seine Folgen erörtert. Die Geschichtswissenschaftler hingegen sehen sich dadurch zur Eile angetrieben und vervielfachen ihre Bemühungen, uns immer mehr Klarheit über die Ereignisse und Gestalten, Tiefenströme und Gegenströme einer Epoche zu verschaffen, die bald zweihundert Jahre zurückliegt. Nur können sie sich dem Sog der aktuellen politischen Diskussion nicht entziehen und haben das nie gekonnt. Noch der Methodenstreit in der Forschung ist von der politisch-ideologischen Motivation des Historikers durchzogen. Es gibt kein Buch über die Französische Revolution, das objektiv ist.

Hat es diese Revolution überhaupt gegeben? Die Frage klingt ein bißchen albern, entspricht aber immerhin einem sehr neuen, wenn auch bereits wieder überholten Stande der Forschung. Nicht nur hat der englische Autor Alfred Cobban seinem Werk den Titel „Der Mythos der Französischen Revolution“ gegeben. Die Historiker Robert R. Palmer und Jacques Godechot haben das französische Revolutionsgeschehen aufgelöst, der eine in eine „atlantische Revolution“ von 1763 bis 1801, der andere in eine „demokratische Revolution des Westens“ von 1770 bis 1799. Auf diese Thesen schloß der sowjetische Historiker A. Z. Manfred mit Raketen: Das sei nicht anderes als eine historische Rechtfertigungsideologie für die NATO; jedermann wisse, daß die Französische Revolution 1789 in Paris begonnen habe, und nun sei ein französischer Professor (Godechot war gemeint) bereit, der atlantischen Solidarität eine der glanzvollsten Seiten der Geschichte seines Landes zu opfern.

Der Bochumer Professor Eberhard Schmitt, jetzt wohl höchste Autorität für die französische Revolutionsgeschichte in der Bundesrepublik, hat (in seiner „Einführung in die Geschichte der Französischen Revolution“, 1976 bei Beck in München) Palmers und Godechots vorgeworfen, ihre Methode (die komparatistische) sei noch zu wenig entwickelt; es fehle immer noch an Analysen der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen der Gesellschaft, in der sich der jeweils zu behandelnde Konflikt abspiele. Es bleibt allerdings der Uraltstreit darüber, wann die

Revolution angefangen habe und wann sie zu Ende war. Manche räumen ihr nur die kurze Fünffjahresfrist von 1789 bis 1794, von der Bastille bis zum Schafott für die Jakobiner, ein. Andere, die meisten übrigens und sicherlich die mit den besseren Argumenten, schlagen weitere fünf noch recht turbulente Jahre hinzu; für sie hat die Revolution ein Jahrzehnt, bis 1799, also bis zur Machtübernahme Bonapartes, gedauert. Aber die ganze napoleonische Zeit wird von wieder anderen Historikern (allerdings vorwiegend konservativ orientierten) ebenfalls der Revolution zugeschlagen. Karl Marx gar meinte, die Revolution sei erst 1830 mit der Installation des „Bürgerkönigs“ Louis Philippe, dem Beginn der lupenreinen Bourgeoissherrschaft, beendet gewesen.

Die „Blockthese“ Clemenceaus ist ein anderer unauflöster und — wegen der politisch-ideologischen Subjektivität aller Beteiligten — unauflösbarer Streitpunkt. Georges Clemenceau (1841—1929; französischer Kriegs- und Premierminister, Vater des Versailler Vertrags) hatte 1897 (als Republikaner im Kampfe gegen die Neoroyalisten) das berühmte Wort gesprochen: „Die Revolution ist ein Block“. Ein Ausspruch, von dem Eberhard Schmitt sagt, daß er „zur politischen und moralischen Stellungnahme herausforderte“, was zur Folge hatte, „daß dieser ganze Komplex niemals — wie andere Gegenstände der Neueren Geschichte — ausschließlich zum Diskussionsstoff der akademischen Historie wurde“. Gewiß nicht; denn wer die Blockthese akzeptiert, schließt die Schreckenszeit mit ins Positivum ein und überschreitet damit eine politische Scheidellinie.

Neben der impliziten Rechtfertigung des politischen Terrors ist natürlich der Hauptstreitpunkt der Grundcharakter der Französischen Revolution als solcher, und das ist der Übergang von der feudalistischen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das ist eine marxistische These, aber eine, die — weil noch dazu der Augenschein sie bestätigt — Allgemeingültigkeit erlangt hat. Wenn sie jetzt von der Wissenschaft ernsthaft in Zweifel gezogen wird, dann bleibt zwar unbestritten, daß im großen Ganzen auf den Feudalismus der Kapitalismus folgte, es wird aber gefragt, ob es denn gerade die Revolutionsereignisse im Frankreich des ausgehenden 18. Jahrhunderts waren, die diesen Übergang bewirkten. Ein bedeutender Historiker jedenfalls meint, sie hätten ihn im Gegenteil behindert und verzögert.

Eberhard Schmitt gibt in seiner ausgezeichneten „Einführung“ einen Überblick über die bisherige Historiographie. Er beginnt mit der ältesten Schule, der konservativen Interpretation. Diese Richtung mit ihren hunderten von Werken in vielen Sprachen hat aber eigentlich nur einen genialen Vertreter hervorgebracht, den Iren Burke. Der hat nun seine „Reflections on the Revolution in France“

bemerkenswerterweise schon 1790 geschrieben, als die Revolution gerade erst richtig in Gang kommen wollte und der Große Terror noch nicht einmal in Sicht war. Mit einer Art soziologischen Analyse *avant la lettre* hat Edmond Burke die Jakobinerherrschaft an die Wand gemalt, bevor sie etabliert war. Er war ein Bewunderer Ludwigs des Vierzehnten und dessen (auf Kosten weiterbreiteten Elends) „glanzvoller Zeit“; er haßte die „rationalistische Gleichmacherei“. Eberhard Schmitt bemerkt zu Lasten Burkes, daß dessen Geschichtsdeutung dank falscher Prämissen fehlerhaft und fragwürdig sei. Aber die ganze konservative Richtung mit ihrem „tiefverwurzelten Respekt vor altüberkommenen, gewachsenen Ordnungen“ ist Burke bis heute treu geblieben. Auch die deutsche; Schmitt führt da nur Autoren wie Sybel, Ranke, Treitschke aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg an; er hätte noch Friedrich Sieburgs Pamphlet gegen Robespierre dazuzählen können, das (1934) mit Schaum vor dem Mund geschrieben ist (und heute in manchen deutschen Oberschulen als Unterrichtsmaterial dient) — aber er zählt den Sieburg nicht zu den Historikern.

Die liberale Reihe beginnt früh mit den glanzvollsten Namen; allein in Deutschland mit Fichte, Görres, Herder, Schiller, Kant, Wilhelm von Humboldt, Hegel; sie sagt Ja zur Revolution, aber nicht zu allen ihren Formen und Phasen. Sie identifiziert sich bis heute mit ihren Prinzipien, mit den Menschen- und Bürgerrechten, dem Verfassungsstaat, der Aufklärung schlechthin. In unseren Tagen ist sie diejenige Schule, die neuartige Konzeptualisierungsversuche anstellt, um die Erstarrung der Revolutionshistorie aufzubrechen. Diese Erstarrung ist nicht konservativen, überhaupt nicht konterrevolutionären, sondern überaus erfolgreichen Leuten aus dem prorevolutionären Lager zuzuschreiben — den marxistischen Autoren.

Da gibt es einige Überraschungen, außer der, daß es nun gerade Marxisten sind, die immer wieder dieselbe Platte auflegen. Verwundert ist man, wenn man sieht, daß sich die gesamte oder jedenfalls doch fast die ganze gegenwärtige Wissenschaftsdiskussion um die marxistischen Thesen dreht. Erstaunlich ist, daß die weitestverbreiteten und allgemein geläufigsten Auffassungen von Bedeutung, Ursprung und Folgen der Revolution die marxistischen Thesen sind.

Marx, jedenfalls der junge Marx, hat die Revolution nach ihrem Wert für die Aufhebung der Entfremdung eingeschätzt. Eberhard Schmitt resümiert Marxens Theorème unter dem Zwischenbittel „Die marxistisch-leninistische Interpretation“. Hier wird Marx seiner selbst entfremdet, denn Leninist war er nun wirklich nicht. Er war auch kein Feind des Privateigentums, wie — aus Böswilligkeit oder aus Stumpfsinn, je nachdem und oft nur aus Nachlässigkeit — immer wiederholt wird, sondern

lediglich, das allerdings in scharfer Form, ein Gegner des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Wenn nun Eberhard Schmitt Marxens Meinung richtig dahingehend zusammenfaßt, daß die Französische Revolution das Privateigentum (an den Produktionsmitteln) nicht beseitigt und insofern „unmittelbar nichts zur Aufhebung der menschlichen Entfremdung“ beigetragen habe, dann hat sich Marx hier einen kapitalen Fehler zuschulden kommen lassen. Denn er hätte vielleicht seine Bücher gar nicht schreiben und seinen feinsinnigen Entfremdungsgedanken gar nicht fassen können, wenn nicht die Grande Révolution für frische Luft gesorgt hätte.

Aber hier stoßen wir auf den Punkt, der von allen der allerwichtigste ist. Produktionseigentum und Gedankenfreiheit und ihr Verhältnis zueinander. Das war das Thema der Französischen Revolution, und das ist das Thema unserer Zeit. Es gibt gegenwärtig kein Land auf dieser Erde, in dem nicht der Privatbesitz an Produktionsmitteln und die freie Meinungsbildung, die ungehinderte Meinungsäußerung, die demokratischen Rechte überhaupt, gegeneinander abgewogen werden. Und die Disharmonie zwischen Freiheit und Gleichheit war die entzündlichste Reibungsfläche der Revolution. Marx glaubte noch, mit der Expropriation der Expropriateure käme die Freiheit in Form der Aufhebung der Entfremdung — die historische Erfahrung mit dem Staatsmonopol an den Produktionsmitteln konnte er noch nicht haben. Aber hätte er nicht zu seiner Zeit schon wissen können, daß die Freiheitsordnung, die bürgerliche Freiheit, die ja die Freiheit zum Verändern der gesellschaftlichen Verhältnisse einschließt, höher rangiert als die Eigentumsordnung? Er hätte es wissen müssen.

Wenn Marx gemeint hat, die Revolution habe „nichts“ zur Ent-Entfremdung beigetragen, dann hat er die Leninisten unter seinen Nachfolgern auf den falschen Weg geschickt, den diese mit ihrem mangelnden Freiheitsbedürfnis nur zu gern eingeschlagen haben. Eberhard Schmitt stellt sie nicht ausführlich dar. Aus eigener Kenntnis kann der Verfasser nur sagen, daß er vom Haupt dieser Schule, dem einflußreichen Sorbonne-Professor Albert Soboul, vor dessen Forscherfleiß man den Hut ziehen muß, den Eindruck hat und belegen kann, bei ihm laufe auch noch das unbedeutendste Ereignis auf einem Nebenschauplatz der Französischen Revolution auf eine Vorbereitung der Oktoberrevolution von 1917 hinaus. Ähnlich steht es um den bekanntesten und von der internationalen Wissenschaft anerkannten deutschen Vertreter dieser Schule, Walter Markov (Professor in Leipzig, der übrigens 1934 in Bonn promovierte und 1936 wegen antifaschistischer Tätigkeit zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde).

Die leninistischen Marxisten graben historische Details die Menge aus, aber um die Bedeutungsfragen haben sie einen eisernen Ring gelegt. Eigentum, Freiheit und Staatsmacht, historische Perspektive — da ist nichts mehr zu machen, das haben sie alles gelöst und unter „Fortschritt vom Feudalismus zum Kapitalismus“ (als Vorstufe vom Sozialismus) subsumiert. Das Neue kommt jetzt aus der Richtung, die Eberhard Schmitt den „strukturanalytischen Forschungs- und Interpretationsansatz“ nennt. Hier wird dazu angesetzt, „zu einer von weltanschaulichen Postulaten unabhängigen Interpretation zu kommen“, und zwar „erst in zweiter Linie“, was „erst nach Jahrzehnten intensiver Arbeit“ möglich sein wird, da zunächst einmal „eine quellenmäßige Überprüfung der bisherigen Forschung“ nötig ist. Frustrierend, daß wir nun das nächste Jahrtausend abwarten müssen, um erfahren zu können, was die Französische Revolution war!

Schutzpatron der „Neuen“ ist der auf der ganzen Skala links von der äußersten Rechten hochangesehene und jetzt auch hier wieder in Mode gekommene liberale Baron de Tocqueville (1805—1859), ein Sachlicher (von dem es allerdings kürzlich im „Nouvel Observateur“ hieß, ihm sei die Revolution ein Rätsel geblieben). Das Starpaar der Neuen sind die beiden Autoren Denis Richet und François Furet (deren „Französische Revolution“ 1968 auch auf Deutsch erschienen ist). Die beiden „haben dargelegt“, sagt Schmitt, „daß die Französische Revolution ein weitaus komplexerer Prozeß war, als die marxistisch-leninistische Schule vermeint, ein Prozeß, der sowohl vorwärts- wie rückwärtsgerichtete Züge trug und eine Fülle von verschiedenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zielsetzungen in sich vereinte“; ihre Gesamtdarstellung sei „inzwischen richtungweisend geworden“. Einmal zugegeben, daß ihre Darstellung, was das Faktische angeht, zuverlässig ist, daß ihr Stil flott-freudig-lebendig ist, daß ihre Gesinnung auf der angenehmen Seite des Liberalismus ruht (sie sympathisieren ganz offen mit den Girondisten, einer Art rechter F.D.P.) — so bleibt neu eigentlich nur ihre heiß umkämpfte These von der „Dérápée“, der „Entgleisung“ der Revolution. Man kann diesen freundlichen Leuten dabei nun gar nicht folgen, daß (ausgerechnet) die Hochphase der Revolution, die Jakobinerherrschaft mit ihrer blutigen Apotheose, die damals Europa aufgewühlt und die sich bis heute in das Bewußtsein der Menschheit eingegraben hat, eine Episode gewesen sein soll, in der die Revolution daneben trat. Da ist wohl auch ihnen ein Denkfehler unterlaufen, und zwar deswegen, weil sie den Liberalismus retten wollen (und zwar für das Frankreich von heute retten wollen; Sorbonne-Professor Furet war Kommunist und ist seit langem in liberalem Sinne journalistisch tätig).

Außerdem geht es mit ihrem „Ansatz“ schief,

„retrospektive Deutungselemente“ zu vermeiden, was doch ein Grundsatz der „Neuen“ ist. Eberhard Schmitt bescheinigt ihnen, daß sie sehr wohl der Revolution, besser: den drei unterschiedlichen Revolutionen, die sie herausgefunden haben (die städtische, die ländliche und die Revolution der Generalstände, die parallel verliefen, aber nichts miteinander zu tun hatten), ein gemeinsames Ziel unterstellen. Das ist ihre Entgleisung, denn nur Einheiten können ein Ziel haben, voneinander verschiedene Parallelismen nicht.

Wenn nun auch bei den „Neuen“ wieder die Geschichte gezwungen wird, sich der Politik von heute anzupassen und unterzuordnen, dann darf und dann muß wohl der Amateur (also der Liebhaber der fraglichen Geschichtsperiode, der kein Fachhistoriker ist) seinerseits (mit einem Fachaussdruck) seine Desiderata anmelden. Es sind deren vier. Das eine betrifft das Eigentum, das andere das Kleinbürgertum, ein drittes geht um die Frauen und das vierte Desideratum heischt Aufklärung über den (eventuellen) Zusammenhang zwischen dem Terror von damals und dem von heute.

Das Eigentum. Wir kommen darauf im Zusammenhang mit der Entfremdung, auf der Marx insistiert. Dieser Denker meinte, wenn jedermann (und jede Frau) den schöpferischen Gesamtprozeß eines beliebigen Stückes Gebrauchswertes in der eigenen Hand hätte und zudem selber integral (nach Abzug der Steuern) in den Genuß des Betrages käme, den dieses Stück als Tauschwert abwirft, daß dann wenn nicht alles, so doch schon viel gewonnen wäre für das allmähliche Abblättern der Entfremdung. Trifft sich diese Auffassung haargenau mit derjenigen der Sansculotten (die, der höheren Bildung entfremdet, sich naiver ausdrückten) oder trifft sie sich nicht? Trifft es zu, daß die Generalallosung der Französischen Revolution bis in das Jahr 1792 hinein: Freiheit — Gleichheit — Eigentum! gelautet hat und daß die späte Brüderlichkeits-Phrase ein Gehirnwaschmittel zum Wegspülen der konkreten Forderung nach Eigentum für alle ist?

Ad two: Kleinbürgertum. Wir lesen bei Eberhard Schmitt, nach den Marxisten sei die Jakobinerdiktatur „das kurzlebige politische Instrument der kleinen Bauern und Handwerkerproduzenten gewesen, die ihr Ideal in einem demokratischen Gemeinwesen kleinster unabhängiger Unternehmer“ gesehen hätten; daß die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ideale der Stützen dieser Diktatur, der Sansculotten, „an der Vergangenheit orientiert“ gewesen seien, „in ihrer Epoche bereits unzeitgemäß“ waren und — siehe da — „in der Februarrevolution von 1848 und im Aufstand der Pariser Commune von 1871“ wieder auftauchten. Das perennierende Unzeitgemäß! Darf man die neuen und die marxistischen Historiker fragen, ob nicht angesichts

der alles überschwemmenden multinationalen Kapitalriesen der Ruf nach kleinen autonomen Produzenten vernünftig klingt und ob nicht die moderne Parole vom Recht auf Arbeit, welche ja auf nichts anderes als auf einen gesetzlich gesicherten Anteil am Produktivvermögen hinausläuft, zukunftsorientiert ist? Ob also die sansculottischen Kleinbürger vielleicht gar nicht so rückwärtsgewandt waren, wie sie uns immer dargestellt werden?

Nicht wenige werden sich heute wünschen, etwas mehr und, mit Verlaub gesagt, etwas mehr Richtiges über die Rolle der Frauen in der Revolution zu erfahren. Daß 10 000 Fischweiber nach Versailles zogen und das Königspaar nach Paris holten, haben wir oft genug gehört und in fast allen auch seriösen und hochgerühmten Historiographien zu lesen bekommen, nur hat uns noch niemand gesagt, wieso es im Oktober 1789 so viele Fischweiber gab in Paris. Zu schweigen von den Marxisten, die sich für historische Materialisten ausgeben und die in der ganzen Revolutionszeit nur Männer agieren sehen, gibt es auch bei den modernen Furet und Richet nur ein paar hämische Bemerkungen über die Frauen in der Französischen Revolution, die — wie heute nachweisbar — nie die Große geworden wäre ohne das ständige Drängen der politischen und politisierten Frauen. Im Zusammenhang mit diesem dritten Punkte stellt sich die Frage nach einem Thema ein, das in der gesamten Revolutionsforschung noch tabuisierter ist als die Frau: die Sexualität. Hatten die Massen, die fünf und mehr Jahre hindurch aus dem Erregungszustand nicht herausgekommen sind, nur materielle Wünsche und ideale Vorstellungen und keine seelischen Bedürfnisse? Keine erotische Phantasie? Ist die Tatsache, daß Ludwig der Vierzehnte und Marie Antoinette sieben Jahre hindurch Tag für Tag und Nacht für Nacht miteinander lebten, ohne (wegen einer Anomalie an Ludwigs Geschlechtsteil, die später beseitigt wurde) die Ehe zu vollziehen, und daß das jedermann in Frankreich wußte und daß sich jedermann damit beschäftigte, ist diese Tatsache revolutionshistorisch bedeutsam, oui ou non? Kann man annehmen, daß der Image-Wandel von der verehrten jungen Schönheit zur verschwenderischen Hure, dem Marie Antoinette unterworfen war, nicht ohne Folgen auf Denkungsart und Handlungsweise der Revolutionäre blieb? Sollten sowohl altmarxische wie Neohistoriker zur Beantwortung solcher Fragen zu fein sein, dann hat Freud umsonst gelebt.

Hier möchte man einen Namen nennen dürfen, der von den Rechten mit Respekt und von den Linken neuerdings mit wachsender Bewunderung genannt wird: Hébert! Jacques-René Hébert (1757 geboren — 1794 geköpft) ist, seit einigen Jahren, sozusagen eine Entdeckung: Endlich mal so etwas wie ein proletarischer Revolutionär. Dieser groteske Irrtum ist auf die hemdsärmelige bis



Paul Kellermann: Provokationen zur Hochschul- und Studentenpolitik

„Das Verhalten der Regierenden gegenüber den Studenten ist beispielhaft für das Zusammenwirken von Vorurteil, kurzzeitiger Betrachtung und kurzfristig beschwichtigendem Krisenmanagement.“ Erich Frister, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, 1977

Die interessanteste hochschulpolitische Frage ist gegenwärtig, warum es trotz der objektiv schwierigeren Situation, in der heute in Westeuropa ein Studium durchzuführen ist, nicht zu einer Studentenrevolte etwa des Jahres 1968, ja nicht einmal zu relativ einheitlichen studentischen Aktionen (angesichts der Lage wäre besser von „Reaktionen“ zu sprechen) kommt. Die zweitinteressanteste, aber längerfristig wohl wichtigere Frage ist, wie lange die entsprechenden Staatsverwaltungen die derzeitige offiziöse Hochschulpolitik durchzuhalten vermögen. Um aber gleich falsche Gedankengänge anzuhalten: Weder die erste noch die zweite Frage — und beide hängen unmittelbar aneinander — lassen sich losgelöst von jener Entwicklung stellen oder gar beantworten, die unsere Gesellschaftsform insgesamt erreicht hat. Zur kurzen Charakterisierung dieser Entwicklung einige Stichworte.

I.

Als die wesentlichen Promotoren der industriell-kapitalistischen Entfaltung — und ich spreche eigentlich nur von dieser — sind jene Kräfte einzuschätzen, die sich auf der stetigen Suche nach Möglichkeiten zur Steigerung der Effektivität der Zusammenstellungen natürlicher und von Menschen geschaffener Mittel sowie menschlichen Arbeitsvermögens befinden. Die Richtung ihres Suchens wird dabei von Erwartungen eines Gewinns gelenkt, der historisch-politisch definiert ist: Wird die Erzeugung von Milch oder Schuhen belohnt, zielen die Energien körperlicher und geistiger Anstrengung auf Milch- und Schuhproduktion; läßt sich mehr Gewinn — und dieser ist, ich wiederhole es, historisch-politisch und damit auch grundsätzlich veränderbar bestimmt — mit der Herstellung von Autos, Waffen oder Umweltschutzpflege erreichen, wendet sich jenes Suchen in diese Richtung.

Freilich ist es etwas übertrieben, hierbei an das Bild von den Windhunden zu denken, die einer Hasenattrappe nacheilen. Übertrieben nur deshalb, weil die Windhunde aus anderen Gründen laufen, als den nie fangbaren Hasen in die Effektivitätssteigerung

barbarische Ausdrucksweise des Genannten zurückzuführen, deren er sich in seinem patriotisch-patriarchalischen Kampfblatt zu bedienen flegelte. Diesem Hurraschreier, der unablässig zum Verprügeln und Verjagen politischer aktiver Frauen hetzte, der bei der Gerichtsverhandlung gegen Marie Antoinette, die zu ihrer Verurteilung zum Tode führte, die Exkönigin fragte, wie oft sie mit ihrem minderjährigen Sohne Unzucht getrieben habe, jene historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die diesem Julius Streicher der Französischen Revolution gebührt — wann sind insbesondere die linken Historiker zu soviel Objektivität bereit?

Von ihm aus führt eine kurze Gerade zum Wunsche Vier: Viele Interessierte wüßten gern, ob es eine Parallele vom individuellen Politertor von heute zum Jakobinertor von damals gibt. Handelt es sich doch in beiden Fällen nicht einfach um das Töten des politischen Gegners, sondern auch um stoische Todesbereitschaft auf seiten der Mörder, die zumindest bei den französischen Revolutionären aller Richtungen ununterbrochen verbalisiert wurde. Ist dahinter nicht eine Mystik (eine weltliche, eine Laienmystik der Aktion) des Tötens und Getötetwerdens zu vermuten, des Auslöschens des Individuums und dessen Aufgehen in einen höheren Zweck? Erkundungsfahrten in die entsprechenden psychischen Gebiete wären für die aktuelle Terrorpsychiatrie nicht ohne Gewinn. Daß Heine die Terroristen von damals und ihre Nachfolger, die „bewaffneten Fichteaner“, die er kommen sah, „transzendente Idealisten“ nannte, was ja wohl nur ein anderer Ausdruck für Mystiker ist, darauf hat der Philosophieprofessor Hermann Lübbe hingewiesen.

Professor Schmitt hat ein weiteres Werk über die „Französische Revolution“ veröffentlicht (als Herausgeber, ebenfalls 1976, in der „Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek“ bei Kiepenheuer und Witsch, Köln). Es enthält den „Revolutionären Katechismus“ von François Furet, einen ausgezeichneten Aufsatz von Robert R. Palmer über die „demokratische Volksbewegung in der Französischen Revolution“, einen anderen Aufsatz über die theoretischen Probleme der Revolutionsgeschichtsschreibung von Albert Soboul und weitere hervorragende Arbeiten. Beide Bücher Schmitts sind keine Revolutionsgeschichten, sondern Einführungen in die theoretische Diskussion über die Revolutionsgeschichtsschreibung. Sollen die Historiker nur weiter nach Details graben; soweit sie uns aber Synthesen bieten wollen, sollten sie versuchen, das anhand der jüngsten geistig-politischen Entwicklung zu tun, anhand der Auseinandersetzungen von heute über Eigentum und Kapitalkonzentration, Menschenrechte und Umweltverklammerung, Jugend und Glaube und Irrglaube, weibliche Emanzipation. Das steht noch aus.

des nächsten Laufs zu investieren. Denn darauf wurden die Menschen unserer Ordnung getrimmt: im Wettkampf mit anderen sich anzustrengen und Mittel zu sammeln, um noch wirkungsvollere Anstrengungen und Sammlungen in Konkurrenz mit den jeweils im Kampf Verbliebenen unternehmen zu können.

Dieses Prinzip durchzieht nicht nur, wie wir alle wissen, jede Art von Schulen und Betrieben, sondern ebenso die Spielsysteme wie etwa Schach und Fußball oder die neidvollen Vergleiche im Konsumbereich. Der Erfolg jenes kapitalistischen Prinzips ist genauso an den Verhaltensweisen von Schülern gegeneinander ablesbar wie an der Konkurrenz der Unternehmen auf regionaler, nationaler oder internationaler Ebene oder gar an der ideologischen Wende, die Rotchina zur Zeit durchmacht, wie an den ökonomischen Kniebeugen, welche die erdölproduzierenden Länder vor dem Kapitalismus machen, und die nicht schnell genug selbst effektivere Anstrengungen und Konzentrationen von Produktionsmitteln unternehmen können.

In geradezu aufdringlicher und erschreckender Deutlichkeit schuf und entfaltete dieses Prinzip die politischen, ökonomischen und militärischen Blöcke unserer Welt. Gerade wegen seiner Effektivität, seines alles vereinnahmenden Charakters, der ebenso die Persönlichkeitsstruktur des einzelnen wie die Gliederung der Staaten, ja jede alternative Form gesellschaftlicher Ordnungen ergreift und durchsetzt, wird ein physisches oder intellektuelles Entkommen immer weniger denkbar; was aber nicht gedacht werden kann, kann auch nicht erreicht werden.

Längst hat dieses Prinzip seinen zumindest potentiellen Charakter als Mittel — nämlich die Wirkungen menschlichen Arbeitsvermögens zu steigern, um Leben zu sichern und zu verbessern — abgelegt und ist zum Zweck, zum Selbstzweck geworden. Die Lebenssicherung fällt sozusagen noch nebenbei ab, wobei freilich auch dies immer zweifelhafter wurde: produziert werden Getreide, Mehl und Brot um des erwarteten Gewinns wegen; daß Brot auch Hunger stillen kann, ist noch eine notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingung der Produktion. Was aber Brot ist, die Qualität des Erzeugnisses, richtet sich nach dem Diktat des zum Selbstzweck gewordenen Prinzips und bemißt sich nur sekundär am menschlichen Bedürfnis, das als Vehikel zum größten Umsatz dient. So wird Brot wie jedes Erzeugnis vom Schuh über den elektrischen Strom bis hin zur Concorde oder der Neutronenbombe, der Predigt des Pfarrers, der Mutter, des Lehrers, des Politikers bis hin zur nächtlichen Live-Übertragung eines Boxkampfes vom anderen Erdende nach derselben Ordnung jenes Prinzips gemacht — und dies selbst dann, wenn die Befriedigungsmittel gar Gesundheit und Leben bedrohen oder die Bedürfnisse pervertieren. Zu denken ist dabei etwa an chemische Konservierungsmittel in der Nahrung, an nukleare Energie-

versorgung oder an die Overkill-Kapazität, aber ebenso und vielleicht sogar zuerst an die Lehre des Prinzips selbst, dessen Logik genauso das Denken mit Positivismus in all seinen vielfältigen Schattierungen durchsetzt wie die Organisation des eigenen Lebens; man strengt sich an und sammelt, um ein Tauschmittel zu ergattern, mit dessen Hilfe ein wirkungsvolleres Anstrengen und Sammeln ermöglicht werden soll.

In gewisser Korrektur zu dem einflußreichen Soziologen Max Weber, der einen Zusammenhang von protestantischer Ethik und dem Geist des Kapitalismus sah, meine ich, daß das kapitalistische Prinzip in seiner Dimension des Hinterherhetzens nach nie erreichbaren Zielen, also in der Auffassung, daß das eigentliche Leben immer erst danach beginne — nach der Arbeit, nach der Mühsal — durchaus auch „katholisch“ zu nennen ist. Jedenfalls liegt der Gedanke nahe, daß das Grundprinzip unseres Handeins religiös, ideologisch oder gar Wahndee ist. Denn dieser Prozeß der stetigen Anstrengung findet erst in der Erschöpfung, nach dem Höhepunkt der jeweiligen Existenz sein individuelles, meist unbefriedigendes Ende im Rentenalter des einzelnen, in der Konkursphase des kleinen, mittleren oder großen Unternehmens und womöglich auch in der Epoche der Auflösung regionaler Kommunen und nationaler, gar auch übernationaler Organisationen; ganz sicher aber in der Sterilität eindimensionaler Kommunikations- und Theoriesysteme.

Bei diesem Prozeß wirkt auch das auf die Unfruchtbarkeit oder Erschöpfung hin, was bloß jeweiliger Katalysator, jeweiliges Schmier- und Bindemittel, generalized medium, gerechten Tausch suggerierendes Hilfsmittel ist, also Geld oder Währung in einem umfassenden Sinn. Denn dieses Hilfsmittel verteilt sich ungleich, schnürt dem einen die Existenz ab, putscht den anderen zur größeren Sammlerleidenschaft auf. Die so entstehende Ungleichheit wird als Erfolg des Tüchtigen, Lebensfähigeren und Besseren interpretiert; der Erfolg legitimiert die Ungleichheit, die immer auch soziales Leid erzeugt. — Gesellschaftliche Ungleichheit und soziales Leid gehören untrennbar zu jenem Prinzip wie die besessene Suche nach Effektivitätssteigerung und Konzentration von Mitteln um ihrer selbst willen.

In diesem stetigen Entfaltungsprozeß des kapitalistischen Prinzips verkamen die Individuen, deren Bedürfnisbefriedigung einmal das Ziel aller Arbeit sein sollte, zur quantität negligeeable in einer Auseinandersetzung von Konzernen und Blöcken, die jeweils zunehmend nur noch auf Kosten der anderen Organisation weitere Mittel der Erzeugung und Vernichtung, der vernichtenden Erzeugung und erzeugten Vernichtung konzentrieren können. Das für den einzelnen wesentliche Ergebnis dieser Umwälzungen ist die gemachte Unfähigkeit zu selbst gesetzter, produktiver Anstrengung für die Sicherung des eige-

nen Lebens und die Erhöhung des Lebenswerts, also die geistige und körperliche Unfähigkeit, an und für sich sinnvoll zu arbeiten. Dies gilt tendenziell schon heute für jene bis zu 90 % aller Erwerbstätigen, die in den Ländern des entfalteten Kapitalismus abhängig beschäftigt sind, voll aber für die Millionen Beschäftigungslosen der sogenannten Entwicklungsländer, aber ebenso für die, die in Westeuropa und Nordamerika Empfänger von Unterstützungen des Wohlfahrtsstaats sind.

Daß Studenten nur der Ideologie nach ein anderes Schicksal erfahren, in der Realität aber grundsätzlich genauso heteronom bestimmt und zu gesellschaftlich sinnvoller Arbeit unfähig sind, möchte ich im folgenden zeigen, und dabei auch auf die anfangs gestellten Fragen nach dem Ausbleiben studentischer Reaktionen sowie nach der Geltungsdauer gegenwärtiger offiziöser Hochschulpolitik des Staats zurückkommen.

II.

Es ist wohl unbezweifelbar, daß die erst nach der kriegsbedingten Restaurationsphase einsetzende staatliche Reformpolitik der Universitäten, die sich zuvor noch an Humboldts Idealbild orientiert hatten, vor allem die bessere Qualifikation akademischer Facharbeiter für die wissenschaftlich-technische Entfaltung der sogenannten Produktivkräfte angezielt hatte; Wissenschaftliches Spezialistentum galt etwa ab 1960 als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, weshalb auch eine Zeitlang die öffentlichen Ausgaben für das Schul- und Hochschulsystem als staatliche Investitionen zur Erhöhung des gesellschaftlichen Wohls angesehen und interpretiert wurden. Insbesondere das Wehklagen über die sogenannte Bildungskatastrophe war von wirtschaftlichen Interessen her motiviert; es mobilisierte durch den neidvollen Vergleich mit anderen „Industrienationen“ nicht nur öffentliche Mittel zum Ausban des Bildungssystems, sondern auch Jugendliche zum Besuch weiterführender Schulen. Vor allem die Gymnasien, welche den Hochschulzugang zu vermitteln hatten, konnten bis zu einem Viertel der jeweiligen Zehnjährigen anziehen und durch ihre Klassen schleusen, so daß heute in der BRD etwa 20 % der entsprechenden Altersjahrgänge Universitäten und Hochschulen besuchen. Diese „Ökonomisierung“ und damit die Abwertung des traditionellen Bildungskanons zugunsten praktisch verwertbarer Qualifikation hatten das allgemeinbildende Schulsystem und insbesondere die Universität vor wenigen Jahren nach ursprünglich heftigem Widerstand hinnehmen müssen.

Heutigen Studienanfängern muß die Idee, daß Universitätsbildung für lange Zeit in erster Linie Persönlichkeitsbildung bedeuten sollte, die nur in gelehrtenhafter Einsamkeit und wissenschaftlicher Freiheit erwerbbar zu sein schien, nahezu absurd anmuten: Falls die derzeitige höhere Schule noch Reste einer

autonom interessierten Bildung sich entwickeln ließe, so sorgte der gegenwärtig bis auf die Stunde einer zu belegenden Lehrveranstaltung vorgeschriebene Studienplan dafür, daß statt intellektueller Lust vorwiegend soziales Leid an wissenschaftlicher Arbeit erfahren wird.

Mir scheint es aber ein tragischer Witz der Geschichte zu sein, daß gerade zu der Zeit, zu der wohl erstmals in der Entwicklungsgeschichte der europäischen Universität Wissenschaft relativ frei von der Bindung an einseitige Interessen und ohne notwendige Ausbeutung der Arbeit anderer um ihrer selbst willen betreibbar wäre, die Wissenschaft eben diesen Anspruch aufgeben mußte und aufgab. Denn die hemmungslose Verpflichtung von Wissenschaft und wissenschaftlicher Ausbildung auf Effizienz im Sinne ökonomischer Rentabilität und fachspezifischer Qualifikation erscheint dann gesellschaftlich vor den alten, bisher nicht verwirklichtbaren Erwartungen der Menschen auf soziale Gerechtigkeit und kollektive Freiheit illegitim, wenn es nicht mehr gesellschaftliche Not ist, die solches erfordert, sondern bürokratisches Bedürfnis, dem die Freiheit von Studium und Wissenschaft die gewünschte Kontrolle erschwert. Doch Bürokratie und Kontrolle als Erzeugnisse des kapitalistischen Prinzips sind nicht nur illegitim vor den berechtigten Ansprüchen der Studierenden; sie sind vielmehr bereits anachronistisch gegenüber dem, was das Gesamtsystem zu seinem Überleben braucht.

Zur Erläuterung dieser Sichtweise erscheint es sinnvoll, zwei miteinander korrespondierende Perspektiven zu unterscheiden. Die erste richtet sich darauf zu untersuchen, inwieweit jenes Prinzip die Organisation der Universität als gesellschaftliche Institution erfaßt hat; die zweite bezieht sich auf den typischen Studenten, der auf den vorgegebenen Rahmen eines wissenschaftlichen Studiums zu reagieren hat. Im Zentrum beider Perspektiven steht die bereits aufgeworfene Frage nach der objektiven Situation wissenschaftlicher Ausbildung und nach den Reaktionen der Studierenden.

III.

Die Erklärung für das Phänomen, daß vor zehn Jahren trotz gegenüber heute objektiv besseren Studienbedingungen und Berufs Aussichten Studenten revoltierten, gegenwärtig aber übereinstimmend von verschiedenen Beobachtern über „fleißige“ und „brave“, das heißt „unpolitische“ Studenten berichtet wird (vgl. z. B. „Die große Ruhe an den Unis“; in: IBF, Wien, Nr. 305 vom 15. 5. 1978, S. 11; aber auch: „Gespräche mit den Studentenvorbänden“; in: Informationen, Bildung/Wissenschaft, Bonn, 3/78, S. 66, oder: „Es ist kein Vorwurf an die Jugendlichen von heute, wenn man konstatiert, daß sie augenblicklich in ihrer Mehrheit kein Potential kritischer politischer Veränderung darstellen“, Heidemarie Wiczorek-Zeul:

Zehn Jahre nach der Studentenbewegung; in: Die Neue Gesellschaft, Bonn, 6/78, S. 451), obwohl die Bedingungen der sogenannten Massenuniversität und die Chancen auf lukrative Positionen sich gegenüber vor zehn Jahren sehr verschlechtert haben, liegt hierin: Die Zerstörung durch den Zweiten Weltkrieg nicht nur des Kapitals, sondern vor allem auch der traditionellen klein- und großbürgerlichen Beziehungen und Ressentiments gegen zweckrationale Organisation und Produktion ermöglichte nahezu hemmunglos den Aufbau von Staat und Wirtschaft nach Konkurrenz und Gewinnstreben mit den Folgen der Zentralisierung von Produktionsstätten und Entscheidungskompetenzen sowie der Standardisierung von Erzeugnissen und Regeln — Folgen, die zugleich die Voraussetzungen für die weitere Entfaltung des Prinzips boten.

In dieser Phase, in der sich Wirtschaft und Staat nach jenem Prinzip zu organisieren begannen und entsprechend zweckrationale Planung hohe Effizienz in Form von Wirtschaftswachstum und politischer Integration erreichte, war den Universitäten Spielraum gelassen; sie orientierten sich, im Glauben an eine zeitlose Unabhängigkeit und an die Kraft der forschenden Wissenschaft, an einem Modell des 19. Jahrhunderts und restaurierten womöglich eine Universität, wie sie so — scheinbar stark — zuvor nie gewesen war. Doch nach dem Aufbau von Wirtschaft und Staat erfaßte das kapitalistische Prinzip auch die Universitäten. Sie sollten eingepaßt werden in das zweckrational organisierte System der Effizienzsteigerung jedweder Anstrengung, wobei die Steigerung, nicht das verwertbare Ergebnis der Anstrengung zum Ziel wurde. Gegen die Reglementierung ihres Alltags und ihres Interesses, gegen die endlich doch offenbar gewordene Abhängigkeit und Vereinnahmung durch Wirtschaft und Staat wendeten sich in gleicher Weise Studenten und Lehrende. Sie meinten, aus ihrer Einsicht heraus, die sie durch Wissenschaft gewannen, bessere Lebensformen anstreben zu müssen, als es der Ökonomismus ihnen und der Gesellschaft anbot. Sie protestierten aus moralischen Zweifeln und aus dem Empfinden, sich gegen die Vereinnahmung wehren zu müssen. Sie pochten auf die Verfassung und erfuhren, daß die Auslegung des Grundgesetzes eine Machfrage ist.

Freilich erfaßte das kapitalistische Prinzip nach stürmischen Jahren hinter und in den Hochschulen schließlich auch die Studierenden selbst: Heute lernen sie in Konkurrenz streben nach Mitteln, als wären sie die Zwecke der Anstrengung, erwarten den schließlichen Gewinn erst zu einer immer wieder aufgehobenen Zeit, halten das Studium für einen Übergang, nach dem erst das eigentliche Leben beginne, verdrängen die Alternative zur gegebenen Organisation des Studiums, sehen Bildung nur mehr als Qualifikation, als Mittel zur Erlangung der erhofften Position, verfallen dem Positivismus in Theorie und

Praxis und werden auf diese Weise unfähig zur selbstverantwortbaren Arbeit, Forschung oder Bildung; kurz: Studierende sind in den wesentlichen qualitativen Aspekten gleichsam lohnabhängige Beschäftigte der Universität als staatskapitalistischem Betrieb geworden.

IV.

Die studentische Antizipation des Status abhängig beschäftigter Erwerbstätiger ist einerseits die Folge der objektiven wirtschaftlichen Beziehung von Produktion, Administration und Universität — schließlich werden das Hochschulpersonal und die universitären Anlagen durch Steuermittel bezahlt —, andererseits besteht gegenwärtig ein ideologisches Interesse des Staates (also der Inhaberschaft öffentlicher Gewalt) daran, die Nasen der jungen Studenten auf diese Tatsache der Determination von Studium und Wirtschaft zu stoßen.

Mit dieser Beschreibung der gegenwärtigen Situation soll nicht behauptet werden, daß die Universitäten früherer Zeiten von ökonomischer und ideologischer Abhängigkeit freigesenen wären; zu jeder Zeit hatten die jeweils formal höchstqualifizierenden Bildungsinstitutionen aus den Erträgen der Arbeit anderer bezahlt werden müssen und waren immer auch auf eine Ausbildung für gesellschaftserhaltende, berufliche Tätigkeiten ausgerichtet. Man braucht hier nur an die traditionellen Wissenschaftsdisziplinen etwa der Medizin, des Rechts oder der Theologie zu denken. Was ich aber sagen will, ist, daß jene objektive Determination sich historisch unterschiedlich im Bewußtsein der Subjekte — der Studierenden und Hochschullehrer ebenso wie der außeruniversitären Öffentlichkeit — abspiegelte; unterschiedlich sowohl nach dem Grad als auch nach der Art.

Die Entspaltung oder Korrelation von Wirklichkeit und Bewußtheit der Abhängigkeit variiert — so behaupte ich — nach den wirtschaftlichen und ideologischen Konjunkturen: in Phasen des ökonomischen Aufschwungs und der politischen Integration tritt die Determination in den Hintergrund, und die Universitäten erscheinen frei und autonom; umgekehrt wird in Phasen der wirtschaftlichen und ideologischen Krisen die tatsächliche Abhängigkeit der Hochschulen unübersehbar.

Diese Sichtweise müßte differenziert werden; etwa danach, was universitäre Wissenschaft jeweils qualitativ und quantitativ zu Wirtschaftswachstum und zur Produktion von Loyalität gegenüber dem tradierten Machtssystem beitrug oder beizutragen vermochte; oder danach, aus welchen Sozialkreisen sich jeweils die Hochschulpopulation zusammensetzte. Doch diese an sich notwendige Verfeinerung zur Analyse der realen Situation von Universitäten im Wandel der Zeit kann hier nicht weiter verfolgt werden.

Für die zeitgeschichtliche Lage kann aber skizziert werden: Die Bedeutung der Universitäten für die un-

mittelbare ökonomische Verwertung von Wissenschaft nimmt gegenwärtig wieder ab, weil diejenige Forschung, die profitabel in der derzeitigen Definition von Gewinn ist, aus wirtschaftlichen Motiven von außeruniversitären Forschungseinheiten durchgeführt wird und der für eine zeitgemäße konkurrenzfähige Hochschulforschung notwendige Kapitalaufwand wegen anderer politisch notwendiger Prioritäten staatlicher Mittelvergabe (z. B. Loyalitätssicherung der nichtakademischen Bevölkerungsmehrheit) nicht geleistet werden kann.

Damit im Zusammenhang hat auch die indirekte ökonomische Bedeutung der Universitäten durch Berufsvorbildung abgenommen, weil eine der Entwicklung angemessene inhaltliche Qualifikation ausschließlich durch Beteiligung an Forschungsarbeit nach dem jeweils höchst erreichten Stand erzielt werden kann. So ist die Universität gegenwärtig in ihrem Beitrag zur wirtschaftlichen Entfaltung in der Regel reduziert entweder auf das Nachvollziehen von Forschung an überalterten Geräten oder das Ausweichen auf Gebiete, die ansonsten als ökonomisch unprofitabel gelten und entsprechend von der gewinnorientierten Forschungsproduktion vernachlässigt werden. Bei der beruflichen Qualifizierung hat sich die Hochschule im Fall der ökonomisch interessanten Arbeit auf verhältnismäßig generelle Vorbildung, im Fall der ökonomisch wenig interessanten Arbeit auf die bloße Reproduktion relativ traditioneller Bildung zu beschränken.

Was aber die Universitäten vermitteln — und je weniger sie inhaltlich an der techno-ökonomischen Entwicklung teilnehmen können, desto stärker beschränken sie sich hierauf —, sind formale Titel, die notwendige, keinesfalls aber hinreichende Voraussetzungen zur Übernahme von hierarchisch angeordneten Berufspositionen sind. Aus der bestimmten Diskrepanz von Notwendigkeit und Entsprechung universitärer Bildung und akademischer Beschäftigung speist sich gegenwärtig der soziale Druck zur Anpassung und damit zur konstatierten Ruhe an den Universitäten.

Damit erklärt sich auch das Ergebnis einer Repräsentativerhebung unter westdeutschen Studenten vom Frühjahr 1978. Hiernach beurteilen nur 37 % der Befragten die allgemeinen fachspezifischen Berufsaussichten, aber 68 % die persönlichen Berufsaussichten positiv (vgl. Griesbach u. a. 1978, S. 9). Das ist eine Differenz von 31 %, in die sozusagen die Solidarität der Studenten fällt. Aus ihr springt der Glaube, daß man selbst sich zu retten vermöge, wenn man nur stromlinienförmig und geradlinig genug sein Studium beendet. Die Verwirklichung, ja die Entfaltung der als für das fachspezifische, das fachdidaktische Studienziel nicht notwendig erachteten politisch-sozialen Interessen bleibt auf der Strecke — die Studierenden sind „ruhig“ oder eben „unpolitisch“.

V.

Doch die Frage ist, wie lange dieser Zustand disziplinierter Ruhe anhält — bis zu welcher Spannweite die Diskrepanz von Notwendigkeit und Entsprechung universitärer Bildung und akademischer Beschäftigung anwachsen kann, bevor sie ein anderes Verhalten der Studenten erzeugt. Für die bestehende gesellschaftliche Ordnung — dies abgelesen etwa an der bundesdeutschen und italienischen, aber auch der französischen Szene — kann der Umschwung, den der Staat mit flankierenden Zwangsmaßnahmen der genannten Art (Numerus clausus, Regelstudienzeiten, Ordnungsrecht, Radikalenerlaß etc.) zu verhindern sucht, bedrohlich werden. Denn je größer die Diskrepanz wird, desto deutlicher wird auch die Vergeblichkeit der Anstrengung innerhalb des lustlosen formalen Qualifikationsprozesses, womit die auf das Studium fixierten Energien potentiell freigesetzt werden. Hiernach kann sich die bisher fehlende Voraussetzung für ein Verhalten ergeben, das den Verhältnissen gegenüber kritisch wird. Ein solches Verhalten habe ich im „Parsifal-Theorem“ zu fassen versucht.

Nach diesem Theorem entwickelt sich kritisches Denken und entsprechendes Verhalten in einem Prozeß, dessen Komponenten die Erfahrung von sozialem Leid, die Kenntnis von Alternativen sowie die Freiheit vor der Furcht sind, durch das beabsichtigte Verhalten den erstrebten Status zu gefährden. Nur das Zusammentreffen aller drei Komponenten läßt sich artikulieren, wobei das Empfinden für Ungerechtigkeit und Elend die Energie abgibt, das Wissen um andere Möglichkeiten die Richtung bestimmt und der Glaube, von der Warte eines höheren Werts her an erwartetem Status nichts zu verlieren, die Umsetzung in Handeln subjektiv ermöglicht.

Die Fähigkeit, sogar ohne Vermittlung soziales Leid zu empfinden, erzeugt die entfremdete Situation von Arbeit und Bildung an den Universitäten; die Kenntnis von alternativen Ordnungen erwirbt sich der Studierende durch Anwendung jener erlernten Methode, von der die Wissenschaft lebt, also durch den systematischen Vergleich differentieller Strukturen; nur die Auffassung, daß das Erreichen des erstrebten Status durch kritisches Verhalten gefährdet werden kann, hält die Jugendlichen gegenwärtig zurück. In dem Maß, in dem diese Auffassung angesichts der zunehmenden Beschäftigungslosigkeit von Jungakademikern schwindet, steigt das kritische Potential. Unter ansonsten unveränderten Bedingungen werden die Zwangsmaßnahmen — zusätzlich zu ihrer Wirkung, soziales Leid auch für die Studenten erfahrbar zu machen — den Konflikt wegen ihres Staueffekts noch verschärfen. Die anfangs gestellte Frage ist also, wie lange die Repräsentanten des Staats diese Situation sich aufschaukeln lassen wollen, ab wann sie nach entspannenden Mitteln suchen werden.



Auf weitergehende Überlegungen dazu kann ich hier nicht mehr eingehen; ich habe versucht, sie anderswo darzustellen (vgl. „Soziologische Aspekte der Arbeitsmarktpolitik“, 1979, in: Ernst Gehmacher, *Außerökonomische Aspekte der Arbeitsmarktpolitik*, Wien [Europa-Verlag] 1979). So viel sei aber noch gesagt: Nur in der Umstrukturierung des gesamten Verhältnisses von Arbeit und Bildung, keinesfalls in der partiellen Änderung bloß des Universitätssystems liegt die akzeptable Lösung. In der Umkehrung abhängiger Beschäftigung und formaler Qualifikation in subjektiv wie objektiv sinnvolle Arbeit und individuell wie kollektiv brauchbare Bildung. Andernfalls verstärken sich die bereits wahrnehmbaren inhumanen Tendenzen: auf der einen Seite die Entsprechung von verdummender oder narkotisierender Industrie und Flucht in Nonsenskultur oder Pharmaka; auf der anderen das Korrelat von Kriminalität oder politischem Terror und Polizei oder staatlicher Repression. — Es liegt sicherlich auch an entsprechender Hochschul- und Studentenpolitik, welcher Trend sich durchsetzt, denn noch ist auch der Kapitalismus auf die spontane Produktivität menschlicher Arbeitskraft und die Loyalität angewiesen, welche die Poteaz zur Destruktion der durch wachsende Komplexität und Konzentration immer anfälliger gewordenen Erzeugungs- und Verwaltungsaggregate zurückhält. Daher liegt es im objektiven Interesse aller, denen ja Verletzlichkeit ihrer sozialen und physischen Integrität gemeinsam ist, die bestehenden und sich verstärkenden Spannungen abzubauen, indem Arbeit und Bildung so organisiert werden, daß die gesellschaftliche Existenz gesichert und der soziale Lebenswert erhöht wird.

Doch wann studentische Aktion zur Solidarität findet und zu welchem Zeitpunkt die Inhaber staatlicher Macht ihre Politik im Umgang mit Jugendlichen ändern, läßt sich auf die Stunde nicht sagen; in jedem Fall aber bedingt die Dynamik der industriell-kapitalistischen Entfaltung Änderungen und entsprechende Reaktionen in absehbarer Zeit, weil die wechselseitige Abhängigkeit von Erzeugung, Verwaltung und Ausbildung unaufhebbar ist. Gerade hierin liegt aber auch die Chance vernünftiger Hochschul- und Studentenpolitik.

Olaf Schwencke:

Europa als Friedenspolitik Die europapolitische Kontinuität des demokratischen Sozialismus im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen und geistigen Entwicklung Europas

Mich stimmte mitten im Europa-Wahlkampf die Auslassung eines sensiblen Chronisten nachdenklich. In seinen Tagebüchern aus dem Jahre 1918 bis 1937 notiert der Graf Kessler (Insel-Verlag) unter dem Datum des 30. Januar 1933 (!):

„... Abends war ich Gast von Seect, Simons und Solf im ‚Kaiserhof‘ (Berlin) bei einem Essen mit anschließendem Vortrag von Coudenhove (-Kalergi) über ‚Deutschlands europäische Sendung‘, die Coudenhove natürlich in der Verwirklichung seiner Pan-Europa-Idee sieht. Was mich stört, ist, daß er sein Pan-Europa als Abwehr gegen Sowjet-Rußland errichten will und so den Imperialisten und Propagandisten eines Vernichtungskrieges gegen die Bolschewiki in die Hände spielt. Er erwähnte auch nachdrücklich, daß Churchill und Amery seine Pan-Europa-Idee unterstützen...“.

Es soll hier nicht die Rede sein von einer derzeit völlig auf den Hund gekommenen Pan-Europa-Idee, z. B. durch ihren ersten Repräsentanten, das CSU-Europa-Parlaments-Mitglied Otto von Habsburg — wengleich auch das offenbar nicht ohne „pan“-ideologische Stringenz zu sehen ist —, wohl aber von Bedenken aus einer ernster zu nehmenden gesamt-europäischen Sicht; diese Gefahr scheint dann nicht ohne politische Relevanz zu sein, wenn europäische Integrationsbemühungen die breite Kontinuität des Sozialismus, wie ihn die europäische Arbeiterbewegung definierte (und ein Stück weit auch gelebt hat), politisch nicht mehr sichern würden.

I.

So gibt es ernst zu nehmende Stimmen, die mit der Intensivierung des institutionellen Ausbaus der Europäischen Gemeinschaft ihrerseits durchaus auch politische Bedenken verbinden. Sie befürchten u. a., daß infolge eines solchen Prozesses zweifellos nicht nur eine Entzweigung des demokratisch-parlamentarischen Europas eintritt, in dem sich nicht nur immer engere wirtschaftliche, soziale und schließlich auch kulturelle Beziehungen der Neun bzw. der Zwölf entwickeln, die ihrerseits und zwangsläufig die übrigen westeuropäischen Staaten immer weniger auch an bilateralen Vereinbarungen interessiert sein lassen, sondern — und darin gipfeln solche nicht geringen Befürchtungen — daß, gewissermaßen als politische „Gegenmaßnahme“, die Sowjetunion andererseits ihren Einfluß auf die osteuropäischen Länder so sehr verstärken könnte, daß die Ost-West-Spannungs-

politik dadurch einen Rückschlag erleiden würde. Das wäre in der Tat ein Alptraum: die EG, durch ein direkt gewähltes Europäisches Parlament in ihrem konstitutiven Anspruch legitimiert, politisch weiterentwickelt und parlamentarisch stabilisiert, nun zu einem Machtfaktor sui generis werden zu lassen und damit einer erneuten Blockkonfrontation Ost—West Vorschub zu leisten.

Ich will solche Bedenken bzw. Befürchtungen nicht von vornherein in den Bereich völliger Idiotie verweisen. Es gäbe für solche Befürchtungen einer Entwicklung dann Gründe, wenn für EG-Ministerrat, EG-Kommission und das Selbstverständnis des direkt gewählten Europäischen Parlaments die machtpolitischen Kriterien des vergangenen 19. Jahrhunderts maßgebend wären; aber davon kann in der Tat nicht die Rede sein. Und dort, wo unzeitgemäße Überlegungen solchen Geistes — ich denke etwa an die Ein-Mann-Diktatur-Vorschläge Otto von Habsburgs — noch ansatzweise vorhanden sind, würde die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments Garant dafür sein, daß dem entschieden, also radikal, entgegengewirkt werden würde.

Im übrigen sehe ich, nicht zuletzt aufgrund der Europa-Wahlprogramme der Parteien, keinen Grund für solche Befürchtungen: Die EG ist erweiterungsorientiert, erhebt nicht den Anspruch, ganz Westeuropa repräsentieren zu wollen und begreift sich in ihrer Mehrheit, nicht zuletzt unter dem Druck der Historie, als „Vaterland des Friedens“.

Bislang sind allerdings diese politischen Prioritäten der EG neben den wirtschafts- und agrarpolitischen kaum, jedenfalls nicht deutlich genug, entfaltet worden, obschon die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) außenpolitisch nicht unerhebliche Beiträge zur Friedenssicherung geleistet hat. Das ist nicht zuletzt durch die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit mit der Schlußakte von Helsinki (1975) erkennbar geworden.

Zweifelloos werden aber die entscheidenden friedenssichernden Aufgaben noch vor dem Europa der Neun bzw. Zwölf liegen: Der Zwischenbericht, den Willy Brandt als Vorsitzender der „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ (s. a. NG 12/78; Red.) vorgelegt hat, macht diese Aufgabenstellung im Rahmen einer westeuropäischen Friedenspolitik besonders deutlich; und zwar als Akt einer „Solidaritätspolitik“, die erhebliche finanzielle Leistungen der westeuropäischen Industriestaaten zur Folge haben muß.

Die EG mit ihrer künftig breiten demokratisch-parlamentarischen Legitimation muß ihre Hauptaufgabe innen- wie außenpolitisch als umfassenden friedenssichernden Auftrag begreifen; das wäre der wichtigste Beitrag Westeuropas innerhalb der Weltpolitik und zugleich der originäre eines entwickelten europäischen demokratischen Sozialismus; als These formuliert: Europapolitik ist zuvörderst

Friedenspolitik. Und daraus ergeben sich konkrete Handlungsnotwendigkeiten.

II.

Ein ganz knapper europapolitischer Rückblick zur Entwicklung dieses Gedankens ist erforderlich, um zumindest ansatzweise die Stringenz des internationalen politischen Beginns der Arbeiterbewegung bis zum Kölner Europa-Programm der SPD zu skizzieren: Friedenspolitik war die Grundlage für alle sozialistischen Europa-Konzepte.

Ich muß die einzelnen Phasen der politischen Entwicklung der SPD übergehen und greife lediglich ein paar Schwerpunkte von europäischer Programmatik heraus.

Zunächst ist zu erinnern an die ganz frühe Entschließung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“, der 1866 forderte, den „Deutschen Volksstaat“ als den „Anfang eines solidarischen europäischen Staates“ zu schaffen; konsequenterweise stimmten dann auch Bebel und Liebknecht 1871 gegen die Annexion Elsaß-Lothringens — ihrer und anderer Genossen Haltung hat wegen ihrer konsequenten anti-nationalistischen und anti-militaristischen Grundposition, jedenfalls bis 1914, bekanntlich dazu geführt, daß sie sich als die allgemein gefährlichen „vaterlandslosen Gesellen“ haben abstemplen lassen müssen.

Die SPD hat als einzige Partei in der Weimarer Republik, die sich auch heute noch auf eine ungebrochene Tradition außenpolitischer Schwerpunkte berufen kann, immerhin bereits im September 1925 folgenden Passus in ihr Parteiprogramm von Heidelberg aufgenommen: „Sie tritt ein... für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen. Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik.“

Auf diesen Beschluß, ihn voll bekräftigend, hat im übrigen Kurt Schumacher unmittelbar nach dem II. Weltkrieg in Hannover (1946) hingewiesen. Die Kontinuität hat — über die Exil-Sozialdemokratie — für die SPD fortbestanden; die Ostpolitik Willy Brandts zählt dazu wie die Schlußakte von Helsinki: Friedenspolitik ist ihr hervorragendster Beitrag als „Funktion im Prozeß der Überwindung der Spaltung Europas“. Im Zusammenhang mit der friedenspolitischen Bedeutung der EG steht die Äußerung Bundeskanzler Helmut Schmidts (in seiner Regierungserklärung 1976), wenn es dort heißt: „Die Europäische Gemeinschaft bleibt für uns lebenswichtige Voraussetzung für die Sicherung von Frieden und Freiheit.“ Noch deutlicher pointiert das Kölner Europa-Programm (10. Dezember 1978) „Soziale Demokratie für Europa“ diese Aufgabe für die künf-

tige Arbeit im EG-Parlament: „Ziel der Arbeit der Sozialdemokraten in der EG ist die Sicherung des Friedens“.

Herbert Wehner hat auf dem Kölner Parteitag in der ihm eigenen Deutlichkeit auf diesen Strang der Kontinuität sozialdemokratischer Politik aufmerksam gemacht, indem er sich mit der fatalen Unterstellung des CDU-Vorsitzenden Kohl, den „geschichtslosen Gesellen“, auseinandersetzte.

III.

Die Begriffe „Europa“ und „Frieden“ korrespondieren also in sozialdemokratischen Programmen. Sie verbinden sich in den politischen Diskussionen der ersten Nachkriegsjahre allerdings weit über das Lager der demokratischen Sozialisten hinaus; jetzt gibt es in Kirchen- und Gewerkschaftskreisen, auch bei Konservativen und Liberalen, so etwas wie einen Grundkonsens: Europa heißt die Vorbedingung des Friedens!

An einen europapolitischen Ansatz, der seinerzeit außerordentlich viel Zustimmung fand, und der in seinem geistigen Zusammenhang wesentlich tiefergreifender als die gegenwärtigen Europa-Erklärungen und -Programme der Parteien fundiert war, sollte heute erinnert werden, und er könnte in die derzeitige Debatte einfließen, um sie politisch stärker zu substantiieren. In der nach dem Krieg wirkungsvollsten „Zeitschrift für Kultur und Politik“, den von Eugen Kogon und Walter Dirks herausgegebenen „Frankfurter Heften“, schreibt Dirks im allerersten Heft (April 1946) unter dem Titel „Die Zweite Republik“ (die es damals noch nicht gab) u. a.:

„Wir proklamieren das Ende des souveränen Nationalstaates. Wir können es um so mehr, als wir es sind, dieses Ende: nur müssen wir es auch wollen, um aus der Not der Stunde wahrhaftig eine Tugend zu machen ... Wir steuern die europäische Konföderation an ... — nicht gegen andere außereuropäische Mächte, sondern gerade für sie, wenn auch zunächst einmal für uns, für diesen in Krieg und Krise zerrütteten Kontinent. Wir suchen Verbindung und Austausch mit der ganzen Welt, vor allem mit den Vereinigten Staaten ... ferner mit unserem mächtigen Nachbarn im Osten. Die europäische Stufe darf dabei jedoch nicht übersprungen werden.“

Dirks fährt dann fort, nachdem er die „gegliederte Fülle, nicht ein Völkergemisch“, im „konföderativen“ Europa fordert:

„Europa, der arme Kontinent, kann nur gelteu und bestehen, wenn er sich zusammenrafft: wenn er seine Bodenschätze, seine Produktionsmittel und seine Arbeitskraft planmäßig organisiert. Das bedeutet das Ende der europäischen Idylle. (...) Unser Friede ist dahin, seitdem wir modern geworden sind; Wir können nur zu neuem Gleichgewicht kommen, wenn wir noch moderner werden. Und freilich bei dieser Gelegenheit den ganzen Prozeß in unsere

Hand und unter unseren Willen bekommen. Die europäische Freiheit und Unabhängigkeit rettet sich nicht, indem sie auf sich besteht, sondern indem sie sich freiwillig begrenzt.“

Und er zieht, indem er seinen Begriff eines demokratisch-christlichen Sozialismus, den er später immer weiter präzisierete, schon hier andeutungsweise erläutert, den „nachdenklichen Leser“ (FH-Einleitung) ins Gespräch:

„Wer soll der Träger des Planes sein? Nicht eine Clique (...), nicht der Staat (er nur ‚federführend‘ ...), sondern das Volk. Das bedeutet technisch-organisatorisch so etwas wie ‚Wirtschaftsdemokratie‘. (...) Aber jenes schwache Wort begreift die epochale Wendung nicht ein, die das bedeutet, nicht die elementaren und tiefen Forderungen, die sie an den Menschen, seine Moral, seine Lebensführung stellt. Wir wissen ja, daß die europäischen Völker, wenn sie ihre Wirtschaft planmäßig organisieren und diesen Plan ... im Volk verwurzeln, in eine neue geschichtliche Epoche eintreten — in die des verwirklichten Sozialismus“.

Zusammenfassend: „Europa und Sozialismus, das ist eine allererste Fixierung ...“. Als Träger („Realisationsfaktoren“) dieser Zweiten Republik sieht Dirks das Bündnis von Arbeitern und Christen als notwendige Voraussetzung, um „Europa“ entstehen zu lassen.

IV.

Walter Dirks und seine Freunde hatten die Hoffnung, daß zur Befriedung Deutschlands und Europas die offene Frage „Deutschland“ europäisch im Sinne eines christlichen Sozialismus — dem historischen Kompromiß von „Christen und Arbeitern“ — alsbald gelöst werden konnte. Ihre Hoffnung fand ein ungeheures Echo (die Leserschaft der „Frankfurter Hefte“ lag bald weit über 50 000; sie wurde damals eigentlich nur durch die Papierknappheit begrenzt). Solche Überlegungen fanden viel Zustimmung, besonders in kirchlichen Kreisen, und sie wurden auch von manchen eher konservativen Zeitgenossen geteilt (noch am späteren Ahlener CDU-Programm z. B. ablesbar): „Europa“ — das war die Idee des Friedens, die es in Westeuropa, exemplarisch auch für den Osten, auszugestalten galt! Übrigens — etwa bei Eugen Kogon — galt das auch im Blick auf den anderen Teil Deutschlands: „Der deutsche Aufbau im Rahmen der neuen europäischen Politik, der nun im Westen beginnt, ist richtig vollbracht, ein wirklicher, nicht ein vermeintlicher Schritt zum Frieden“ (1948).

Wer die programmatischen Reden der Politiker der ersten Stunde und die allerersten Nachkriegsparteiprogramme studiert, wird eine Fülle von Belegen für die z. T. sehr präzisen Zukunftsvorstellungen finden: Europa, durch zwei Weltkriege in seiner wirtschaftlichen Potenz zerstört und in seiner geistigen Existenz in die Krise geraten, sollte mit der Kraft aller

zu neuen Ufern des Friedens aufbrechen. Zu „Europa“ gab es keine ernsthafte Alternative. Das war so etwas wie ein breiter common sense.

Wie bei Dirks, so verbindet sich vor allem in der Sozialdemokratie — nun auch darin auf die Kirchen positiv zugehend — mit dem Thema Europa die Hoffnung auf dauerhaften Frieden. Mehr noch: die europapolitischen Ziele werden gleichsam als identisch mit der Sinnfrage schlechthin begriffen. So meinte auf dem zweiten Nachkriegsparteitag der SPD in Nürnberg (1947) ihr Vorsitzender Kurt Schumacher: „Die Diskussion Europa ist in Wahrheit das Suchen nach einer Sinngebung des Lebens, nachdem wir jetzt eine Periode sinnlosen Vegetierens durchgemacht haben. Wir können uns dabei keinen Plan der Vereinigten Staaten von Europa aussuchen, wir können . . . nur induktiv und experimentell den Weg der realen Möglichkeiten . . . durchschreiten.“

Der Weg war schwierig und für Leute wie Kurt Schumacher oder Carlo Schmid und Fritz Erler enttäuschend. Am deprimierendsten war die geistige Stagnation, die mit dem Erbblühen der Wirtschaftswunderwelt einsetzte und europapolitische Rückschläge brachte. Dirks sprach schon 1950 von dem „restaurativen Charakter“ der Epoche und brachte die Grundtendenz auf die Formulierung, daß „wir . . . dabei (sind), den Frieden zu verlieren.“

Die Direktwahl 1979 wurde deshalb auch international so sehr begrüßt, weil sie die Chance bietet, „Europa“ und „Frieden“ erneut und aufgrund konstruktiver Maßnahmen so miteinander zu kopulieren, daß aus Europa eine dauerhafte „Friedensmacht“ für die Welt werden könnte.

V.

Wichtige Beschlüsse liegen dafür konstitutionell längst vor. Trotz der nüchternen Sprache einer Satzung liest sich die Gründungsurkunde des Europarats vom 5. Mai 1949, die zunächst von zehn Staaten vor dreißig Jahren unterzeichnet wurde, reichlich idealistisch. Die Hoffnung auf ein einiges Europa, mit Offenheit zum Osten, ist insbesondere in der Präambel spürbar: Der Europarat wurde von den Regierungen Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Irlands, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Schwedens und Großbritanniens in der Überzeugung gegründet, daß „die Festigung des Friedens auf den Grundlagen der Gerechtigkeit und internationalen Zusammenarbeit für die Erhaltung der menschlichen Gesellschaft . . . von lebenswichtigem Interesse ist“.

Weiter wird seine Existenz begründet durch die „unerschütterliche Verbundenheit mit den geistigen und sittlichen Werten . . . und der persönlichen Freiheit, der die politische Freiheit und die Herrschaft des Rechts zugrundeliegt, auf denen jede wahre Demokratie beruht“. Dieses geschehe „in der Überzeugung, daß zum Schutze und zur fortschreitenden Verwirklichung dieses Ideals und zur Förderung des

sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts zwischen den europäischen Ländern, die von demselben Geiste beseelt sind, eine engere Verbindung hergestellt werden muß . . .“.

In Artikel 4 heißt es: „Jeder europäische Staat, der für fähig und gewillt befunden wird, die Bestimmungen des Artikels 3 (d. h.: Garantie der Menschenrechte und Grundfreiheiten) zu erfüllen, kann vom Ministerkomitee eingeladen werden, Mitglied des Europarats zu werden.“

Mit dieser Satzung beginnt der europäische Gedanke seine institutionelle Gestalt zu gewinnen: am Anfang mit dem deutlichen Ziel, eine Europäische Union zu schaffen. Das war die Antwort auf die europäische Leidensgeschichte, deren Hauptakteur Deutschland nun zum leidenschaftlichen Promoter der „Friedensmacht Europa“ werden wollte.

Die Bundesrepublik konnte erst 1951 Vollmitglied des Europarats werden; inzwischen gehören ihm 21 Staaten an — neben den neun EG-Ländern und den drei potentiellen EG-Mitgliedern Griechenland, Portugal und Spanien sind es die Türkei, die nordischen Länder Schweden, Norwegen und Island, weiterhin Österreich und die Schweiz sowie seit kurzem Liechtenstein, schließlich die beiden kleinen souveränen Inselstaaten Malta und Zypern. Finnland und der Vatikanstaat gehören nur dem Europäischen Rat für Kulturelle Zusammenarbeit (CCC) an; sie haben die Europäische Kulturkonvention (des Europarats) von 1954 unterzeichnet.

Die Bundesrepublik hat im Rahmen der verschiedenen Arbeitsbereiche des Europarats — insbesondere durch ihre Mitglieder in der Parlamentarischen Versammlung — nicht nur ihren Anteil zur Weiterentwicklung von Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik geleistet, sondern ihrerseits aufgrund des friedenspolitischen Ansatzes dieser Institution von hierher erhebliche Unterstützung für ihre Deutschland- und Ostpolitik erhalten. Der Europarat war im übrigen die frühe Basis der Versöhnung Deutschlands mit Frankreich: und er stützte seit 1969 die sozialliberale Friedenspolitik mit dem Osten. Ohne die durchgehend positiven Voten der Mitglieder aus nahezu allen Parteigruppierungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats hätten die friedenspolitischen Aktivitäten der Regierung Brandt/Scheel schwerlich ihre internationale Resonanz und die faktischen Erfolge gehabt.

Zum friedenspolitischen Selbstverständnis des Europarats gehört es auch, die Grenzen Westeuropas soweit wie möglich zu überschreiten — auch zum Osten: So hat u. a. bereits der jugoslawische Außenminister vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gesprochen, und es ist durchaus denkbar, daß sein rumänischer Kollege in absehbarer Zeit folgt (und es wäre — z. Z. zwar eher Fiktion als Wirklichkeit — auch der Auftritt eines polnischen Sprechers in späteren Jahren denkbar).

VI.

Aufgrund der Pariser und Römischen Verträge (Pariser Konferenz 1954; Römische Verträge 1957) hat sich der Prozeß zur Gemeinschaft der Sechs bzw. Neun im wesentlichen nur im Wirtschaftlichen vollzogen. Die Präambel des Römischen Vertrags weist — lose anknüpfend an die Aufgaben des Europarats — allerdings darüber hinaus: „Die Gemeinschaft soll einen engeren Zusammenschluß der europäischen Völker schaffen, den sozialen Fortschritt sichern und hemmende Schranken beseitigen (sowie) die stetige Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen anstreben.“

Das Europäische Parlament schickt sich an, diese Absichtserklärung zum Anlaß der Weiterentwicklung der EG auch in seinen sozialen und kulturellen Dimensionen — in Kooperation mit dem Europarat — zu nehmen. Nach den Jahren der europäischen Stagnation, vor allem durch die Politik des „leeren Stuhles“ bedingt, haben erst die Gipfelkonferenzen von Den Haag (1969) und Paris (1974) mit der Entschliebung zur Einführung von Europäischen Direktwahlen den europäischen Durchbruch gebracht; dann hat der Tindemans-Bericht (Dez. 1975) erneut die europäische Friedensperspektive aufgegriffen und sie soweit wie möglich durch konkrete Empfehlungen qualifiziert. Im Anschreiben Leo Tindemans an seine Kollegen im Europäischen Rat heißt es u. a.: „Die Bemühungen um eine gemeinsame Haltung zu den großen weltpolitischen Problemen und die Konzentrierung in Fragen unserer Sicherheit sind Voraussetzung einer Politik der Wahrung unserer Identität. Für Europa sind sie unerläßliche Grundlagen für die Schaffung einer besseren Welt.“

Slan der Europäischen Union muß es sein, uralte, zwischen Nationalstaaten künstlich aufrechterhaltene Gegensätze zu überwinden und eine humanere Gesellschaft zu errichten, in der bei gegenseitiger Achtung unserer nationalen und kulturellen Eigenarten das Gewicht eher auf das gelegt wird, was uns eint, als auf das, was uns trennt.

Solch ein Europa kann wieder Zuversicht einflößen und den lohnenden Einsatz für eine neu erwachte, inhaltsreiche, von Ideen erfüllte Bewegung darstellen.“

Solche Erwartungen verbinden Europäer aus allen deutschen Parteien mit der Direktwahl. Allerdings ist im Programm der Sozialdemokraten dieses Ziel am konkretesten definiert; doch der gemeinsame „Wahlaufruf“ der elf sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien innerhalb der neun Mitgliedsländer vom Januar 1978 in Brüssel bietet zweifellos für diese Realisierung akzeptable politische Voraussetzungen.

VII.

Die politischen Hoffnungen konzentrierten sich unsererseits stets und vor allem heute im Blick auf das direkt gewählte Europäische Parlament auf ein

Europa der Friedensmacht. Da die EG sich weitgehend als „Großmarkt der Wirtschaft“ nach außen darstellt, jedenfalls für ihre Kritiker aus den linken Parteien, muß die Korrektur durch das Handeln der europäischen Abgeordneten selber erfolgen. Willy Brandt, der immer wieder vor zu hochgesteckten Erwartungen warnt, hat die friedenspolitischen Aufgaben der EG anläßlich des Kongresses der Europäischen Bewegung in Brüssel 1976 sehr deutlich herausgearbeitet: „Europa ist schließlich keine Massierung traditioneller Macht, von der unsere Gemeinschaft ihre Attraktivität bezieht. Es ist auch nicht nur die Zusammenfassung der ökonomischen Energien, die so große Hoffnungen auf Europa lenkt. Die Ausstrahlung der Gemeinschaft wird bestimmt sein von einer Ordnung der freiheitlichen und sozialen Verantwortung, in der sich eine moralische und geistige Kraft ausdrückt. Sie ist das eigentlich Neue in einer Welt, . . . (die) ohne die Existenz der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr denkbar (wäre).“

Diese Erwartungen werden auch außerhalb der EG-Mitgliedsländer geteilt. So hat Bruno Kreisky, Regierungschef der Republik Österreich, die auch künftig kein Mitglied der EG sein wird, erklärt: „Inzwischen ist die EWG zu einem Stabilitätsfaktor der internationalen Politik geworden, dessen Bedeutung weit über die Grenzen unseres Kontinents hinausgeht . . . und insbesondere für die west-östliche Schnittlinie meines Landes von vitaler Bedeutung ist.“ In seinem Beitrag im SPD-Pressedienst (24. Januar 1979) sieht Kreisky die „Volkswahl zum Europaparlament“ deshalb als „bedeutsamen Schritt“ an, weil vor allem die Friedenspolitik dadurch neue Anstöße erhält.

Wer heute eine aktive Rolle Europas in der Welt wirklich ernsthaft will, wird nicht das „westliche“ Europa gegen das „östliche“ ausspielen; keiner kann im übrigen übersehen, daß wir kulturell und politisch als Mittel- und Westeuropäer stets Nehmende und Gebende gewesen sind — einstmals und heute, in ganz neuen Dimensionen! Europa lebt aus den mannigfachen Wurzeln des kulturellen Selbstverständnisses der Völker und Regionen. Erst kürzlich hat die „Konferenz Europäischer Kirchen“ (KEK), die mit ihren Mitgliedskirchen weit über Westeuropa hinausragt, diesen Gesichtspunkt hervorgehoben und die politische Friedensaufgabe von hierher erneut begründet. Europa muß insbesondere für die gewaltfreie Gestaltung der Ost-West-Beziehungen künftig noch größere Anstrengungen unternehmen — mit den Worten der BKD-Erklärung (21. Oktober 1978) lautet dieser Auftrag: „Die Europäische Gemeinschaft hat eine besondere Verantwortung für die Erhaltung des Friedens zwischen Ost und West, weil Europa durch die Spaltung der Welt in Machtblöcke besonders betroffen ist“ (Punkt 6).

Das ist der eine friedenspolitische Aspekt — der andere ist der Nord-Süd-Konflikt, die „Soziale Frage



Hubert Volgtländer: Raumordnungspolitik In der Sackgasse? Anmerkungen zum Raumordnungs- bericht 1978

für den Rest dieses Jahrhunderts“ (Willy Brandt). Sozialdemokraten nennen in ihrem Europa-Programm diese Aufgabe „Solidaritätspolitik“. Bei der BKD (Punkt 7) lautet die Aufforderung: „Wir erwarten von den Politikern, daß sie den Wählern Zukunftsperspektiven für den Weg unserer Völker und für die Menschengemeinschaft auf Erden vor Augen stellen. Je klarer die Zukunftsaussagen sind, um so größer wird die Bereitschaft zum Engagement sein.“

Das ist der neue umfassende Friedensbeitrag, der von der Gemeinschaft erwartet wird. Durch das direkt gewählte Europäische Parlament ist die Chance gewachsen, über den Kreis von europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten hinaus die Kräfte des Fortschritts für die wichtigste europäische Aufgabe der Zukunft zu verbünden: damit dieses historische Werk des Friedens gemeinsam vollbracht werden kann.

Nach Jahren relativer Erfolgszuversicht wird seit einiger Zeit die Raumordnungspolitik, insbesondere die des Bundes, sehr negativ beurteilt. Man spricht von einem „Stillstand der Raumordnungspolitik“ (vgl. Vöth, W., Raumordnungspolitik: Programmverbund und Vollzugspartikularismus, in: Politikverflechtung im föderativen Staat, hrsg. von J. J. Hesse, Baden-Baden 1978, S. 167) und prophezeit ihr, daß sie demnächst nicht umhin kommen werde, den Offenbarungseid leisten zu müssen (vgl. Naschold, F., Alternative Raumpolitik, Kronberg/Ta. 1978, S. 16). Dieser konstatierte bzw. angekündigte Niedergang der Raumordnungspolitik bedarf des Beweises und der Erklärung. Folgt man dem heute gängigen Erklärungsmuster, so ist er in erster Linie

- in der Absingung eines dem bloßen Pragmatismus verschriebenen Bundeskanzlers gegen Planung, verstärkt durch das Desinteresse von Parteien und Parlament an raumordnungspolitischen Fragen,
 - in der nur unzureichenden Rahmenkompetenz des Bundes in der Raumordnung,
 - in dem Ressortprinzip, das eine effektive Koordination kaum ermöglichte,
 - in den fehlenden Haushaltsmitteln für raumordnungspolitische Aufgaben und schließlich
 - in der fehlenden gesellschaftlichen Klientel, die für eine konsequente Durchsetzung der Politik unabdingbar ist,
- begründet. (Vgl. Naschold, F., Alternative Raumpolitik, a.a.O., pass.).

Was den ersten Vorwurf angeht, der Bundeskanzler bzw. die Bundesregierung betreibe eine rein pragmatische Politik, so wäre dieser sicherlich berechtigt, wenn der Nachweis erbracht werden könnte, diese Politik sei nicht mehr als eine „theorielose“ Durchwurstelei ohne klare Zielvorstellung. Dies kann jedoch weder für die Raumordnungspolitik noch für einen anderen Politikbereich nachgewiesen werden. Im Raumordnungsbericht 1978 der Bundesregierung, in dem nicht nur der politische Stellenwert, sondern zugleich der Handlungsrahmen der Raumordnungspolitik des Bundes aufgezeigt wird, dürfte sich für dieses Argument jedenfalls schwerlich ein Anhaltspunkt finden.

Allerdings sollten an einen Raumordnungsbericht der Bundesregierung auch nicht zu hohe Erwartungen geknüpft werden. Denn Auftrag und Aufgabe dieses alle vier Jahre vorzulegenden Berichts (vgl. § 11 ROG) sind im Raumordnungsgesetz festgelegt.

Nach dem gesetzlichen Auftrag ist es Aufgabe des Raumordnungsberichts:

- die Situation und Tendenzen der räumlichen Entwicklung aufzuzeigen,
- die Auswirkungen zwischenstaatlicher Verträge auf die räumliche Entwicklung des Bundesgebiets darzustellen und
- die im Rahmen der angestrebten räumlichen Entwicklung durchgeführten und geplanten Maßnahmen zu erläutern.

Die Grundaussagen des Berichts lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die räumliche Bestandsaufnahme auf die Entwicklungstendenzen zeigen einerseits, daß trotz raumordnerischer Einflußnahme und der erzielten Fortschritte in der Infrastrukturversorgung die strukturschwachen Gebiete wegen der ungünstigen Arbeitsmarktsituation auch weiterhin als Problemgebiete anzusehen sind. Andererseits haben sich im Berichtszeitraum (von 1974—1978) auch die Probleme der Verdichtungsräume wegen der zunehmenden Verflechtung mit dem Umland weiter verschärft. Die Abwanderung der Bevölkerung aus den Städten in das Umland und deren Folgen sind in den Mittelpunkt des raumordnungspolitischen und stadtentwicklungspolitischen Interesses gerückt. Hier verzahnen sich Stadtentwicklung und Raumordnung. Sie müssen deshalb als eng zusammenhängende Politikbereiche verstanden werden (vgl. Teil I des Raumordnungsberichts 1978: Situation und Entwicklungstendenzen der großräumigen Ungleichheiten).

2. Nach wie vor wird von der Bundesregierung die Raumordnung als eine wichtige politische Aufgabe angesehen. Dabei haben die Ziele der Raumordnungspolitik, wie sie im Raumordnungsgesetz niedergelegt und im Bundesraumordnungsprogramm konkretisiert sind, für die Bundesregierung unverändert Gültigkeit. Ausgehend von dem gesellschaftspolitischen Leitziel, die Lebensqualität für alle Bürger zu verbessern, bleibt die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Bundesgebiets auch weiterhin Aufgabe der Raumordnungspolitik. Drei Ziele sind dabei gleichgewichtig anzustreben: der Abbau erwerbsstruktureller Benachteiligungen, die Sicherung einer gleichwertigen Infrastrukturversorgung und die Verbesserung der Wohn- und Umweltqualität in allen Teilräumen. Damit werden von der Bundesregierung Überlegungen bezüglich einer großflächigen räumlich-funktionalen Aufgabenteilung zwischen den Regionen im Bundesgebiet abgelehnt. Denn dies würde einerseits unausweichlich im Laufe der Zeit für größere Teilräume eine „passive Sanierung“ bedeuten und andererseits in den bereits stark verdichteten Regionen zu weiteren Belastungen der Wohnbedingungen und Umweltverhältnisse führen (vgl. Teil II des Raumordnungsberichts 1978: Ziele der Raumordnung).

3. Entsprechend dem im Jahre 1975 von Bund und

Ländern beschlossenen Bundesraumordnungsprogramm hat die Bundesregierung im Berichtszeitraum auf die Realisierung der dort formulierten Zielsetzungen hingewirkt. Dies wird in einer Bilanz über die Koordinierung der raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einschließlich des Einsatzes der raumwirksamen Investitionen nach § 4 Abs. 1 Raumordnungsgesetz innerhalb des Bundes verdeutlicht. Dabei zeigt sich: Die Raumordnungspolitik des Bundes hat einen wichtigen Beitrag geleistet und verhindert, daß die Entwicklung zwischen Verdichtungsräumen und benachteiligten Gebieten weiter auseinanderlief (vgl. Teil III des Raumordnungsberichts 1978: Vollzug des Bundesraumordnungsprogramms).

Sicherlich wäre es unredlich und unwissenschaftlich zugleich, die Schwierigkeiten der Raumordnungspolitik des Bundes vor dem Hintergrund der intensiven Diskussion über die Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen des Bundes zu verleugnen. Was dabei die unzureichende Rahmenkompetenz des Bundes in der Raumordnungspolitik angeht, so ist diese sicherlich nicht bestreitbar. Aber hierbei handelt es sich um ein Grundproblem jeder föderativen Staatsordnung, das verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch nicht lösbar ist. Niemand sollte jedoch übersehen, daß die Verfassungsnormen und die gesetzlichen Vorschriften Bund und Ländern genügend Spielraum lassen, um raumordnungspolitische Ziele, trotz vielfältiger Schwierigkeiten, durchsetzen zu können.

Für die Raumordnungspolitik des Bundes stellen das Raumordnungsgesetz und das Bundesraumordnungsprogramm den langfristigen Orientierungsrahmen dar. Dabei sollte jedoch angesichts der Tatsache, daß das langjährige Bemühen, durch vertikale Koordinierung Einfluß auf die nachgeordneten räumlichen Rahmenplanungen zu nehmen, in Anbetracht des hohen Konsensbedarfs und des geringen Durchsetzungspotentials der Raumplanung — so fehlen insbesondere Haushaltsmittel und somit der „goldene Zügel“ zur Verwirklichung von raumordnungspolitischen Zielvorstellungen des Bundes — zu einem Ausweichen in die inhaltliche wie formale Unverbindlichkeit führte (vgl. Scharpf, F. W./Schnabel, F., Durchsetzungsprobleme der Raumordnung im öffentlichen Sektor, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1/1978, S. 38), aber keine Veränderung der räumlichen Strukturen bewirkte, künftig die horizontale Koordination auf der Ebene ausführender Maßnahmen Vorrang erhalten. Das heißt: Wenn Raumordnungspolitik das unbestreitbar vorhandene Vollzugsdefizit abbauen will, müssen die tatsächlich raumgestaltenden Maßnahmen, in denen der Staat selbst Investitionen durchführt, bzw. die Allokation privater Investitionen beeinflusst, im Vordergrund stehen (vgl. Ganser, K., Raumbedeutsame Instrumente für ein Bundesraumordnungsprogramm, in: Informationen

zur Raumentwicklung, Heft 1/1978, S. 50 f.).

Dabei stehen die Fachplanungen im Vergleich zur Raumplanung allein schon deshalb vor einem geringeren Konsensbildungsproblem, weil sie in ihrer Zielsetzung weniger anspruchsvoll und auf einen einzigen Aufgabenbereich ausgerichtet sind sowie ihre Prioritäten eindeutig bestimmen und verständlich machen können. Die Raumplanungen als Querschnittsplanung müssen im Gegensatz dazu bemüht sein, die widersprüchlichen Anforderungen verschiedener sektoraler und regionaler Perspektiven gleichzeitig zu beachten.

Der aber bedeutsamere Konsensvorteil der Fachplanungen ist darin zu sehen, daß sie einen bestimmten Personenkreis ansprechen, der sich von den Maßnahmen Vorteile verspricht. Bei der politischen Willensbildung im Parlament und in der Bundesregierung können deshalb Fachplanungen auf die politische Unterstützung der begünstigten Interessengruppen rechnen. Eine entsprechend mobilisierbare politische Klientel fehlt dagegen der Raumplanung. Denn wird eine umfassende Koordinierung aller raumwirksamen Maßnahmen angestrebt, so sind die davon Betroffenen kaum in der Lage, ihre Vorteile zu erkennen und in eine politische Unterstützung umzusetzen.

In diesem Zusammenhang sollte auch nicht übersehen werden, daß Fachplanungen auch über eine größere Steuerungskapazität verfügen. So sind sie in der Regel unmittelbar für die Finanzierung bzw. für die finanzielle Förderung von Vorhaben zuständig. Demgegenüber bleibt die Raumplanung, die weder über Finanzierungskompetenzen noch über Weisungsrechte gegenüber den Fachressorts verfügt, allein auf die sachliche und politische Überzeugungskraft ihrer Argumente angewiesen.

Mit diesen Überlegungen soll nicht die Bedeutung der Raumplanung grundsätzlich in Frage gestellt werden. Nur dürfte außer Zweifel stehen, daß ihre Effektivität größer ist, wenn sie die Zielsetzung einer normativ verbindlichen und integrativen Planung aufgibt und den Konsensbedarf verringert. Denn nur ohne hohen Verbindlichkeitsanspruch sind überzeugende Analysen und Prognosen möglich. Auf einer derart informativen Basis können sowohl die Fachressorts des Bundes als auch Länder und Kommunen die Bedingungen und Konsequenzen ihrer eigenen räumlichen Entwicklungsstrategien besser beurteilen und koordinieren, als dies im Rahmen einer unverbindlichen komplexen Raumplanung möglich ist (vgl. Scharpf, F. W. / Schnabel, F., Durchsetzung der Raumordnung im öffentlichen Sektor, a.a.O., S. 43 f.). Aus dieser Sicht kann der Raumordnungsbericht 1978 der Bundesregierung als ein „informativer Orientierungsrahmen“ verstanden werden.

Sicherlich kann diese Sichtweise der Raumordnungspolitik des Bundes als ein Rückschritt gegenüber

der ambitionösen Raumplanung vergangener Jahre angesehen werden. Insbesondere kann in Zweifel gezogen werden, daß die potentiell raumwirksamen Maßnahmen des Bundes, selbst wenn sie ausreichend regionalisiert und konsequent angewandt werden, geeignet sind, den Trend der siedlungsstrukturellen Konzentration, einhergehend mit einer raumfunktionalen Arbeitsteilung, zu stoppen. Wenn auch heute eine schlüssige Antwort auf diese Frage nicht gegeben werden kann, so dürfte jedoch soviel feststehen: Unter den gegebenen verfassungsrechtlichen Bedingungen stellt eine derartige Beschränkung der Raumordnungspolitik des Bundes ein realistisches Vorgehen dar, um dem gesellschaftspolitischen Leitziel der Raumordnung, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen der Bundesrepublik zu schaffen, Rechnung zu tragen.

Hans-Josef Steinberg

Die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung bis 1914

Eine bibliographische Einführung

Dieses Hand- und Arbeitsbuch enthält eine umfassende Bibliographie der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ersten Weltkrieg. Geordnet nach verschiedenen Themenbereichen werden einführung jeweils die wichtigsten Ergebnisse der neuesten Forschung diskutiert. Vier Register machen das unübersehbare Material besser zugänglich.

391 Seiten, DM 29,50

campus

Schumannstr. 66
6000 Frankfurt/M.

Peter Krug: Arbeitnehmerorientierte Regionalpolitik

Programm und Recht

„In unserem Lande existieren unterschiedliche Grade regionaler, wirtschaftlicher Entwicklung. Es ist Aufgabe der Regionalpolitik, diesem Auseinanderlaufen entgegenzuwirken, so daß die Lebensverhältnisse der Bewohner der Bundesrepublik weitgehend aneinander angenähert werden. Deshalb versteht sich die regionale Wirtschaftspolitik als Entwicklungspolitik im Inland.“ (Otto Graf Lambsdorff)

„Die räumlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre und die derzeitige Raumstruktur (werden) den Zielsetzungen des Raumordnungsgesetzes, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Bundesgebietes zu erreichen, nicht voll gerecht.“ (Bundes-Raumordnungs-Programm '75)

Zur Bedeutung der Regionalpolitik für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer

Wenngleich die Notwendigkeit einer gezielten und umfassenden regionalen Strukturpolitik (Regionalpolitik) nicht erst für die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Situation in der Bundesrepublik besteht, so gewinnt die Regionalpolitik wegen der gegenwärtigen Entwicklung sich verschärfender Disparitäten von Ballungsräumen und strukturschwachen Räumen sowie der wachsenden Problemstellungen in den jeweiligen Regionen selbst zunehmend an Bedeutung.

Die Probleme des Wandels im Bereich der regionalen Wirtschaftsstrukturen (Ballungsräume — Entleerungsräume), der sektoralen Wirtschaftsstrukturen (Landwirtschaft — Industrie — Dienstleistungen; Wachstumsbranchen — Stagnationsbranchen; große — kleine Unternehmungen) und im Bereich der technologischen Struktur (Rationalisierung) haben sich in Verbindung mit konjunkturellen Krisen und „rasanter“ Entwicklung des „technischen Fortschritts“ potenziert (vgl. zu konkreten Daten: Karl Neumann, Strukturwandel und Strukturpolitik, Köln 76). Damit wuchs und aktualisierte sich die Notwendigkeit regionalpolitischer Eingriffe in den sich weitgehend „naturnähegemäß“ gemäß den kapitalistisch bestimmten „Marktgesetzen“ vollziehenden sozio-ökonomischen technologischen Strukturwandel zur Verhinderung bzw. Umlenkung einer weiteren Auseinanderentwicklung und Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen in unterschiedlich strukturierten Regionen der Bundesrepublik.

Zu öffentlichen Eingriffen gegenüber „natürlich“ und gesellschaftlich, d. h. durch Investitionsverhalten privater Unternehmer und politische Entscheidungen hergestellten regionalen Vor- und Nachtei-

len sind nach Art. 72 Abs. 2.3 und Art. 106 Abs. 4.3 Grundgesetz Bund und Länder verpflichtet, um die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ im Bundesgebiet zu wahren.

Das Raumordnungsgesetz des Bundes (BROG) vom 8. 4. 1965, die Bundes- und Landes-Raumordnungsprogramme sowie das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe (von Bund und Ländern) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) vom 6. 10. 1969 zielen als Operationalisierungen des Grundgesetzauftrags darauf ab, „die räumliche Struktur der Gebiete mit gesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie ausgewogenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen“ zu sichern und weiterzuentwickeln. Andererseits fordern sie „Maßnahmen zur Strukturverbesserung“ für Gebiete, „1. deren Wirtschaftskraft erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegt oder erheblich darunter abzusinken droht oder 2. in denen Wirtschaftszweige vorherrschen, die vom Strukturwandel in einer Weise betroffen oder bedroht sind, daß negative Rückwirkungen auf das Gebiet in erheblichem Umfang eingetreten oder absehbar sind.“

Diesen allgemeinen Zielsetzungen steht allerdings eine gegenwärtige reale Entwicklung konträr gegenüber, die geprägt ist von wachsenden Disparitäten zwischen Ballungs- und Entleerungsräumen sowie von Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowohl in den Ballungszentren als auch in den strukturschwachen Regionen selbst.

Die Ballungszentren, wie z. B. das Ruhrgebiet, sind gekennzeichnet durch die Erosion von Stadtkernen, zerfließende Siedlungsstrukturen des Großstadtrandes, Trennung von Wohn- und Arbeitsbereichen, Verschlechterung des Wohnumfeldes, Verkehrschaos, Lärm, Schmutz und Interaktions-Feindlichkeit. Die Senkung der ökologischen und sozialen Lebensbedingungen wird in jüngster Zeit noch durch die zunehmende Bedrohung von Arbeitsplätzen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verschärft, zumal die Kommunen die Entwicklung der Ballungszentren zu „sozialen Krisenherden“ aus eigener Kraft nicht aufhalten können.

Die strukturschwachen Regionen (z. B. Südniedersachsen) sind gekennzeichnet durch überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten, unterdurchschnittliche Einkommen, Mangel an Ausbildungsplätzen, schlechte Arbeitsplätze, Defizite in der ökonomischen, technologischen und sozialen Infrastruktur sowie schlechte und teure Versorgungsleistungen. Diese Gefährdungsbereiche resultieren nicht zuletzt aus natürlichen und gesellschaftlich bedingten regionalen Nachteilen, die sich in der sektoralen Struktur als Monoproduktionen, Kleinbetriebe, Zweigniederlassungen und exportabhängige und stagnierende Branchen manifestieren.

Ohne Gegenmaßnahmen kommt es in beiden Gefährdungsregionen nur zu „passiver Sanierung“. Die

Leidtragenden sind als „Raumopfer“ in beiden Fällen im Zusammenhang mit den kommunalen Gebietskörperschaften, Kleinbetrieben und dem handwerklich-kaufmännischen Kleinbürgertum generell die Arbeitnehmer — und darunter insbesondere die Auszubildenden, Frauen, Älteren, weniger Qualifizierten und Arbeitslosen. Die Arbeits- und Lebenssituation der Arbeitnehmer wird also maßgeblich auch von der regionalen Strukturentwicklung und ihren Gefährdungstendenzen negativ beeinflusst.

Zur Notwendigkeit einer veränderten Regionalpolitik

Trotz dieser Entwicklung können regionale Standortvorteile nach wie vor weitgehend unkontrolliert von privaten Investoren gemäß ihren Gewinnerwartungen genutzt werden, und zwar ohne Berücksichtigung oder Kompensation der regionalen Gefährdungen mit ihren sozialen Folgekosten. Empirische Untersuchungen der Industrieansiedlungspolitik belegen denn auch die tatsächliche Nutzung, die von trendumlenkend intendierten Anreizsystemen nicht maßgeblich beeinflusst werden konnte. Im Gegenteil: Unter dem Druck von drohender Arbeitslosigkeit und kommunal zu finanzierenden Projekten konkurrieren die einzelnen Gemeinden in ominöser Weise um Industrieansiedlungen, was oft mit hohen infrastrukturellen und finanziellen Vorleistungen verbunden ist, ohne daß zusätzliche Steuereinnahmen oder gar Arbeitsplätze garantiert sind. Die bisher entwickelten und praktizierten regionalpolitischen Maßnahmen zur Fremdentlenkung müssen deshalb angesichts der realen Entwicklung als weitgehend unzulänglich etikettiert werden.

Nach wie vor bestehen regional ungleichwertige Arbeits- und Lebensverhältnisse mit der Tendenz ihrer weiteren Verschlechterung, wenngleich in Einzelbereichen auch zumindest mittelfristige regional-spezifische Erfolge zu verzeichnen sind (vgl. dazu Dieter Haack, Raumordnung und Chancengleichheit, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 98 vom 12. 9. 78). Generell haben die regionalpolitischen Maßnahmen entgegen ihren Intentionen zur Förderung von rückständigen Betrieben, Zweigbetrieben und Rationalisierungsprozessen geführt. Wenn überhaupt Arbeitsplätze „geschaffen“ wurden, dann zumeist qualitativ geringwertige bzw. nur kurzfristig beständige.

Der finanziellen Förderung privater Investitionen fehlt es an einer klaren Abgrenzung der Förderungs-prioritäten (Förderungswürdigkeit oder -bedarf) sowie an arbeitnehmerorientierten Kontroll- bzw. An-lagesystemen. Darüber hinaus scheinen isolierte mittelbare und unmittelbare Anreizsysteme bis auf die sogenannten „Mitnahmeeffekte“ grundsätzlich relativ wirkungslos zu sein (vgl. dazu schon U. Engelen-Kefer, Regionale Strukturpolitik — eine kritische Betrachtung aus gewerkschaftlicher Sicht, in: WSI-Mit-

teilungen 4/74). Solange Regionalpolitik indikativ bleibt, wird auch ihr Einfluß auf die weitgehend von ökonomischen und administrativen Entscheidungen geprägte regionale Entwicklung relativ gering bleiben. Es bedarf deshalb einer alternativen Regionalpolitik.

Eingedenk unterschiedlicher Begründungen und Zielsetzungen hat sich die generelle Forderung nach einer alternativen Regionalpolitik seit einiger Zeit in den verschiedensten gesellschaftspolitischen Gruppierungen und auch in der Wissenschaft programmatisch niedergeschlagen (vgl. dazu insbesondere F. Naschold, Alternative Raumpolitik, Kronberg/Ts. 78). Während bis zu Beginn der 60er Jahre Regionalpolitik allenfalls als sozialkompensatorischer Appendix der „Marktwirtschaft“ gelten konnte, danach indikativer Staatsinterventionismus zunächst als Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und Umweltbedingungen, werden seit Beginn der 70er Jahre weitergehende Alternativen diskutiert, empirisch vorbereitet und auch modellhaft umgesetzt.

Hintergründe dieser Um- bzw. Neuorientierung der Regionalpolitik waren nicht zuletzt die sozialen Kosten und der zunehmende Legitimitätsdruck aufgrund wachsender regionalpolitischer Fehlentwicklungen sowie mangelnder realwirksamer Steuerungsinstrumente und daraus resultierende vielfältige Formen der Artikulation und Gegenwehr von Betroffenen in Betrieben, Gewerkschaften, Parteien und Bürgerinitiativen. Gegenwärtig lassen sich vier unterschiedliche regionalpolitische Erklärungs- und Reformmodelle unterscheiden (vgl. F. Naschold, aaO.):

1. Die Neuklassische Restauration von Regional-Ökonomie und -Politik

Getragen vom „Sachverständigenrat“ und vom „Institut der deutschen Wirtschaft“ geht diese Variante von einer wachstumspolitischen Zielsetzung aus und fordert einen marktinduzierten Strukturwandel mit sozialkompensatorischen Anpassungsprozessen im Bereich der Arbeitnehmerschaft. „Strukturen sind soweit wie möglich über den Markt zu steuern, soweit wie nötig über strukturbestimmende Rahmendaten. Nur in sehr begrenzten und begründeten Ausnahmefällen ist die direkte Staatsintervention erlaubt“ (Friderichs '74). Das hier vorgeschlagene „Steuerungsinstrumentarium“ eines entpolitisierten und restabilisierten Marktmechanismus würde allerdings im Rahmen eines gesellschaftspolitischen „Roll-Back“ zu sich verschärfenden regionalen Disparitäten und damit zu zusätzlichen Gefährdungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer, neuen Verteilungskonflikten und wachsenden Legitimitätsproblemen führen.

2. Planungstechnische Weiterentwicklung der indikativen Regionalpolitik Aufgrund einer Ursachen-Definition regionalpoliti-

scher Fehlentwicklungen im Bereich der Planungstechniken (mangelnde horizontale und vertikale Koordination, mangelnde Zielpräzisierung und Förderungsabstimmung, defizitäre Instrumente) fördert diese Variante gesetzliche Verpflichtungen für integrierte Entwicklungsplanungen zur Schaffung „gleichwertiger Lebensbedingungen“. Diese von der „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel“ getragene Variante kann allerdings keine Antwort geben auf die Durchsetzung und Umsetzung der Weiterentwicklung der Regionalpolitik, zumal sie die ökonomisch-administrativen Rahmenbedingungen weitgehend ausblendet.

3. Aktive staatliche Regionalpolitik

In dieser ordnungspolitischen Variante erscheint die „geringe politische Durchsetzungsfähigkeit als der eigentliche Engpaßfaktor, der die Wirksamkeit von Raumplanung beschränkt“ (F. W. Scharpf, P. Schnabel, Steuerungsprobleme der Raumplanung, Berlin 77). Gegenüber Zielkonflikten, Interessenkonkurrenz und Kompetenzvielfalt im politisch-administrativen Raum werden gezielte, abgestimmte Steuerungsinstrumente bei gleichzeitiger Engpaß-Konzentration gefordert. Auch diese Variante unterschätzt die Durchsetzungsproblematik sowohl im administrativ-institutionellen als auch im ökonomischen Bereich. Letztlich kann auch diese eher taktische als strategische Variante nur zur besseren Sozialkompensation regionaler Fehlentwicklung führen.

4. Arbeitsorientierte Regionalpolitik

Eine arbeitsorientierte Regionalpolitik als echte strategische Alternative zur gegenwärtigen Regionalpolitik wird programmatisch wesentlich von der SPD („Vorausschauende Strukturpolitik für Vollbeschäftigung und humanes Wachstum“, 1977, und entsprechende Beschlüsse auf dem Hamburger Parteitag 1977) und von den Gewerkschaften getragen (Anträge 59 und 60 auf dem Hamburger Bundeskongreß des DGB 1975). Wissenschaftlich fundierte Begründungen mit modelltheoretischen und auch -praktischen Operationalisierungen leisteten insbesondere das gewerkschaftliche Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (vgl. u. a. WSI-Mitteilungen 12/77) sowie eine Reihe gewerkschaftlich und staatlich geförderter anwendungsbezogener Forschungsprojekte (z. B. Produktions- und Arbeitsverhältnisse im Entwicklungsraum Ostfriesland — EROF —, Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordheesen — FPN —, Göttinger Kooperations-Projekt).

Diese regionalpolitische Variante konzentriert sich nicht mehr isoliert auf Wirtschaftsförderung mit sozialkompensatorischen Anpassungen, sondern orientiert sich unmittelbar an der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer. Gesamtgesellschaftliche Bedarfsgerechtigkeit soll langfristig an die Stelle einzelwirtschaftlicher Ratio-

nalität treten, Unternehmensentscheidungen sollen direkt an regionale Erfordernisse gebunden werden. Durchsetzungsstrategien in Richtung auf normative Rahmenplanung und Demokratisierung beziehen die Betroffenen aktiv ein.

Wenngleich die Diskussion um arbeitsorientierte Regionalpolitik noch nicht abgeschlossen ist und ihre Durchsetzung auf mannigfache Probleme stößt (ökonomisch-administrative und politische Widerstände, Konsensusfindung und Beteiligung der Betroffenen, Kompetenzverteilung, Wirksamkeit der Lenkungsinstrumente etc.), so sind bis heute doch zumindest durch die vorgeschlagenen und in der wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit auf starke Beachtung gestoßenen Varianten arbeitsorientierter Regionalpolitik die Defizite bisheriger und die Notwendigkeit alternativer Regionalpolitik unabwäbar thematisiert worden. Darüber hinaus konnten regionalpolitische Gegenmachtbildungen mobilisiert und Gegenstrategien als eindeutig arbeitnehmerorientierte Ansätze der Regionalpolitik entwickelt werden.

Ansätze zu einer arbeitnehmerorientierten Regionalpolitik

Arbeitnehmerorientierte Regionalpolitik bestimmt sich grundsätzlich durch den Interessenstandpunkt der Arbeitnehmerschaft, durch anwendungsbezogene Praxisorientierung und durch intensive demokratische Kooperation der Betroffenen (vgl. zum wissenschaftspolitischen Bezugsrahmen die Position des Bielefelder Kooperationsprojekts „Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer als Gegenstand der Hochschulforschung“, u. a. in WSI-Mitteilungen 12/78). Ausgehend von der Wechselbeziehung zwischen Arbeitswelt und Regionalentwicklung bzw. -politik sollen deren negative Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebenssituation der Arbeitnehmerschaft wirksam vermieden bzw. sogar positiv umgelenkt werden.

Unmittelbar kurzfristig werden in diesem Zusammenhang gefordert:

- Beteiligung der Arbeitnehmer mit ihren Interessenvertretungen bei Information, Koordination und Kontrolle von Planungen und Maßnahmen im Rahmen der Raumordnungsprogramme und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“;
- Veränderung der Kriterien von Wirtschaftsförderung (Berücksichtigung der Arbeitsmarktsituation, direkte Förderung der Beschäftigungssituation, der Qualität der Arbeitsplätze sowie der beruflichen Bildung, Weiterbildung und Umschulung);
- Aufbau von betrieblichen und regionalen „Frühwarnsystemen“ sowie Koordinierung und Ergänzung des regionalpolitischen Instrumentariums (DGB: Infrastrukturförderung, Negativ-Anreize,



Carl Wilms-Wright: Die Regelung der MNK-Aktivitäten in der UNO und ihren Sonderorganisationen

Einleitung

Multinationale Konzerne — oder transnationale Gesellschaften (TNG), wie sie von der UNO offiziell bezeichnet werden — sind ihrer Struktur sowie ihren Funktionen nach weltweit organisiert. Obwohl die größte Anzahl der MNK in den hochentwickelten Industrieländern — insbesondere den USA, Westeuropa und Japan — ihren Hauptsitz hat, haben sie Filialen in fast allen Ländern der Welt etabliert, nicht zuletzt in den sogenannten „neu-industrialisierten Ländern“ u. a. im Mittelmeerbereich und Ost-Asien (z. B. in Singapur und Süd-Korea). Obwohl sich wichtige Möglichkeiten zur Einordnung bzw. Regelung der MNK-Aktivitäten auf regionaler Ebene (OECD, EG) bieten, ist es offensichtlich, daß eine grundsätzliche Kontrolle dieser Aktivitäten auf weltweiter Ebene nötig ist.

Auf internationaler Ebene bieten sich die UNO und ihre Sonderorganisationen (z. B. IAO, UNCTAD) als organisatorische Rahmenstruktur zur Regelung der MNK-Aktivitäten an. Daß gerade die von machtpolitischen Interessenkonflikten oft in sich zerstrittene UNO die geeignete Grundlage zur Kontrolle der MNK-Aktivitäten bildet, mag eine gewisse Skepsis hervorrufen. Eine solche Einschätzung der UNO vernachlässigt jedoch die Dynamik des internationalen Interessenkonfliktes bzw. Interessenausgleiches. Die wirkliche Effizienz der UNO sollte nicht nur an der Benutzung des Vetorechtes seitens der Großmächte im Sicherheitsrat oder an dem Souveränitätsanspruch einzelner Staaten in der Vollversammlung gemessen werden, sondern vor allem an der detaillierten und oft sehr spezialisierten Arbeit in einzelnen UNO-Sonderorganisationen und in den vielen Unterausschüssen. Diese Arbeit bringt zwar nur zu gewissen Zeitpunkten spektakuläre Übereinkommen — die gegenwärtigen GATT-Verhandlungen über die MTN („Multilateral Trade Negotiations“) sind ein Beispiel —, wichtiger jedoch ist der gegenseitige Meinungsaustausch einzelner Regierungsvertreter, meist Beamte aus fachbezogenen Ministerien, der durch den ständigen gegenseitigen Kontakt eine autonome Integrationsdynamik entwickelt. So treffen sich z. B. bei der Arbeit über den UNO-Verhaltenskodex für MNK die kompetenten Referenten der Wirtschaftsministerien gegenwärtig mindestens zwei Monate im Jahr, so daß durch den ständigen Kontakt Konfliktvermittlung ermöglicht wird.

Ein weiterer Punkt, der eine wichtige Rolle spielt, ist die universale Mitgliederstruktur der UNO; sie bedeutet, daß marktwirtschaftliche Vorstellungen, wie sie z. B. in den Wettbewerbsbestimmungen des Ver-

Investitionskontrollen und -meldestellen, Investitionslenkung, Wirtschafts- und Sozialräte; SPD; Strukturentwicklungsanalysen, Vorausschauende Strukturpolitik, Strukturberichterstattung, Strukturfonds, Strukturräte);

- Innovations-Förderungsstrategien (Innovationsberatungsstellen);
- Entwicklung konkreter Forderungen und Maßnahmen unter maßgeblicher Beteiligung der Betroffenen;
- Einrichtung demokratischer Lenkungsinstitutionen;
- Förderung öffentlicher Arbeitsplätze, Unternehmungen und sozialer Infrastruktur-Investitionen;
- konsequente Umwelt- bzw. Ökologie-Politik;
- programmatische und politische Mobilisierung sowie wissenschaftliche Fundierung arbeitnehmerorientierter Regionalpolitik (Bildungsarbeit Konferenzen, Forschungsprojekte, Rechtsfortschritt).

Langfristig trendumlenkend wird in diesem Zusammenhang eine direkte demokratische Lenkung der Regionalentwicklung gefordert;

- Auflagen- und Kontrollsysteme bei Wirtschaftsförderungen;
- Ge- und Verbote bei Investitionen in Gefährdungsbereichen;
- demokratische regionalpolitische Entscheidungsgremien unter maßgeblicher Beteiligung der Betroffenen auf abgestuften Ebenen;
- regionale Sozialpläne;
- flankierende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Voraussetzung zur Durchsetzung sowohl der kurzfristigen als auch der langfristigen Forderungen ist deren weitere wissenschaftliche Fundierung, praktisch-anwendungsbezogene Handhabbarkeit, deren Stützung durch regionalpolitische Gegenmacht und eine politisch-programmatische und administrative Aufnahme.

In diesem Zusammenhang können Forschungsprojekte wie EROF und FPN, aber auch Ansätze wie im Göttinger Kooperationsprojekt (dort werden in Verbindung von Universität und Gewerkschaften eine regionale Strukturanalyse Südniedersachsens erstellt, ein Informationssystem als „Frühwarnsystem“ für Gefährdungsbereiche zur Verbesserung regionalpolitisch relevanter Interessenvertretung aufgebaut und regionalpolitische Weiterbildungs-Konzeptionen entwickelt, woraus insgesamt und langfristig auch programmatische Empfehlungen, Institutionen und Durchsetzungsstrategien arbeitnehmerorientierter Regionalpolitik resultieren sollen), die interessen- und praxisbezogen bestimmt sind, von Bildungsmaßnahmen, Konferenzen etc. begleitet werden und zu Programmentwicklungen sowie Durchsetzungsstrategien führen sollen, eine wichtige Perspektive eröffnen.

trages von Rom oder im OECD-Kodex für Kapitalfreiheit verankert sind, aufgrund der Position vieler Entwicklungsländer sowie der „sozialistischen“ bzw. kommunistischen Staaten nicht unbedingt dominierend sind. Somit ergibt sich ein größeres Interesse an der Stärkung der nationalen Souveränität gegenüber MNK-Aktivitäten, als es oft in den marktwirtschaftlich orientierten Gremien der OECD und EG der Fall ist.

Die Grundlage der UNO-Arbeit 1972—1974

Anfang der 70er Jahre waren die Multis Gesprächsthema Nummer eins in vielen Gremien: nationalen Parlamentsausschüssen (z. B. des Deutschen Bundestages 1974), internationaler Parlamentariertreffen (Europäisches Parlament / US-Kongreß / Europarat). Dieses weitumgreifende Interesse an den Aktivitäten der MNK war ein Resultat öffentlicher Besorgnis über die offensichtlich unkontrollierte und oft undisziplinierte Machtausübung seitens des internationalen Kapitals, eine Besorgnis, welche ihren Höhepunkt während des Sturzes der Regierung Allende in Chile im Jahr 1973 fand.

Die UNO ist während der 70er Jahre zunehmend das zentrale Forum bei der Suche nach einer internationalen Kontrolle der MNK-Aktivitäten geworden. Die Grundlage der gegenwärtigen Versuche, das Weltwirtschaftssystem umzustellen, ist hauptsächlich von seiten der „G-77“ (Gruppe der 77 Entwicklungsländer) ausgegangen und findet ihren Niederschlag in der UNO-Erklärung und dem Aktionsprogramm über die Erstellung eines „Neuen Internationalen Wirtschaftssystems“, die von der Vollversammlung im Mai 1974 angenommen worden sind. In der Erklärung wird die Forderung nach „einer Regelung und Überwachung der Aktivitäten der transnationalen Gesellschaften durch die Ergreifung von Maßnahmen im Interesse der nationalen Volkswirtschaften der Länder, in denen solche transnationalen Gesellschaften tätig sind, und zwar auf der Basis der vollen Souveränität dieser Länder“ erhoben; dieselbe Forderung wird in dem Aktionsprogramm gestellt. Die im Dezember 1974 von der UNO-Vollversammlung verabschiedete „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“ greift die Frage der MNK ebenfalls auf, indem sie den Grundsatz unterstützt, jeder Staat habe das Recht, „die Aktivitäten der transnationalen Gesellschaften zu regulieren und zu überwachen“, „über ausländische Investitionen Autorität auszuüben und zu regulieren“ sowie „ausländischen Besitz zu verstaatlichen, zu enteignen oder das Besitztum zu transferieren“.

Die erste substantielle Äußerung der UNO über die MNK war ein 1973 veröffentlichter Bericht („Multinational Corporations in World Development“), in dem eine kritische Analyse über Aktivitäten der MNK gemacht wurde und der mögliche Vorschläge für internationale Überwachung, inklusive die Gründung

eines UNO-Informationszentrums über MNK, von einer internationalen Behörde verwaltet, sowie die Stärkung der internationalen Maschinerie für die Beilegung von Auseinandersetzungen unterbreitete. Die wichtigste Initiative ergab sich allerdings durch eine vom Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC) im Juni 1972 verabschiedete Resolution (1721 [LVII]). Nach dieser Resolution wurde der UNO-Generalsekretär beauftragt, eine Studienkommission von Sachverständigen zu ernennen, um die Rolle der MNK auf den Entwicklungsprozeß, vor allem der Entwicklungsländer, und auf die internationalen Beziehungen zu untersuchen und Vorschläge für eventuelle Regierungsmaßnahmen sowie „Empfehlungen für entsprechende Maßnahmen auf internationaler Ebene“ zu formulieren. Der sich hieraus ergebende Bericht („The Impact of Multinational Corporations on Development and on International Relations“) wurde dem ECOSOC 1974 vorgelegt. Der Bericht brachte eine breite Analyse der wirtschaftlichen und politischen Macht der MNK und unterbreitete eine Anzahl spezifischer Vorschläge. Die wichtigste Schlußfolgerung des Berichtes war, daß ECOSOC eine Rolle in bezug auf die Aktivitäten der MNK und deren Kontrolle spielen solle. Um dies zu ermöglichen, wurde auf der Basis zweier ECOSOC-Resolutionen (1908 [LVII] und 1913 [LVIII]) ein UNO-Zentrum für transnationale Gesellschaften sowie eine zwischenstaatliche Kommission für transnationale Gesellschaften 1974 gegründet. Das Zentrum ist Bestandteil des Sekretariats der UNO in New York und ist insbesondere der Information und Forschung gewidmet, während die Kommission als offizielles Instrumentarium für die Behandlung des gesamten Fragenkomplexes der MNK eingesetzt wurde; beide Organe sind seit 1975 voll in Funktion.

Die UNO-Arbeiten über Transnationale Gesellschaften seit 1975

Die Kommission für TNG besteht aus 48 Mitgliedsstaaten und tritt einmal im Jahr zusammen; bis jetzt haben vier Tagungen stattgefunden. Nach der Entscheidung der ECOSOC soll die Kommission:

- als das zentrale Forum innerhalb des Verbands der Vereinten Nationen für eine umfassende und eingehende Behandlung aller wesentlichen Fragen im Zusammenhang mit TNG dienen;
- den Erfahrungsaustausch zwischen Regierungen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, Gewerkschaften, Geschäftswelt, Verbrauchern und anderen relevanten Gruppen durch die Veranstaltung von beispielsweise Anhörungen und Befragungen fördern;
- das Zentrum für transnationale Gesellschaften hinsichtlich von Beratungsdiensten für interessierte Regierungen und der Förderung von Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit anleiten;
- Untersuchungen über die Aktivitäten von TNG

- durchführen, Studien ausarbeiten, Berichte erstellen und Gesprächskreise schaffen, um die Diskussion zwischen den betroffenen Gruppen zu erleichtern;
- sich mit Arbeiten zu befassen, die den ECOSOC bei der Erwägung der Möglichkeiten von zwischenstaatlichen Vereinbarungen oder Übereinkommen über spezifische Aspekte des Wirkens von TNG unterstützen, wobei die Zweckmäßigkeit der Formulierung eines allgemeinen Vertragstextes und die Konsolidierung von einzelnen Texten in einen derartigen Vertrag überprüft werden soll;
 - dem ECOSOC Empfehlungen über Prioritäten und Programme der vom Zentrum durchzuführenden Arbeiten erteilen.

Der gegenwärtige Stand der Arbeiten der Kommission sowie des Zentrums für TNG ist aus der Entschließung der 4. Sitzung der Kommission für TNG (Wien, Mai 1978) zu entnehmen. Die bedeutendsten Ergebnisse der Sitzung waren folgende:

- **Arbeit im Zusammenhang mit der Formulierung eines Verhaltenskodexes**
Den Verhandlungen auf dem Niveau der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe wird weiterhin hohe Bedeutung beigemessen. (Siehe folgenden Abschnitt.)
- **Programm für die technische Zusammenarbeit**
Beratungsprojekte, allgemeine und spezialisierte Arbeitskreise sowie Gesprächsrunden sollen mit dem Ziel fortgesetzt werden, die Entwicklungsländer besser zu befähigen, sich den TNG zu stellen. Eine Sachverständigenliste wurde aufgestellt, um diese Arbeit zu erleichtern.
- **Umfassende integrierte Studie über die TNG**
Eine detaillierte Untersuchung der TNG („TNG in der Weltentwicklung: eine erneute Überprüfung; E/C. 10/38“) ist in dem Folgedokument zu der früheren Studie des Jahres 1973 enthalten. Eine weitere Folge ist für 1983 geplant. Eine besondere Liste künftiger Forschungspunkte soll der Kommission 1979 vorgelegt werden.
- **Die TNG und das südliche Afrika**
Eine Entschließung, die die Einstellung aller Investitionen im südlichen Afrika fordert, wurde durch Abstimmung mehrheitlich angenommen und ist an den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen weitergeleitet worden. Diese Entschließung fordert die Vorlage eines neuen Berichtes über die TNG im südlichen Afrika bei der Kommission im Jahre 1979.
- **Umfassendes Informationssystem**
Es wurde der Kommission ein Fortschrittsbericht über die Errichtung eines umfassenden Informationssystems vorgelegt, und weitere Arbeiten in diesem Bereich wurden von der Kommission gebilligt. Das Informationssystem, welches von dem Zentrum errichtet wird, soll dazu dienen, detail-

lierte Daten über die Struktur einzelner MNK sowie ihre weltweiten Aktivitäten zu speichern. Um dies zu ermöglichen, wird auch von der Computertechnik Gebrauch gemacht.

- **Internationale Normen für Rechnungslegung und Berichterstattung**

Nach einer ausführlichen Aussprache vereinbarte die Kommission, wie vom UNO-Generalsekretär in seiner Einführung zum Bericht der Sachverständigengruppe (Dokument E/C. 10/33) vorgeschlagen, die Errichtung einer zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe auf ad-hoc-Grundlage beim ECOSOC zu empfehlen. Die Gruppe soll aus den Mitgliedern der Kommission zusammengestellt werden und 1979 über weitere Maßnahmen Bericht erstatten, die im Bereich der internationalen Normen für Rechnungslegung und Berichterstattung ergriffen werden sollten.

- **Sachverständige Berater**

Die Kommission vereinbarte, die Gruppe der 16 sachverständigen Berater, die sich aus der Privatwirtschaft, den Gewerkschaften und der Wissenschaft zusammenstell, und die beauftragt ist, die Arbeit der Kommission mit fachlichem Rat zu unterstützen, für eine einjährige Amtszeit erneut zu berufen. Der 5. Sitzung der Kommission 1979 soll eine Liste möglicher Berater vorgelegt werden, aus der eine Auswahl getroffen werden soll.

Vorbereitung und inhaltliche Vorschläge zum UNO-Verhaltenskodex

Seit Anfang 1977 trifft sich eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe der Kommission für TNG mit der Aufgabe, einen UNO-Verhaltenskodex für MNK zu formulieren. Bisher war diese Arbeitsgruppe siebenmal zusammengetroffen; ihre Mitgliedschaft ist die gleiche wie die der Kommission. Ein wichtiges Merkmal der Arbeitsgruppe, die unter dem Vorsitz von Schweden tagt, ist, daß anders als in vielen Gremien der UNO es möglich war, auf der Basis eines Konsenses zwischen den Industrieländern (Gruppe B), den Entwicklungsländern (G-77) und dem sozialistischen Block fortzuschreiten und bis jetzt unterschiedliche Kodexentwürfe seitens der einzelnen Staatsgruppierungen zu vermeiden. Die ersten Sitzungen 1977/78 waren somit vom gegenseitigen Meinungsaustausch über den eventuellen Inhalt des Kodexes bestimmt, ein erster, partieller Text des Kodexes wurde der Gruppe Anfang 1979 vorgelegt. Hierbei ging auch das Stadium der wirklichen, substantiellen Verhandlungen an, wobei die Hoffnung besteht, der Kommission für TNG einen fertigen Text bis zu ihrer sechsten Tagung, 1980, zu übermitteln.

Die Struktur, wenn auch nicht die volle Substanz des UNO-Kodexes, ist inzwischen bekannt und wird sich voraussichtlich wie folgt zusammenstellen:

- „I. Präambel und Zielsetzungen
- II. Definition

III. Hauptgrundsätze und/oder Fragen im Zusammenhang mit der Tätigkeit Transnationaler Gesellschaften

A. Generell und praktisch

1. Achtung der nationalen Souveränität und Einhaltung der innerstaatlichen Gesetze, Bestimmungen und Verwaltungspraktiken
2. Festhalten an den Wirtschaftszielen und Zielsetzungen, Maßnahmen und Prioritäten der Entwicklung
3. Festhalten an sozio-kulturellen Zielsetzungen und Werten
4. Achtung der grundlegenden menschlichen Freiheiten
5. Nichteinmischung in innerstaatliche politische Angelegenheiten
6. Nichteinmischung in zwischenstaatliche Beziehungen
7. Verzicht auf korrupte Praktiken

B. Wirtschaftliches, Finanzielles und Soziales

1. Eigentumsverhältnisse und Überwachung
2. Zahlungsbilanz
3. Preistransferierung
4. Besteuerung
5. Wettbewerb und restriktive Geschäftspraktiken
6. Technologie-Transfer
7. Beschäftigung und Arbeitskräfte
8. Verbraucherschutz
9. Umweltschutz

C. Offenlegung von Informationen

IV. Grundsätze und/oder Fragen im Zusammenhang mit der Behandlung von Transnationalen Gesellschaften

A. Allgemeine Behandlung Transnationaler Gesellschaften durch Heimat- und Gastländer

B. Nationalisierung und Entschädigung

C. Geltungsbereich

V. Rechtsnatur und Geltungsbereich

VI. Anwendungsvorschriften⁴⁴

Eine zentrale Streitfrage ist die Rechtsnatur des Kodexes — ob bindend (z. B. eine von Nationalstaaten zu ratifizierende Konvention) oder nicht bindend (z. B. eine Resolution oder Erklärung der UNO-Vollversammlung). Die bindende Lösung wird vor allem von der G-77 und den kommunistischen Staaten vertreten, während die marktwirtschaftlich orientierte Gruppe B für eine nicht bindende Lösung plädiert. Eine zweite Streitfrage ist, inwiefern der Kodex nur an die MNK, oder aber an die MNK und an die Regierungen gerichtet werden soll. Eine dritte Streitfrage ist, ob verstaatlichte Unternehmen unter die Definition der MNK fallen sollen oder nur private Unternehmen.

Die Frage der Rechtsnatur und die eines eventuellen Kontrollapparates für den Kodex ist die Schlüsselfrage bei den Verhandlungen. Es ist offensicht-

lich, daß es zwischen den beiden extremen Lösungen, also bindend oder nicht bindend, gewisse Zwischenlösungen gibt, die sich eventuell als Kompromiß anbieten. Eine solche Lösung wäre es, den gesamten Kodex als ein nicht bindendes Rahmenabkommen anzusehen, wobei allerdings gewisse Komponenten, z. B. über Informationsaustausch, durchaus durch zusätzliche Einzelabkommen rechtlicher Natur ergänzt werden könnten. Sicher ist auch, daß die Verhandlungen über eine Maschinerie zur Verwirklichung und Kontrolle des Kodexes eine entscheidende Phase darstellen werden. Hiermit gemeint ist, welcher Apparat entstehen sollte, um dem Kodex Realität zu geben, um seinen Nutzen zu überprüfen und um eventuelle Konflikte bei seiner Anwendung zu erfassen und durch Streitschlichtung beizulegen. Gerade diese Aspekte werden die Effizienz des Kodexes bestimmen: es ist eindeutig, daß der Kodex auf einem allgemeinen Konsens beruhen muß, denn wenn z. B. eine Staatengruppierung die von ihr erwünschte Lösung zur Rechtsnatur des Kodexes unilateral durchsetzen würde, bestände die Gefahr, daß die andere Gruppierung sich weigern würde, den Kodex anzuwenden oder zu respektieren, so daß er seine Universalität verlieren würde.

Durchsetzung des UNO-Kodexes

Die Gewerkschaftsbewegung und ihre internationalen Dachverbände, insbesondere der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, IBFG (mehrheitliche sozialdemokratische Tendenz), der Weltgewerkschaftsbund, WGB (mehrheitlich kommunistisch) und der Weltverband der Arbeitnehmer, WVA (christlich-soziale Tendenz) haben der Arbeit der UNO und ihren Sonderorganisationen auf dem Gebiet der MNK außerordentliche Bedeutung zugemessen und haben insbesondere die Formulierung eines UNO-Kodexes rechtlich bindender Natur befürwortet. Eine Mitwirkung der internationalen Gewerkschaftsorganisationen an den Diskussionen ergibt sich durch ihren konsultativen Status beim ECOSOC, der es ihnen erlaubt, die Sitzungen der Kommission für TNG und ihrer Arbeitsgruppe zu verfolgen. Auch gibt es in der Gruppe von 16 sachverständigen Beratern, die sich aus Nicht-Regierungskreisen zusammensetzt, fünf Gewerkschafter.

Die politische Rolle der Gewerkschaften ist nicht zu unterschätzen, da sie in vielen Ländern die Möglichkeit haben, direkten Einfluß auf die Regierungspolitik bei den Verhandlungen über den MNK-Kodex auszuüben und auch von dieser Möglichkeit aktiv Gebrauch machen. Aus diesem Grunde und gerade weil es noch nicht klar ist, welche endgültige Form der UNO-Kodex annehmen wird, ist es von Interesse, die gegenwärtigen Vorschläge der Gewerkschaften zu dem UNO-Kodex näher zu betrachten, da sie ein mögliches Modell zur Anwendung des Kodexes darstellen. Es ist von Wichtigkeit, daß die Gewerkschaft-

ten erkannt haben, daß es nicht ausreicht, lediglich die bilateralen Beziehungen zwischen einem bestimmten MNK und einer einzelnen Regierung auf der einen Seite und die multilateralen Beziehungen zwischen diesen MNK und allen Regierungen auf der UNO-Ebene auf der anderen Seite in Betracht zu ziehen. Aus diesem Grunde haben die Gewerkschaften für Informations- und Konsultationsregelungen zwischen einzelnen MNK und den Regierungen, auf dessen Territorium die MNK ihre Niederlassungen haben, plädiert; ähnliche Regelungen werden auch für einzelne MNK und Gewerkschaftsvertreter vorgeschlagen.

Vorschläge der Gewerkschaften

Das Modell der Gewerkschaften für die Verwirklichung des UNO-Kodexes beruht auf einem Acht-Punkte-Programm:

1) Um eine größere Verpflichtung der Rechenschaftslegung sicherzustellen, sollten alle transnationalen Gesellschaften (d. h. jede Dachgesellschaft) mindestens einmal jährlich einen Bericht über die Schritte erstellen, die sie zur Erfüllung des Verhaltenskodexes der Vereinten Nationen unternommen haben. Dieser Bericht sollte Punkt für Punkt die Erfüllung jedes einzelnen Abschnittes des UN-Kodexes behandeln und prägnant und schlüssig sein; dazu müßte nicht notwendigerweise eine lange Dokumentation erstellt werden. Die genauen Modalitäten für den Vertrieb des Berichtes (z. B. als gesonderter Bericht mit beschränktem Vertrieb, oder als Anhang zu einem öffentlich zugänglichen, von den Landesgesetzen geforderten Gesellschaftsbericht) müssen noch untersucht werden. Da die zur Debatte stehende Frage die Gesamttätigkeit jeder transnationalen Gesellschaft betrifft, ist es allerdings wesentlich, daß der Bericht allen Regierungen in den Staatsgebieten übermittelt wird, in denen die transnationale Gesellschaft tätig ist.

2) Die Regierungen sollten das Recht haben, auf nationaler wie auf internationaler Ebene alle Aspekte des Berichtes mit der transnationalen Gesellschaft zu erörtern; außerdem sollten sie bestimmte Kernfragen diskutieren können, wann und wo sie sich stellen; das gilt insbesondere für größere Pläne (z. B. Investitionspläne), bevor sie verwirklicht werden.

3) Ferner sollten die Regierungen, auf deren Staatsgebiet die transnationale Gesellschaft tätig ist, zur Erleichterung der internationalen Kontakte zwischen einer Gruppe von Regierungen und einer bestimmten transnationalen Gesellschaft das Recht (d. h. die Option) haben, gemeinsam ein globales Informations- und Konsultationsorgan einzusetzen. Wo eine große Anzahl an Aufnahmeländern betroffen ist, werden diese vielleicht vereinbaren wollen, daß eine kleinere Gruppe von Vertretern regelmäßig mit der transnationalen Gesellschaft zusammentrifft,

Dieser Vorschlag stützt sich allerdings darauf, daß die transnationalen Gesellschaften verpflichtet sind, auf alle Anfragen der Regierungen einer repräsentativen Reihe von Ländern positiv zu antworten, die die Gesellschaftspläne auf einer globalen Basis erörtern wollen.

4) Die Notwendigkeit eines internationalen Forums für die Diskussion mit den einzelnen Gesellschaften betrifft auch die Rolle der Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsvertreter in der transnationalen Gesellschaft als Ganzem sollten deshalb ebenfalls das Recht haben, den Gesellschaftsbericht zu erörtern. Um dies zu erleichtern, muß für die Gewerkschaften in einer bestimmten transnationalen Gesellschaft vorgesehen werden, daß sie das Recht haben, ein Informations- und Konsultationsgremium auf der Gesamtebene der Gesellschaft zwischen den Gewerkschaften und der Gesellschaft einzusetzen, das den Informations- und Konsultationsorganen zwischen den transnationalen Gesellschaften und den Regierungen entspricht. Die Frage einer eventuellen Beziehung zwischen den Informations- und Konsultationsgremien der Regierungen und der Gewerkschaften sollte am besten offengelassen werden; sie wird unter anderem vom Grad der dreigliedrigen (Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften) Zusammenarbeit abhängen, die bereits besteht.

5) Für die Fälle, in denen erwiesen ist, daß eine transnationale Gesellschaft die hier genannten Bestimmungen für Information und Konsultation nicht erfüllt, ist natürlich eine Form von Schlichtung und Schiedsgerichtsverfahren erforderlich. Regierungen und Gewerkschaften sollten dabei beide das Recht haben, bei der UN-Kommission für transnationale Gesellschaften (oder einer von der Kommission zu diesem Zweck gebildeten Untergruppe) Beschwerde einzureichen, wenn sie der Ansicht sind, daß die Gesellschaft den Verhaltenskodex nicht ordnungsgemäß erfüllt hat, die erforderliche Information nicht zur Verfügung gestellt oder ein spezielles Problem nicht ernsthaft diskutiert hat. Ein solches Beschwerdeverfahren sollte allerdings nicht eingesetzt werden, ohne die betreffende transnationale Gesellschaft vorher darüber zu informieren.

6) Nach der Einleitung des Beschwerdeverfahrens sollten die Regierungen und/oder die Gewerkschaften sowie die betreffende transnationale Gesellschaft jeweils Gelegenheit dazu haben, vor dem zuständigen UN-Organ auszusagen.

7) Auf der Grundlage des ihm unterbreiteten Beweismaterials bereitet das UN-Organ dann einen Bericht vor, der seine Erkenntnisse und Schlußfolgerungen enthält. Von der betreffenden transnationalen Gesellschaft wird erwartet, daß sie sich an diese Schlußfolgerungen hält.

8) Falls eine transnationale Gesellschaft dies verweigert, wird das UN-Organ sich an die Regierung des Ursprungslandes der transnationalen Gesell-

schaft wenden und sie auffordern, die Beachtung der Schlußfolgerungen sicherzustellen, weil der Hauptsitz unter ihre Rechtsprechung fällt. Dies wäre eine formelle Verpflichtung für die Regierung des Ursprungslandes; ansonsten würde sie ihre Pflichten als Mitglied der Vereinten Nationen nicht erfüllen.

Die Arbeiten der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf über die Multinationalen

Auf seiner Sitzung im November 1976 beschloß der Verwaltungsrat des IAA (Internationales Arbeitsamt), einen dreigliedrigen Redaktionsausschuß zu schaffen, der eine Grundsatzklärung über multinationale Gesellschaften und Sozialpolitik entwerfen sollte. Der Erklärungsentwurf wurde auf einer dreigliedrigen Beratersitzung der IAO (Internationale Arbeitsorganisation) im April 1977 ausführlich behandelt und dann auf der Sitzung des IAA-Verwaltungsrats im November 1977 als rechtlich nicht bindender Verhaltenskodex offiziell angenommen. Die Erklärung ist von der IAO an die Regierungen gesandt und durch diese den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in der Absicht zugeleitet worden, so daß sie auch den betroffenen MNK und den Arbeitnehmervertretern zur Kenntnis gebracht wird. Sie ist auch der UNO-Kommission für transnationale Gesellschaften zur Aufnahme in den geplanten UNO-Verhaltenskodex für die transnationalen Gesellschaften zugeleitet worden. In diesem Zusammenhang ist beschlossen worden, daß die Vereinten Nationen den IAO-Text weder abändern noch in Auszügen reproduzieren und daß der UNO-Kodex einfach auf die IAO-Erklärung Bezug nimmt, die als ein gesonderter Kodex über Sozial- und Arbeitsprobleme beigelegt würde.

Die IAO-Erklärung ist trotz ihres freiwilligen Charakters ein interessantes Instrument zur Regelung der MNK-Aktivitäten im sozialen Bereich; in diesem Zusammenhang ist es allerdings wichtig darauf hinzuweisen, daß gewisse Absätze der Erklärung sich auch an Regierungen richten. Die IAO-Erklärung enthält wichtige Grundsätze in bezug auf die Behandlung der MNK, vor allem, wenn in Betracht gezogen wird, daß die Erklärung ein dreigliedriges Übereinkommen zwischen Regierungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern darstellt. Besonders hervorgehoben werden sollen in diesem Zusammenhang die Absätze über Sicherheit der Beschäftigung (Abs. 24 bis 28) und Arbeitsschutz (Abs. 36 bis 39). Der Teil über Sozialbeziehungen bietet ein umfassendes Rahmenwerk für die Verfolgung der grundlegenden Gewerkschaftsrechte (Abs. 40 bis 58). Es ist auch von Bedeutung, daß im ganzen Text ausführlich auf bestehende IAO-Konventionen und Richtlinien Bezug genommen wird: dies könnte nützlich sein, wenn betont werden soll, daß die privaten Arbeitgeber wie auch die Regierungen die Aufgabe haben, sich an die Bestimmungen derartiger Urkunden zu halten.

Auf seiner Sitzung im Februar/März 1978 untersuchte der Verwaltungsrat des IAA zum ersten Mal die Möglichkeit eines Folgeverfahrens für die Erklärung. Er faßte den Beschluß, die Regierungen aufzufordern, nach eingehender Konsultation der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in periodischen Abständen über die aus der Erklärung gezogenen Konsequenzen zu berichten und sie dazu aufzurufen, zwei Jahre nach der Übermittlung der Erklärung an die Regierungen und über sie an die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen (d. h. Ende 1979) einen ersten Bericht zu erstellen. Der Verwaltungsrat forderte ferner den IAO-Generaldirektor auf, ihm im November 1978 ein Dokument über das Verfahren zur Begutachtung dieser Berichte vorzulegen. Das Dokument des Internationalen Arbeitsamtes, das auf seiner Sitzung im November 1978 behandelt wurde, befaßt sich mit drei Fragen: die Art des Fragebogens, der als Grundlage für die Berichte verwendet werden soll, die Zusammensetzung des Gremiums, das die Berichte prüfen soll und die Bezugsdaten des Gremiums für die Prüfung der Berichte. Die endgültige Entscheidung über das detaillierte Verfahrenssystem bei der Anwendung der IAO-Erklärung fällt in diesem Jahr.

UNCTAD: Technologietransfer und restriktive Geschäftspraktiken

Die Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung (UNCTAD) bemüht sich bereits seit einigen Jahren, einen Verhaltenskodex für den Technologietransfer auszuarbeiten. Da der Technologietransfer insbesondere von Industrieländern nach Entwicklungsländern größtenteils von den MNK kontrolliert wird, ist diese Arbeit von großer Bedeutung. Zwischen 1976—78 traf sich eine zwischenstaatliche Expertengruppe sechsmal mit dem Ziel, einen Kodex zu erarbeiten; eine erste formelle Verhandlungsrunde fand Ende 1978 in Genf statt. Bis heute bestehen noch weitreichende Meinungsunterschiede zwischen der OECD-Gruppe und G-77 über den Inhalt des Kodexes und die Frage, ob er juristisch verbindlich sein soll. Es sind gewisse Fortschritte erzielt worden bei den allgemeinen Prinzipien und Zielen einer internationalen Zusammenarbeit und der Sonderbehandlung (insbesondere dem Zugang der Entwicklungsländer zu Informationen über Technologie). Strittig sind noch die nationalen Bestimmungen; die Aufstellung einer Liste von restriktiven Geschäftspraktiken im Rahmen des Kodexes muß ebenfalls noch geklärt werden.

Von Bedeutung sind auch die Bemühungen der UNCTAD, internationale Regelungen über restriktive Geschäftspraktiken aufzustellen. Auch hier gibt es eine zwischenstaatliche Expertengruppe, deren Ziel es ist, bis Ende 1979 ein internationales Übereinkommen über restriktive Geschäftspraktiken vorzubereiten.

ECOSOC-Arbeiten über Bestechungspraktiken

Aufgrund der oft spektakulären Enthüllungen über die Korruptionspraktiken einzelner MNK wurde 1976 auf Anweisung des ECOSOC eine zwischenstaatliche ad-hoc-Arbeitsgruppe aufgestellt, deren Ziel es ist, einen Kodex zur Bekämpfung dieser Praktiken zu erarbeiten. Die Gruppe hat inzwischen Übereinstimmung erzielt, daß ein Abkommen nur unerlaubte Zahlungen und keine anderen Formen von Korruptionspraktiken behandeln soll. Durch das Abkommen würden die Vertragspartner aufgerufen, sicherzustellen, daß Bestechung im Zusammenhang mit internationalen Handelsgeschäften in ihrer nationalen Gesetzgebung unter Strafe gestellt wird und daß die Bestrafung Geldstrafen für MNK sowie Geld- und Haftstrafen für Privatpersonen einschließt. Informationsaustausch über die Durchführung des Kodexes sollte aufgrund bilateraler Verträge zwischen den Vertragspartnern sowie durch die Vorlage jährlicher Berichte bei dem UNO-Zentrum für TNG gesichert werden. Die Verhandlungen über die endgültige Form des Kodexes sind allerdings bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen.

Gesamtbewertung

Die vorausgehende Beschreibung und Analyse hat gezeigt, daß die Arbeiten zur Regelung der MNK-Aktivitäten — insbesondere der Erstellung von Verhaltenskodexen — auf der Ebene der UNO und ihrer Sonderorganisationen recht weit vorangeschritten sind. Es ist allerdings außerordentlich schwierig, eine praktische Bewertung der Arbeiten zu geben, da das endgültige Resultat in den meisten Instanzen noch nicht vorhanden ist. Dies ist insbesondere der Fall bei der Diskussion über den UNO-Verhaltenskodex, über dessen substantiellen Inhalt, Rechtsnatur und Anwendung, wo weitere schwierige Verhandlungen bevorstehen. Gerade dieser Kodex wird aufgrund seiner Universalität (weltweit) und umfangreichen Substanz (nicht nur fachbezogen) beispielhaft sein. Auch ist zu erwarten, daß die mehr spezialisierten Kodexe wie die der IAO, der UNCTAD und der Kodex über Korruptionspraktiken dem allgemeinen UNO-Kodex unter- bzw. eingeordnet werden.

Die heutige Debatte über Verhaltenskodexe, vor allem bei der UNO, scheint ein neues Stadium erreicht zu haben. Es gibt Anzeichen dafür, daß die meisten Regierungen erkannt haben, daß unverbindliche Verhaltenserklärungen wenig von Nutzen sind, welchen substantiellen Inhalt sie auch haben, wenn sie nicht wenigstens von einer effizienten Anwendungsmaschinerie begleitet werden. Eine solche Maschinerie fehlte bei dem einzigen bisher existierenden Kodex, den OECD-Richtlinien von 1976 (vgl. Beitrag von Ernst Piehl in NG 4/79).

Die gegenwärtigen Diskussionen über Anwendung und Kontrolle der fachbezogenen Kodexe (IAO,

UNCTAD, Korruptionspraktiken) belegen, daß gewisse Verbesserungen gegenüber dem OECD-Kodex zu erwarten sind. Die Verhandlungen über den UNO-Kodex in den kommenden 12 Monaten werden zeigen, wie weit vor allem die marktwirtschaftlich orientierten Industrieländer bereit sind, Konsequenzen aus der Debatte zu ziehen, und wie weit sie bereit sind, verschiedene Möglichkeiten, wie das oben angeführte Modell der Gewerkschaften, ernsthaft zu untersuchen. Langfristig gesehen ist es eindeutig, daß bilaterale sowie multilaterale Übereinkommen rechtlich bindender Natur unausweichlich sind — eine Einsicht, die in gewissen Bereichen wie dem Informationsaustausch seitens nationaler Steuerbehörden, schon erreicht worden ist. Kurzfristig besteht die Möglichkeit, den Verhaltenskodexen, die nicht rechtsbindend sind, durch eine effektive Anwendungsmaschinerie einen gewissen Wert zu geben. Wird letzteres nicht getan, so besteht die Gefahr, daß eine Vielzahl unilateraler Maßnahmen zur Regelung der MNK-Aktivitäten auf nationaler Ebene getroffen wird. Der mühselig aufgebaute Konsens zwischen Industrie- und Entwicklungsländern in diesem Bereich würde somit zerstört werden mit der direkten Folge, daß der „Nord-Süd-Dialog“ sich wieder in einer schweren Konfliktphase begeben würde.

Erwin Lange: Über die Kontrolle internationaler wirtschaftlicher Tätigkeit von Unternehmen und Regierungen

Die Anfang der 70er Jahre geführte internationale Diskussion über die multinationalen Unternehmen hat zu verschiedenen Aktivitäten bei diversen internationalen und europäischen Organisationen geführt. Es soll in diesem Zusammenhange nicht der Versuch einer Definition des Begriffes „Multinationale Unternehmen“ gemacht werden, denn keine der vorhandenen Definitionen beschreibt die Tätigkeit und den Charakter dieser Unternehmen genau. An dieser Stelle soll die Definition verwandt werden, die im Rahmen der Gespräche zwischen den Delegationen des Europäischen Parlaments und des US-Kongresses bei der Behandlung dieses Themas benutzt wurde: Es handelt sich bei den Multinationals um Unternehmen, die ihren Hauptsitz in einem Lande und Niederlassungen des Unternehmens jenseits der Grenzen dieses Landes unterhalten. Dabei geht es nicht um normale internationale wirtschaftliche Beziehungen, bei denen ein Unternehmen in einem Lande mit mehreren Niederlassungen oder Tochtergesellschaften beteiligt ist und sich normal am Export des betreffenden Landes beteiligt. Es geht auch nicht um die Frage, ob ein solches Unternehmen im Grunde genommen von Angehörigen einer Nationalität oder mehrerer Nationalitäten geleitet wird. Es kommt vielmehr auf die tatsächliche wirtschaftliche Tätigkeit und die damit verbundenen sozialen und sonstigen Wirkungen an.

Des weiteren lag den Überlegungen der beiden Delegationen die Notwendigkeit zugrunde, die Lücke zwischen amerikanischer und europäischer Antitrust-, Monopol- und Kartellgesetzgebung zu schließen. Beide Delegationen haben sich verpflichtet, in ihren jeweiligen Parlamenten, d. h. im Europäischen Parlament und im US-Kongreß, in dieser Richtung förmlich tätig zu werden.

Das Europäische Parlament hat sich am 19. April 1977 mit einer Vorlage des Ausschusses für Wirtschaft und Währung befaßt. Die Entschliebung zu den Grundsätzen, die bei internationaler wirtschaftlicher Tätigkeit von Unternehmen und Regierungen zu beachten sind, hat folgenden Wortlaut:

Das Europäische Parlament,

— *in Bekräftigung seiner Entschliebung über die gemeinschaftliche Industriepolitik (Dok. 277/73), die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (Dok. 362/73) und den 2. Bericht (Dok. 264/73), den 3. Bericht (Dok. 290/74) und den 5. Bericht (Dok. 243/76) über die Wettbewerbspolitik, zu der Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat über*

multinationale Unternehmen und die Gemeinschaftsvorschriften (Dok. 292/74),

- *in Kenntnis des Berichtes des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (Dok. 547/76) und unter Hinweis auf die Erklärungen der Regierungen der Mitgliedstaaten der OECD betreffend internationale Investitionen und multinationale Unternehmen und das dieser Entschliebung als Arbeitsmaterial beigefügte Arbeitsdokument „Entwurf eines Grundsatzkodexes für internationale Unternehmen und Regierungen“ der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zum Kongreß der Vereinigten Staaten,*
- *in der Erkenntnis der Notwendigkeit, die Lebens- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen aller Größenordnungen innerhalb der Gemeinschaft zu fördern,*
- *ausgehend von der Feststellung, daß das Wirken international tätiger Unternehmen sich vorteilhaft auf die Produktivität, die Technologie und die unternehmenswirtschaftlichen Methoden auswirkt, andererseits aber die Dimensionen, die Liquiditätsmasse und die Zentralisierung von wirtschaftlicher Macht Probleme heraufbeschwören, für deren Lösung es an gesetzlichen Regelungen von internationaler Geltung fehlt,*
- *ausgehend von der Notwendigkeit, daß im Wettbewerb von nationalen und internationalen Unternehmen Chancengleichheit gewährleistet und Diskriminierungen verhindert werden müssen,*
 1. *würdigt das Zustandekommen von internationalen Richtlinien für das Verhalten von Regierungen und internationalen tätigen Unternehmen im Rahmen der OECD, die auf freiwilliger Anwendung der angenommenen Regeln beruhen, betont jedoch, daß stufenweise für international tätige Unternehmen verbindliche Rechtsgrundlagen und ein Rahmen für ihre Tätigkeit in einem oder mehreren internationalen Abkommen geschaffen werden müssen;*
 2. *fordert Rat und Kommission auf, durch Verhandlungen mit den Betroffenen — Regierungen, internationalen Organisationen und Unternehmen — zu einem oder mehreren international rechtsverbindlichen Abkommen zu gelangen;*
 3. *ist der Meinung, daß bei diesen Verhandlungen die Erklärungen der Regierungen der Mitgliedstaaten der OECD betreffend internationale Investitionen und multinationale Unternehmen als Grundlage verwendet und das in der Anlage zu dieser Entschliebung beigefügte Arbeitsdokument „Entwurf eines Grundsatzkodexes für internationale Unternehmen und Regierungen“ als Arbeitsmaterial berücksichtigt werden sollen;*
 4. *stellt indessen fest, daß solche internationalen Verhandlungen nur mit Aussicht auf Erfolg geführt werden können, wenn im Rahmen der Gemeinschaft gleichzeitig entsprechende Maßnahmen getroffen werden, und fordert deshalb den Rat auf, die von der*

Kommission gemachten und vom Parlament unterstützten Vorschläge unverzüglich zu verabschieden, und erwartet von der Kommission, alle noch entsprechend der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Dezember 1974 erforderlichen Vorschläge so schnell wie möglich zu unterbreiten;
5. *beauftragt seinen Ausschuss für Wirtschaft und Währung, die vorstehenden Fragen weiterzuverfolgen, um gegebenenfalls erneut zu berichten;*
6. *beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung mit der Anlage dem Rat und der Kommission zu übermitteln.*

Aus dieser Entschließung wird deutlich, daß das Europäische Parlament anders als die OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development: s. a. NG 4/79) der Auffassung ist, daß solche Grundsätze international rechtsverbindlich gestaltet sein müssen. Das Parlament hält nichts von der freiwilligen Anwendung eines Verhaltenskodexes, den die OECD empfohlen hat. Es ist vielmehr der Meinung, daß die Wahl, die den internationalen Unternehmen gelassen worden ist, diesen OECD-Kodex anzuwenden oder auch nicht, ihnen für ihre eigene, manchmal sehr robuste Geschäftspraxis gegenüber Mitbewerbern, nur ein willkommenes Tarnungsinstrument ist. Deshalb muß nach der Meinung des Europäischen Parlaments ein solcher Verhaltenskodex international rechtlich verbindlich sein.

Das Parlament weiß trotzdem das Zustandekommen von internationalen Richtlinien für das Verhalten von Regierungen und international tätigen Unternehmen im Rahmen der OECD zu würdigen, hat doch die OECD, ähnlich wie die Verfasser des der Entschließung des Europäischen Parlaments beigefügten Arbeitsdokumentes für die einzelnen einer Regelung zu unterwerfenden Fragen beachtenswerte Vorarbeit geleistet.

Das Parlament wird entsprechend dem sich selbst gegebenen Auftrag durch seinen Ausschuss für Wirtschaft und Währung auch im Rahmen des direkt gewählten Parlamentes die ganze Angelegenheit weiter verfolgen.

Im amerikanischen Kongreß hat am 1. November 1977 der Mitverfasser des zitierten Arbeitsdokumentes, Gibbons, im Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf eingebracht, der in seinem Titel III wörtlich dem Text des Arbeitsdokumentes entspricht. Insoweit haben also beide Delegationen entsprechend ihrer Verabredung die Frage der Kontrolle internationaler wirtschaftlicher Tätigkeit in ihren Parlamenten eingebracht. Es kommt jetzt darauf an, diese Frage, wie in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. April ausgedrückt, durch Rat und Kommission der Europäischen Gemeinschaft weiter verfolgen und internationale Verhandlungen aufnehmen zu lassen.

Den Verfassern des Arbeitsdokumentes kommt es darauf an, daß auf folgenden Gebieten international

rechtsverbindliche Vereinbarungen getroffen werden:

1. Wettbewerbspolitik,
2. Investitionspolitik,
3. Steuerpolitik,
4. Preispolitik (hier auch insbesondere auf dem Felde der konzern- oder unternehmensintern angewendeten Verrechnungspreise),
5. Kapitalmarkt- und Währungspolitik,
6. Technologie,
7. verwerfliche politische Aktivitäten von Unternehmen (hier geht es insbesondere um die mittlerweile über verschiedene Unternehmen bekannt gewordenen kriminellen Praktiken beim Hereinholen von Aufträgen).

Diese internationalen rechtsverbindlichen Vereinbarungen können je nach Schwierigkeitsgrad der Verhandlungen in zeitlich unterschiedlicher Folge zustande kommen. Es ist nicht daran gedacht, unbedingt nur ein Abkommen oder alle Abkommen zur gleichen Zeit abzuschließen.

Es ist auch nicht daran gedacht, die Kontrolle solcher Abkommen einem neuen internationalen bürokratischen Apparat zu überlassen, vielmehr sollte geprüft werden, ob das GATT-Sekretariat diese Aufgabe übernehmen könnte. Den Verfassern des Arbeitsdokumentes wie auch dem Europäischen Parlament ist völlig bewußt, daß es hier keine Diskriminierung von Unternehmen geben darf. Dies heißt vor allem, daß es nicht darauf ankommt, wie die Eigentumsverhältnisse aussehen. In staatlichem Besitz befindliche Unternehmen müssen genauso wie auch im privaten Besitz befindliche dieser Kontrolle unterworfen werden.

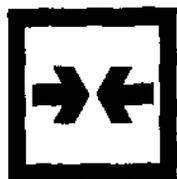
Es ist, wie schon aus den vorausgehenden Ausführungen hervorgeht, an eine schrittweise Verwirklichung gedacht. Als erster Schritt müßte es zu einer Verständigung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den übrigen europäischen Ländern außerhalb des Warschauer Paktes auf der einen Seite und den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Kanada auf der anderen Seite kommen. Im nächsten Schritt wären entsprechende Verhandlungen mit Japan zu führen. Damit befänden sich die wesentlichsten Industrieländer der Welt auf einer Linie, was die Kontrolle der international tätigen Unternehmen angeht. Gleichzeitig hätten sie, wenn entsprechend den Vorstellungen des Europäischen Parlaments und den Vorschlägen der Verfasser des Arbeitsdokumentes verfahren würde, eine gute Ausgangsposition in der Auseinandersetzung mit den Ländern der Dritten und Vierten Welt. Auf diese Art und Weise könnten die Industrieländer ihren guten Willen zur Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern auf einer glaubwürdigen Grundlage darstellen.

Noch einmal zurück zu den unverbindlichen Richtlinien der OECD. Unbeschadet des an sich wert-

vollen sachlichen Inhaltes dieser Richtlinien haben sie bisher, wie auch internationale Gewerkschaftsbünde beklagt haben, nicht zu einer Veränderung der Verhaltensweise international tätiger Unternehmen geführt. Dieses sollte auch für die OECD Veranlassung sein, noch einmal über die Frage rechtlicher internationaler Verbindlichkeit nachzudenken.

Den Verfassern des Arbeitsdokumentes und dem Europäischen Parlament kommt es darauf an, mit Hilfe dieser Vorschläge die multinationalen Unternehmen künftig daran zu hindern, eine Politik zu betreiben, die sich gegen die Länder wendet, in denen sie praktisch zu Gast sind. Dabei wird nicht verkannt, daß diese weltweit tätigen Unternehmen eine Menge für die ökonomische Entwicklung insgesamt getan haben, auf der anderen Seite aber

auch wirtschaftlich schwächere Länder, und dieses gilt vor allem für Entwicklungsländer, zum Teil aber auch für Industrieländer, unter ihre Botmäßigkeit gebracht haben. Mit diesen Vorschlägen soll der Politik wieder der Vorrang eingeräumt werden. Würden wir, wie Adlai Stevenson einmal unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg geschrieben hat, wirklich die eine Welt haben, dann würde der Vorrang der Politik niemals bestritten werden. So ist aber in dieser politisch zersplitterten Welt, trotz der Supermächte, die wirtschaftliche Kraft mancher dieser international tätigen Unternehmen so stark, daß sie auch die Politik einer Supermacht überspielen können. Dies ist insgesamt ein unerträglicher Zustand, der beseitigt werden muß. Dazu sollen die international verbindlichen Regelungen dienen.



KRITIK

Parteien kontra Bürger?

Die Zukunft der Parteidemokratie

von Hermann Scheer

Piper Verlag

München 1979, 226 S., DM 24,—

Der Untertitel des Buches von Hermann Scheer verrät, daß es hier um eine Thematik geht, die in letzter Zeit nicht zuletzt durch das Auftreten von Alternativen und Bunten Listen bei verschiedenen Wahlen zunehmende Beachtung findet.

Auf besonderes Interesse stößt die Arbeit deshalb, weil Scheer als ehemaliger Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten und als langjähriges Mitglied des SPD-Parteirats aus seiner täglichen politischen Praxis über detaillierte Erfahrungen darüber verfügt, welchen konkreten Problemen sich eine große Volkspartei heute gegenüber sieht, bzw. was die wichtigsten Ursachen für jene Entwicklungsprozesse sind, die wir in jüngster Zeit etwas vereinfachend mit „Parteien- und

Staatsverdrossenheit der Bürger“ oder „gesellschaftliche Legitimationskrise“ umschreiben.

Andererseits sticht die Arbeit von Scheer aus der vorhandenen einschlägigen Veröffentlichungspalette deshalb besonders positiv hervor, weil hier zum ersten Mal der Versuch gemacht wird, die wachsenden Problemlösungsdefizite unserer politisch-parlamentarischen Demokratie bzw. die wachsenden Legitimationsdefizite des vorherrschenden Parteienspektrums nicht vereinfachend auf wenige vordergründige Symptome zu reduzieren. Vielmehr versucht Scheer, unter Einbeziehung eines demokratietheoretischen Blickwinkels die scheinbar wachsende Diskrepanz zwischen Bürgerinteressen und volksparteilichen Vorstellungen auf ihren realen gesellschaftlichen Beeinträchtigungsgrad und auf ihre materiellen Ursachen hin zu konzentrieren. Auf der Basis dieser Defizitanalyse entwickelt der Autor dann konkrete Reformvorstellungen über eine wünschbare Parteienstruktur, wel-

che sicher gerade in der SPD ihre besondere Beachtung finden wird.

In den Mittelpunkt dieser Überlegungen stellt Scheer die Frage, ob die Institution Volkspartei, die in der Vergangenheit zumindest für die Bundesrepublik einen Stabilisierungsfaktor bildete, unter veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen weiterhin eine Integrations- und damit auch Stabilisierungsfunktion wahrnehmen kann.

Materieller Hintergrund dieser Überlegungen ist nicht zuletzt ein Problembereich, der gerade in der SPD intensiv diskutiert wurde und wird: Muß nicht in einer gesellschaftlichen Situation, die durch verringerte Wachstumsraten geprägt ist, während weiterhin Politik mit einem Zielhorizont und unter Voraussetzungen betrieben wird, als ob auch in Zukunft unverändert hohe Wachstumsraten weiterbestehen, ein Bedeutungs- und Einschätzungswandel der Parteien als Träger und damit auch als Identifikationsobjekt der poli-

tisch-parlamentarischen Arbeit aus der Sicht der Bevölkerung eintreten?

Ist nicht in einer gesellschaftlichen Situation, die in zahlreichen Politikbereichen perspektivische Reformmaßnahmen erfordert (z. B. Sozialpolitik, Beschäftigungspolitik) eine Volksparteienstruktur überfordert, weil die in ihr angelegte Vertretung von gesellschaftlichen Querschnittsinteressen inhaltlich zu einer Querschnittslähmung der Partei führen kann?

Ausgehend von einer gründlichen Analyse so veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für „Politik-machen“, problematisiert Scheer in einer detaillierten Übersicht über Motive und Ausgliederungsbestrebungen aus dem bestehenden Parteiensystem (u. a. Partei der Steuerzahler, Selbstorganisation der Frauen, Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung, Grüne und kleine linke Partei) recht scharfsinnig die strukturelle Überforderung der Parteien. Seine Überlegungen münden dabei in die These, daß trotz der von ihm analysierten Struktur- und Funktionsmängel moderner Volksparteien die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft nur von eben diesen Volksparteien mit allerdings verstärkter demokratisierten Strukturen gelöst werden können. Reformüberlegungen in bezug auf Parteien sind deshalb für Scheer die tragenden Pfeiler zur Stabilisierung demokratischer Gesellschaftsstrukturen ebenso, wie sie die Voraussetzungen darstellen, um in unserer proporzkonsolidierten Interessendemokratie in den zentralen Politikfeldern wieder zu einer vermehrten Handlungskompetenz gelangen zu können.

Daß solch eine vermehrte, wieder in verstärktem Maße politisch initiierte und vorangetriebene Reformdiskussion nach einer Zeit des politisch-inhaltlichen Immobilitäts in bezug auf die Diskussion und Bewältigung qualitativer neuer Problembereiche gerade für

eine Partei wie die SPD eine zentrale Notwendigkeit wird, ist das zentrale Anliegen Scheers. Ihm fühlt er sich verpflichtet; für seine Realisierung setzt er engagierte und intelligente Merkmale einer Reform der Volksparteienstruktur.

Insgesamt stellt die vorliegende Arbeit den gelungenen Versuch dar, dem Leser einen komplexen politischen Sachverhalt, auf seine wesentlichen Problemstrukturen hin reduziert, anzubieten. Aufgrund der gelungenen Synthese von politisch-praktischen Erfahrungen und gleichzeitig vorhandenem Reflexionsvermögen über grundsätzliche Probleme unserer Parteienstruktur regt die Arbeit zum Nachdenken an. Das Buch von Scheer sticht wegen dieser Vorzüge aus dem bestehenden einschlägigen Publikationsangebot hervor; es dürfte für jeden politisch Interessierten von Gewinn sein.

Wolfgang Bruder

Parteien und politische Herrschaft

Zur Interdependenz von innerparteilicher Ordnung und Demokratie in der BRD
von Michael Th. Greven
Verlag Anton Hain
Meisenheim am Glan 1977, 414 S.,
DM 45,—

Michael Th. Greven beschäftigt sich in seiner umfangreichen Arbeit mit der bisherigen politik- bzw. sozialwissenschaftlichen Behandlung des Problems der „Innerparteilichen Demokratie“. Das Buch ist zunächst praktisch eine Literaturanalyse. Die Fragestellung ist so formuliert (S. 19): „Welche Konsequenzen hat die Tatsache, daß die wissenschaftliche Beschäftigung mit Problemen der innerparteilichen Demokratie in der Bundesrepublik, wenn nicht systematisch, so doch beständig die Herrschaftsproblematik ausklammert, und welche Konsequenzen ergeben sich für die bisherigen Er-

gebnisse der Forschung, wenn ihnen diese Fragestellung in einer Sekundäranalyse untergeschoben wird?“

Dementsprechend ist das Buch aufgebaut: Erörterung der methodisch-theoretischen Grundlagen und von wichtigen Begriffen (Kapitel II), „Sozialstrukturelle Realität und ideologisches Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland — eine Skizze“ (III), Funktionen des Parteiensystems (IV), theoretische Hintergründe der Parteienforschung (V) und Kritik von Einzelfragestellungen der Erforschung innerparteilicher Demokratie (VI).

Diese Hauptteile des Buches sind von allgemeinem politischen Interesse, vom „Adressaten“ her betrachtet aber primär an die Wissenschaft gerichtet. Grevens Urteil lautet: „Die vorherrschende Betrachtung politischer Parteien in Politikwissenschaft und Soziologie ist unhistorisch, idealistisch-normativ und — mit Ausnahmen — wenig empirisch-informativ. Dies trifft überwiegend auch auf „linke“ Ansätze zu, die in aller Regel die Topoi bürgerlicher Selbstinterpretation übernehmen“ (S. 304).

Das Schlußkapitel enthält jedoch Aussagen und Thesen von hoher allgemeinpolitischer Bedeutung. Diesen Aussagen sind folgende Sätze vorangestellt: „Wenn im Folgenden dennoch einige allgemeine Sätze formuliert werden, so muß gegen jede vielleicht erfolgreiche Interpretation schon vorweg festgestellt werden, daß es sich bei ihnen nicht um Ergebnisse handelt, wenngleich sie beim Wort genommen zu werden wünschen“ (S. 301). „Die folgenden Sätze stellen in diesem Sinne keine Ergebnisse dar; sie mögen je nachdem als Thesen, Hypothesen, Zusammenfassungen, Erfahrungen oder was auch immer, verstanden werden“ (S. 301). Also: Ernstgenommen werden soll alles, Kritik üben soll man weniger.

Die wichtigsten Thesen lauten: „Die organisatorische Form der

sozialen Bewegung determiniert die kollektiv-subjektivistische Zielsetzung: Es gibt keine revolutionäre Partei in der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft, sondern nur Parteien, deren revolutionäre Programmatik im historischen Widerspruch zu ihrer Funktion in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft steht. Auch kommunistische und sozialistische Parteien mit revolutionärer Programmatik sind Ordnungsfaktoren bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse" (S. 305). „Die kapitalistische Herrschaft ist mit sozialistischer Zielsetzung nicht auf dem Wege über die Parteien oder durch sie hindurch mit Aussicht auf Erfolg zu

bekämpfen" (S. 307).

Der Schlußsatz des Buches lautet: „Jener, der nicht erkennt, daß seine Ziele — obwohl sie gut sind — jetzt und hier nicht durchsetzbar sind, der wird zur tragischen Figur. Die Geschichte des Sozialismus im Kapitalismus ist reich an solchen Tragödien; dadurch wird zwar der Kampf um den Sozialismus behindert, das Ziel selbst aber nicht diskreditiert" (308). Hier endet die Dialektik des Wissenschaftlers Greven: in der Hoffnungslosigkeit.

Eine Chance zu politischem, veränderndem Handeln sieht er aufgrund der Integration der Parteien und der Repressivität des

Systems nicht. Das Ziel, die „Utopie“, bleibt theoretisch rein und wird praktisch aufgegeben, weil kein Weg zwischen Integration und Unterdrückung denkbar scheint. Dieser Diskussionsstand der „Neuen Linken“ schien lange überwunden. Es wäre für die Linke in der Bundesrepublik bedenklich, wenn man auf ihn zurückfiel. Es wäre vielleicht auch sinnvoller gewesen, wenn Teile mancher langatmiger theoretischer Passagen des Buches weggefallen wären zugunsten von Überlegungen, ob dieses Ergebnis nicht vielleicht schon im Ansatz begründet liegt.

Friedhelm Wollner

Mitarbeiter dieses Heftes

Heinz Rapp

SPD-MdB; stellv. Vorsitzender der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD

Dr. Henning Scherf

Senator für Finanzen der Hansestadt Bremen

Wolfgang Roth

SPD-MdB; Mitglied des SPD-Partei Vorstandes; Obmann des Ausschusses für Wirtschaft des SPD-Fraktion-Arbeitskreises III

Hans Otto Bäumer

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen; Vorsitzender des SPD-Bezirks Niederrhein

Dr. Johano Strasser

Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin

Karlheinz Blessing

Student der Wirtschaftswissen-

schaften an der Universität Konstanz

Ernst-M. Walsken

Geschäftsführer des SPD-Bezirks Niederrhein

Franz Huppertz

Geschäftsführer des SPD-Bezirks Niederrhein

Dr. Hans-Georg Kiera

Dipl.-Volkswirt; Referent für Branchen und Wirtschaftspolitik beim Wirtschaftsverband Stahlbau und Energietechnik

Prof. Dr. Walter Mertinet

Vizepräsident der Deutschen UNESCO-Kommission

Gerhard Jahn

SPD-MdB; Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Arthur Adrian Kowalski

Publizist

Hermann Bortfeldt

Freier Journalist

Prof. Dr. Paul Kellermann

Professor an der Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt

Dr. Olaf Schwencke

SPD-MdB; Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Dr. Hubert Volgtländer

Dipl.-Volkswirt; Lehrbeauftragter für Wirtschaftspolitik an der Universität Bonn

Dr. Peter Krug

Wis. Assistent am Seminar Wissenschaft von der Politik an der Universität Göttingen; stellv. Vors. des SPD-UB Göttingen

Carl Wilms-Wright

Sekretär beim Internationalen Bund Freier Gewerkschaften; Berater beim UNO-Zentrum für transnationale Gesellschaften

Erwin Lange

SPD-MdB; Mitglied des Europäischen Parlaments